

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 23. Oktober 1973

Tagesordnung

Erklärung des Bundeskanzlers zu den Vorfällen am 28. und 29. September 1973

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 7677)

Fragestunde (48.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dkfm. Gorton (1184/M), Wuganigg (1183/M), Peter (1171/M, 1172/M), Burger (1185/M), Dr. Bauer (1188/M), Doktor Reinhart (1187/M), Luptowitz (1190/M), Dr. Gruber (1192/M), Dr. Schranz (1191/M), Minkowitsch (1204/M), Melter (1173/M) und Dr. Keimel (1205/M) (S. 7678)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 7690)

Verhandlungen

Erklärung des Bundeskanzlers zu den Vorfällen am 28. und 29. September 1973

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 7692)

Redner: Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 7700), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 7707, S. 7720 und S. 7764), Peter (S. 7708), Bundesminister Rösch (S. 7710, S. 7727 und S. 7738), Robert Weisz (S. 7713), Dr. Withalm (S. 7717), Dr. Schmidt (S. 7723), Czernetz (S. 7729), Dr. Mock (S. 7733), Blecha (S. 7741), Dr. Karasek (S. 7745), Bundesminister Dr. Kirchschläger (S. 7750), Bundesminister Lütgendorf (S. 7752), Dr. Schranz (S. 7753), Dr. Ermacora (S. 7755 und S. 7763), Bundesminister Dr. Broda (S. 7757), Ulbrich (S. 7759) und Dr. Koren (S. 7763)

Entschließungsantrag Dr. Karasek betreffend Asyl- und Flüchtlingspraxis (S. 7749) — Ablehnung (S. 7764)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Verwertung von Gratisschulbüchern (1465/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Stand des Reserveoffizierkorps im österreichischen Bundesheer (1466/J)

Melter, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Familienlastenausgleich (1467/J)

Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Standortwahl für die gesamte Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft (1468/J)

Dr. Stix, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Biologiezentrum der Universität Innsbruck (1469/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Freibetrag für Alkoholabgabe (1470/J)

Hahn, Dr. Schwimmer, DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Zustand von einigen Bahnhöfen und Postamtsgebäuden (1471/J)

Brunner und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Anfragebeantwortung 463/A. B. zu 462/J (Vertrieb ausländischen Fruchtojoghurts) (1472/J)

Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Tarifierhöhungen der Bahn und Post (1473/J)

Dr. Ermacora, Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Durchführung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle im Ressortbereich (1474/J)

Dr. Gruber, Ofenböck und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Handelsakademie Bruck/Leitha (1475/J)

Dr. Ermacora, Dr. Mock, Suppan und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Inneres betreffend Geiselnahme in Marchegg-Schwechat (1476/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Wielandner.

Fragestunde

Präsident Dr. Maleta: Die Sitzung ist eröffnet.

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 14 Uhr 1 Minute — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundeskanzleramt

Präsident Dr. **Maleta**: 1. Anfrage: Abgeordneter Dkfm. Gorton (*OVP*) an den Herrn Bundeskanzler.

1184/M

Welche Gründe sind dafür maßgebend, die Anteilsrechte der OIAG an der Schiffswerft Korneuburg AG, der Schiffswerft Linz AG und der G. Rumpel AG ab 1. Jänner 1974 auf die VOEST Alpine AG zu übertragen, wie dies in einem derzeit im Begutachtungsverfahren befindlichen Gesetzentwurf vorgesehen ist?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter! Die Gründe für die Zusammenführung der beiden Schiffswerften und ihre Vertöchtierung gegenüber der VOEST-Alpine sowie ein ähnlicher Vorgang für die Rumpel AG werden aus dem Auftrag des Gesetzes abgeleitet, wonach es zu einer branchenweisen Zusammenfassung der verstaatlichten Unternehmungen bis Ende 1973 kommen soll.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton**: Herr Bundeskanzler! Der Gesetzentwurf ist in der Zwischenzeit unverändert als Regierungsvorlage im Parlament eingebracht worden. Ich habe mir allerdings eine intensivere Beantwortung meiner Anfrage in Ihrer Begründungsbeantwortung vorgestellt. Nur der Hinweis auf die branchenweise Zusammenführung müßte meiner Meinung nach in diesem speziellen Fall kein Grund allein dafür sein.

Ich möchte zunächst sagen, daß wir aus grundsätzlichen Erwägungen gesetzliche Regelungen für solche Fragen ablehnen, da dafür eigentlich die zuständigen Organe der OIAG maßgebend wären.

Ich frage Sie: Haben vor Einleitung dieses Begutachtungsverfahrens oder vor Einbringung des Gesetzentwurfes die zuständigen Organe der OIAG diesbezüglich einen Beschluß gefaßt oder Ihnen zumindest beschlußmäßig eine Empfehlung für diese anteilsrechtliche Übertragung der Rumpel AG und der Schiffswerften auf die VOEST gegeben?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Vor Abfassung des Gesetzentwurfes habe ich natürlich mit einigen Vorstandsmitgliedern der OIAG Rücksprache gepflogen; der Inhalt des Gesetzentwurfes deckt sich vollständig mit den Auffassungen dieser Persönlichkeiten.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton**: Herr Bundeskanzler! Ich entnehme aus Ihrer Beantwortung meiner ersten Zusatzfrage, daß diesbezüglich

keine Beschlüsse in den Organen der OIAG gefaßt wurden. Die Tatsache, daß keine solchen Beschlüsse oder Empfehlungen für eine solche Anteilsübertragung dieser drei Gesellschaften gefaßt wurden, stellt wieder einmal Ihren autoritären Regierungsstil unter Beweis, der in völligem Gegensatz zu Ihren ständig vorgebrachten Demokratisierungsbeteuerungen steht.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, daher: Sind Sie bereit, künftig vor Einleitung ähnlicher Maßnahmen Beschlüsse der dafür zuständigen Organe der OIAG einzuholen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Ich glaube, darauf antworten zu müssen, daß es wohl kaum etwas Demokratischeres gibt, als der Volksvertretung ein Gesetz dieser Art zur Beschlußfassung und zur vorherigen Diskussion vorzulegen. Das scheint mir der demokratischste Vorgang zu sein.

Einen weiteren Ausdruck der ausgeprägten Demokratisierungstendenzen, die damit verbunden sind, erblicke ich darin, daß durch Gesetz — und nur durch Gesetz ist es möglich — im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft ein Drittel Vertreter der Arbeiter und Angestellten der in Betracht kommenden Unternehmungen sein werden. Es handelt sich also um eine neue Form der Mitbestimmung für die dort Beschäftigten, und ich betrachte das als einen Ausdruck der Demokratisierung im Wirtschaftsleben, wie er späterhin auch in dem neuen Betriebsverfassungsgesetz seine Sanktion finden wird. Das ist ein Vorgriff auf dieses Gesetz.

Präsident Dr. **Maleta**: 2. Anfrage: Abgeordneter Wuganigg (*SPO*) an den Herrn Bundeskanzler. (*Zwischenrufe des Dkfm. Gorton.*) Wir sind schon bei Wuganigg!

1183/M

Wann ist voraussichtlich mit der Einbringung der Regierungsvorlage betreffend ein Datenschutzgesetz im Nationalrat zu rechnen?

Präsident Dr. **Maleta**: Ich bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Das Bundeskanzleramt hat einen Referentenentwurf für ein Datenschutzgesetz zur Begutachtung ausgesendet, und zwar schon am 1. 8. 1973. Die Stellungnahmen hiezu liegen zum großen Teil vor und werden derzeit geprüft. Die Bundesregierung ist um eine möglichst beschleunigte Ausarbeitung einer Regierungsvorlage bemüht; ein konkretes Datum für die Beschlußfassung vermag ich allerdings nicht zu nennen.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Wuganigg**: Herr Bundeskanzler! Es ist sicherlich sehr erfreulich, daß Österreich zu den ersten Staaten in Europa und sogar der Welt gehört, in welchem ein Entwurf eines Datenschutzgesetzes bereits vorliegt. Darf ich Sie nunmehr fragen: Welchen Rahmen hat vorerst dieser Entwurf? Ist hier eine Beschränkung der Kontrolle auf den staatlichen Bereich vorgesehen, oder werden auch private Datensammlungen einbezogen werden?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Soweit ich die Materie kenne, wird sich dieses Gesetz ausschließlich auf Einrichtungen des Bundes beschränken müssen, nicht auf Einrichtungen der Länder und schon gar nicht auf Einrichtungen Privater.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Wuganigg**: Herr Bundeskanzler! In welcher Form soll nunmehr diese Kontrolle zum Schutze der Privatsphäre der Staatsbürger ausgeübt werden, und ist auch ein Pausus vorgesehen, wonach jedem Staatsbürger, dessen Daten gespeichert wurden, auf Verlangen die Möglichkeit gegeben wird, Einsicht in diese Daten zu erhalten?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Der versendete Referentenentwurf sieht keine Verfassungsbestimmung zum Schutz der Privatsphäre vor. Der Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der in Österreich Verfassungsrang hat, garantiert einen solchen Schutz der Privatsphäre, und ich glaube daher, daß das vorläufig ein hinlänglicher Schutz ist. Es ist aber geplant, im Zusammenhang mit anderen Materien, wie etwa der Volksanwaltschaft, auch hier Vorkehrungen zu treffen.

Präsident Dr. **Maleta**: 3. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPO) an den Herrn Bundeskanzler.

1171/M

Bis wann ist mit einer Entscheidung über das weitere Schicksal des verstaatlichten Kohlenbergbaues zu rechnen?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter Peter! Eine Entscheidung über das weitere Schicksal der verstaatlichten Kohlenbergbaubetriebe kann nur jeweils von den Vorständen und Aufsichtsräten beziehungsweise mit Zustimmung der Hauptversammlung der betreffenden Unternehmungen gefällt werden.

Die Hauptversammlung der Wolfseggt-Traunthaler Kohlenwerks AG hat am 12. 9. ihren seinerzeitigen Liquidationsbeschluß

widerrufen, womit sichergestellt ist, daß dieser Bergbaubetrieb über den seinerzeitigen Stilllegungstermin des Jahres 1973 hinaus bestehen wird.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter**: Herr Bundeskanzler! Daß sich die Bundesregierung aber dennoch für dieses Problem zuständig fühlen muß, geht doch aus dem Beschluß der Bundesregierung vom 17. Oktober dieses Jahres hervor, die Schulden des Bergbaues an den ERP-Fonds aus Budgetmitteln zu übernehmen.

Weiter beziehe ich mich auf Ihre persönlichen Äußerungen im Abendjournal vom 9. Oktober 1973, worin Sie wörtlich erklärten: „Es werden einmal verschiedene Berechnungen angestellt, es wird erst einmal verhandelt werden, mit welcher Weise hier eine Lösung gefunden werden kann zwischen dem Handelsminister einerseits und der VOEST-Alpine andererseits bezüglich der Bergbaumittel. Dann wird also bezüglich der ERP-Verpflichtungen einiges versucht werden, und dann wird man weitersehen.“

Daraus schließe ich, daß ein Drei-Etappen-Programm abgelaufen ist: Reden des Handelsministers mit der VOEST-Alpine AG und den Verantwortlichen des Bergbaues, dann wird man sehen, was man beim ERP-Fonds machen kann; das ist mit dem Beschluß der Bundesregierung vom 17. Oktober geschehen.

Darf ich nun nach der dritten Etappe auf Grund Ihrer eigenen Äußerung: „und dann wird man weitersehen“ fragen: Was verstehen Sie darunter, Herr Bundeskanzler?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Es ist in der Tat so, daß sich die Regierung in einem hohen Maße für das, was im österreichischen Kohlenbergbau geschieht, verantwortlich fühlt; das können Sie auch daraus entnehmen, daß die Bergbauhilfe des Bundes zum Beispiel im Jahre 1969 46,6 Millionen Schilling und in den Jahren 1971 und 1972 über 80 Millionen betragen hat; sie wird 1973 noch höher sein.

Zweitens haben Sie mit Recht darauf verwiesen, daß die Bundesregierung beschlossen hat, die ERP-Schulden der drei österreichischen Braunkohlenbergwerksunternehmungen in der Höhe von 160 Millionen Schilling zu übernehmen. Eine entsprechende Regierungsvorlage ist dem Parlament bereits zugegangen.

Es muß jetzt die dritte Frage beantwortet werden, in welcher Weise die Zukunft dieser Betriebe gesichert werden wird. Darüber gibt es auf verschiedenen Ebenen Verhandlungen; einerseits führe ich als der für die verstaat-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

lichte Industrie Ressortzuständige Gespräche, andererseits führt der Herr Handelsminister Verhandlungen über die Förderung dieser Betriebe; daneben werden auch Maßnahmen nicht nur beraten, sondern auch durchgeführt, die vorsehen sollen, daß dort, wo unter Umständen in absehbarer Zeit mit einer Stilllegung gerechnet werden muß, Ersatzbetriebe hinkommen. Eine endgültige Entscheidung kann heute noch nicht getroffen werden. Aber die beiden wichtigsten Voraussetzungen betreffend die Liquidität und die Verbesserung der Bilanzen sind immerhin schon getroffen worden, Herr Abgeordneter.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundeskanzler! Sie lehnten im Abendjournal vom 9. Oktober 1973 den Vorschlag der VOEST-Alpine AG ab, den Kohlenbergbau der österreichischen Elektrizitätswirtschaft anzugliedern. Es drängt sich doch gerade angesichts der Energiesituation Österreichs und der weltpolitischen Situation die Frage auf, ob man nicht den Kohlenbergbau in ein Gesamtenergiekonzept eingliedern sollte, denn es läge geradezu nahe, dem Vorschlag der VOEST-Alpine AG näherzutreten. Darf ich um die Beweggründe bitten, Herr Bundeskanzler, warum Sie diesem Vorschlag die Ablehnung haben zuteil werden lassen?

Präsident Dr. Maleta: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die Gründe dafür sind folgende: die VOEST-Alpine will offenbar diesen Komplex zum Teil deshalb weglegen, weil er ihr teilweise nicht rentabel genug erscheint, und machte dabei, wie ich glaube, sehr voreilig den Vorschlag, eine andere Gruppe von Unternehmungen, die auch zu einer normalen Gestionierung verpflichtet sind, möge diese Gruppe, die der VOEST-Alpine gehört, übernehmen. Sie ist jedoch nicht berechtigt, eine solche Auslobung durchzuführen, und die Elektrizitätsunternehmungen ihrerseits haben klar und deutlich gesagt, daß sie auch unter Berücksichtigung aller dieser Umstände, die Sie erwähnt haben, kein Interesse haben, diese Unternehmungen in ihr Eigentum überzuführen. Es wird wohl eine dritte befriedigendere Lösung gefunden werden müssen.

Präsident Dr. Maleta: 4. Anfrage: Abgeordneter Burger (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

1185/M

Nachdem der VOEST-Vorstand laut „Kurier“ vom 12. September 1973 die Übernahme der Verluste der GKB abgelehnt hat, frage ich Sie, ob Sie dafür sorgen werden, daß die Verluste der GKB aus öffentlichen Mitteln abgedeckt werden?

Präsident Dr. Maleta: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Sie, Herr Abgeordneter Burger, Stellen mir die Frage, ob Verluste aus öffentlichen Mitteln abgedeckt werden. Sie wissen ganz genau, Herr Abgeordneter, daß die Frage, inwieweit verstaatlichte Unternehmungen aus Mitteln der Steuerzahler finanziert werden sollen, gerade in der Zeit der früheren Regierung und in der Vergangenheit eine gewisse Rolle im polemischen Sinn gespielt hat.

Dennoch möchte ich Ihnen mitteilen, daß bereits aus öffentlichen Mitteln Verluste abgedeckt werden, nämlich durch die erwähnte Bergbauhilfe, die von Jahr zu Jahr stärker in Anspruch genommen wurde, und durch die Streichung beträchtlicher ERP-Schulden in der Höhe von 160 Millionen Schilling.

Präsident Dr. Maleta: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Burger: Herr Bundeskanzler! Ich habe deshalb diese Anfrage gestellt, weil am 28. 8. 1973 der Vorstand des Stahlkonzerns den Beschluß gefaßt hat, an die Bundesregierung einen Antrag zu stellen, aus welchem hervorgeht, daß der Konzern nicht bereit ist, auch nur einen Teil des Defizits zu tragen, sondern er ersucht darin die Bundesregierung, das Defizit zu tragen, ansonsten müßte eine Anzeige über den Konkurs wegen Überschuldung gemacht werden.

Ich frage Sie daher, Herr Bundeskanzler — ich schließe mich hier dem Abgeordneten Peter an —: Würden Sie Ihre Zustimmung geben, daß dann ein anderes verstaatlichtes Unternehmen als die Elektroversorgungsindustrie das Defizit zu tragen hätte?

Präsident Dr. Maleta: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aus der Antwort an den Herrn Abgeordneten Peter geht schon hervor, daß ich so einen Vorschlag, für den ich übrigens gar nicht zuständig bin, nicht für begrüßenswert hielte.

Ich kann mich auch nicht mit dem Gedanken anfreunden, daß große Konzerne die Betriebe behalten wollen, die ihnen einen Ertrag abwerfen, und die Betriebe oder Gesellschaften, die das nicht tun, sozusagen mit offener Hand dem Staat oder im Wege des Staates anderen schenken wollen. Das ist eine Auffassung, der ich mich nicht ohne weiteres anschließen kann. Ich glaube, es werden Schritte unternommen werden müssen, die der wirtschaftlichen Praxis eher entgegenkommen und gleichzeitig der besonderen Bedeutung, die der Bergbau in Österreich hat, gerecht werden.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Burger**: Herr Bundeskanzler! Im Bericht und im Antrag des Vorstandes des Stahlkonzerns sind bereits zwei Schließungstermine festgehalten: Fohnsdorf 1975 und Pöfing-Bergla 1976, obwohl die Lieferverträge an das kalorische Kraftwerk in Zeltweg, ODK, bis 1986 mit einer Liefermenge von 350.000 Jahrestonnen abgeschlossen worden sind. Tatsächlich erscheint im Antrag, Herr Bundeskanzler, in der Verlustskala Fohnsdorf 1976 nicht mehr auf.

Der Nahostkonflikt hat ja ganz deutlich unter Beweis gestellt, wie wichtig die heimische Kohle für unsere heimische Wirtschaft ist.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Würden Sie einem vom Vorstand eingebrachten Schließungsantrag — unter der Voraussetzung der Notwendigkeit der heimischen Kohle — Ihre Zustimmung geben? Würden Sie diese Schließung wie bei der Stahlfusion im Parlament durchführen lassen. Oder würden Sie die Schließung den zuständigen Organen überlassen, weil eine solche Maßnahme unpopulär wäre?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Ich möchte noch einmal sagen, daß die Bundesregierung zur Frage der Schließung von Fohnsdorf noch nicht Stellung genommen hat und daß sich aber die Bundesregierung in Anbetracht der Bedeutung, die der Kohlenbergbau hat, vorbehält, dazu ihre Stellungnahme im einzelnen noch bekanntzugeben.

Ich kann aber dem Herrn Abgeordneten eines versichern: Was immer im Bergbau geschehen wird, so leichtfertig wird nicht vorgegangen werden wie seinerzeit im Lavanttal. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. O f e n b ö c k: Keine Antwort!)*

Präsident Dr. **Maleta**: Danke, Herr Bundeskanzler.

Bundesministerium für Justiz

Präsident Dr. **Maleta**: 5. Anfrage: Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

1188/M

Aus welchen Gründen kam die Staatsanwaltschaft erst nach einjähriger Verfahrensdauer zu der Erkenntnis, daß das Herrn Siegfried Heiss und Karl Mohr zur Last gelegte Verhalten (Fälschung von Urkunden über Subventionen an die Zeitschrift „profil“) aus rechtlichen Gründen nicht strafbar ist?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Broda**: Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Ich darf mich vorerst

auf den Inhalt meiner mündlichen Anfragebeantwortung vom 20. März 1973 beziehen.

Zur vorliegenden Anfrage hat die Staatsanwaltschaft Wien folgenden Bericht erstattet, aus dem ich wörtlich zitiere:

„Am 20. März 1973 betrieb die Staatsanwaltschaft Wien den Abschluß der Voruntersuchung, worauf der Untersuchungsrichter am 2. April 1973 den Straftakt der Staatsanwaltschaft Wien zur Einsicht in die bisherigen Untersuchungsergebnisse und zur allfälligen weiteren Antragstellung übermittelte. Die Staatsanwaltschaft Wien hatte daher am 3. April 1973 erstmalig Gelegenheit, die bisherigen Ergebnisse der Voruntersuchung einer näheren Prüfung zu unterziehen. Dabei stellte sich heraus, daß eine Ergänzung der Voruntersuchung erforderlich war. Deshalb stellte die Staatsanwaltschaft Wien am 2. Mai 1973 beim Untersuchungsrichter umfangreiche Anträge zur Ergänzung der Voruntersuchung. Nach Durchführung dieser Ergänzungen berichtete die Staatsanwaltschaft Wien am 15. Juni 1973 der Oberstaatsanwaltschaft Wien über die beabsichtigte Verfahrenseinstellung.“ — Ende des Zitats.

Es wurde dann über Anregung des Bundesministeriums für Justiz dieser Bericht nach weiterer Überprüfung in rechtlicher Beziehung am 30. Juli 1973 noch ergänzt. Der Abschlußbericht der Oberstaatsanwaltschaft Wien vom 22. August 1973 ist am 23. August 1973 im Bundesministerium für Justiz eingelangt.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Bauer**: Herr Bundesminister! Die Thematik beschäftigt uns beide ja schon seit einigen Monaten. Wenn ich in Erinnerung bringen darf: Es ist einer angesehenen österreichischen Zeitschrift der Vorwurf gemacht worden, erhebliche Beträge aus dunklen Quellen bezogen zu haben. Es ist von einem sozialistischen Mandatar — wenn man sich die stenographischen Protokolle, die ich mithabe, in Erinnerung ruft — mit einem sehr erheblichen Betrag die von Ihnen erwähnte Urkunde zu erwerben versucht worden; dieser sozialistische Mandatar hat versucht, diese Bestätigung zu erhalten.

Ich habe mich damals bei Ihnen erkundigt, wie es mit der ganzen Sache aussieht. Sie, Herr Bundesminister, haben mir am 20. März 1973 in der mündlichen Fragestunde mitgeteilt — in der Zwischenzeit haben Sie mir auch noch dankenswerterweise eine schriftliche Anfrage beantwortet —, daß das gegenständliche Strafverfahren sich derzeit noch — ich zitiere wörtlich — „im Stand der Voruntersuchung befindet, da der vom Gericht bestellte Schriftsachverständige sein Gutachten noch nicht erstattet hat“.

Dr. Bauer

Warum, Herr Bundesminister — das wäre meine erste Zusatzfrage —, haben Sie in der Fragestunde am 20. März nicht auf die rechtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, von denen diese Voruntersuchung begleitet ist?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Broda**: Soweit ich es im Kopf habe, Herr Abgeordneter Dr. Bauer: weil ich darum gar nicht gefragt wurde und weil ich immer wieder sage, daß es außerordentlich schwierig ist, in der mündlichen Fragestunde Rechtsprobleme so umfassend zu diskutieren.

Ich darf aber nochmals betonen, daß ich gerade Ihre Anfrage vom 20. März 1973 zum Anlaß genommen habe, um die Durchführung des Verfahrens zu betreiben, was Sie aus den Daten, die ich Ihnen mitgeteilt habe, ersehen wollen.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Bauer**: Herr Bundesminister! Meine Anfrage am 20. März war so gehalten, daß sie ohne weiteres in der Beantwortung selbstverständlich auch bestimmte rechtliche Schwierigkeiten hätte aufzeigen können oder zumindest Hinweise darauf möglich gemacht hätte.

Ich nehme Ihre Antwort jetzt zur Kenntnis, möchte aber doch festhalten, daß Sie in Ihrer mündlichen Anfragebeantwortung, über den Verfahrensausgang befragt, implizite darauf hingewiesen haben, daß die ganze Sache sehr wohl vom schriftlichen Gutachten, vom Gutachten des Sachverständigen abhängt. Hier scheint eine gewisse Relevanz zur Endantragstellung denn doch hergestellt werden zu müssen. Wenn nicht, Herr Bundesminister, dann hat eine Angelegenheit, die sang- und klanglos eingestellt wurde, die Justiz monatelang beschäftigt. Hier wurden von der sozialistisch verwalteten Justiz Steuergelder verschleudert. Herr Bundesminister! Man hätte das bei einer beschleunigten Erledigung weit früher machen können. Ich erlaube mir, Sie zu fragen: Welche Kosten aus Steuergeldern hat diese jetzt eingestellte Voruntersuchung erfordert?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Broda**: Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Ich glaube, wir sind einer Meinung, daß es keine sozialistisch verwaltete Justiz gibt, sondern nur eine Justiz der Republik Österreich, der zu dienen ich die Ehre habe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Zweitens möchte ich mit großem Nachdruck auch zu dieser Rechtssache sagen, daß in keinem Stadium des Verfahrens vom Bundesministerium für Justiz mittelbar oder unmittelbar Weisungen

an die staatsanwaltschaftlichen Behörden erteilt worden sind. Alle Schlußanträge der staatsanwaltschaftlichen Behörden sind in deren pflichtgemäßem Ermessen ohne jede Weisung erfolgt.

Das Bundesministerium für Justiz hat etwas ganz anderes getan. Gerade im Hinblick auf das bekannte öffentliche Aufsehen des Rechtsfalles wollten wir, daß alle Rechtsaspekte besonders sorgfältig geprüft werden. Deshalb haben wir gebeten, noch einmal das rechtliche Problem zu durchdenken, das ich dann in meiner schriftlichen Anfragebeantwortung vom 7. September 1973 an Sie dargestellt habe.

Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, Ihnen die Sachverständigenkosten mitzuteilen; ich werde es aber sehr gerne nachholen. Ich habe gar keine Bedenken dazu, aber bitte, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Abgeordneter Bauer, doch eines zu bedenken: Wenn wir uns in dieser Frage von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, daß wir überhaupt nicht untersuchen lassen, überhaupt kein Schriftsachverständigengutachten einholen, sondern uns sofort aus rechtlichen Gründen auf den Standpunkt gestellt hätten, daß nichts weiter zu unternehmen ist, wären Sie auch nicht mit der Justiz der Republik Österreich zufrieden gewesen. Die Justiz kann es Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, offenbar nicht leicht recht machen. Ich bitte um Entschuldigung. *(Abg. Dr. Bauer: In diesem Fall sicher nicht!)*

Präsident Dr. **Maleta**: Sechste Anfrage: Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ) an den Herrn Justizminister.

1187/M

Welche Erfahrungen ergeben sich aus der praktischen Anwendung des Strafvollzugsgesetzes und der Strafvollzugsgesetznovelle?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Broda**: Abgeordneter Dr. Reinhart! Wir können feststellen, daß das am 1. 1. 1970 in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz, das naturgemäß in der praktischen Durchführung großen Schwierigkeiten begegnet ist, weil es ja bis dahin kein Strafvollzugsgesetz gab, heute von der Praxis verkraftet worden ist. Wir sind darüber sehr froh, und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um auch zu sagen, daß wir allen Strafvollzugsbediensteten außerordentlich dankbar sind, daß sie sich mit den zum Teil ja schwierigen Bestimmungen eines rechtsstaatlich geordneten Strafvollzuges vertraut gemacht haben.

Bundesminister Dr. Broda

Natürlich werden wir stufenweise in der Praxis mehr und mehr Gesichtspunkte des Strafvollzugsgesetzes durchzuführen haben. Dazu brauchen wir — der Finanzminister hat heute in seiner Budgetrede darüber berichtet — vor allem budgetäre Mittel und wir brauchen auch die entsprechende personelle Ausstattung. Das Budget für 1974 wird uns die Möglichkeit geben, wieder weiter auszubauen.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liegt dem Bundesministerium für Justiz im Bereiche des Strafvollzuges ein internationaler Erfahrungsaustausch vor?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Broda**: Herr Abgeordneter Reinhart! Wir bemühen uns sehr intensiv im Rahmen der Zusammenarbeit im Europarat; außerdem vertritt uns unser österreichischer Vertreter im Europarat, der Lehrbeauftragte an der Hochschule in Linz, Ministerialrat Doleisch — ein wirklicher Pionier des modernen Strafvollzugswesens — immer wieder bei diesem internationalen Erfahrungsaustausch; seine Stimme wird in anderen Ländern sehr gerne gehört.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ergeben sich aus der praktischen Erfahrung des Strafvollzugsgesetzes und des internationalen Erfahrungsaustausches Konsequenzen beziehungsweise ist mit einer weiteren Humanisierung des Strafvollzuges in Österreich zu rechnen?

Herr Bundesminister! Ich nehme dabei die Gelegenheit wahr, um auf eine Initiative der Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee zurückzukommen, in der erstmals Strafgefangene zu Bergwanderungen eingeladen worden sind. Es wurde auch dort in diesem Bereiche schon versucht, diese Strafgefangenen kulturellen Veranstaltungen zuzuführen. Ist in diesem Zusammenhang auch in Österreich mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Broda**: Es geht hier um die Probleme des offenen oder halboffenen Strafvollzuges; dort, wo die Möglichkeit dazu besteht, gegen Ende der Strafzeit und bei Personen, bei denen man nicht annimmt, daß sie für die Sicherheit des Landes gefährlich sind, müßte man in Österreich in viel stärkerem Maße als bisher möglich die Kommunikation zur Außenwelt verstärken, und dazu gehören auch diese Möglichkeiten, die Möglichkeit der

Urlaubsgewährung oder die Möglichkeit der Freizeitgestaltung außerhalb der Gefängnismauern.

Wir werden dazu auch legislative Vorschläge im Zusammenhang mit den Erfahrungen in anderen Ländern — wir haben es ja gemeinsam in Schweden und der Schweiz gesehen — in nächster Zeit dem Hohen Nationalrat vorlegen.

Präsident Dr. **Maleta**: Ich danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Präsident Dr. **Maleta**: 7. Anfrage: Abgeordneter Luptowits (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst.

1190/M

Wie hat sich der Kartenverkauf der Bundestheater in den letzten Jahren entwickelt?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter! Der Kartenverkauf unserer Bundestheater entwickelte sich in den letzten drei Jahren recht günstig. Nicht uninteressant ist es, daß sich der Kartenverkauf bei den Musiktheatern besser entwickelte, als das bei den Sprechtheatern der Fall war.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß in der Volksoper seit der Saison 1970/71 bis zur Saison 1972/73 der Kartenverkauf von 398.000 auf 430.000 gestiegen ist, in der Staatsoper von 559.000 auf 575.000, im Akademietheater von 137.000 auf 147.000; nur in der Burg haben wir einen Rückgang von 384.000 auf 376.000 zu verzeichnen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß seit der Saison 1971/72 schon wieder eine Steigerung um 2000 eingetreten ist.

Insgesamt haben wir also bei unseren Bundestheatern einen Kartenverkauf zu verzeichnen: 1970/71 1,480.000, 1971/72 1,495.000 und 1972/73 1,528.000.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Luptowits**: Herr Bundesminister! Was bedeutet das in Geld umgesetzt?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Finanziell entwickeln sich die Einnahmen bei unseren Bundestheatern seit 1968 günstig, wobei ich zugebe, daß wir es wünschen würden, daß es noch besser wäre. Wir hatten 1970/71 Einnahmen von rund 121 Millionen Schilling zu verzeichnen, 1971/72 waren es 124 Millionen und in der Saison 1972/73 135 Millionen.

Präsident Dr. **Maleta**: 8. Anfrage: Abgeordneter Dr. Gruber (*OVP*) an den Herrn Unterrichtsminister.

1192/M

Wieviel kostet voraussichtlich die Gratisschulbuchaktion für das Schuljahr 1973/74?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Dr. Gruber! An sich müßte die Frage an den Finanzminister gestellt werden, weil es sich um Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds handelt. (*Abg. Dr. Gruber: Leider!*) Ich bin aber gerne bereit zu antworten, allerdings soweit ich dazu heute imstande bin.

Man kann nicht mit Bestimmtheit sagen, wie teuer die Aktion 1973/74 sein wird. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Jedenfalls teuer!*) Ich kann aber eines sagen, Herr Abgeordneter Kohlmaier: daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mock in der Pressekonferenz nicht gestimmt haben und daß die Zahl 770 Millionen Schilling auf die Gutscheine, die bestellt wurden, begründet ist. Es wird darauf ankommen, wie viele dieser Gutscheine auch wirklich eingelöst werden. Ich bin der Meinung, daß wir weit unterhalb dieser Grenze von 770 Millionen Schilling liegen werden.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Gruber**: Herr Bundesminister! Sie haben sich jetzt also auf die in der Öffentlichkeit mehrfach genannte Zahl von 770 Millionen Schilling bezogen. Es wurde allerdings vom Buchhandel und von den Verlagen in Zweifel gezogen, ob diese 770 Millionen ausreichen werden. Es wurde dort die Meinung geäußert, daß dieser Betrag nicht unwesentlich überschritten würde.

Ich habe Ihrer Anfragebeantwortung entnommen, daß Sie der Meinung sind, daß die 770 Millionen jedenfalls nicht erreicht würden, daß der Betrag zu hoch gegriffen sei. Gibt es dafür außer dem schon genannten Anhaltspunkt noch andere Anhaltspunkte? Von den Verlagen wird nämlich ins Treffen geführt, daß die Preise für die Schulbücher seinerzeit anders kalkuliert waren, als sie sich jetzt tatsächlich herausstellen.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Dr. Gruber! Ein Teil dieser Frage hätte eigentlich auch an den Herrn Finanzminister gestellt werden müssen. Aber auch hier kann ich Ihnen versichern, daß ich bisher von keinem Verlag gehört habe, er sei der Auffassung, daß mit dieser Summe nicht das Auslangen gefunden werden könne.

Außerdem sind die Preise der Bücher mit den Verlegern und den Buchhändlern vereinbart worden, sodaß hier keine Teuerung eintritt, wie überhaupt keine Teuerung bei den Schulbüchern eingetreten ist, was nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen ist, daß durch die Schulbuchaktion eine ganz andere Planung des Verlagswesens auch in wirtschaftlicher Hinsicht möglich gewesen ist.

Ich kann Ihnen versichern, daß sich diese 770 Millionen Schilling — und das muß immer wieder gesagt werden, damit kein Irrtum entsteht — auf die Zahl der bestellten Gutscheine gründen, wobei wir ja immer gesagt haben, daß wir an die 20 Prozent mehr Gutscheine bestellen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß sie in der Schule aufliegen. Der Gutschein wird ja erst dadurch zu einem Wertpapier, daß er eingelöst wird, daß er vorher unterschrieben, unterfertigt wird.

Ich bin davon überzeugt, und alle Hinweise bestärken mich in dieser Ansicht, daß wir die Ziffer von 770 Millionen Schilling nicht erreichen werden. Ich darf daran erinnern, daß ja auch im Vorjahr horrende Ziffern genannt worden sind — 1500 Millionen Schilling, 1200 Millionen Schilling —, und dann hat die Aktion genau soviel gekostet, als wir ursprünglich geplant hatten, etwa 570, 580 Millionen Schilling. Wir werden auch in diesem Jahr im Bereich unserer Schätzungen verbleiben.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Gruber**: Herr Bundesminister! Sie haben davon gesprochen, daß mehr angefordert wurde, als nachher unter Umständen zur Auslieferung kam. Man hört, daß Buchhändler wesentlich weniger ausliefern, als sie vorrätig haben. Das scheint also auf eine nicht ganz sinnvolle Bevorratung zurückzuführen zu sein. Ich bin der Meinung, daß hier die Bevorratung wesentlich weniger dringlich ist als auf anderen Gebieten.

Herr Bundesminister! Sie sagen, daß man mit der geschätzten Ziffer das Auslangen finden dürfte. Wie erklärt sich nun der Umstand, daß für das Budget 1974 ein Betrag von 850 Millionen Schilling — das entnehme ich den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Finanzen — vorgesehen ist? Heißt das mit anderen Worten, Herr Bundesminister, daß die Verwaltungskosten allein hier etwa 100 Millionen Schilling ausmachen?

Im übrigen darf ich noch sagen, ich danke Ihnen, daß Sie die Frage beantworten. Aber wenn ich sie an den Herrn Finanzminister gestellt hätte — ich habe das überlegt —, hätte er vielleicht gesagt: Wir wissen noch nichts Genaues, das weiß nur der Unterrichtsminister.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Dr. Gruber! Ich freue mich, daß Sie soviel Vertrauen in das Unterrichtsministerium setzen. Sie kennen ja als Fachmann die Bereiche des Unterrichts. Ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis. Ich kann Ihnen versichern, daß im Grunde genommen diese Schulbuchaktion ohne wesentliche Verwaltungskosten durchgeführt wird. Alles das, was in der letzten Zeit über Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Schulbuchaktion gesagt wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Es gibt faktisch keine Verwaltungskosten.

Ich nehme an, daß ich den Herrn Finanzminister richtig interpretiere, daß er natürlich die Ziffer der bestellten Gutscheine von heuer als Grundlage für die Planung 1974 genommen hat. Aber ich hoffe, wie gesagt, daß sich bei der Durchführung der Schulbuchaktion 1973/74 zeigen wird, daß wir durchaus in dem Bereich verbleiben werden, den ich vorhin angeführt habe.

Daß wir bei der Bestellung der Gutscheine eine 20prozentige Erhöhung vorgenommen haben, wurde den Buchhändlern und den Verlegern mitgeteilt. Ich kann Ihnen sagen, daß im Unterrichtsministerium offiziell vom Buchhandelsgremium keine Hinweise eingelangt sind, daß in Buchhandlungen zuviel Bücher auf Vorrat gelegt worden sind. Ich habe allerdings gehört, daß es da und dort der Fall sein soll. Ich muß dazu sagen, daß ein gewisses Maß an wirtschaftlichem Risiko auch bei diesem Geschäft der Buchhändler einzukalkulieren ist.

Ich habe aber darüber hinaus mit den maßgebendsten Verlegern gesprochen, und die haben mir zugesagt, daß sie, sollte das der Fall sein, diese von einzelnen Buchhändlern zu viel bestellten Schulbücher zurücknehmen werden.

Präsident Dr. **Maleta**: 9. Anfrage: Abgeordneter Dr. Schranz (SPO) an den Herrn Unterrichtsminister.

1191/M

Halten Sie es für möglich, daß alle Eltern von Schülern über sämtliche wichtige Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit Schulproblemen (Gesetze, Verordnungen, Erlässe), etwa in Broschürenform, informiert werden?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Dr. Schranz! Sämtliche wichtige Rechtsgrundlagen des Schulbereiches den Eltern in Form von Broschüren zur Verfügung zu stellen, erscheint mir unmöglich, weil es

sich dabei (*Abg. Dr. Gruber: Um Bände!*) um ein sehr, sehr umfangreiches Rechtsgebiet handelt. — Der Herr Abgeordnete Dr. Gruber hilft mir wieder. Er ist wirklich versiert in allen Fragen, die das Unterrichtsministerium betreffen. — Allein was die allgemeinbildenden höheren Schulen betrifft, müßte ein zwölfbändiges Werk zur Verfügung gestellt werden.

Aber ich bin der Auffassung, daß Herr Abgeordneter Dr. Schranz nicht meinte, daß alle Gesetze den Eltern zur Verfügung gestellt werden sollten, sondern daß die wichtigsten Bereiche des schulischen Lebens den Eltern bekanntgemacht werden sollen. Das ist auch die Auffassung des Unterrichtsministeriums. Darf ich aber darauf hinweisen, daß wir gerade jetzt im Unterausschuß des Unterrichtsausschusses die Neuordnung der wichtigsten inneren Bereiche unseres Schulwesens vornehmen mit dem großen Schulunterrichtsgesetz; dann, wenn dieses Gesetz beschlossen werden wird, halte ich es für sinnvoll, daß ein Weg gefunden wird, die interessantesten und für die Eltern wichtigsten Bestimmungen allen Eltern in Österreich zugänglich zu machen.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Schranz**: Herr Bundesminister! Vielleicht ist die Differenz in der Anschauung eine Frage der Betonung. Ich würde also sagen: „sämtliche wichtige“ anstatt „s ä m t l i c h e wichtige“, und dann befinden wir uns schon auf einer Linie.

Um die Rechtsgrundlagen geht es, die eben für die Schüler und deren Eltern besonders wichtig sind, etwa der Erlass „Heutige Rechtsgrundlagen“, Prüfen und Klassifizieren, Vorschriften über Schularbeiten.

Sind Sie mit mir also einer Meinung, daß zu den Bestrebungen, alle Bereiche der Gesellschaft zu demokratisieren, eben auch dazugehört, den Schülern, etwa denen der Oberstufe der AHS, und bei den anderen Schülern den Eltern die wichtigsten Regeln, aber auch die wichtigsten Rechte für die Schüler, den Schulbetrieb betreffend, bekanntzumachen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter! Ich bin nicht nur mit Ihnen einer Meinung, daß dies notwendig wäre, sondern ich habe mich in den letzten Jahren sehr bemüht, das auch in der Realität des Schulwesens immer mehr zum Durchbruch zu bringen. Das Schulunterrichtsgesetz, von dem ich vorhin gesprochen habe, ist ein Beweis dafür, daß für die Eltern weitaus mehr Möglichkeiten bestehen werden, am Schulleben Anteil zu nehmen, Informationen zu erhalten, aber auch eine

7686

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Bundesminister Dr. Sinowatz

Rechtsgrundlage zu bekommen, um gegen Entscheidungen der Schule Einspruch zu erheben.

Im neuen Schulunterrichtsgesetz werden auch die Elternvereine erstmals rechtlich fixiert werden. Ich bin der Auffassung, daß eben diese Frage, die Sie gerade anschnitten, für unsere Elternvereine sehr wesentlich ist. Ich werde nicht versäumen, schon jetzt den Elternbeirat, der beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst besteht, von diesem Wunsch und von dieser Überlegung in Kenntnis zu setzen, damit schon jetzt darüber nachgedacht wird, in welcher Form unsere Elternvereine mitarbeiten können, damit dann, wenn das Schulunterrichtsgesetz beschlossen wird, die Möglichkeiten für die Eltern, mehr Information über die gesetzlichen Grundlagen der Schule zu erhalten, sehr rasch realisiert werden können.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schranz: Man kann also erfreulicherweise annehmen, daß bald nach dem Inkrafttreten des Schulunterrichtsgesetzes diese Rechtsgrundlagen den Eltern gegeben werden.

Wäre es möglich, daß das im Hinblick auf die in den Oberstufen der AHS befindlichen Schüler so vor sich geht, daß die Schüler über diese Rechtsgrundlagen informiert werden?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Das Schulunterrichtsgesetz sieht ja überhaupt eine Partnerschaft zwischen Lehrern, Eltern und Schülern vor. Es wird also in Zukunft direkt die Möglichkeit bestehen, in dem dafür bestimmten Ausschuß, dem Lehrer und Schüler angehören, diese Fragen zu behandeln. Ich glaube, daß das ein sehr wesentlicher Teil des Gesetzes sein wird.

Ich bin der Auffassung, daß wir jetzt nicht von oben bestimmen sollten, wie das überall zu geschehen hat, denn der Sinn der Mitverantwortung und der Mitbestimmung in der Schule liegt ja darin, daß auf die jeweiligen Eigenarten der Schulen eingegangen wird und daß in der Schule Lehrer, Schüler und Eltern selbst einen Weg erarbeiten, wie solche organisatorischen Maßnahmen am besten bewerkstelligt werden können.

Präsident Dr. Maleta: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident Dr. Maleta: 10. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

1172/M

Sind im Verlauf der in jüngster Zeit stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Schulbuchverlage und des Buchhandels einerseits sowie Vertretern des Finanzministeriums andererseits, die mit der Durchführung der heutigen Gratisschulbuchaktion im Zusammenhang standen, bereits konkrete Ergebnisse erzielt worden?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Finanzen einerseits und der Interessenvertretung der Verleger und der Buchhändler andererseits finden über die Vorbereitung und Abwicklung der Schulbuchaktion für die jeweiligen Schuljahre statt. Die Verhandlungen betreffen die Ausstattung der Bücher, die Preise und die Herstellung der erforderlichen Gutscheine.

Für das laufende Jahr sind diese Verhandlungen abgeschlossen; ebenso sind sie für das nächste Schuljahr nahezu abgeschlossen.

Präsident Dr. Maleta: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Peter: Diesen Verhandlungen entnehme ich, Herr Bundesminister, daß auch über die Auflagenhöhe auf Grund der Gutscheinabsprachen Gespräche geführt werden müssen. Daraus entnehme ich, daß die eben vom Bundesminister für Unterricht erteilte Information, er habe keine Ahnung von dieser Überproduktion, nicht den Tatsachen entsprechen kann.

Ich frage Sie daher, ob Ihnen bekannt ist und in Ihrem Ministerium bekannt war, daß hier eine 50prozentige Überproduktion gegenüber den benötigten Gutscheinen stattgefunden hat, und wer in Ihrem Ministerium dafür verantwortlich ist.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Außerhalb der angeführten Verhandlungen, die nicht — ich betone das — über die Auflagenhöhe erfolgen, finden keine Gespräche mit den Verlegern und Schulbuchhändlern statt. Insbesondere haben keine Gespräche über das Problem einer allfälligen Überproduktion der Verlage stattgefunden. Gegenteilige Feststellungen in Tageszeitungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Für solche Verhandlungen besteht auch kein Anlaß, zumal es auch nicht zutrifft, daß das Bundesministerium eine bestimmte Auflage von Schulbüchern bestellt.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Ich darf an Ihre Feststellung anknüpfen, daß die Pressemeldungen nicht den Tatsachen entsprechen, Herr Bundes-

Peter

minister, und daher ganz konkret eingehen auf die „Presse“ vom 13./14. Oktober 1973, wo eine Überschrift lautet:

„Gratisschulbücher als Ladenhüter. — Skandal wegen 50prozentiger Überproduktion ...“

Darin wird ein Beamter Ihres Hauses, Herr Sektionsrat Schredel, wörtlich zitiert, indem man ihm in den Mund legte, beziehungsweise er sagte:

„Die Unternehmer haben die Möglichkeit, ihr Risiko im Preis einzukalkulieren ...“

Mich interessiert sehr wohl, ob diese Meinungsäußerung von einem Beamten Ihres Hauses getätigt wurde, denn dann sagt ein Ministerium genau das Gegenteil von dem, was der Handelsminister auf der anderen Seite immer gegenüber der Wirtschaft erklärt, wenn es um Preise geht.

Ist diese Äußerung von einem Beamten Ihres Hauses gefallen oder nicht, und sind Sie bereit, Herr Bundesminister, das untersuchen zu lassen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Ich werde der Sache gern nachgehen. Aber eindeutig steht fest, daß das Mengenproblem sowohl die Verlage wie die Buchhändler abzuschätzen haben, wie sie das auch früher abzuschätzen hatten. Daran hat sich durch die Schulbuchaktion, das heißt dadurch, daß die Lasten vom Familienlastenausgleichsfonds übernommen wurden, überhaupt nichts geändert.

Die Preiserstellung ist eine Sache der Paritätischen Kommission, und es gelten jene Grundsätze, die auch für andere Preisfestsetzungen in diesem Gremium Anwendung finden.

Präsident Dr. **Maleta**: 11. Anfrage: Abgeordneter Minkowitsch (ÖVP) an den Herrn Finanzminister.

1204/M

Ab welchem Zeitpunkt wird die Verwendung gefärbten Dieselöls für land- und forstwirtschaftliche Maschinen, wie dies der Herr Bundeskanzler angekündigt hat, gestattet werden?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Am 20. September dieses Jahres hat der Herr Bundeskanzler anlässlich einer Rede in Linz eine Enquete angekündigt, deren Aufgabe es ist zu prüfen, in welcher Form die Verwendung gefärbten Dieselöls, wie es einem Wunsch der landwirtschaftlichen Vertreter entspricht — wir hatten ja in mehrfachen Aussprachen Gelegenheit, das zu erörtern —, durchzuführen ist. Mit Rücksicht auf die Terminplanung des Parlaments möchte ich noch

die Sitzung am 7., 8. November abwarten, um in der Folge oder in der darauffolgenden Woche einen Termin für eine solche Enquete zu fixieren, auf der neben den Fragen der landwirtschaftlichen Vertreter auch die Fragen der Erdölfirma, die Bereitstellung der Kapazitäten und ähnliches geklärt werden sollen, um dann, wenn man sich dazu entschließen kann — die Bereitschaft ist unsererseits vorhanden —, auch eine klaglose Durchführung zu garantieren.

Es gilt dabei auch gewisse sozialpolitische Überlegungen anzustellen, weil das heutige Treibstoffverbilligungssystem sozusagen den kleineren Betrieb etwas stärker begünstigt und eine degressive Wirkung zum großen hat, was bei gefärbtem Dieselöl selbstverständlich wegfallen würde.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Minkowitsch**: Herr Bundesminister! Unsere Forderung war seinerzeit ganz eindeutig so gestellt, daß gerade die Rückvergütung auf dem Benzinsektor selbstverständlich aufrecht bleiben möge. Ich begrüße es, daß Sie selbst Interesse daran zeigen, daß dieses Problem möglichst bald gelöst wird. Ich würde es für zweckmäßig halten, daß anlässlich der nächsten Preiserhöhung für Mineralstoffe dieses Umsteigen des Systems möglich wäre, spätestens jedoch zum 1. Jänner 1974.

Herr Bundesminister! Das Problem als solches ist ja weitgehend bekannt. Ich frage Sie nun: Halten Sie eine so rasche Erledigung für möglich, daß dieser von mir ins Auge gefaßte Termin auch Ihnen als realistisch erscheint?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Nach allen mir zugänglichen Informationen ist das technisch unmöglich, wenn man eine einwandfreie Versorgung sicherstellen will, weil allein die dafür erforderlichen Lagerkapazitäten erst geschaffen werden müssen.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Minkowitsch**: Herr Bundesminister! Ich würde Sie ersuchen, sich mit dem Handelsminister ins Einvernehmen zu setzen, der mir schon vor langer Zeit erklärt hat, daß es nach dem ihm und uns zugänglichen Fachgutachten ohne weiteres möglich wäre, das im Handel befindliche Heizöl auch tatsächlich zu verwenden. Es geht jetzt lediglich darum, das vorhandene Heizöl leicht, das eben zur Verfügung steht und bisher als Dieselöl verkauft wurde, einzufärben, sodaß wir gar nicht glauben, daß daraus ein versorgungstechnisches Problem entsteht.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Wenn Sie sich nur vorstellen, wie groß der Bedarf an Heizöl im Verhältnis zu dem ist, was die Landwirtschaft benötigt, und wie sich das regional verteilt, so ergibt sich sehr deutlich, daß die Kapazitäten erst geschaffen werden müssen. Es hat keinen Sinn, wenn man das übers Knie bricht und die Versorgung nicht sichergestellt ist. Das Ziel muß sein, die Enquete zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu einem Zeitpunkt, der auch technisch möglich ist, einzuberufen. Es hat gar keinen Sinn, einen technisch nicht realisierbaren Termin anzupeilen.

Präsident Dr. **Maleta**: 12. Anfrage: Abgeordneter Melter (*FPO*) an den Herrn Finanzminister.

1173/M

Welche Erfahrungen wurden bisher mit den ab 1. Oktober 1973 neu eingeführten KFZ-Stempelmarken gemacht?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Wir haben erst seit drei Wochen die nur für die Kraftfahrzeugsteuer geltenden Stempelmarken. Hier jetzt schon eine abschließende Beurteilung meinerseits vorzunehmen, wäre, würde ich glauben, voreilig. Jedenfalls kann ich auf Grund der bisherigen Erfahrungen sagen, daß die Mehrzahl der Kraftfahrer die Einführung der Stempelmarken mit dem Aufdruck „Kraftfahrzeugsteuer“ positiv beurteilt, weil von den insgesamt 14 neu aufgelegten Wertzeichen 8 Stück Monatswerte darstellen. Mit diesen 8 Wertzeichen kann die Monatssteuer für Personenkraftwagen bis zu einem Hubraum von 3000 Kubikzentimeter mit nur einer Stempelmarke entrichtet werden. Insoweit wurde damit die Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer auch für den Kraftfahrer vereinfacht und leichter gestaltet.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Melter**: Herr Bundesminister! Anlässlich der Beratungen im Finanzausschuß haben Sie auf Grund einer von mir gemachten Anregung zugesichert, daß sämtliche im Kraftfahrzeugsteuergesetz genannten Werte an Stempelmarken mit dem Aufdruck „Kraftfahrzeugsteuer“ versehen werden. Nun stellt sich jedoch heraus, daß dabei einige Marken vergessen wurden, und zwar solche Marken, die zum Teil sehr häufig verwendet werden müssen. Es betrifft die Werte von 3 S und 6 S.

Ich frage Sie nun, Herr Finanzminister: Warum haben Sie es unterlassen, die Auflage auch dieser Werte zu verfügen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Ich werde die Sache prüfen, ob es einen Grund dafür gibt, daß diese Werte nicht in Form einer gesonderten Kraftfahrzeugsteuermarke, also mit diesem Aufdruck, aufgelegt worden sind.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Melter**: Herr Bundesminister! Es müßte eigentlich auch Ihnen schon aufgefallen sein, daß aus den Kreisen der Trafikanten Klagen laut geworden sind, daß verschiedene Mehrbelastungen infolge dieser neuen Stempelmarken aufgetreten sind. Sie haben zwar meiner Anregung stattgegeben, auch für diese zweite Stempelmarkensorte, beginnend von 6 Prozent bis zu einem Umsatz von 300.000 S, eine Provisionsvergütung zu bewilligen, was ein Ausgleich für die Mehrbelastung ist.

Es ergibt sich aber nun die Frage, wieso man im Zusammenhang mit der Kraftfahrzeugsteuer nicht genau jene Markenwerte geschaffen hat, die im Kraftfahrzeugsteuergesetz genannt sind und die man demzufolge benötigt. Es zeigt sich nämlich jetzt in der Praxis, daß für eine ganze Reihe von Werten, und zwar für 8 S, 9 S und 18 S — Marken im Werte von 9 S und 18 S werden sehr häufig benötigt —, immer noch drei Marken geklebt werden müssen. Das heißt also: Es ist damit für den Trafikanten eine erhebliche Mehrarbeit verbunden, denn er muß drei Marken abreißen. Das Markenabreißen kann sehr leicht, wie Sie ja wissen, zu Beschädigungen führen, sodaß Umtausche notwendig sind.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Beabsichtigen Sie nicht, diese sehr häufig benötigten Werte doch noch aufzulegen, damit sowohl für die Trafikanten wie auch für die Benützer von Kraftfahrzeugen, die ja die Marken kleben müssen, eine weitere Vereinfachung eintritt?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Mit Ihrer Formulierung nach einer „weiteren Vereinfachung“ stimmen Sie meiner Auffassung zu, daß überhaupt eine Vereinfachung eingetreten ist, was Sie bei den Beratungen im Ausschuß durchaus noch bestritten hatten.

Ich möchte feststellen, daß hier abzuwägen ist eine entsprechende Vielfalt von Wertmarken und das, was dann der Tabaktrafikant sozusagen „am Bestand“ halten muß. Das heißt: Wenn nicht ein gesichertes Volumen in einem bestimmten Ausmaß zur Verfügung steht, muß man durch Teilung oder durch Verwendung von mehreren Marken so wie bisher das Problem lösen. Es tritt hier keine Ver-

Bundesminister Dr. Androsch

schlechterung, zugegeben aber auch keine Verbesserung ein. Ich werde das aber gerne prüfen.

Ich möchte aber noch einmal in aller Form klarstellen, worum es gegangen ist: Es gibt 2,385.747 Kraftfahrzeuge in Österreich und ebenso viele Kraftfahrzeugsteuerkarten. Bisher war es notwendig, genau zu ermitteln, wieviel von den einen größeren Betrag ausmachenden Stempelmarkeneinnahmen auf diese Steuer entfallen. Das führte dazu, daß jede einzelne Kraftfahrzeugsteuerkarte für jeden Monat nach Einschickung zu überprüfen war. Das erforderte die Arbeit von 200 Beamten.

Die Vereinfachung wird dazu führen, daß mit Wirksamkeit nächsten Jahres — denn jetzt müssen noch die alten Karten des abgelaufenen Kraftfahrzeugsteuerjahres geprüft werden — die 200 Beamten auf 100 reduziert beziehungsweise für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden können.

Ich darf auf die Kosten verweisen: Die Personalkosten für zirka 200 Bedienstete betragen 18 Millionen, die Druckkosten der Wertzeichen 1,2 Millionen und die Verschleißgebühren 40,5 Millionen. Ich weiß, daß das für die Tabaktrafikanen eine nicht uninteressante Einnahme ist, und ich verstehe ihre Anregung nicht so, Überlegungen anzustellen, die überhaupt ein anderes System des Inkassos der Kraftfahrzeugsteuer vorsehen, womit diese Einnahmen für die Tabaktrafikanen wegfallen würden.

Präsident Dr. Maleta: Anfrage 13: Herr Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP) an den Herrn Finanzminister.

1205/M

Schließen Sie eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vor dem 1. Jänner 1975 unter allen Umständen aus?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Auf Grund der voraussehbaren Umstände: ja.

Präsident Dr. Maleta: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Keimel: Wenn die im Bundesvoranschlag getroffenen Annahmen zutreffen, wird es bei der Lohnsteuer eine Zunahme von mehr als 26 Prozent geben. Aber das dürfte noch unterschätzt sein, denn es gibt ja eine unveröffentlichte Beiratsstudie, wonach die Androsch-Steuerreform, wenn wir sie so nennen dürfen, den Lohnsteuer-Multiplikator 1974 auf 2,4 anhebt. Das würde dann sogar eine Erhöhung des Lohnsteueraufkommens um 38 Prozent bedeuten.

Sollte sich nun 1974 doch herausstellen, wie so oft schon, daß die Lohnsteuer in diesem Jahr 1974 noch kräftiger steigt, als Sie angenommen haben, sind Sie dann bereit, einen Teil dieser inflationsbedingten Mehreinnahmen den betroffenen Steuerzahlern zurückzuerstatten?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Bei diesem Vergleich, Herr Abgeordneter, bitte ich nicht zu übersehen, daß im Jahr 1973 gegenüber 1972 wegen der so großen Steuersenkung im heurigen Jahr überhaupt keine oder nahezu keine Erhöhung eingetreten ist, sodaß man den Vergleich doch wohl nur über den Durchschnitt unter Einbeziehung des Jahres 1972 überhaupt sinnvollerweise anstellen kann.

Dazu darf ich noch einmal zusammenfassen — ich hatte vorhin ausführlicher Gelegenheit, das zu tun —, daß auch jede Steuersenkung ihren Preis hat. Der Preis besteht zunächst darin, daß die Defizite größer werden, nicht nur beim Bund, sondern bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden, mit allen Konsequenzen, daß öffentliche Leistungen nicht oder erst später erbracht werden können und daß diejenigen, die den Preis zahlen, nicht identisch sind mit dem Kreis derjenigen, die den entgangenen Nutzen haben. Denn etwa 35 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen zahlen auf Grund der Steuersenkungen keine Lohnsteuer. Bei den Landwirten ist die Zahl derer, die keine Einkommensteuer zahlen, noch höher, bei den Selbständigen ist sie etwas niedriger. Das heißt, dieser Personenkreis der Einkommensschwächeren hat den entgangenen Nutzen zur Gänze zu tragen, ohne nur den geringsten Vorteil aus einer Steuersenkung zu haben.

Das ist auch der Grund für die Überlegung, die Kinderabsetzbeträge, die die Kinderfreibeträge ersetzt haben, in direkte Transfers umzuwandeln, damit auch jene, die keine oder keine in diesem Ausmaß sich ergebende Steuerschuld haben, in den vollen Genuß dieser Unterstützung kommen können.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Keimel: Es geht ja auch aus dem Bericht zum Budget 1974 hervor, daß die Gesamtabgabenbelastung wieder gegenüber dem Vorjahr wesentlich steigt, was Sie jetzt auch bestätigt haben. Die ÖVP hat Vorschläge zu einer gezielten Steuersenkung per 1. 1. 1974 gebracht, die Sie allerdings abgelehnt haben. Wir haben bewußt, Herr Finanzminister, auf eine Senkung des nicht neutralen Satzes für die Mehrwertsteuer verzichtet, um stabilitätsbewußt unsere Vorschläge unterzubringen. Sie haben gemeint, daß die nächsten

7690

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Dr. Keimel

Lohnsteuersenkungen erst wieder per 1. 1. 1975 gemacht werden könnten. Eine Frage, die sich bei mir nun erhebt, ist, wieso der Zeitpunkt 1. 1. 1975 konjunkturpolitisch ein besserer sein sollte als der 1. 1. 1974.

Zu Ihren Ausführungen nun noch die Frage: Welche Kriterien müssen bei Ihnen außer der voraussichtlichen Geldentwertung von 7,5 Prozent für eine konjunkturgerechte Lohnsteuersenkung noch gegeben sein, oder nach Ihren jetzigen Ausführungen: Sind Sie wenigstens bereit, eine Negativsteuer für jenen Personenkreis einzuführen, der bisher nicht in den Genuß der Steuerabsetzbeträge kommt?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst nehme ich dankbar zur Kenntnis, daß Sie meine Argumentation übernommen haben, daß eine Mehrwertsteuersenkung stabilitätspolitisch unerwünscht wäre. Vor wenigen Monaten haben Sie das noch gefordert als Beitrag zur Stabilitätspolitik.

Ich darf feststellen, daß wir — ich habe das in meiner Budgetrede ausgeführt — insgesamt durch die Steuersenkung 1971, die Vorleistung 1972 und die im heurigen Jahr stattgefundene Steuersenkung auf 10 Milliarden Schilling Einnahmen verzichtet haben — aus guten Gründen!

Ich erinnere weiter daran, daß Sie, Ihre Fraktion im vergangenen Herbst gegen das Einkommen- und Lohnsteuergesetz gestimmt haben, vor allem weil Sie das System abgelehnt haben, zu dem Sie jetzt Vorschläge machen, die Sie auch von uns übernommen haben. Ich darf erinnern, daß ich erstmals auf der Betriebswirtschaftlichen Woche 1969 die Ehre hatte, das Problem negativer Steuern für Kinder in einem steuerpolitischen Vortrag anzuregen. Daher bitte ich Sie, zu berücksichtigen: Für das Jahr 1974 ist der Verzicht auf 3750 Millionen Schilling nach den drei Steuersenkungen, die wir vorgenommen haben, nicht möglich. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der staatsfinanziellen Möglichkeiten haben wir in Aussicht genommen, bereits im Frühjahr mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund weitere Gespräche darüber aufzunehmen.

Aber wir wollen eines auf jeden Fall vermeiden, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß so wie 1967 und 1968 folgendes eintritt: daß man am 1. Oktober 1967 eine Steuersenkung macht, dann am 1. Februar 1968 die Umsatzsteuer hebt, am 1. September 1968 zwei neue Steuern einführt, nämlich die Alkoholsteuer und die Sonderabgabe von Kraftfahrzeugen — letztere konnten wir inzwischen

beseitigen —, und mit Wirksamkeit 1. Jänner 1969 einen 10prozentigen Zuschlag zur Lohnsteuer, zur Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer und einen 50prozentigen Zuschlag zur Vermögensteuer. Das wollen wir vermeiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Ich danke, Herr Minister.

Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen.

Wir schreiten in der Tagesordnung fort.

Zuweisungen

Präsident Dr. **Maleta**: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 94/A der Abgeordneten Mondl und Genossen betreffend die Novellierung des Wehrgesetzes dem Landesverteidigungsausschuß;

Antrag 95/A der Abgeordneten Sandmeier und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972 geändert wird, und

Antrag 96/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen betreffend die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967

dem Finanz- und Budgetausschuß.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Verfassungsausschuß:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Grenzübertritt von Personen im Kleinen Grenzverkehr (835 der Beilagen) und

Bundesgesetz zur Durchführung zwischenstaatlicher Vereinbarungen über die Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze und zur Regelung bestimmter Angelegenheiten der Staatsgrenze (Staatsgrenzgesetz) (853 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation für Kernforschung im Bereich der Sozialen Sicherheit (841 der Beilagen),

Internationale Arbeitsorganisation; Übereinkommen (Nr. 26) über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen (871 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung an Personen, die in bestimmten, von Betriebseinschränkung oder

Präsident Dr. Maleta

Betriebsstillegung betroffenen Betrieben beschäftigt waren (Sonderunterstützungsgesetz) (878 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien über Konkurs, Ausgleich und Zahlungsaufschub samt Zusatzprotokoll (842 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Konkursordnung und die Ausgleichsordnung geändert werden (854 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Jurisdiktionsnorm geändert wird (855 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch durch die Regelung der Haftung für den Zustand eines Weges ergänzt wird (856 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Sinn des Artikels 21 des Europäischen Übereinkommens über Staatenimmunität (866 der Beilagen),

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden (868 der Beilagen),

Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität samt Zusatzprotokoll und Österreichische Erklärung gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Übereinkommens (870 der Beilagen),

Vertrag über das gerichtliche Verfahren in Zivil- und Handelssachen zwischen der Republik Österreich und der Vereinigten Republik Tansania (872 der Beilagen) und

Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Australischen Bund über die Auslieferung (877 der Beilagen);

dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Bundesgesetz über die Elektrizitätswirtschaft (Elektrizitätswirtschaftsgesetz) (867 der Beilagen) und

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Führung von geschlossenen Zügen (Zügen unter Bahnverschluß) der Österreichischen Bundesbahnen über Strecken der Deutschen Bundesbahn in der Bundesrepublik Deutschland (875 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der

Kultur, Wissenschaft und Erziehung samt Anhang (869 der Beilagen) und Änderung dieser Vorlage (Zu 869 der Beilagen),

Abkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Rwanda und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend den Geologischen Dienst Rwandas samt Anhängen (879 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (Universitäts-Organisationsgesetz) (888 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird (873 der Beilagen),

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung (874 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem das Rohstofflenkungsgesetz 1951 geändert wird (Rohstofflenkungsgesetznovelle 1973) (891 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (876 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1973 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1973) (882 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) und der Sondergesellschaften (Energieanleihegesetz 1973) (885 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke — Alpine Montan Aktiengesellschaft (886 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1974 (887 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird (889 der Beilagen),

Bundesgesetz über Ergänzungszulagen zur Erhöhung der Anfangsbezüge im öffentlichen Dienst (890 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Veräußerung bundeseigener Anteile an der Kärntner Heimstätte, gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Klagenfurt (892 der Beilagen),

Präsident Dr. Maleta

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Gesellschaft m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner (893 der Beilagen) und

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sanierung der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Gesellschaft m. b. H. (894 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Wertzollgesetz 1955 geändert wird (Wertzollgesetznovelle 1973) (883 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz geändert wird (884 der Beilagen);

dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe:

Bundesgesetz zur weiteren branchenweisen Zusammenfassung verstaatlichter Industrieunternehmen und Änderung des OIG-Gesetzes (895 der Beilagen).

Erklärung des Bundeskanzlers zu den Vorfällen am 28. und 29. September 1973

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Erklärung des Bundeskanzlers zu den Vorfällen am 28. und 29. September 1973.

Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! In dem Bericht, den ich namens der Bundesregierung über die Vorfälle am 28. und 29. September 1973 erstatte, möchte ich eingangs auf die Frage eingehen, wie überhaupt ein Ereignis dieser Art eintreten konnte, ohne daß die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. Wenn gleich sich in den letzten Jahren gezeigt hat, daß terroristische Aktivitäten trotz Sicherheitsvorkehrungen nicht verhindert werden konnten, so enthebt dieser Umstand doch nicht die zuständigen Behörden, solche zu treffen, denn ohne sie wäre die terroristische Aktivität in der Welt wahrscheinlich noch intensiver gewesen.

Ich entnehme dem zusammenfassenden Bericht des Bundesministeriums für Inneres über die Geiselnahme am 28./29. September 1973 in Marchegg/Schwechat unter anderem folgendes — ich zitiere —:

„Im Hinblick auf die immer mehr um sich greifende Terrortätigkeit in der ganzen Welt sahen sich die österreichischen Sicherheitsbehörden veranlaßt, eine Reihe von Maßnahmen zu setzen, die geeignet erschienen, eine Akti-

vität von Terroristen auf österreichischem Staatsgebiet zu unterbinden beziehungsweise zumindest wesentlich zu erschweren.“

Ich möchte mich nun aus verschiedenen Gründen nicht mit den einzelnen Sicherheitsmaßnahmen beschäftigen, sondern lediglich über die mit diesen Ereignissen zusammenhängenden Tatsachen berichten.

Das Lager Schönau, in dem die jüdischen Auswanderer aus der UdSSR auf ihrem Weg nach Israel Zwischenstation machen, ist seit seinem Bestehen, und zwar seit 24. August 1965, insbesondere aber seit der Zunahme arabischer Terroranschläge in Europa zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Wegen der möglichen Bedrohung durch palästinensische Terroristen hat das Bundesministerium für Inneres ab 7. Juni 1972 eine verstärkte Überwachung des Lagers angeordnet. Der Personalstand der im und um das Lager Schönau dienstver sehenden Beamten wurde nach der Verhaftung von sechs arabischen Terroristen im Jänner 1973 aufgestockt.

Da die Emigranten entweder über Hohenau oder über Marchegg nach Österreich einreisen, wurde am 22. Jänner 1973 vom Bundesministerium für Inneres angeordnet, daß entlang dieser Strecken auf allen Bahnhöfen, wo Züge mit Auswanderern halten, Gendarmeriebeamte zwecks Kontrolle und Sicherung Posten zu beziehen haben.

Diese Weisung wurde von der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich mit Erlaß vom 13. August 1973 auf Grund von Vorstellungen der Gendarmeriedienststellen des Bezirkes Gänserndorf dahin abgeändert, daß — vorerst befristet bis 30. September 1973 — die Anwesenheit der Gendarmeriebeamten zum Zwecke der Sicherung nicht mehr bei allen Zügen vorgeschrieben wurde.

Ursprünglich war periodenweise auch eine Zugsbegleitung durch Exekutivbeamte durchgeführt worden. Die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich ist von dieser Vorgangsweise jedoch wieder abgegangen.

Sowohl von dem Erlaß der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich vom 13. August 1973 als auch von der Einstellung der periodischen Zugsbegleitung wurde das Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, nicht verständigt.

Dieser Umstand dürfte erklären, warum es am Bahnhof in Marchegg zum kritischen Zeitpunkt keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gab. Erst der Fahrdienstleiter am Bahnhof in Marchegg leitete die Verständigung der Zugsleitung Wien und des zuständigen Gendarmeriepostenkommandos Marchegg ein.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Der Sicherheitsdirektor für das Bundesland Niederösterreich, Dr. Schüller, traf auf dem Ort des Geschehens ein und übernahm die Verhandlungsführung mit den Terroristen. Der Bahnhofsvorstand folgte den Schlüssel zu dem auf dem Bahngelände abgestellten VW-Pritschenwagen der ÖBB einem freiwilligen Vermittler aus, worauf der Zollbeamte Franz Bobits mit dem Kraftfahrzeug unmittelbar vor die Fahrdienstleitung fahren mußte.

Nach einem Aufenthalt in der Fahrdienstleitung forderten die Terroristen den Zollbeamten Bobits auf, das Fahrzeug Richtung Wien-Flughafen zu lenken. Sie hatten es dabei, wie Bobits nachträglich angegeben hat, sehr eilig, da sie ihn immer wieder zur schnelleren Fahrt aufforderten. Die Fahrt ging auf direktem Weg zum Flughafen.

Auf dem Flughafen begannen die langwierigen Verhandlungen mit den Terroristen, die bis 29. September 1973, 2.21 Uhr, dem Abflug der Maschine, andauerten.

Die Verhandlungen wurden geführt:

zunächst von Gendarmerie-Rittmeister Werle und nach seinem Eintreffen durch den Sicherheitsdirektor für Niederösterreich, wirklichen Hofrat Dr. Schüller;

in der Folge übernahm der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Peterlunger die Verhandlungen mit den Terroristen; er war um zirka 14.00 Uhr am Flughafen Schwechat eingetroffen und den Arabern als oberster Sicherheitschef vorgestellt worden;

in die weiteren Gespräche schaltete sich dann auch Ministerialrat Dr. Erben vom Bundesministerium für Inneres ein;

ferner wirkten die Psychiater Professor Hacker und Dr. Sluga,

die Botschafter der arabischen Staaten Ägypten, Irak, Libyen und Libanon sowie

der Offizier des österreichischen Bundesheeres Hadi Eisenstädter als Dolmetscher für arabische Sprachen an den Verhandlungen mit.

Weiters waren während der Verhandlungen auf dem Flughafen Wien anwesend: Ministerialrat Dr. Pachernegg, Polizeipräsident Dr. Reidinger, Gendarmerie-General Rauscher, Generalinspektor Dr. Bögl und Sprengstoff-sachverständiger Polizeioberst Ing. Massak, Botschafter Marquet und Legationssekretär Dr. Türk vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Präsidialchef der Gemeinde Wien, Dr. Bandion.

Die Araber erklärten am Beginn der Verhandlungen, daß sie den Auftrag hätten, in Österreich jüdische Geiseln zu nehmen, dar-

nach ein Flugzeug zu verlangen und mit den Geiseln in ein arabisches Land zu fliegen. Dort wolle man dann die Geiseln gegen palästinensische Gefangene in Israel austauschen.

Generaldirektor Dr. Peterlunger ließ den Terroristen hierauf durch Gendarmerie-Rittmeister Werle erklären, daß ein Abflug mit den Geiseln nicht in Frage komme. Er stellte die Bedingung, daß die Geiseln freizulassen wären, man dann jedoch über ein freies Geleit für sie sprechen könne. Hierauf stellte einer der Araber das Ultimatum, binnen 20 Minuten ein Flugzeug bereitzustellen, ansonsten er die Geiseln erschießen und sich selbst mit seinem Freund in die Luft sprengen würde.

Die Äußerung des Generaldirektors, er habe viele Stunden Zeit, beantwortete der Terrorist mit der Feststellung, er auch, weil er durch die Einnahme von Pulvern in der Lage sei, lange wach zu bleiben. Im übrigen seien sie sich schon vor ihrer Aktion der Gefährlichkeit ihres Unternehmens bewußt gewesen; sie seien jederzeit bereit, für ihre Sache zu sterben. Das Angebot, arabische Botschafter den Verhandlungen beizuziehen, wurde von den Terroristen zunächst abgelehnt.

Die Terroristen wiederholten immer wieder, daß alles Zureden nur verschwendete Zeit bedeute, und erklärten, daß sie nicht einmal dann Konzessionen machen könnten, wenn einer von ihnen dazu bereit wäre. Jeder von ihnen habe den Befehl, den anderen sofort zu erschießen, wenn dieser nachgeben sollte.

Im Zuge der weiteren Verhandlungen kamen auch die beiden Psychiater Professor Hacker und Dr. Sluga zum Wagen.

Um etwa 17 Uhr erschien der Botschafter des Libanon und etwa eine halbe Stunde später der Botschafter des Irak am Flughafen. Um 17.40 Uhr traf auch der Botschafter Ägyptens in Schwechat ein. Der Botschafter Ägyptens übernahm in der Folge die führende Rolle bei den Verhandlungen der drei Botschafter mit den Terroristen. Diese stellten ein Ultimatum bis 18.30 Uhr betreffend die Bereitstellung eines Flugzeuges und erklärten, daß sie nicht mehr länger warten könnten, da sie eine Aktion der österreichischen Polizei gegen sie bei Einbruch der Dunkelheit befürchteten. Sektionschef Dr. Peterlunger versicherte, daß von österreichischer Seite keine Aktion geplant sei, und bot sich überdies als Geisel an. Auch der irakische Botschafter erklärte, sich gegebenenfalls als Geisel zur Verfügung stellen zu wollen. Diese Angebote wurden jedoch von den Terroristen abgelehnt, sie beharrten vielmehr weiterhin darauf, mit den drei Geiseln ausfliegen zu können.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Sektionschef Dr. Peterlunger betonte jedoch wiederholt, daß dies unter keinen Umständen in Betracht käme.

Um 17.50 Uhr kam Innenminister Rösch auf das Flugfeld und teilte dem ägyptischen Botschafter mit, daß die österreichische Bundesregierung — ich folge hier dem Bericht des Bundesministeriums für Inneres — für 19.15 Uhr vom Herrn Bundeskanzler zu einer außerordentlichen Regierungssitzung einberufen wurde.

Botschafter Gohar gab dies an die Terroristen weiter und teilte ihnen überdies mit, daß die drei arabischen Botschafter um 19 Uhr von mir empfangen werden würden; er bewog sie hiemit, das Ultimatum bis 21 Uhr zu verlängern.

Um 18.30 Uhr begab sich Legationssekretär Dr. Türk vom Außenministerium mit den drei arabischen Botschaftern zu einer Unterredung zu mir. Nach ihrem Weggehen um etwa 18.30 Uhr erklärte der Wortführer der Terroristen, daß der ägyptische Botschafter versprochen habe, ihm bis längstens 21 Uhr eine Nachricht zukommen zu lassen. Sollte etwas dazwischen kommen, würde ihm dies der Botschafter unter Zusatz eines bestimmten Codewortes mitteilen.

Die Forderung der Araber nach Bereitstellung eines Flugzeuges wurde zunächst bis 21 Uhr und in weiterer Folge bis 22.30 Uhr befristet.

Um 22 Uhr kamen die drei Botschafter zum Flugplatz zurück. Diese sowie der Botschafter Libyens, der mittlerweile ebenfalls wieder in Schwechat eingetroffen war, nahmen die Verhandlungen mit den Terroristen wieder auf und legten hiebei großen Wert darauf, allein mit ihnen zu sprechen.

Der ägyptische Botschafter führte in der Folge wiederholt Telefongespräche mit dem Bundeskanzler.

Bei einem dieser Gespräche gab der Bundeskanzler dem ägyptischen Botschafter den Wortlaut einer von der Bundesregierung abzugebenden Erklärung betreffend den Transit jüdischer Emigranten durch Österreich bekannt — den der Botschafter eigenhändig mit schrieb —, womit die Terroristen zur Freilassung ihrer Geiseln bewogen werden sollten. Anschließend verhandelten die arabischen Botschafter längere Zeit ohne österreichische Zeugen mit den Terroristen über den Inhalt dieser Erklärung, wobei diese verlangten, daß in der Erklärung nicht nur auf Gruppen von Emigranten, sondern auch auf Einzelreisende Bezug genommen werde und diese ferner einen Hinweis enthalte, daß die Sicherheit der Emigranten

ten beim Transit durch Österreich auf Grund der „Aktionen der palästinensischen Revolution“ nicht mehr gewährleistet werden könne. Die von den Terroristen geforderten Zusätze wurden vom Bundeskanzler abgelehnt.

Der ägyptische Botschafter sprach anschließend nochmals fernmündlich mit dem Bundeskanzler und erklärte, dieser habe ihm gesagt, die Erklärung der österreichischen Bundesregierung würde vor 1 Uhr vom Österreichischen Rundfunk gesendet.

Nach neuerlichen Kontakten der Botschafter mit den Terroristen erklärten diese unter diesen Umständen ihre Bereitschaft, auf eine Mitnahme der Geiseln zu verzichten.

Der Abflug der Terroristen erfolgte um 2.20 Uhr.

Dies, meine Damen und Herren im Hohen Haus, ist in verkürzter Form der Hergang der Ereignisse; für alle näheren Fragen, die Einzelheiten betreffen, hält sich der Herr Bundesminister für Inneres zur Berichterstattung zur Verfügung.

Die Frage, die sich nun stellt und zu einer gewissen Kontroverse in der Öffentlichkeit geführt hat, ist die, inwieweit die Terroristen entschlossen waren, ihre Drohungen wahrzumachen.

Der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich behauptete in einem seiner Berichte, daß er nicht den Eindruck gehabt hätte, daß während der ganzen Verhandlungszeit in irgendeinem Stadium der Verhandlungen akute Lebensgefahr bestanden hätte. Dem widerspricht aber, was zwei Absätze zuvor im selben Bericht des Sicherheitsdirektors von Niederösterreich zu lesen steht. Übrigens ist der Bericht vom 2. Oktober 1973, er wurde also einige Tage nachher verfaßt. Dort heißt es wörtlich:

„Es wäre sicherlich absurd, wollte man behaupten, daß Personen wie die von den Terroristen festgehaltenen Geiseln nicht gefährdet sind, wenn neben ihnen im Auto zwei mit Maschinenpistolen und Handgranaten bewaffnete Männer sitzen, welche durch ihre vorangegangenen Handlungen bewiesen haben, daß sie beherzt und entschlossen sind.“

Hätte keine Lebensgefahr bestanden, so erhebt sich außerdem die Frage, warum der niederösterreichische Sicherheitsdirektor erlaubt hat, daß die Terroristen von Marchegg mit dem Pritschenwagen der Bundesbahnen wegfahren.

Schließlich stehen aber dieser Darstellung, die vom 2. Oktober stammt, die Äußerungen und Auffassungen anderer gegenüber, zum

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Beispiel die Informationen des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Dr. Peterlunger, die Darstellungen von Botschafter Dr. Marquet, der die ganze Zeit am Flugplatz war, und des Legationssekretärs Dr. Türk vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, der die meiste Zeit am Flugplatz zugebracht hat und in direktem Kontakt mit den Terroristen gestanden ist, die Schilderungen des Ministerialrats des Bundesministeriums für Inneres Dr. Erben sowie des Sprengstoffsachverständigen Oberst Dr. Massak und außerdem die Gutachten der beiden Psychiater Professor Hacker und Dr. Sluga.

Schließlich möchte ich einen privaten Brief, den ich vom Gendarmeriearzt des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich, Primarius Dr. Hans Ebner, erhalten habe, erwähnen.

Hohes Haus! Im übrigen haben die Erfahrungen gezeigt, daß in der Regel die Terrorakte Ausübenden ihr Leben riskiert haben, jedenfalls aber das Leben anderer niemals geschont haben.

Für die Beurteilung dessen, was hier geschehen ist, muß aber auch festgehalten werden, was bei den bekanntesten Terrorakten im Ausland passiert ist:

Auf dem Flughafen von Athen wurde am 26. Dezember 1968 eine El-Al-Flugmaschine von Terroristen mit Handgranaten beschossen. Ein Passagier starb, eine Stewardess wurde schwer verletzt. Die Terroristen konnten festgenommen werden.

Am 27. November 1969 wurde ein El-Al-Büro in Athen mit Handgranaten und Bomben überfallen; es gab 14 Verletzte. Auch diese Attentäter konnten verhaftet werden.

Die palästinensischen Terroristen entführten daraufhin im Sommer 1970 eine Maschine der griechische Fluglinie Olympic-Airway. Die griechische Regierung ließ die verurteilten und inhaftierten Terroristen frei, alle — samt und sonders.

Am 5. September 1972 überfielen mehrere palästinensische Terroristen das Olympische Dorf in München. Sie nahmen neun Geiseln und forderten, mit ihnen ausfliegen zu dürfen. Nach etwa 20stündigem Verhandeln versuchte die deutsche Polizei, die Geiseln gewaltsam zu befreien. Neun Geiseln und vier Terroristen wurden getötet, drei der überlebenden Terroristen wurden verhaftet.

Wenige Wochen später entführten Terroristen ein Lufthansa-Flugzeug. Sie forderten die Freilassung der drei in München verhafteten Terroristen. Der bayrische Innenminister erklärte sich bereit, diese Forderung zu erfüllen.

Am 18. Februar 1969 wurde auf dem Züricher Flughafen ein startendes El-Al-Flugzeug von drei palästinensischen Terroristen beschossen. Vier Mitglieder der Besatzung wurden schwer verletzt; ein Attentäter wurde erschossen, die anderen wurden festgenommen.

Am 6. September 1970 entführten daraufhin Terroristen je ein Flugzeug der Swiss Air, der Pan-American-Airways und der Transamerican-Airways mit insgesamt 300 Menschen an Bord. Sie forderten die Freilassung der in der Schweiz und in Bayern inhaftierten Terroristen. Auch diese Forderung wurde erfüllt.

Am 2. März 1973 kamen beim Überfall auf die saudiarabische Botschaft in Khartum drei Diplomaten ums Leben.

Am 5. August 1973 kamen bei einem Terrorüberfall auf dem Flughafen in Athen drei Menschen ums Leben und 49 wurden verletzt. Einer der Toten war ein Österreicher.

Und so könnte ich fortfahren in einer Aufzählung von blutigen Überfällen.

Hohes Haus! Insgesamt wurden seit 1968 22 Terroranschläge registriert, bei denen es 89 zivile Tote, 8 tote Terroristen sowie 160 Verletzte gab.

Und erst vorige Woche wurden bei einem Überfall auf eine Bank in Beirut in der Folge fünf Menschen, davon drei Terroristen, getötet.

Diese grausame Bilanz vor Augen und in Kenntnis der Sachlage schien für die Bundesregierung eine eindeutige Gefahr für das Leben der vier Geiseln vorzuliegen, und ihre Bemühungen konzentrierten sich demgemäß auf die Frage — und auf diese Frage allein! —, wie sie gerettet werden könnten.

Hohes Haus! Und so möchte ich zur zweiten Frage Stellung nehmen, inwieweit man ein Ausfliegen der Terroristen unter Mitnahme der Geiseln hätte riskieren können.

Ich habe, um auch diese Alternative besser durchdenken zu können, diese Frage zum Gegenstand der Gespräche mit den arabischen Botschaftern gemacht. Dazu stellt Legationssekretär Dr. Türk, der an diesen Gesprächen teilgenommen hat, in seinem Gedächtnisprotokoll fest — ich zitiere daraus —:

„Anschließend ergriff der ägyptische Botschafter das Wort. Er erklärte, daß die Terroristen ein Flugzeug wünschten, um mit den Geiseln abzufliegen. Sie würden den gefangengehaltenen Österreicher freilassen. Sobald sich das Flugzeug in der Luft befände, würden sie den Piloten Instruktionen hinsichtlich des Bestimmungsortes erteilen. Der Botschafter

Bundeskanzler Dr. Kreisky

fügte hinzu, daß normalerweise die Geiseln in arabischen Ländern freigelassen worden seien, er könne jedoch im vorliegenden Fall diesbezüglich keinerlei Versicherung abgeben ..."

Weiter heißt es im Protokoll:

„Der Herr Bundeskanzler ging nochmals auf die Erklärung des ägyptischen Botschafters ein, daß Geiseln am Bestimmungsort freigelassen worden seien, und erkundigte sich, ob dies auch bei jüdischen Geiseln bereits der Fall gewesen sei. Auf diese Frage vermochte niemand Antwort zu geben, da es sich offenbar um den ersten derartigen Fall handelte. Der ägyptische Botschafter bemerkte, daß das Problem mit einem österreichischen Flugzeug wesentlich einfacher zu lösen wäre und man nicht das Risiko eines Blutvergießens eingehen könne.“

Ich muß hier einfügen, daß ich die Herren gefragt habe, ob für das Ausfliegen der beiden Terroristen ein arabisches Flugzeug zur Verfügung gestellt werden könnte.

„Im Anschluß an diese Unterredung vereinbarte der ägyptische Botschafter mit den Terroristen eine Verlängerung des Ultimatums auf 22.30 Uhr.

Nach Beratungen mit den Mitgliedern der Bundesregierung traf — so berichtet Doktor Türk — „der Herr Bundeskanzler wieder mit den drei Botschaftern zusammen und stellte die Frage, was man tun könne, um Menschenleben zu retten. Welcher Flughafen sei bereit, die Terroristen aufzunehmen, und welche Garantie gäbe es, daß die Geiseln wirklich freigelassen würden? Das Problem sei in Wirklichkeit, wie man die Terroristen zum Abflug ohne die Geiseln bewegen könne.

Der ägyptische Botschafter erklärte, daß er nicht glaube, die Terroristen würden damit einverstanden sein.

Der Herr Bundeskanzler wiederholte die Frage, wer eine Garantie hinsichtlich der Geiseln abgeben könne.“

Garantien für das Leben der Geiseln bei einer Landung in einem arabischen Land konnten nicht gegeben werden. Hätte also die österreichische Bundesregierung — das ist jetzt meine Feststellung — den Terroristen das Ausfliegen mit den Geiseln gestattet, dann hätte sie dadurch am Verbrechen des Menschenraubes mitgewirkt.

Die letzte Frage, ob die Anwendung von anderen Maßnahmen durch die Exekutive erfolgversprechend gewesen wäre, beantwortete Ministerialrat Dr. Erben, indem er feststellte — ich zitiere aus seinem Protokoll —:

„Ein Handstreich unter Schonung des Lebens der Geiseln schien mir auch schwer vorstellbar, weil sie zu sechst in der Doppelkabine zusammengepfercht saßen, jeder der beiden Terroristen eine Eierhandgranate in Händen hielt und die beiden linken Fenster und das rechte hintere Fenster stets hochgekurbelt ließen, sodaß man überhaupt nur durch einen mehr oder weniger großen Spalt des rechten vorderen Fensters verhandeln konnte.

Auf die linke Wagenseite durfte überhaupt niemand treten. Auch lehnten sie stereotyp jedes Öffnen der Wagentür ab, sodaß sie auch das mehrfache Anerbieten eines Geiselaustausches ablehnten. Dies sei ihnen von ihrem General untersagt. Aus dem gleichen Grund ließen sie es auch unter keinen Umständen zu, daß einer der Insassen auch nur für einen Augenblick, und selbst gegen Ersatzgeiselstellung, das Kraftfahrzeug zur Vernichtung der Notdurft verlasse.“

Also schied auch diese dritte Alternative aus.

Und so möchte ich dem Hohen Haus mitteilen, wie es zu dem Beschluß der Bundesregierung kam, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Bundesregierung hat in einem am 28. September 1973 stattgefundenen außerordentlichen Ministerrat beschlossen, in Anbetracht des Umstandes, daß die Sicherheit der aus der Sowjetunion in Gruppen nach Israel auswandernden Sowjetbürger bei ihrer Durchreise durch Österreich gefährdet ist, in Zukunft die bisher gewährten Erleichterungen, wie die Unterbringung im Lager Schönau, einzustellen.“

Hohes Haus! Hier ist es notwendig — was Schönau betrifft — auf Ereignisse zurückzugehen, die sich vor einigen Monaten ereignet haben.

Am 14. September 1972 erhielt die israelische Botschaft in Wien eine schriftliche Warnung, derzufolge in Schönau ein Attentat geplant sei.

Am 11. Februar 1973 wird beim Pfarramt Schönau durch einen Mann mit ausländischem Akzent angerufen und mit einem Anschlag gedroht.

Am 4. September 1973 langt eine Depesche eines österreichischen Botschafters aus einem arabischen Staat in Wien ein, wonach vier vermutlich syrische Staatsangehörige nach Algier reisen und von dort am 6. September 1973 nach Wien fliegen wollen. Der Zweck dieser Reise sei ein Attentat auf das Lager Schönau um den 10. und 11. September 1973.

Am 15. September 1973 wird der Gendarmerieposten Günselsdorf von einem Unbe-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

kannten anrufen, der sich als Mitglied des Schwarzen September bezeichnete und einen Sprengstoffanschlag androhte.

Am 20. Jänner 1973 kam es zur Festnahme von drei Arabern in Wien.

Am 27. Jänner 1973 wurden nach dem Grenzübertritt von Österreich nach Italien weitere drei Araber festgenommen und nach Österreich überstellt. Bei diesen sechs Personen handelte es sich um Angehörige des Schwarzen September, die ein Attentat gegen das Lager Schönau planten.

Die Polizei hat die Verhafteten vernommen, und aus den Vernehmungsprotokollen der Polizei ergibt sich, daß diese Araber eine Aktion gegen Schönau planten.

Über seine Aufgabe bei dieser geplanten Aktion sagte einer der Verhafteten aus, daß er festzustellen gehabt habe, wann genügend jüdische Emigranten in Schönau angekommen wären. Dann hätte er ein verschlüsseltes Telefongespräch durchgeben sollen. Erst dann wären die notwendigen Waffen und auch die übrigen Leute in Wien aufgetaucht. Über die Stärke der Einsatzgruppe gefragt, gibt er an, daß er dies nicht genau wisse, er selbst nehme jedoch an, daß mit zirka 12 Personen zu rechnen gewesen wäre.

Aus diesen Darstellungen, Hohes Haus, habe ich jedenfalls den Schluß gezogen, daß die im Schloß Schönau einquartierten Emigranten sich ständig in höchster Lebensgefahr befunden haben und befinden, dies vor allem nach den Ereignissen in München, und daß das gleiche auch für die dort stationierten Gendarmeriebeamten gelte. Ich mußte mir auch klar darüber sein, daß für den Fall, daß es in Schönau oder um Schönau herum zu Terrorakten kommen würde, innerhalb der österreichischen Bevölkerung die Sorge entstehen könnte, daß Österreich durch seine Haltung Gefahr laufe, zu einem Nebenkriegsschauplatz der Auseinandersetzungen im Mittleren Osten zu werden.

Aus diesen und anderen Gründen befand ich mich in großer Sorge und habe auch daraus gegenüber den Mitgliedern der Bundesregierung kein Hehl gemacht. Ich war mir aber auch andererseits im klaren darüber, daß Verhandlungen über eine Liquidation von Schönau als Kapitulation vor befürchteter terroristischer Aktivität ausgelegt worden wären und wahrscheinlich ähnliche Reaktionen ausgelöst hätten, wie das nach den Schwechater Ereignissen der Fall gewesen ist.

Das Schloß Schönau hat in gewissen Kreisen allmählich Symbolcharakter erlangt. Das war durchaus unerwünscht, da alle Bundesregierungen in der Frage des Transits von Emigran-

ten aus osteuropäischen Staaten auf größte Diskretion Wert gelegt haben, der aber offenbar seitens der Gesprächspartner der Bundesregierung nicht die gleiche Bedeutung beigegeben wurde.

Als nun die Ereignisse in Schwechat eintraten, habe ich der Bundesregierung nach längerer Überlegung den schon zitierten Beschluß empfohlen, wobei ich die Mitglieder der Bundesregierung vor der Beschlußfassung auf die zu erwartenden Reaktionen im Ausland aufmerksam machte. Die Mitglieder der Bundesregierung waren also keineswegs überrascht von der heftigen Reaktion, die zum Teil — wie ich schon ausführte — auf Unkenntnis des wahren Sachverhaltes zurückzuführen war, zum Teil auch auf die verschiedenartige Beurteilung solcher Vorgänge in kriegsführenden Ländern und solchen, die sich im Friedenszustand befinden.

Hohes Haus! Ich übernehme also vor diesem Hohen Haus die volle Verantwortung dafür, daß ich diesen Beschluß der Bundesregierung unter ausdrücklicher Erwähnung des Lagers Schönau initiiert habe, daß ich den Mitgliedern der Bundesregierung empfohlen habe, diesen Beschluß zu fassen.

Ich möchte aber ausdrücklich hinzufügen, daß niemals in der Frage der freien und ungehinderten Durchreise durch Österreich irgendwelche Zugeständnisse an die Terroristen, die bekanntlich eine Verhinderung verlangt haben, gemacht wurden. Darüber findet sich eine entsprechende Feststellung im Bericht des Bundesministeriums für Inneres, wie bereits erwähnt, sowie im Bericht des Legationssekretärs Dr. Türk. Dort heißt es:

„Anschließend verhandelten die arabischen Botschafter längere Zeit ohne österreichische Zeugen mit den Terroristen über den Inhalt dieser Erklärung, wobei diese — nach den Worten des ägyptischen Botschafters — verlangten, daß in der Erklärung nicht nur auf Gruppen von Emigranten, sondern auch auf Einzelreisende Bezug genommen werde und diese ferner einen Hinweis enthalte, daß die Sicherheit der Emigranten beim Transit durch Österreich auf Grund der ‚Aktionen der palästinensischen Revolution‘ nicht mehr gewährleistet werden könne. Der ägyptische Botschafter führte anschließend ein weiteres Ferngespräch mit dem Herrn Bundeskanzler; dem konnte ich entnehmen“ — so Legationssekretär Dr. Türk —, „daß die von den Terroristen geforderten Zusätze vom Herrn Bundeskanzler abgelehnt wurden.“

Noch am selben Tag, nämlich am 29. September 1973, um zirka 12 Uhr, also wenige Stunden, nachdem diese Ereignisse stattge-

7698

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Bundeskanzler Dr. Kreisky

funden haben, habe ich, noch unter dem Eindruck der Ereignisse stehend, dem israelischen Fernsehen ein Interview gegeben, in dem ich ausführte:

„Zuerst einmal möchte ich mit aller Eindeutigkeit feststellen, daß alle geltenden Gesetze und die von uns beachtete Praxis bezüglich der Emigranten weiterhin wirksam sind. Es geht lediglich darum, daß gewisse Maßnahmen, die unsererseits getroffen wurden, um die Emigration zu erleichtern, soweit es Österreich betrifft, überprüft werden müssen, weil wir ganz einfach nicht in der Lage sind, solche Maßnahmen zu treffen, daß wir die Sicherheit der Durchreisenden absolut gewährleisten können.“

Reporter: „Können Sie mir präzise sagen, welche Auswirkungen dieser Entschluß für die künftigen Emigranten aus der UdSSR hat?“

Bundeskanzler: „Wer ein Visum hat und das entsprechende Dokument, also ein Durchreisevisum durch Österreich, kann weiterhin durchreisen. Es wird nur, was den Aufenthalt betrifft, gewisse Veränderungen geben. An der Durchreise durch Österreich wird niemand gehindert.“

Reporter: „Was bedeutet die ‚gewisse Veränderung‘?“

Bundeskanzler: „Zum Beispiel, daß wir bezüglich des Lagers Schönau uns überlegen müssen, es in diesem Sinne nicht mehr weiter aufrechtzuerhalten. Es war auch schon bisher sehr gefährdet, das weiß man nur nicht in der Öffentlichkeit. Und wir sind nicht in der Lage, hier eine Art Nebenkriegsschauplatz sich entwickeln zu lassen.“

Reporter: „Die Emigranten müssen irgendwo untergebracht werden.“

Bundeskanzler: „Ich bin der Meinung: Wenn jemand durch ein Land durchreisen muß, dann soll er es in der raschesten Weise machen, die möglich ist. Und wenn man organisatorische Aufgaben zu lösen hat, dann müssen sie eben von anderen Stellen gelöst werden. Es muß also etwa die Fluggesellschaft sehr viel rascher in der Lage sein, diese Leute weiterzubefördern. Wir können nur verlangen, daß man Rücksicht darauf nimmt, daß wir nun seit 20 Jahren nahezu ein Land sind, das ununterbrochen und noch länger Flüchtlinge aufgenommen hat, und es wäre sehr zweckmäßig, wenn es da ein gewisses Verständnis gibt. Denn wie es jetzt aussieht, gibt es Bewaffnete von der einen Seite und Bewaffnete von der anderen Seite. Und wir wünschen nicht, daß unsere humanitäre Aufgabe — die wir weiterhin zu erfüllen beabsichtigen — gleichzeitig

einhergeht mit der Entwicklung eines Nebenkriegsschauplatzes. Das können wir uns nicht leisten.“

Reporter: „Sie sagten gestern, daß Ihr Land nun mehr als andere Länder für die Emigranten getan hat. Wie meinen Sie das?“

Bundeskanzler: „Wir haben hunderttausenden Emigranten auch in der Zeit schwerster Notlage hier die Möglichkeit gegeben, nach Österreich zu kommen, ganz gleich ob es ungarische waren, ob es tschechische waren, ob es jüdische Emigranten aus den Oststaaten gewesen sind. Wir haben das alles getan. Wir werden alle, die durch unser Land durch wollen, weiterhin durchlassen. Wir werden nur keinen organisierten Beitrag zur Emigration aus einem Land in ein anderes leisten können, weil wir dazu einfach nicht in der Lage sind.“

Reporter: „Was waren Ihre Gründe für diesen Entschluß?“

Bundeskanzler: „Die schon seit Monaten sich deutlich zeigenden Gefahren — das geht ja schon auf Monate zurück — und schließlich die Ereignisse gestern. Das schafft Situationen, die man halt nicht tolerieren kann.“

Reporter: „Stichwort München?“

Bundeskanzler: „München hat sicherlich eine Rolle gespielt. Wir haben uns gestern vor allem von einem leiten lassen: zu verhindern, daß es vier Tote gibt in Schwechat. Das war das Entscheidende. Darunter drei russische Juden. Wir haben das vermieden und glauben, daß wir richtig gehandelt haben.“

Bei dem am gleichen Tag, eine Stunde später, im Bundeskanzleramt stattgefundenen Mittagessen für in Wien weilende sowjetische Parlamentarier erklärte ich in meiner Tischrede, die ich ad hoc gehalten habe, wörtlich — sie wurde bei Tisch mitgeschrieben —:

„Österreich bekennt sich zu den Grundsätzen der Demokratie und der Humanität. Und ich lege Wert — gerade heute — auf die Feststellung, daß sich durch alles, was geschehen ist oder noch geschehen mag, an unserer Grundeinstellung nichts ändern wird, an unseren Gesetzen und auch an unserer humanitären Praxis nichts ändern wird. Es werden lediglich im Interesse der Erhaltung des Friedens im Inneren Österreichs gewisse kleinere Veränderungen durchgeführt, aber keine grundsätzlichen Änderungen unserer humanitären Haltung. Österreich bleibt ein Land, das jedem, der sich verfolgt fühlt, Asyl gewährt, und jedem, der über Österreich irgendwohin in ein anderes Land will, diese Möglichkeit bietet.“

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Hohes Haus! Abschließend möchte ich berichten, daß den heftigen Reaktionen im Ausland bald eine tatsachenbezogenere, sachlichere Beurteilung folgte.

So heißt es in einem telegraphischen Bericht des österreichischen Informationsdienstes in New York — ich lese daraus vor —:

„Die amerikanische Presse, deren äußerst österreich-kritische Artikel zu Beginn und Mitte der Woche zum Teil auf die irrigen Vorstellungen über die Einstellung des Transitverkehrs ... zurückzuführen waren, hat eine objektivere Haltung eingenommen.“

Die große New Yorker Tageszeitung „New York Post“ schreibt:

„Es erfordert keinen politischen Mut für Politiker, Österreich anzuklagen. Der wirkliche Test ist, ob sie bereit sind zu verlangen, daß dieses Land (USA) und die UN ein echtes Maß an Verantwortung übernehmen. Dies ist nicht eine ‚österreichische Frage‘.“

Auch die bis dahin sehr kritische „New York Times“ befaßt sich nunmehr in sachlicher und objektiver Weise mit den Ereignissen in Österreich.

Das österreichische Generalkonsulat in Los Angeles, das die sehr wichtigen Massenmedien an der amerikanischen Westküste genau beobachtet, berichtet über einen Meinungsumschwung:

Die „Jewish Defence League“ hat sich bei unserem Generalkonsul für die Demonstrationen gegen das Generalkonsulat entschuldigt.

Generalkonsul Klestil berichtet ferner:

„Zur allgemeinen Beruhigung in Los Angeles haben auch die Zeitungen beigetragen, die zunächst über UPI und AP ausnahmslos negativ berichtet hatten, dann aber über eigene Korrespondenten den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers bei den diversen Pressegesprächen in Wien breiten Raum gegeben und damit ein objektiveres Bild vermittelt haben.“

Das wichtigste Blatt der amerikanischen Westküste, die „Los Angeles Times“, schreibt in einem dreispaltigen Bericht aus Wien:

„Eine schlechte Übersetzung, in Übermüdung und Eile hergestellt, und ein fast weltweites Unvermögen, 30 Jahre Geschichte zu verstehen, hat in der vorigen Woche Österreich auf der Weltbühne abwechselnd in den Rollen eines Feiglings und eines Neo-Nazi-Monsters dargestellt. Keine dieser Rollen hat sich Österreich verdient.“

„Amerika und Großbritannien hätten vergessen, daß sie in zahllosen Fällen selbst den Terroristen nachgegeben und verurteilte Mör-

der freigelassen haben. Österreich trage bei der Emigration die größte Last. Österreich würde weiter Transitvisa gewähren, aber warum muß das alles über Österreich gehen?“ — So schließt das Blatt.

Auch die österreichische Botschaft in London berichtet über eine Beruhigung und Versachlichung in der britischen Presse und zitiert Berichte der „London Times“, der „Financial Times“, des „Daily Telegraph“, „Observer“ und „Sunday Times“, einen österreichfreundlichen Bericht des „Guardian“ sowie eine halbstündige Fernsehsendung, die „in österreichfreundlichem Ton gehalten“ war.

Die Pressestimmen aus den anderen westeuropäischen Ländern zeichnen sich ebenfalls nach der ersten sehr kritischen Phase durch Sachlichkeit und teilweise großes Verständnis aus. Französische, belgische, italienische und deutsche Blätter kommentieren die Ereignisse in Österreich kühl und emotionslos.

Die „Stuttgarter Zeitung“ meint:

„Der Herr Bundeskanzler ist zum Prügelknaben der Welt geworden ... warum muß ausgerechnet Österreich seit Kriegsende Europas Durchgangslager sein? ... hat es ihm jemand gedankt, daß es bis heute 164.000 Emigranten vorübergehend aufgenommen und verpflegt hat?“

„La Libre Belgique“ schreibt am 8. Oktober:

„Es war ungerecht, dem immer generösen und gastfreundlichen Österreich, das besonders während der Ereignisse in Ungarn so viele Zeugnisse der Großzügigkeit abgelegt hat, nunmehr einen Vorwurf daraus zu machen, daß es eine Maßnahme von beschränkter Bedeutung und ohne nachteilige Konsequenzen für die jüdischen Sowjetbürger getroffen habe.“

Und das „St. Galler Tagblatt“ aus der benachbarten Schweiz meint:

„Man kann von einem kleinen Land nicht über das vernünftige Maß Entschlossenheit und Heldentum erwarten, wenn größere Staaten mit der Nachgiebigkeit gegenüber Terroristen bereits vorangegangen sind.“

Und an anderer Stelle schreibt das gleiche Blatt:

„Kreisky hat (für seine Entscheidung) eine sehr menschliche und sehr staatsmännische Erläuterung gegeben ... wer würde anders handeln?“

Hohes Haus! Die kritischen Stimmen aus dem Ausland sind für mich keineswegs unerwartet gekommen. Die ersten, sehr heftigen Reaktionen erfolgten in der mißverständlichen

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Annahme, daß die Bundesregierung den Transitverkehr sowjetischer Staatsbürger jüdischen Glaubens durch Österreich unterbinden wolle. Nachdem die wahren Tatbestände auch den Redaktionen der Auslandspresse vorlagen, trat eine Versachlichung, ja teilweise überhaupt ein Meinungsumschwung ein.

Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, die positiven Stimmen etwas ausführlicher wiederzugeben, da die kritischen Stimmen der ersten Stunde ohnehin genügend umfangreich publiziert wurden, während positive Stellungnahmen, offenbar in der Absicht, die Meinungsvielfalt nicht zu übertreiben und nicht allzu sehr zu strapazieren, unterblieben sind. Dadurch ist in Österreich fälschlicherweise der Eindruck einer völlig einseitigen Verurteilung unserer Haltung hervorgerufen worden. Gewiß, es gibt — wie nicht anders zu erwarten — auch weiterhin kritische Stimmen. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, in sachlicher und ruhiger Weise um Verständnis für unsere Haltung zu werben. Österreichs Stellung in der Welt ist durch die Haltung unseres Landes in den letzten Jahrzehnten gut fundiert, sodaß ich hoffen darf, daß unser Vorgehen in der Weltöffentlichkeit im wachsenden Ausmaß Verständnis finden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zu einem Antrag zur Geschäftsbehandlung hat sich der Abgeordnete Robert Weisz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ): Herr Präsident! Ich stelle den Antrag, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zu den Ereignissen vom 28. und 29. September 1973 anschließend die Debatte zu eröffnen.

Präsident Dr. Maleta: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag auf sofortige Durchführung einer Debatte über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — *Einstimmig angenommen.*

Wir gehen somit in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schleinzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Tagen, also am Sonntag, sind bei den Landtagswahlen in Wien und in Oberösterreich zirka 40 Prozent der österreichischen Wähler zu den Urnen gegangen, und in drei Tagen, am 26. Oktober, begeht unser Land seinen Nationalfeiertag, der uns an den Abzug des letzten Besatzungssoldaten nach zehn Jahren der Unfreiheit erinnert.

Mit diesen beiden Daten ist das Feld der heutigen Debatte terminmäßig abgesteckt. Wir können diese Auseinandersetzung nicht führen, ohne uns vor Augen zu halten, daß am vergangenen Sonntag der Wähler gesprochen hat.

Gewiß ist es in Wien und in Oberösterreich lediglich darum gegangen, den Gemeinderat beziehungsweise den Landtag für die nächsten fünf beziehungsweise sechs Jahre zu wählen. Aber in einem nicht näher zu bestimmenden Ausmaß sind diese beiden Wahlentscheidungen sicherlich auch von der Bundespolitik beeinflusst worden. Sosehr ich mich nun freue, daß die Gewinn- und Verlustrechnung vom vergangenen Sonntag so aussieht, daß die Österreichische Volkspartei sowohl in Oberösterreich als auch in Wien Mandate gewonnen hat, während die Sozialistische Partei nur in Wien gewonnen, in Oberösterreich dagegen verloren hat, sowenig wage ich zu sagen, inwieweit die Wähler damit in der Frage, die uns heute beschäftigt, Ihnen oder uns recht gegeben haben. An dieser meiner Zurückhaltung bei der Interpretation des Wahlergebnisses vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß Sie, Herr Bundeskanzler, die oberösterreichischen Wahlen von Anfang an zu Testwahlen für die Bundespolitik erklärt haben und diesen Testcharakter insofern auf das Thema des heutigen Tages und dieser Debatte ausgedehnt haben, als Sie im oberösterreichischen Wahlkampf immer wieder auf das Geiseldrama von Schwechat zurückgekommen sind und wichtige Erklärungen in dieser Frage, wie etwa Ihre Angriffe gegen die Vereinten Nationen, in Oberösterreich abgegeben haben.

Wichtig erscheint mir aber die Feststellung, daß alle jene Wähler, die den Terror der Entführer, das Schicksal der Geiseln und das Verhalten der Bundesregierung als Motivation bei Ihrer Wahlentscheidung herangezogen haben, nur einen Teil der Wahrheit kannten. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)* Es scheint mir die Aufgabe der heutigen Debatte zu sein, möglichst die ganze Wahrheit darzulegen, damit sich die österreichische Öffentlichkeit ein abgewogenes Urteil bilden kann.

Meine Damen und Herren! Wir werden in drei Tagen unseren Nationalfeiertag begehen, einen Tag, den wir geschaffen haben, um uns von Jahr zu Jahr auf die Grundfragen unserer nationalen Existenz zu besinnen. Dieser Tag erinnert uns daran, daß so wie dem einzelnen Menschen, auch den Völkern im Leben nichts geschenkt wird, daß jeder ideelle Gewinn so wie jeder materielle Gewinn seinen Preis hat.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Wenn wir am 26. Oktober 1955 zum ersten Mal wieder Herren im eigenen Haus waren, dann war dies die Frucht von zehn harten Jahren bestandener Bewährung. *(Beifall der ÖVP.)* Wir haben den Staatsvertrag und mit ihm unsere Freiheit bekommen, weil sich die österreichische Bevölkerung und die österreichische Regierung nicht gebeugt haben. *(Neuerlicher Beifall der ÖVP.)* Wir haben uns im Oktober 1950 in einer der gefährlichsten Situationen unseres Landes der Gewalt widersetzt und haben vorher und nachher in vielen weit weniger dramatischen Situationen der Versuchung widerstanden, nachzugeben und wegen eines vorübergehenden und scheinbaren Teilerfolges das Ziel der vollen und ungeteilten Freiheit und Souveränität preiszugeben.

Sie, Herr Dr. Kreisky, haben zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Raab, dem Vizekanzler Dr. Schärf und dem Außenminister Figl der Delegation angehört, die im April 1955 nach Moskau flog. Raab, Schärf und Figl sind tot. Sie, Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky, haben vor der österreichischen Bevölkerung, aber nicht zuletzt auch vor sich selber die Frage zu beantworten, ob die Entscheidungen, die Sie getroffen haben, Entscheidungen im Geiste von Raab, Figl und Schärf waren. Sie haben die Frage zu beantworten, ob die von Ihnen vertretene Politik noch in Übereinstimmung mit jener Politik steht, die Österreich im Jahre 1955 nach der Wiedererringung der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität eingeschlagen hat. Sie haben die Frage zu beantworten, ob das Verhalten Ihrer Regierung im Herbst 1973 in Übereinstimmung steht mit dem Verhalten Österreichs im Herbst 1956 und im Sommer 1968 angesichts der Not der ungarischen und der tschechoslowakischen Flüchtlinge.

Das sind die Fragen, die wir heute stellen, das sind die Fragen, die beantwortet werden müssen, das sind die Fragen, die — davon bin ich überzeugt — über diesen Tag und diesen Raum hinaus die österreichische Öffentlichkeit noch lange beschäftigen werden.

Es gab im Herbst 1956 nicht wenige, die uns damals geraten haben, nur keine Risiken einzugehen. Wir sollten die Grenze nach Ungarn sperren, wir sollten keine Flüchtlinge aufnehmen, wir sollten alle zurückweisen, eine andere Haltung könnte die sowjetische Großmacht provozieren, den Zorn des Kreml auf uns laden.

Wir haben damals dennoch nicht gezögert, jedes Risiko auf uns zu nehmen, wir hielten die Grenzen offen, waren bereit, jeden aufzunehmen, der Verfolgung litt oder befürchten mußte, der über unser Land die Freiheit suchte.

Das hat uns damals über Nacht den Respekt der ganzen Welt eingetragen, der ganzen Welt, meine Damen und Herren, denn auch die Sowjetunion hat zur Kenntnis genommen, als was wir Österreich verstehen und in Zukunft verstanden wissen wollten: als einen freien, einen unabhängigen Staat, der sich durch keine Macht der Welt seine Handlungsfreiheit bescheiden oder diktieren lassen würde. *(Beifall der ÖVP.)*

Damals, meine Damen und Herren, wurden Normen gesetzt für unser künftiges Verhalten, Normen, die bisher nie in Frage gestellt wurden, Normen, die das politische Selbstbewußtsein der Österreicher und den Stolz auf Haltung und Moral ihres Landes erhöhten. Unser Land hatte an Ansehen gewonnen und unser Wort hatte auch Gewicht in großen internationalen Entscheidungen. Das fand wahrscheinlich seinen deutlichsten Ausdruck in der Wahl des Österreicher Dr. Waldheim zum Generalsekretär der Vereinten Nationen, auch in der Wahl des Österreicher Dr. Tončić zum Generalsekretär des Europarates und der Aufnahme Österreichs in den Sicherheitsrat der UNO.

Hohes Haus! Es ist die demokratische Pflicht der Opposition, die Regierung zu kontrollieren und sie überall dort, wo das Ergebnis der Kontrolle unbefriedigend ist, zu kritisieren.

In Ausübung dieser Kontrolle hat sich im Laufe der letzten Jahre gezeigt, daß die Tätigkeit dieser Regierung drei grundsätzliche Mängel aufweist, die dementsprechend eine dreifache Kritik hervorrufen:

Erstens. Dieses Kabinett hat bei seinem Amtsantritt behauptet, es sei die bestvorbereitete Regierung, die Österreich je gehabt hat. Das Gegenteil ist leider der Fall; das hat zur Folge, daß diese Regierung Ereignissen, die vorhersehbar sind, unvorbereitet und hilflos gegenübersteht.

Zweitens. Diese Regierung versucht den Mangel an Vorbereitung und Vorsorge durch Aushilfen, Augenblickslösungen und Improvisationen auszugleichen. Dabei ist es unvermeidlich, daß ihre Taten oft den Worten und die Worte oft den Taten widersprechen. Sie hält nicht, was sie verspricht, sie führt nicht durch, was sie ankündigt — mit einem Wort, sie ist unglaubwürdig.

Drittens. Diese Regierung versucht im zunehmenden Maße über den Mangel an Vorbereitung und Glaubwürdigkeit durch eine Manipulation der öffentlichen Meinung hinwegzutäuschen, durch eine Manipulation, die in zunehmend gefährlicher Weise Grundsätze unseres staatlichen Gemeinwesens in Frage stellt.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Es ist eine alte Erfahrung, meine Damen und Herren, daß strukturelle Schwächen im Augenblick der außergewöhnlichen Belastung besonders deutlich zutage treten; genau das ist hier der Fall: Mangelnde Vorbereitung, Mangel an Glaubwürdigkeit und Manipulation von Grundsätzen. Das sind die drei strukturellen Fehler, die am 28. September und in den darauffolgenden Tagen zutage getreten sind. In diesen drei Schwächen liegt das Versagen der Regierung begründet, und der von ihr diesem Haus vorgelegte Bericht vermag diese Schwächen weder zu erklären, noch zu entschuldigen.

Es ist dementsprechend auch ein dreifacher Fragenkomplex, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben, ein Fragenkomplex, der zunächst durch drei geographische Begriffe geprägt ist: Marchegg, Schwechat und Schönau. Diese drei geographischen Begriffe entsprechen einem zeitlichen Ablauf, der zugleich wieder eine Kette tragischer schuldhafter Verstrickungen ist. Wenn das Wort von der bösen Tat, die fortwährend Böses gebären muß, je am Platze war, dann hier. Weil man nicht vorbereitet war, wurde man in Marchegg überrumpelt. Weil man in Marchegg überrumpelt wurde und noch stundenlang überrumpelt und initiativlos blieb, kam es zu der immer gefährlicher werdenden Situation in Schwechat, und weil man aus dieser Situation herauskommen mußte, kam es schließlich zu jener Entscheidung, die mit dem Namen Schönau verknüpft ist.

Marchegg, das ist gleichbedeutend mit dem Mangel an Vorbereitung, das ist gleichbedeutend mit dem Versagen jener Organe der Bundesregierung, die für die innere Sicherheit des Landes verantwortlich sind.

Schwechat und der Versuch, die dortige Situation zu bereinigen, das ist gleichbedeutend mit dem Mangel an Glaubwürdigkeit, in diesem Fall der Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik und der Glaubwürdigkeit unserer rechtsstaatlichen Prinzipien.

Schönau schließlich, das heißt die Art und Weise der Preisgabe dieses Lagers mit allen seinen Konsequenzen, das ist gleichbedeutend mit dem Versuch, Grundsätze unseres Gemeinwesens zu verändern, das ist eine Frage, die weit über Ressorts, Kompetenzen und Ministerien hinaus die Grundlagen unserer staatlichen Existenz berührt. Lassen Sie mich zu jeden einzelnen dieser drei Abschnitte je eine grundsätzliche Feststellung treffen.

Zunächst zu Marchegg, zur Frage der mangelnden Vorbereitung, zum Problem der inneren Sicherheit. Ich habe dazu eine Frage an die Bundesregierung: Ist es richtig, daß die

Regierung am Vortag der Ereignisse von Marchegg, also am 27. September, von kompetenter und verlässlicher Seite zweimal — ich wiederhole: zweimal — ausdrücklich und mit konkreten Angaben davor gewarnt worden ist, daß ein Anschlag gegen den Duschwanderertransport unmittelbar bevorsteht? Ich frage die Bundesregierung, warum sie dieser Warnung nicht Rechnung getragen und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen hat. Das ist die Grundsatzfrage, die beantwortet werden muß, ehe in der Debatte alle Einzelheiten des Versagens von Marchegg und der Vernachlässigung der inneren Sicherheit erörtert werden, ehe Sie, Herr Bundeskanzler, den Versuch unternehmen, die Verantwortung für Marchegg auf den niederösterreichischen Sicherheitsdirektor abzuschieben.

Nun zu Schwechat und damit zur Frage der Glaubwürdigkeit von Rechtsstaat und Außenpolitik. Auch hier wird im Verlauf der weiteren Debatte noch viel zu Einzelfragen der rechtsstaatlichen Glaubwürdigkeit zu sagen sein, vor allem zu der Frage, ob hier tatsächlich ein freiwilliger Beschluß der Bundesregierung vorlag oder ob es nicht vielmehr so war, daß die Bundesregierung auf dem Wege über die Botschafter ausländischer Mächte mit zwei Terroristen verhandelt hat und ihr Beschluß als ein Verhandlungsergebnis anzusehen ist, das von den Botschaftern vorgeschlagen und von den Terroristen angenommen worden ist. Wie immer es sich aber auch abgespielt haben mag, meine Damen und Herren, es ist unerträglich, daß zwei Terroristen mit Pistole und Handgranate in der Lage sind, die Regierung eines Staates zu politischen Entscheidungen zu zwingen, die die Politik dieser Regierung in der Zukunft bindet. *(Beifall bei der OVP.)*

Hier, meine Damen und Herren, sind Klarstellungen unerlässlich. Über diese Fragen und ihre Auswirkungen wird noch zu diskutieren sein. Doch bereits einleitend und grundsätzlich nehme ich zu der Frage der außenpolitischen Glaubwürdigkeit Stellung. Es scheint mir notwendig zu sein, eine Termin- und Kausalkette aufzustellen, die sich dann folgendermaßen präsentiert:

Am ersten Tag haben Sie, Herr Bundeskanzler, erklärt, daß die Bundesregierung das Lager Schönau schließen werde.

Am zweiten Tag haben Sie angesichts weltweiter Kritiken an diesem Beschluß erklärt, daß Sie diese Schließung von Schönau unter keinen Umständen rückgängig machen und eher zurücktreten werden. Ich zitiere Sie wörtlich: „Lieber gehe ich aus diesem Haus hinaus, als daß ich meinen Entschluß revidiere.“

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Am dritten Tag haben Sie, Herr Bundeskanzler, das Lager Schönau, dessen unwiderrufliche Schließung Sie noch am vorangegangenen Tag verkündet hatten, der UNO zur Führung und Verwaltung angeboten.

Am vierten Tag hat die UNO dieses Angebot abgelehnt.

Am fünften Tag haben Sie daraufhin erklärt, Ihr Angebot sei insofern gar nicht ernst gemeint gewesen, da Sie die Ablehnung von Anfang an erwartet hätten. Ich zitiere dazu wörtlich einen bisher von Ihnen nicht dementierten Bericht der Tageszeitung „Die Presse“ vom 8. Oktober 1973. Ich zitiere: „Bundeskanzler Kreisky „wußte von allem Anfang an“, daß die UN seinen Kompromißvorschlag bezüglich des Transitlagers Schönau ablehnen würden. Kreisky erklärte am Sonntag während seiner Wahltournee durch Oberösterreich in Braunau: „Ich werde noch mehrere Länder in die peinliche Situation versetzen, uns Hilfe verweigern zu müssen.“ Die Welt solle sehen, daß Österreich von den Vereinten Nationen im Stich gelassen werde, meinte Kreisky im Gespräch mit der „Presse“. Die UN seien „viel zu feig“, um sich die Finger zu verbrennen.“ — Soweit der Bericht der Presse.

Hohes Haus! Wäre die Lage nicht so ernst, dann könnte man den Bundeskanzler angesichts dieser Folge widersprüchlicher Erklärungen mit jenem Mann mit dem zerbrochenen Krug vergleichen, der da erklärte: Erstens habe ich den Krug unbeschädigt zurückgegeben. Zweitens war er schon zerbrochen, als ich ihn bekommen habe und drittens habe ich mir gar keinen Krug ausgeborgt.

Ich verweise zunächst auf den unvereinbaren Widerspruch zwischen Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler, vom Tag 2, die da lautet: Nichtschließung des Lagers bedeutet meinen Rücktritt, und Ihrer Erklärung vom Tag 3, die UNO soll das Lager, dessen Schließung Sie eben als unwiderruflich hingestellt hatten, übernehmen. Da erhebt sich doch die Frage, wie man ernsthaft und glaubwürdig etwas, was durch Schließung nicht existent gemacht werden soll, jemand anderem anbieten kann. Es erhebt sich in der weiteren Folge die Frage, ob die Annahme Ihres Angebots durch die UNO nicht bedeutet hätte, daß Sie der erste Regierungschef in der Geschichte aller Länder und aller Zeiten gewesen wären, der sich selbst gestürzt hätte. Die UNO hätte das von Ihnen angebotene Lager Schönau ja nur übernehmen können, wenn es nicht geschlossen wird. Aber Nichtschließung — so sagten Sie ja selbst — wäre gleichbedeutend mit Ihrem Rücktritt gewesen.

Freilich, meine Damen und Herren, in der Gefahr, sich selbst zu stürzen, war der Herr Bundeskanzler trotzdem nicht, denn Ihr Angebot, Herr Bundeskanzler, war ja, wie Sie selbst sagten, unannehmbar. Ich zitiere Sie nochmals: „Ich werde noch mehrere Länder in die peinliche Situation bringen, uns Hilfe verweigern zu müssen.“

Herr Bundeskanzler! Es mag Menschen geben, die solchen Worten Beifall klatschen und die den Mut bewundern, mit dem hier ein Regierungschef die Vereinten Nationen und eine ganze Reihe nicht näher genannter Länder herausfordert. Im Sommer 1914 ist auch Beifall geklatscht worden, als man im Überschwang der nationalen Emotion sagte, nun werde man am Ballhausplatz eine Tafel mit der Inschrift anbringen: „Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen.“

Meine Damen und Herren! Wir wissen freilich, wie schrecklich die Ernüchterung war, die damals dem Hochgefühl des nationalen Überschwanges gefolgt ist, und wie furchtbar schließlich das Ende gewesen ist.

Wenn Ihre Haltung, Herr Bundeskanzler, glaubwürdig und konsequent wäre, dann hätten Sie an dem Tag, an dem Sie in aller Öffentlichkeit die UNO der Feigheit bezichtigt haben, Ihrem ehemaligen Kabinettschef und dem jetzigen österreichischen Botschafter bei den Vereinten Nationen ein Telegramm schicken müssen: „Heraus mit uns aus dem Sicherheitsrat! Was wollen wir noch länger im Führungsgremium einer Organisation, die wir als feige ansehen und die wir vor aller Öffentlichkeit bloßstellen!“

Aber Sie haben natürlich dieses Telegramm nicht geschickt. Denn Sie haben ja zweifellos Ihren Kommentar zur Ablehnung des Angebotes ebenso wenig ernst genommen wie das Angebot selbst. Es fragt sich nur, ob sich Österreich einen Regierungschef leisten kann, der selbst nicht ernst nimmt, was er sagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, eines zugute halten; auch das möchte ich nicht unausgesprochen lassen. Sie haben Ihr Verhalten möglicherweise nach dem Prinzip orientiert, daß auf einen groben Klotz auch ein grober Keil gehört. Mag sein. Angesichts der überaus scharfen und emotionalen Reaktion des Auslandes auf den Beschluß der österreichischen Bundesregierung mögen Sie der Ansicht gewesen sein, daß man nun in gleicher Schärfe die österreichischen Emotionen artikulieren müsse.

Ich glaube gerade zu dieser Frage der Einmischung des Auslandes ein Recht zu Feststellungen vor diesem Hohen Hause zu haben.

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Ich darf Sie, Herr Bundeskanzler, daran erinnern, daß vor längerer Zeit der damalige Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland Helmut Schmidt eine sehr herbe Kritik an der Verteidigungspolitik Ihrer Regierung geübt hat. Ich habe damals auch an dieser Stelle mit Vorbedacht darauf verzichtet, Herrn Minister Schmidt zu meinem Bundesgenossen zu ernennen und Ihnen genüßlich vorzuhalten, daß Ihre eigenen Parteifreunde jenseits der Grenzen Kritik an Ihrer Politik üben. Ich habe mich auch im Falle der beiden arabischen Terroristen von einer überspitzten ausländischen Kritik distanziert.

Ich nehme daher in diesem Zusammenhang für mich in Anspruch, die Legitimation und ich hoffe auch die Glaubwürdigkeit zu haben, mich mit einer Äußerung des Bürgermeisters Gratz auseinanderzusetzen. Ich bedaure es, daß er auf die Kritik der Opposition in der Terroristenaffäre mit der Beschuldigung antwortete, er sei entrüstet, daß sich die Opposition in eine Reihe mit den ausländischen Kritikern stelle.

Meine Damen und Herren! Was soll das bedeuten? Soll das heißen, wer Kritik übt an der Bundesregierung, macht gemeinsame Sache mit dem Ausland? Das ist präzise der Standpunkt, den etwa sowjetische Funktionäre gegenüber den russischen Kritikern Sacharow und Solschenizyn einnehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie dürften keine Kritik üben, denn damit stellten sie sich auf die Seite der Feinde der Sowjetunion.

Meine Damen und Herren! Das ist einfach der Anspruch auf totale Meinungskontrolle, auf Diffamierung des politischen Gegners. Da frage ich nur, was an diesem Standpunkt noch demokratisch ist. Und wo bleibt die sozialistische Tradition gemeinsamer internationaler Verantwortung? Das ist übelster Fremdenhaß, wenn nichts Ärgeres, meine Damen und Herren!

Im übrigen wurde diese Haltung auch noch unterstrichen durch die prompt einsetzenden sozialistischen Angriffe gegen den österreichischen Rundfunk, nur weil dieser die im Ausland geäußerten Proteste und Kritiken wiedergab. Auch darin liegt ein Anspruch auf Zensur und auf Gleichschaltung.

Es liegt darin aber auch ein tiefer Widerspruch zu den Rechten, die sich die SPÖ bisher selbstverständlich zugemessen hat. Oder hatte der Bundeskanzler etwas einzuwenden gegen die Demonstrationen junger österreichischer Sozialisten gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, als dieser nach Salzburg kam, um dort österreichische Gastfreundschaft zu genießen, sich den Rat des Bundeskanzlers

einzuholen, wie dieser selbst behauptet hat? Da konnten sehr bekannte und prominente Jungsozialisten gegen die USA protestieren, die Amerikaner Mörder nennen. Und wie oft konnte man das gleiche in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen. Wie schnell war sie bei der Hand, die USA der Aggression, des Imperialismus, ja des Mordes am chilenischen Staatspräsidenten Allende zu beschuldigen.

Und auch der Bundeskanzler selbst hat sich voll und ganz hinter Sacharow und Solschenizyn gestellt. Dazu hatte er, hatte seine Partei und hatte deren Zeitung jedes erdenkliche Recht. Ja sie fühlten sogar eine Verpflichtung zu dieser Kritik, weil eben heute jedes Volk für jedes Volk und jeder Mensch für jeden Menschen verantwortlich ist. Nur wird diese Verantwortung mit einem Federstrich außer Kraft gesetzt, wenn das nicht mehr ins eigene Konzept paßt.

So geht das nicht! Es mag sein, daß ich eine vielleicht unpopuläre Linie vertrete. Daß sie unpopulär werden konnte, meine Damen und Herren, ist nicht zuletzt auf die demagogische Art und Weise zurückzuführen, mit der die Bundesregierung ihre Entscheidung begründet und verteidigt hat.

Darum sage ich Ihnen, Herr Bundeskanzler: Wer hier versucht, mit Emotionen und Ressentiments eigene Popularität zu erhaschen, der vergeht sich an unserem Land und seiner Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aus dieser Verantwortung ist niemand zu entlassen, schon gar nicht eine Regierung und schon gar nicht ein Bundeskanzler.

Wenn uns Österreicher die Kritik des Auslandes so überrascht und erschüttert hat, dann, meine Damen und Herren, deshalb, weil wir so etwas noch nicht erlebt haben und weil wir es dementsprechend auch nicht gewöhnt waren. Wir waren vielmehr daran gewöhnt, daß die Haltung Österreichs und seiner Regierung in Krisenfällen den Beifall und die Unterstützung des Auslandes fanden. So war es im Oktober 1950, so war es im Herbst 1956 und im Sommer 1968, so war es in unseren zehnjährigen Bemühungen um die Wiedererlangung unserer Freiheit. Wenn wir dagegen im Herbst 1973 zum ersten Mal statt allgemeiner Zustimmung Kritik entgegennehmen mußten, dann sollten wir doch auch bei aller Ablehnung überspitzter Kritik die Frage prüfen, inwieweit wir selbst in diesem Herbst uns anders verhalten haben als in der Vergangenheit.

Das Wort vom außenpolitischen Scherbenhaufen hat nicht die Opposition geprägt, Herr Bundeskanzler. Es ist Ihnen in einem Interview entgegengehalten worden, und Sie haben es nicht dementiert, sondern lediglich gemeint,

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

man werde diesen Scherbenhaufen wieder beiseitigen können. Wir wollen es hoffen, und es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, denn zerschlagen worden ist ja nicht zuletzt eine Politik, die wir durch Jahrzehnte hindurch entscheidend gestaltet und mitbestimmt haben.

Herr Bundeskanzler! Sie haben heute eine Reihe ausländischer Zeitungsstimmen zitiert. Sie haben auch vor den letzten Wahlen eine Sendung des Bundeskanzlers dazu gebraucht, um sich mit der Reaktion des Auslandes zu beschäftigen. Ich will einfach das eine feststellen, Herr Bundeskanzler: Ihre damalige Sendung war manipuliert. Sie gab und gibt nicht das wieder, was die ausländische Reaktion tatsächlich ausmacht. Wir alle glauben zwar, daß die heftigen Reaktionen einer tatsachenbezogeneren und sachlicheren Beurteilung gewichen sind. Diese Beurteilung ist aber deshalb nicht freundlicher geworden, Herr Bundeskanzler, bis in die letzten Tage nicht. Ich denke nur an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom gestrigen Tag, an einen interessanten Leitartikel zum Nachlesen.

Hier wurde außenpolitisches Porzellan zer schlagen, und wir fürchten, daß es noch länger dauern wird, um es beiseite zu räumen, und es erscheint uns daher hoch an der Zeit, zu den Grundsätzen, die man in der Emotion der letzten Wochen verlassen hat, zurückzukehren.

Herr Dr. Kreisky! Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang daran, daß es erst wenige Jahre her sind, seit wir vor der gleichen UNO, die Sie jetzt zum Adressaten eines Scherzangebotes gemacht haben, als Anwälte der Südtiroler aufgetreten sind. Sie, Herr Bundeskanzler, haben damals diesen Schritt mit dem Bemerkung kommentiert, es sei deshalb so bedeutungsvoll, weil die UNO eine Instanz von höchstem moralischem Wert sei. Haben Sie schon ganz darauf vergessen und können Sie ausschließen, daß wir nicht wieder einmal in eine Situation geraten könnten, in der wir die Unterstützung durch die Vereinten Nationen brauchen können?

Es galt bisher bei uns in Österreich der Grundsatz, daß wir bei aller Erkenntnis der Schwäche der UNO die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen und als loyaler Mitgliedstaat jede Gelegenheit nützen, um ihren Einfluß zu stärken und ihr Ansehen zu mehren. Von diesem Grundsatz, der seit unserem Eintritt in die Vereinten Nationen im Jahre 1956 eine verlässliche Grundlage unserer Außenpolitik war, sind Sie, Herr Bundeskanzler, zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit abgerückt.

Und damit komme ich zu dem dritten Vorwurf, den ich gegen die Regierung erhebe: zu dem mit dem Begriff Schönau verknüpften Vorwurf der Manipulation der öffentlichen Meinung, der In-Frage-Stellung von Grundlagen unseres staatlichen Gemeinwesens.

Lassen Sie mich dazu eingangs aus einem Buch zitieren, dessen Lektüre gerade in diesen Tagen sehr lehrreich ist. Es ist von einem jungen amerikanischen Senator im Krankbett geschrieben worden. Er wurde dann später Präsident der Vereinigten Staaten und ist während seiner ersten Amtsperiode ermordet worden: John F. Kennedy. Das Buch trägt in der amerikanischen Originalausgabe den Titel „Profile des Mutes“. In der deutschen Ausgabe ist der Titel nicht ganz sinngemäß, aber sehr treffend zu einem Wort zusammengezogen worden: „Zivilcourage“. In diesem Buch schreibt Kennedy:

„Zehn Jahre im Kongreß haben mich von der Weisheit der Worte Abraham Lincolns überzeugt.“ — Er zitiert ihn —: „Wenige Dinge sind gänzlich schlecht oder gänzlich gut; fast jede Sache, besonders in der Staatspolitik, ist eine unteilbare Verbindung von beidem, so daß wir ständig zu beurteilen haben, welches der beiden Elemente gerade überwiegt!“

Ich bekenne mich zu dieser Auffassung Kennedys und zu diesen Gedanken Lincolns. Und indem ich das tue, distanziere ich mich zugleich von der zwar genialischen, ja fast könnte man sagen dämonischen Vereinfachung, mit der Sie, Herr Bundeskanzler, einen überaus komplexen Vorgang auf eine Primitivformel gebracht haben, die da lautet: Das Leben hat Vorrang. Dr. Kreisky hat für das Leben entschieden, wer so wie Dr. Schleinzner die Entscheidung der Regierung und des Bundeskanzlers kritisiert, entscheidet gegen das Leben. — So leichtfertig wurde im Wahlkampf argumentiert. Das ist eine glatte Verleumdung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich sehe mich außerstande, dieser Argumentation, die so einleuchtend erscheint, weil sie so einfach klingt, ebenso simple Argumente gegenüberzustellen. Für mich stellen sich die Dinge beim besten Willen nicht so einfach und damit nicht so einleuchtend dar. Ihnen, Herr Bundeskanzler, will ich nicht unterstellen, daß Sie sich Ihre Entscheidung in der Nacht des 28. September leicht gemacht haben. Sehr wohl aber werfe ich Ihnen vor, daß Sie sich die Begründung Ihrer Entscheidung zu leicht gemacht haben.

Sie sind am Tage nach der Bekanntgabe des Beschlusses der Bundesregierung von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einem Aufruf beschworen worden,

7706

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Grundsätze, an denen Österreich bisher festgehalten hat, nicht preiszugeben. Sie kennen dieses Manifest und Sie kennen die Namen der Unterzeichner. Die Grundsätze, um die es sich dabei handelt, sind doch im wesentlichen: der Grundsatz der Unbeugsamkeit des Rechts, der Grundsatz der unverzichtbaren Freiheit nicht nur unseres Landes, sondern auch unseres Handelns, und der Grundsatz, daß in der heutigen Welt — ich möchte es noch einmal ausdrücken — jedes Volk für jedes Volk und jeder Mensch für jeden Menschen mitverantwortlich ist.

Sie haben allen, die an Sie appelliert haben — und auch ich habe im Namen der Österreichischen Volkspartei an Sie appelliert, diese Grundsätze nicht preiszugeben —, geantwortet. Sie haben geantwortet, indem Sie auf Ihrer Pressekonferenz an die anwesenden Journalisten und über diese an die gesamte Öffentlichkeit die Frage gerichtet haben: Mußte von Ihnen schon einmal jemand über Leben und Tod entscheiden?

Meine Damen und Herren! So hat sich unserer Auffassung nach diese Frage in Schwechat nicht gestellt. Es ging nicht um Leben oder Tod, sondern nur darum, wie die Leben der Geiseln gerettet werden könnten. (*Abg. Doktor Tull: Das ist doch „Leben oder Tod“! So kann man doch nicht argumentieren als Bundesparteiobmann!*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben eine Reihe von Terrorfällen zitiert. Sie haben vorwiegend Situationen zitiert, wo es sich um Überfälle gehandelt hat. Ich möchte aber auf der anderen Seite sagen, daß in sehr vielen Fällen bei Geiselnahmen nur verhandelt und nicht geschossen worden ist. Und ich kenne unter allen diesen Fällen der Geiselnahmen und der damit zusammenhängenden Verhandlungen nur einen einzigen Fall, nämlich den vom 2. März 1973, wo arabische Terroristen ihre Drohung wahrgemacht haben, die Geiseln zu ermorden, falls man die Forderungen nicht erfülle. Das war bei einem Empfang in Khartum. Da haben acht Mitglieder des Schwarzen September fünf Diplomaten in ihre Gewalt gebracht, und als die Freilassung palästinensischer Gefangener abgelehnt wurde, haben sie drei ihrer Geiseln ermordet, zwei amerikanische und einen belgischen Diplomaten. Das ist der einzige Fall, wo bei einer Geiselnahme bei Verhandlungen Terroristen ihre Drohungen wahrgemacht haben.

Und nun möchte ich aber — ich betone ausdrücklich: völlig losgelöst von der Aktualität des Anlaßfalles — Ihnen, Herr Bundeskanzler, hier eine Antwort zu geben versuchen auf die Frage, die Sie bei der Pressekonferenz an die Journalisten gerichtet haben. Herr Bun-

deskanzler, es gibt unter uns viele Menschen, die sehr wohl täglich in der Lage sein können, über Leben und Tod entscheiden zu müssen. Jeder Polizeibeamte, jeder Probegendarm draußen auf dem flachen Land, der Soldat des Bundesheeres, der zum Katastropheneinsatz abkommandiert wird, das Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr, ein Angehöriger des Bergrettungsdienstes, sie alle können, ja müssen geradezu von ihrer Aufgabe und ihrem Auftrag her Entscheidungen fällen, die möglicherweise Entscheidungen über Leben und Tod sein können. Allen diesen Menschen, die ich hier aufgezählt habe, ist eines gemeinsam: sie stehen, sei es von Berufs wegen, sei es durch Eidesleistung, sei es durch freiwilligen Entschluß, im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste der Mitmenschen, im Dienste des Gemeinwesens, dessen höchste Ausdrucksform der Staat ist. Deshalb ist ihnen allen auch gemeinsam, daß sie bereit sein müssen, nicht nur das eigene Leben, sondern auch durch Einsatzbefehl allenfalls das Leben eines Dritten in die Waagschale von Entscheidungen zu werfen, wenn es etwa darum geht, in ein brennendes Haus einzudringen oder eine Brücke vor dem Einsturz im Hochwasser zu retten. Würde das von Ihnen, Herr Bundeskanzler, verkündete Prinzip zur Maxime unseres Gemeinwesens werden, dann könnten wir doch nie wieder mit reinem Gewissen am Grabe eines Menschen stehen, der sein Leben gab, damit ein Feuer eingedämmt, ein Hochwasser bekämpft oder ein Sachwert gerettet wird, dann müßten wir uns an seinem Grabe als Mörder fühlen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und daher noch einmal: Herr Bundeskanzler, ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie sich Ihre Entscheidung leicht gemacht haben, aber indem Sie sich die Begründung Ihrer Entscheidung zu leicht machen, machen Sie es zugleich all jenen schwer, die da in Zukunft allein auf sich gestellt eine Entscheidung treffen sollen, die tatsächlich eine Entscheidung über Leben und Tod sein kann. Und an diesem Punkt der Debatte geht es gar nicht mehr darum, daß die Oppositionspartei die Regierung kritisiert, es geht hier darum, daß wir alle miteinander als Bürger dieses Gemeinwesens, das unser Staat ist, Klarheit darüber schaffen, auf welchen Grundlagen unser Gemeinwesen beruht und nach welchen Grundsätzen wir zusammenleben und füreinander einstehen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Würde die von Ihnen gegebene Begründung für Ihre Entscheidung zur Staatsmaxime werden, dann müßte in Österreich ein großes Umdenken und auch ein großes Umschreiben beginnen, wir müßten dann nicht nur manche Eidesformel und freiwillige Verpflichtungser-

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

klärung, sondern wohl auch unsere Geschichtsbücher umschreiben müssen. Es hat in der Geschichte und auch in der jüngsten Vergangenheit unseres Landes sehr wohl immer wieder Menschen gegeben — das wissen Sie am allerbesten, meine Damen und Herren —, die ihr Leben einem höheren Prinzip, ihrem Glauben, ihren Idealen oder einem von der staatlichen Gemeinschaft postulierten Grundsatz untergeordnet haben. Würde das von Ihnen, Herr Bundeskanzler, verkündete Prinzip absolute Geltung haben, dann wäre das Opfer dieser Menschen sinnlos gewesen, dann wären sie für Grundsätze gestorben, die heute nicht mehr gültig sind! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In diesem Sinne, Herr Bundeskanzler, möchte ich Sie auffordern, Ihre Argumentation zu überprüfen. Wir verlangen von Ihnen weder eine Kapitulation vor uns noch ein Bekenntnis eigener Schuld. Wir sollten vielmehr gemeinsam zu der Feststellung gelangen, daß die Entscheidung der Bundesregierung ein durch höhere Gewalt erzwungenes Abgehen von Grundsätzen darstellt, die unverändert gültig sind. Eine solche Klarstellung erscheint mir nicht nur im Interesse unserer innerstaatlichen Ordnung, sondern auch im Hinblick auf unsere internationale Vertrauenswürdigkeit geboten. Man soll diesseits und jenseits unserer Grenzen wissen, daß erpresserische politische Forderungen und ihre Erfüllung in unserer rechtsstaatlichen Ordnung keinen Platz haben, sondern ein Abweichen von den Normen des Rechtsstaates sind. Wenn es uns gelingt, in dieser Frage eine Übereinstimmung zu erzielen, dann hat die heutige Debatte ihre Aufgabe erfüllt! *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Ich werde nicht auf das eingehen, was der Herr Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei hier über den österreichischen Staatsvertrag und was damit zusammenhängt gesagt hat. Die Umstände kenne ich wahrscheinlich mindestens so genau wie er. Ich habe selber Gelegenheit gehabt, einige Jahre der Besetzung als Staatssekretär in der Bundesregierung zu erleben und gelegentlich auch mit den Besatzungsmächten umzugehen, und ich habe während meines Lebens einige Male den Mut bewiesen, von dem ich glaube, daß er selbstverständlicherweise von Leuten bewiesen werden muß, die zu ihrer Gesinnung stehen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Zum ersten Mal damals, als die Vorläuferin der gegenwärtigen Volkspartei, die Christlichsoziale Partei, die Diktatur in Österreich eingeführt hat und ich

wegen Hochverrats vor Gericht gestanden bin, weil ich meiner Partei, die damals verboten war, treu geblieben bin! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum zweiten Mal damals, als die nazistische Diktatur in Österreich etabliert wurde und ich Gefangener der Gestapo gewesen bin und mich für meine Gesinnung zu verantworten hatte. Alles das, glaube ich, sind Beweise dafür, daß man jedenfalls bereit ist zu einem gewissen Bekenntnis, wenn ich so sagen darf.

So möchte ich Ihnen aber heute sagen, daß es sehr viel mehr „Mut“ erfordert hätte, die Dinge einfach laufen zu lassen und zuzusehen, wie hier vier Menschen zugrunde gehen! Mut auf Kosten anderer, den habe ich allerdings im Leben noch nie gehabt! *(Starker Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte klarstellen, was ich gesagt habe. Ich habe einige Male auf die Frage zu antworten gehabt, ob wir diese Entscheidung zu überprüfen bereit sind. Darauf habe ich geantwortet: Die Entscheidung der Bundesregierung, die in dieser Nacht gefaßt wurde, ist zweimal nachher überprüft worden; in einer Vorbesprechung der Bundesregierung am Montag darauf und auch in der Dienstsitzung, in der das neuerdings zur Sprache gekommen ist, hätte die Bundesregierung Gelegenheit gehabt, eine andere Stellung zu beziehen. Die Bundesregierung ist nach Prüfung auch aller der Einwände, die erhoben wurden, bei dieser Stellungnahme geblieben. Und so erklärte ich: Ehe ich bereit wäre, der Bundesregierung eine Zurücknahme dieses Beschlusses zu empfehlen, werde ich es vorziehen, auf dieses Amt zu verzichten. Dazu stehe ich natürlich.

Was die Vereinten Nationen betrifft, so möchte ich eines sagen: Ich habe es immer unterlassen, das, was ein Journalist über ein Gespräch mit mir, bei dem es keine anderen Teilnehmer gegeben hat, wiedergegeben hat, auch nur zu modifizieren. Das fällt mir nicht ein, weil man dann in der schwierigen Situation ist, zu prüfen, wer eigentlich von beiden recht hat. Ich will gar nicht behaupten, daß dieser Journalist das, was er berichtet, zu unrecht gesagt hat.

Aber ich möchte hier folgendes sagen: Als man mir die Frage gestellt hat — dazu bekenne ich mich —, ob ich glaube, daß nun Schönau überhaupt nicht zu halten ist, ob ich mir nichts vorstellen könne für Schönau, habe ich gesagt: Die Vereinten Nationen tragen ein hohes Maß an Verantwortung für die Flüchtlingslager, in denen die Palästinenser leben, die durch sie dort unterstützt werden. Wenn es denkbar wäre, daß sich die

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Vereinten Nationen sozusagen für sich — nicht für uns — dazu bereit erklärten, eben auf Grund der Funktion, die sie dort schon für Hunderttausende Palästinenser erfüllen — aus diesen Lagern kommen da diejenigen, die an dieser Aktivität teilnehmen —, dann hätten sie die moralische Aufgabe und die Reputation, unter Umständen diesem Schloß ein höheres Maß an Sicherheit zu gewähren, als wir es können; wenn die Vereinten Nationen bereit wären, diese Einrichtung sozusagen in ihre Verwaltung zu nehmen! Das ist keine Änderung unseres Standpunktes.

Wenn ich dann gesagt haben soll, daß ich eine solche Antwort erwartet habe, so halte ich es für sehr wahrscheinlich, daß ich das gesagt habe, weil ich eine solche Antwort durchaus erwartet habe; sie ist auch prompt eingetroffen, aber zum Unterschied von Ihnen, Herr Bundesparteibeamte, hat man diese Antwort einer harten öffentlichen Kritik in der amerikanischen und in der internationalen Presse unterzogen und gefragt, warum denn eigentlich die Vereinten Nationen innerhalb ganz kurzer Zeit eine so negative Antwort gegeben haben.

Wenn ich jetzt diese Antwort hier vorlesen würde, dann wäre das noch um vieles unangenehmer; es ist die Antwort vor allem eines Mannes — nicht des Generalsekretärs, eines anderen —, und solche Antworten sind nicht sakrosankt. Daß Menschen in einer Organisation eine bestimmte Auffassung vertreten, das disqualifiziert noch nicht die ganze Organisation. Man hat den Standpunkt vertreten, daß es sich hier um etwas ganz anderes handle, weil die Leute mit Legitimationspapieren kommen. Ich kann mich an eine Zeit erinnern, wo Hunderttausende, auch mit Legitimationspapieren versehen, ins Ausland gegangen sind und dennoch die Flüchtlingsqualität gehabt haben. Ich bin auch gar nicht sicher, daß das das letzte Wort sein muß. Vielleicht überlegt man es sich im Laufe der Zeit anders.

Und die zweite Antwort ist darauf zurückzuführen, weil in manchen Zeitungen der Eindruck entstanden ist, daß wir, die wir nun eine schlechte Note in manchen Zeitungen bekommen haben, durch andere Länder leicht ersetzt werden können, die uns diese schwere Aufgabe abnehmen oder — wie ich es gesagt habe — sie mit uns teilen.

In der Zwischenzeit hat sich aber gezeigt, daß sich kein einziges Land bereit erklärt hat, diese Bürde auch nur mit uns zu teilen. Daß das in mir eine gewisse Bitterkeit ausgelöst hat und daß es eine nützliche Lehre für alle die war, die uns gute Ratschläge in politischer Moral erteilt haben, sie aber, wie ich gesagt

habe, ihren eigenen Regierungen nicht erteilen, nämlich dahin gehend, daß sie uns ein bißchen unterstützen und die Bürde mit uns gemeinsam tragen, das gebe ich offen und unumwunden zu. Darauf hat ja auch die „New York Post“ verwiesen, als sie gesagt hat, warum eigentlich tut denn da niemand mit, warum tut denn die UNO nicht mit, warum nehmen denn die anderen den Österreichern diese Bürde nicht ab? Das dazu.

Ich sagte schon, es stimmt ganz einfach nicht, Herr Bundesparteibeamte, daß, wenn man verhandelt hat, das immer — mit einer einzigen Ausnahme — mit Tod geendet hat. Mir genügt übrigens die eine Ausnahme, denn wann immer es Tote gibt, so ist das ein Beweis dafür, daß es sie geben kann. Denn man hat ja Stunden und Stunden in München verhandelt, und das Ergebnis kennen wir. Man hat überall verhandelt, und fast überall hat es Tote gegeben, oder man hat sie ausfliegen lassen, und es hat unter ganz bestimmten Umständen dann woanders die Freilassung gegeben. Ja, aber genau das hätten wir nicht tun können, denen zu erlauben, mit den Geiseln wegzufiegen, dann hätte man uns erst recht der Mithilfe und der schändlichen Kapitulation beschuldigt.

Und zum Schluß — hier trennen uns eben Welten, Herr Bundesparteibeamte, ich sage es ganz offen —: Ich wünsche mir, daß es die Maxime eines Gemeinwesens ist, und ich wünsche mir nicht mehr, als daß man sich, vor die Frage gestellt, was wichtiger ist: ein Symbol — und um mehr handelt es sich gar nicht — oder das Leben von vier Menschen, für die Menschen entscheidet. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist eine Maxime, von der ich glaube, daß sie es sehr wohl verdient, dafür einzutreten. Heute, fast drei Wochen nachher, sich herzustellen und mit solchem Pathos über diese Dinge zu reden, das zu beurteilen, überlasse ich getrost den Mutes den anderen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Peter (FPÖ)**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine parlamentarische Opposition ist ständig dazu herausgefordert, in der Konfrontation mit der Regierung Alternativen aufzuzeigen, eine Verpflichtung, die wir Freiheitlichen sehr ernst nehmen. Denn eine Kritik, die es sich erspart, gleichzeitig auch Alternativen anzubieten, hat meines Erachtens keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Dabei liegt es jedoch auf der Hand, daß es in bestimmten Bereichen oder konkreten Fällen Entscheidungen und Maßnahmen einer Regierung geben kann, zu denen

Peter

sich — aus welchen Gründen immer — auch aus der Sicht einer Opposition echte Alternativen nicht finden lassen.

Befindet sich eine Oppositionspartei in einer derartigen Situation, dann soll sie sich nach freiheitlichem Selbstverständnis keinesfalls von einem falschen Prestigedenken und von einem krampfhaften Bemühen leiten lassen, es justament besser gewußt zu haben. Es gereicht einer parlamentarischen Opposition, wie wir meinen, durchaus nicht zur Unehre, dies auch ganz offen dann einzugestehen, wenn sie in bezug auf einen konkreten Gegenstand nicht sicher ist, eine bessere Lösung anbieten zu können.

Diese unsere grundsätzliche Einstellung führt dazu, daß wir hinsichtlich des heute zur Diskussion stehenden Gesamtkomplexes als Freiheitliche eine Zweiteilung vorzunehmen haben: Wir Freiheitlichen glauben, die näheren Umstände, Verhältnisse und Vorgänge, die zu jenem noch lange unvergessenen 28. September 1973 geführt haben, von dem trennen zu sollen, was dann von den Morgenstunden dieses Tages an seinen Lauf genommen hat. Diese zweite Phase, also der 28. September und die dramatische lange Nacht auf den 29. September 1973, einschließlich der Haltung und im wesentlichen auch der Argumente, mit denen der Bundeskanzler oder der Bundesminister für Justiz die von der Bundesregierung hier getroffene Entscheidung vertreten hat, kann nicht Gegenstand meiner Kritik sein, und zwar deshalb, weil wir keine Gewißheit haben, ob es zur Handlungsweise der Bundesregierung eine Alternative gegeben hätte, die unserer eigenen ehrlichen Überzeugung nach auch gangbar und vor allem verantwortbar gewesen wäre. Mit umso größerem Nachdruck habe ich jedoch namens der freiheitlichen Fraktion jene Unterlassungen der Bundesregierung wie der zuständigen Sicherheitsbehörden zu kritisieren, die zu jener verhängnisvollen Entwicklung geführt haben, an deren Ende die Geiselauffäre von Marchegg und Schwechat gestanden ist.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich, da andere Kollegen meiner Fraktion noch in detaillierter Form auf die hier maßgeblichen Faktoren und Umstände eingehen werden, in diesem Zusammenhang auf eine Reihe grundsätzlicher Feststellungen beschränke.

Osterreich hat die guten Dienste, die es bei der Durchreise jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion nach Israel in der ganz speziellen und, wie ausländischen Kritikern mit aller Deutlichkeit gesagt werden muß, einmaligen Form des Durchgangslagers

Schönau erbracht hat, in dieser Form länger geleistet, als ihm dies zuträglich war, als dies mit Rücksicht auf die in seiner vorübergehenden Obhut befindlichen Menschen, aber auch im Hinblick auf die Sicherheit seiner eigenen Bürger verantwortet werden konnte.

Ich möchte es, unter Wahrung der damit verbundenen Verantwortung, so formulieren: Osterreich hat sich übernommen. Der Zeitpunkt, von dem an Schönau ein kaum mehr kalkulierbares, ein nicht mehr zumutbares Risiko bedeutet hat, liegt meiner Meinung nach weit vor dem 28. September; spätestens fällt er mit jenen untrüglichen Anzeichen für eine akute Gefährdung dieses Lagers zusammen, die in den ersten Monaten dieses Jahres im Zusammenhang mit der Verhaftung arabischer Terroristen festgestellt werden mußten.

Hier begegnet uns das Paradoxon einer doppelten Halbheit, die wir Freiheitlichen der Bundesregierung zum Vorwurf machen müssen. Diese doppelte Halbheit bestand darin, meine Damen und Herren, einerseits mit der Aufrechterhaltung des Durchgangslagers Schönau zu lange zugewartet zu haben und andererseits nicht alles unternommen zu haben, um die Sicherheit der Emigrantentransporte durch eine lückenlose Bewachung, also schon vom Grenzbahnhof an, zu gewährleisten. In dieser gleich zweifachen Halbheit in der Vorgangsweise der Bundesregierung liegt meines Erachtens die Ursache dafür, daß sich Dank und Anerkennung, auf die Osterreich durch seine humanitären Leistungen Anspruch erworben hat, in Undank und Tadel verkehrt haben.

Wir Freiheitlichen meinen, daß ein rechtzeitiges Einbekenntnis Osterreichs, für die Durchreise jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion in dieser Form nicht länger gerade stehen zu können, in Verbindung mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit unserer Diplomatie, in der Welt ein ganz anderes, ein verständnisvolles Echo gefunden hätte. So aber hat Osterreich mehr gegeben, als es hatte, so lange, bis der Moment verpaßt, die Chance des freiwilligen Verzichtes auf eine nicht länger tragbare Rolle durch den Handstreich zweier arabischer Terroristen vertan war. Was dann folgte, war ja kein Agieren mehr, sondern nur noch ein Reagieren dieser Bundesregierung, unter den Vorzeichen nackter und brutaler Gewalt.

Auf diese Weise wurde die Würde der demokratischen Republik Osterreich, die Würde unseres Rechtsstaates und das Rechtsgefühl seiner Bürger empfindlich verletzt. Es wäre Selbstbetrug, diese deprimierende Tatsache hinwegdiskutieren zu wollen. Ist es

7710

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Peter

nicht beschämend, daß es zwei Rechtsbrechern möglich wurde, einer ganzen Regierung das Gesetz des Handelns aufzuzwingen?

Doch das zu vermeiden, unseren Staat vor dieser Demütigung zu bewahren, lag nach freiheitlicher Überzeugung in jener Nacht vom 28. auf den 29. September wahrscheinlich nicht mehr in der Hand der österreichischen Bundesregierung. Zu diesem Zeitpunkt war meines Erachtens die entscheidende Weichenstellung bereits versäumt.

Wenn in diesem Zusammenhang, und zwar nicht zu Unrecht, von einem Scherbenhaufen gesprochen wird, der, zumindest gegenwärtig, die unbestreitbaren humanitären Leistungen und Verdienste Österreichs verdeckt, dann lassen Sie uns aber auch die Tatsache und die Tat, das Leben von vier Menschen gerettet zu haben, nicht nur im Sinne einer obligaten Geste, sondern aufrichtig und nachdrücklich würdigen.

Was wir Freiheitlichen zur Kenntnis nehmen, ist die Haltung, welche die Bundesregierung in den Abendstunden des 28. September und in der langen Nacht auf den 29. September eingenommen hat und auch die Entscheidung, die sie schließlich getroffen hat. Wir nehmen dies zur Kenntnis, obwohl wir es für richtig und angebracht gehalten hätten, Herr Bundeskanzler, wenn die Opposition von der Bundesregierung sogleich, und nicht erst nachträglich, informiert worden wäre.

Im Zusammenhang mit der Kritik, die ich in ihren Grundzügen deponiert habe und die näher auszuführen meinen Kollegen vorbehalten bleibt, darf ich noch dies feststellen: Der richtige Ort, die Vorgänge um die Geiselnahme von Marchegg, ihre Ursachen und Hintergründe einer Kritik zu unterziehen, ist vor allem das österreichische Parlament. Wir Freiheitlichen wollen nicht in den Fehler ausländischer Kritiker verfallen und die aus dieser Richtung gehörten Vorwürfe und Verunglimpfungen mit ähnlich unqualifizierbaren Verdächtigungen und pauschalen Beschuldigungen beantworten. Wir wollen auch der einen oder anderen Kritik der ersten Stunde zugute halten, daß sie unzureichender Information und oft auch Mißverständnissen entsprang.

Aber, meine Damen und Herren, neben der furchtbaren Lehre, mit welcher Plötzlichkeit in einer Phase intensiver Spannungsbemühungen ein schwelender Konflikt zu einem Kriegsbrand werden kann, sollte uns noch eine zweite Lehre dieser letzten Woche ernstlich zu denken geben, uns ebenso wie den Menschen in anderen Ländern, aus denen

manch harte Kritik und manch harte ungerechte Kritik an Österreich gekommen ist, die erschreckende Lehre, wie schnell in einer Zeit, in der man glaubte, die Möglichkeit gegenseitiger Verhetzung gehöre der Vergangenheit an, das freundschaftliche Gefühl für ein anderes Land, für die Bevölkerung eines anderen Staates in das Gegenteil umschlagen kann, wie erschreckend groß in der öffentlichen Meinung in Freundschaft zusammenlebender Staaten noch immer die Bereitschaft ist, Maßnahmen der Regierung eines anderen Landes mißzuverstehen, im Zweifelsfall sogleich das Schlechteste anzunehmen und einer konkreten Entscheidung ungeprüft sofort unlauterste Motive zu unterstellen. Das hatten viele von uns längst überwunden geglaubt.

Umso größer, Hohes Haus, muß unsere Entschlossenheit sein, hier in Zukunft einen Wandel zum Positiven zu schaffen. Wir stehen da wirklich auch mit Blick auf die Innenpolitik vor einem Scherbenhaufen voll der häßlichsten gegenseitigen Verdächtigungen und Unterstellungen, voll der peinlichsten Taktlosigkeiten und umkreist von Gespenstern der Vergangenheit, die wir entschlossen wieder in die Vergangenheit verbannen sollten.

Wir, die Mitglieder des Nationalrates der Republik Österreich, sind heute zusammengetreten, um die Haltung und die Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Geiselafläre in Marchegg und Schwechat als wirklich zuständige Instanz zu beurteilen und dort Kritik zu üben, wo uns dies angebracht erscheint.

Meine Damen und Herren! Unterziehen wir uns dieser Aufgabe und helfen wir dann alle gemeinsam mit, diesen Scherbenhaufen der letzten Wochen wieder abzutragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Rösch. Er hat das Wort.

Bundesminister für Inneres Rösch: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Es wurden bisher in der Diskussion drei Fragen aufgeworfen, zu denen in diesem Stadium der Diskussion Stellung zu nehmen ich für richtig halte.

Eine Frage wurde vom Herrn Parteiobmann Dr. Schleinzner aufgeworfen. Ähnlich hat es jetzt Herr Parteiobmann Peter gesagt, nämlich die Sicherheitsbehörden wären auf ein solches Ereignis nicht vorbereitet gewesen. Sie haben es so formuliert, daß Sie sagten, sie wären auf der einen Seite überrumpelt worden.

Bundesminister Rösch

Auch jetzt wurde gesagt, man hätte schon von Anfang an, also von der Grenze an, dann, wenn man so ein Sicherheitsrisiko sieht, die nötigen Maßnahmen treffen sollen. Ich darf festhalten: Diese Maßnahmen wurden getroffen.

Sie haben die Frage gestellt, ob es richtig ist, daß wir am Tage vorher von kompetenter Stelle gewarnt wurden, daß auf diese Züge, auf diese Transporte, etwas geplant ist. Das ist richtig. Wir wurden nicht nur am Tage vorher, sondern wir wurden schon Wochen hindurch auf diese Gefahr von den verschiedensten Seiten aufmerksam gemacht. Der Herr Bundeskanzler hat ja auf eine derartige Meldung auch von einer unserer Botschaften im Ausland hingewiesen.

Wir wußten also, daß es um diese Zeit, und zwar zu diesen Feiertagen — das war dieser Zeitpunkt —, zu irgendwelchen Aktionen gegen den Transit dieser jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion kommen werde. Nicht wußten wir allerdings, wo dieser Angriff stattfinden wird.

Herr Abgeordneter Peter, Sie meinten, von einem bestimmten Zeitpunkt an, habe die österreichische Bundesregierung nur mehr reagiert und nicht agiert. Ich darf festhalten: In allen Fällen, bei denen es sich um Terrorakte handelt, kann die Sicherheitsverwaltung nur reagieren, weil nämlich der Terrorakt zuerst gesetzt werden muß. Das ist das Schicksal der Sicherheitsverwaltung; das ist etwas schwierig.

Ich glaube also — das darf ich auch in meiner Verantwortlichkeit sagen —, daß wir alles, was denkbar war, vorgekehrt haben. Die ersten schriftlichen und mündlichen Anordnungen erfolgten schon vor langer Zeit. Es gab diesbezüglich Besprechungen am 26. Jänner 1973. Es hat dann später, am 5. September, noch einmal eine dezidierte Absprache im Bundesministerium für Inneres gegeben, und schließlich und endlich wurde noch einmal, mit Fernschreiben vom 24. September 1973, auf die diesbezüglichen kritischen Tage, nämlich den 26., 27. und 28. September, Neujahrsfeierlichkeiten, den 5., 6. 10., Versöhnungstag, 10., 11., 12. 10., Laubhüttenfest, und den 17., 18. und 19. 10., Schlußfest, verwiesen. Speziell haben wir alle Sicherheitsbehörden darauf verwiesen.

Sie haben gemeint, Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer, daß die Bundesregierung beziehungsweise natürlich auch ich versucht hätten, dabei vielleicht eine Verantwortung auf einen Beamten, nämlich auf den Sicherheitsdirektor, abzulasten. Ich glaube, ich habe

das richtig verstanden. Sie meinen, das sei nicht legitim, man müsse schon die Verantwortung selbst tragen und könne sie nicht überwälzen.

Ich bekenne mich dazu. Ich trage mit die Verantwortung. Aber auf der anderen Seite — ich glaube, das ist von mir aus legitim — muß ich erwarten, daß Anordnungen durchgeführt werden und daß erfolgte Anordnungen ohne Wissen des Innenministeriums nicht abgeändert werden. Das war der Fall. Mit 13. August wurden nämlich Anordnungen abgeändert, ohne daß — ich will jetzt gar nicht von einer Mitteilung an mich sprechen, weil es selbstverständlich ist, daß solche Anordnungen beziehungsweise Änderungen ja nicht an mich direkt gemeldet werden — die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, die zuständige Gruppe und Abteilung etwas von dieser Änderung gewußt haben. Das muß ich feststellen, denn so ist die Situation. Ich glaube, ich brauche nicht auf die Rechtslage hinzuweisen, wonach natürlich die Sicherheitsdirektion für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Bundesland zuständig ist, weiters natürlich unter der Sicherheitsdirektion die Bezirkshauptmannschaften und so weiter zuständig sind.

Aber ich glaube, darum geht es nicht. Verantwortlich sind alle: von unten bis oben einschließlich meiner Person.

Ich stelle fest, daß solche Aufträge nicht durchgeführt beziehungsweise abgeändert wurden, und zwar ohne Wissen der Generaldirektion.

Dazu muß man aber noch etwas anderes sagen: Selbst wenn alle Maßnahmen peinlich genau durchgeführt worden wären, wenn also in Marchegg ein Kontingent von Sicherheitswachebeamten gewesen wäre, hätte das an der damaligen Situation nichts geändert. Denn die Bedrohung, der Terror, ist nämlich vom Ausland mit dem Zug importiert worden. Der Zug ist ja mit Terroristen und Geiseln eingefahren. Es gibt hier keine Möglichkeit. Man wäre vielleicht dort gestanden und hätte dann die Verhandlungen zur Rettung der Geiseln nicht außerhalb des Waggons, sondern innerhalb des Waggons geführt. Es hätte dann nicht wie am Anfang fünf Geiseln — später waren es nur mehr drei —, sondern 37 gegeben, weil im Zug 37 Auswanderer waren. Es wäre also die Situation dem Wesen nach genau die gleiche gewesen. Das ist ein Risiko, das kein Staat ausschalten kann.

Ich darf daran erinnern, daß ich in einem Fernsehinterview gefragt wurde: Wie erklären Sie sich, daß man über diese scharfbewachte

Bundesminister Rösch

Grenze mit Maschinenpistolen und Handgranaten so einfach fahren kann? Ich habe mir erlaubt zu sagen: Das ist nur ein Beweis dafür, daß selbst die schärfsten Überwachungen offensichtlich nicht ausreichen, wenn Terroristen durchkommen wollen.

Ich habe mir erlaubt darauf hinzuweisen, daß man vielleicht auch uns etwas anders beurteilt als in den Vorwürfen vor einigen Monaten, nämlich daß wir nicht verhindert hätten, daß Terroristen von Österreich aus die Grenze überschritten. Das ist in dem Fall, wo es sich um Terror handelt, sehr schwer. Ich will weder Vorwürfe noch Beschuldigungen erheben, ich will nur feststellen: Der Terror ist über die Grenze eingereist, ohne daß wir dagegen etwas hätten tun können. Ich halte es für notwendig, das hier zu sagen. Ich denke, daß damit auch die Frage der lückenlosen Überwachung und so weiter beantwortet ist. Der Herr Bundeskanzler ist in seiner Klarstellung ja auch auf diese Frage eingegangen.

Nun zur zweiten Frage, um die es hier gegangen ist. Herr Abgeordneter Peter sagte, die Bundesregierung beziehungsweise das Innenministerium, das Sicherheitsressort, habe ja von der Existenz des Sicherheitsrisikos in Schönau schon seit frühestem, schon seit dem Jänner gewußt.

Jawohl, das haben wir gewußt. Wir haben uns auch darüber den Kopf zerbrochen. Der Herr Bundeskanzler und wir als Mitglieder der Bundesregierung haben zweimal in dieser Zeit darüber beraten, wie man es unter Umständen ändern könnte.

Ich darf also das wiederholen — vielleicht ist es in der Hitze der Debatte untergegangen —, was der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht sagte. Der Herr Bundeskanzler sagte wörtlich: „Ich war mir aber auch andererseits im klaren darüber, daß Verhandlungen über eine Liquidation von Schönau als Kapitulation vor befürchteter terroristischer Aktivität ausgelegt worden wären und wahrscheinlich ähnliche Reaktionen ausgelöst hätten, wie das nach den Schwedater Ereignissen der Fall gewesen ist.“

Hohes Haus! Ich bitte doch zu überlegen: Wenn wir gesagt hätten, wir fürchten einen Terrorangriff, wir wollen das Lager also aus Angst vor zukünftigen Angriffen auflösen, dann wäre wahrscheinlich die Reaktion bei Ihnen, so nehme ich fast an, wirklich dieselbe gewesen, nur hätte es dann nicht mehr geheiß, wir haben kapituliert — wie Sie jetzt sagen —, sondern es hätte geheiß, wir haben sogar schon kapituliert, bevor wir noch bedroht gewesen wären.

Schönau ist natürlich für die eine Seite ein Symbol gewesen, das ist mir ganz klar: ein Symbol der Freiheit der Menschen, die über die Grenze kommen. Auf der anderen Seite ist Schönau der Geßler-Hut gewesen. Ich glaube, das muß man wirklich einander gegenüberstellen. Das ist die Situation. Es ist nur eine Frage der Organisation. Wir werden ja sehen. Die Frage wird in kürzester Zeit gelöst werden. Es ist eine Frage, wie man das organisatorisch anders löst, ohne daß man dieses Transitlager hat.

Zum Schluß wurde noch die Frage angeschnitten, ob es sich um einen freiwilligen Beschluß der Bundesregierung gehandelt hat. Herr Dr. Schleinzler sagte, er habe aus den Darstellungen doch noch immer den Eindruck, daß das eher ein Verhandlungsergebnis von seiten der arabischen Botschafter, von dorthier, gewesen sei und daß es sich nicht um einen autonomen Beschluß der Bundesregierung handle.

Es gibt einen sehr eindeutigen und klaren Beweis dafür, daß es sich um einen Beschluß der Bundesregierung gehandelt hat, um einen selbständigen, einen eigenständigen, nicht verhandelten, sondern von der Bundesregierung selbst gekommenen Beschluß.

Alle diese Gespräche, die mit den Botschaftern geführt wurden, sind einerseits von einem Beamten des Außenministeriums protokolliert worden. Das ist dort so üblich. Soweit das wesentliche Gespräch nach außen geführt wurde, erfolgte es über ein Funktelefon des Bundesministeriums für Inneres. Die Generaldirektion hat auf dem Flugfeld einen Wagen mit Funkfernschreiber und Funktelefon abgestellt, um die Verbindung leichter zu ermöglichen, damit man nicht immer ins Flughafengebäude hineinlaufen mußte. Alle Gespräche, die von seiten des Bundesministeriums für Inneres über irgendeinen Apparat oder ein Funkgerät geführt wurden, sind auf Tonband festgehalten. Seit der Stein-Affäre haben wir eine große Anlage, durch die auf einem Zwölf-Spur-Tonband festgehalten wird, was alles gesprochen wird. Das ist für die spätere Zeit sehr sinnvoll und sehr nützlich, denn es wird festgehalten, wann einzelne Aufträge gegeben worden sind. Auf der zwölften Spur läuft außerdem noch die Telefonuhr mit, sodaß man jederzeit fast auf die Sekunde genau feststellen kann, welches Wort, welcher Satz wann gesprochen worden ist, denn man hört mit: Es wird in 20 Sekunden soundso viel Uhr.

Ich darf aus diesem Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Botschafter vier Sätze zitieren, aus denen,

Bundesminister Rösch

glaube ich, auch für Sie die Überzeugung hervorgeht, daß es nicht um ein Verhandeln gegangen ist.

Der Botschafter sagte unter anderem — ich bringe es in Deutsch, ich gebe die deutsche Übersetzung und nicht den englischen Text —: „Sie bestehen darauf, die Geiseln mit sich nach Zagreb zu nehmen, ohne den österreichischen Beamten.“

Der Bundeskanzler fragte: „Aber haben Sie eine Gelegenheit, mit ihnen ein bißchen von dem zu sprechen, was wir ...“ Das geht jetzt unter.

Der Botschafter unterbricht: „Worüber?“

Bundeskanzler: „Über das, was wir besprochen haben?“

Der Botschafter sagt: „Ja, ich werde versuchen, es ihnen zu sagen.“ Es kommt dann wieder etwas, und dann heißt es:

Botschafter: „Ja, aber ich glaube, Eure Exzellenz“ — ich lege Ihnen den Text vor, es ist nicht so, daß ich das auslasse —, „ich glaube, Eure Exzellenz, es betrifft im Augenblick die Geiseln.“

Der Bundeskanzler erklärt: „Ja, aber das ist mein Angebot.“

Botschafter: „Gut, ich werde ihnen das Angebot übergeben.“

Es handelt sich um das Angebot des Bundeskanzlers! Wenn jetzt durch irgendwelche Darstellungen ein anderer Eindruck entstanden ist, so bestätige ich: Dieser Eindruck ist falsch! Ich kann es nur nochmals wiederholen: Es ist falsch und unrichtig, wenn man sagt, das sei aus einem Verhandlungsergebnis von Verhandlungen mit den arabischen Botschaftern hervorgegangen. Das ist es nicht gewesen! Es war ein selbständiges Angebot des Bundeskanzlers, der Bundesregierung an diese Terroristen, dafür die Geiseln freizulassen.

Ich glaube, daß es notwendig ist, das zu sagen, weil immer wieder in verschiedenen Zeitungsartikeln behauptet wird, daß das anders gewesen sei, daß das erpreßt worden sei, und was weiß ich. Das ist ein selbständiger Beschluß gewesen!

Ich dachte, daß es gut ist, in diesem Zeitpunkt der Diskussion diese Punkte festzustellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Robert Weisz. Er hat das Wort.

Abgeordneter Robert **Weisz** (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin sehr

aufmerksam den Ausführungen des Herrn Parteiobmanns gefolgt und darf feststellen, daß seinen Ausführungen wohl ein sehr breiter Rahmen gesteckt war. Aber es müßte doch eigentlich — so habe ich mir das vorgestellt — die Kernfrage seiner ganzen Rede oder Antwort sein, was er selbst oder was die Österreichische Volkspartei in dieser Situation getan hätte! *(Rufe bei der SPÖ: Genau!)* Diese Antwort ist er uns — bis jetzt wenigstens — schuldig geblieben. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wir können heute alle sehr leicht darüber reden, aber es ist ein Unterschied, ob man die Entscheidung am 28. oder 29. September oder heute zu treffen hatte. Sie haben das immer sehr drastisch dargestellt: Wir haben über Leben und Tod zu entscheiden! — Damals ist es darum gegangen, über Leben und Tod zu entscheiden! Heute können wir nur sagen, ob der Weg richtig war. Ich glaube, daß wir alle feststellen können: Es war der richtige Weg!

Sie haben heute auch erklärt, daß der Herr Bundeskanzler in Oberösterreich während der Wahlzeit mit diesem Geiseldrama umhergezogen ist. Auch Sie haben oft noch von den Geiseln gesprochen.

Es ist interessant: Sie haben auch den Umstand herangezogen, daß Sie in Oberösterreich bei den Wahlen zwei Mandate gewonnen haben. Vielleicht ist es auch nur eines; das wird sich heute oder morgen herausgestellt haben.

Sie haben weiter gesagt, daß Sie in Wien auch ein Mandat gewonnen haben. Ich möchte das aufs Fußballmäßige umlegen: Sie haben drei Mandate in Oberösterreich gewonnen, und wir haben in Wien auch drei Mandate gewonnen, also könnte das höchstens ein Unentschieden gewesen sein. Mehr ist auf keinen Fall drinnen gewesen.

Aber es kommt etwas anderes dazu: Warum hat der Herr Landeshauptmann Wenzl überhaupt gewonnen? Auch da muß man feststellen: Vielleicht gerade aus dem Grunde, weil er von Ihrer Meinung abgerückt ist! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Eine Zeitung schreibt: „Wenzl bremst VP-Kritik an Geiseldrama-Lösung. Gegen Einmischung anderer Staaten.“

Der oberösterreichische ÖVP-Chef und Spitzenkandidat, Landeshauptmann Erwin Wenzl, distanzierte sich Donnerstag sehr behutsam, aber doch unüberhörbar von der scharfen Kritik, die Parteiobmann Karl Schleinzner an dem Regierungsentscheid im Geiseldrama von Schwechat geübt hat. Wenzls

Robert Weisz

persönliche Ansicht: „Es ist schwierig, im nachhinein zu befinden, wie man diese Frage durch eine andere Regierung in derselben Situation hätte lösen können.“ Die Einmischung anderer Staaten ... sei jedenfalls abzulehnen.“

In einem Schlußsatz heißt es:

„Wenzl, der zu einem ‚Kurzgastspiel‘ vor der Presse nach Wien gekommen war, räumte auch ein, daß die Affäre Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben werde. ‚In welcher Richtung, kann ich nicht sagen.‘“

Ich nehme an, es hat ein gutes Echo für ihn gehabt, daß er von Ihrer Meinung abgerückt ist, und daher hat er die Wahl für seine Partei gut geschlagen.

Der Herr Parteiboss hat auch gesagt, man hätte die Ereignisse voraussehen können. — Ich glaube nicht, daß sich die Terroristen schriftlich anmelden, wann sie kommen. Ich glaube, dieser Vergleich mit dem Anmelden ist zu billig, weil es nicht möglich ist, zu glauben, man müßte alles schon von vornherein wissen.

Dann müßte ich fragen, was in München geschehen ist. Haben die nicht geahnt, daß etwas passieren könnte? — Das hermetisch abgeschlossene Olympia-Dorf ist von den Terroristen genommen worden, und es gab viele Tote. Die haben das auch nicht voraussehen können! Ich glaube, so kann man diese Sache nicht darstellen.

Man soll bei dem bleiben, was sich wirklich ereignet und was sich bisher in diesen vielen Fällen überall ereignet hat. Das ist nichts Neues.

In Marchegg seien wir überrumpelt worden. — Mit solchen Schlagworten soll man die Sache nicht darstellen, Herr Parteiboss!

Es ist auch folgendes interessant: Ich habe am Freitag die Fernsehdiskussion der Parteibosses gesehen. In Ihren Stellungnahmen am Freitag waren Sie ein anderer Schleizer als heute. Sie haben heute festgestellt, man könne mit dem Regierungschef nicht zusammenkommen oder man könne sich mit ihm nicht zusammenreden, denn er nehme nichts ernst. Das haben Sie heute erklärt. Aber am Freitag haben Sie in der Fernsehsendung gesagt, Sie wollen gern mit ihm reden.

Ich glaube, da ist irgendwo ein Widerspruch: Wenn man nämlich an einem Tag mit jemandem reden will, muß man das vielleicht auch an einem anderen Tag tun. Oder man will mit einem Menschen, den man nicht ernst nimmt, nicht reden.

Das ist die Situation in Ihrer Darstellung. Diese Differenz taucht heute auf. Ich glaube,

bei dieser so ernsten Frage sollte man berücksichtigen, wie sich die Ereignisse damals abgespielt hatten.

Ich scheue mich auch gar nicht zu bekennen, daß die Entscheidung der Regierung in der Geisellaffäre, die in der Nacht vom 28. auf 29. September 1973 gefällt werden mußte, als die in der Weltöffentlichkeit vielleicht am meisten diskutierte Entscheidung einer österreichischen Bundesregierung bezeichnet werden kann.

Ich glaube aber auch: Trotz gehässiger Pressestimmen des Auslandes — leider aber auch solcher des Inlandes — hat unsere Regierung unbeirrt eine wahrhaft humane Entscheidung getroffen: Sie hat nämlich das Leben von vier unschuldigen Menschen gerettet! (*Beifall bei der SPÖ.*) Dafür darf ich ihr nicht nur im Namen meiner Fraktion, sondern, so glaube ich, auch im Namen aller Österreicher den aufrichtigen Dank aussprechen.

Seit den Ereignissen von Schwechat ist viel diskutiert, gesprochen und geschrieben worden. Ersparen Sie es mir daher, auf den dramatischen Ablauf der Ereignisse in dieser Nacht noch einmal detailliert einzugehen. Ich will aber doch einiges Grundsätzliche zu diesem Problem sagen.

Seit Jahren wird der Terrorismus in einer Art in die Länder hineingetragen, bei der bisher niemand einen Weg sieht, den Terrorismus irgendwie einzudämmen. Der Anschlag arabischer Terroristen von Marchegg ist einer von vielen des internationalen Terrorismus. Bedenkenlos wird brutale Gewalt zur Erreichung politischer Ziele angewandt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, darüber ein Urteil zu fällen, ob diese Ziele gerecht oder ungerecht sind. Aber die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Forderungen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, verurteilen wir aufs schärfste! Friedliche und menschliche Lösungen können nicht mit Waffen erzwungen werden!

Der furchtbare Terror, dem wir mit Entsetzen gegenüberstehen, verpflichtet uns, alle Kraft für die Überwindung von Haß, Gewalt, Erpressung und Mord in der Politik einzusetzen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, daß Konflikte in der Welt mit friedlichen Mitteln gelöst werden! Trotz vieler Bemühungen stehen Regierungen aller Staaten der Erde dem modernen Terrorismus machtlos gegenüber. Auch Weltmächte zeigen solchen Aktionen gegenüber eine erschreckende Ohnmacht. Die Welt kennt bis heute kein Patentrezept, um dieser fanatischen Gewalttäter Herr zu werden.

Robert Weisz

So wurde auch in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dieser Entscheidung der österreichischen Bundesregierung viel von Kapitulation und Niederlage gesprochen. Wenn es wirklich eine Niederlage gegeben hat, dann ist es die Machtlosigkeit einer Politik der Humanität gegenüber dem brutalen Terror.

Vielleicht rufen wir uns noch einmal in Erinnerung: Drei aus der Sowjetunion kommende jüdische Emigranten, die auf dem Weg in eine neue Heimat sind, und ein österreichischer Zollbeamter geraten in die Hände von Terroristen. Vier Menschen werden mit einem Schlag zum Gegenstand weltpolitischer Auseinandersetzungen. Das Leben dieser vier Menschen setzen die Attentäter bedenkenlos für ihre politischen Geschäfte ein. In Anbetracht dessen, daß sich die vier Menschen in Todesangst befanden und sich selbstverständlich von maßgebender Stelle Hilfe und Rettung erwarteten, konnte doch die Regierung nicht anders entscheiden. Sie war und ist stets von dem Gedanken beseelt, jedes Menschenleben, das sich in Gefahr befindet, zu retten.

Die Frage, die ich hier klären will, ist: Welche Alternativen haben sich der österreichischen Bundesregierung in diesen entscheidenden Stunden gestellt?

Erstens: Die Regierung hätte den Schießbefehl erteilt. — Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir uns alle restlos im klaren darüber sind, mit welcher nicht wiedergutzumachenden Tragödie dies geendet hätte. Leider gibt es dafür genug tragische Beispiele. Und vielleicht darf ich noch einmal — der Herr Bundeskanzler hat das schon ausgeführt — auf das Ereignis in München hinweisen: Dort ist durch palästinensische Terroristen das Olympia-Dorf überfallen worden, und nach etwa zwanzigstündiger Verhandlung — auch dort ist verhandelt worden — versuchte die deutsche Polizei, die Geiseln gewaltsam zu befreien. Das Ergebnis war, daß neun Geiseln und vier Terroristen getötet wurden. Drei der überlebenden Terroristen wurden verhaftet. Wenige Monate später entführten Terroristen ein Lufthansa-Flugzeug. Sie forderten die Freilassung der drei in München verhafteten Terroristen. Der Bayerische Innenminister erklärte sich bereit, diese Forderung zu erfüllen. Wir sehen, daß anscheinend auch ihm das Leben der Geiseln wichtiger war als vielleicht recht zu behalten oder diese Terroristen zurückzubehalten.

Zweitens: Die Bundesregierung hätte die Terroristen mit den Geiseln ausfliegen lassen können. Ich glaube aber: Niemand hätte für das Leben der Geiseln zu garantieren ver-

moht, und zwar weder die Regierung noch, so glaube ich, auch das Parlament.

Und drittens: Die Bundesregierung hätte versuchen können, die Verhandlungen weiter hinauszuzögern. — Im ersten Augenblick mag die letzte Alternative durchaus vernünftig klingen. Doch rufen wir uns diese dramatischen Ereignisse von Schwechat noch einmal in Erinnerung:

Die Geiseln und die Terroristen waren bereits zwölf Stunden auf engstem Raum zusammen. Auf Grund von Sprachschwierigkeiten konnten sie sich untereinander kaum verständlich machen. Die psychische Belastung war für alle Beteiligten nahezu unerträglich geworden. Die beiden Terroristen standen unter starkem Drogeneinfluß.

In dieser Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, bestand die größte Gefahr, daß sich Geiseln oder Terroristen zu einer Kurzschlußhandlung hinreißen lassen, wodurch das Leben aller vier aufs Spiel gesetzt worden wäre. Die Bundesregierung konnte unter diesen Voraussetzungen das ständig steigende Risiko nicht auf sich nehmen und nicht noch länger eine Entscheidung hinauszögern. In dieser Situation, wo jedes weitere Warten eine todbringende Gefahr für das Leben der Geiseln bedeutet hätte, mußte eine Entscheidung rasch getroffen werden.

Hohes Haus! Die österreichische Bundesregierung traf diese in der Zwischenzeit so viel diskutierte und — wie sich bestätigt hat — richtige Entscheidung. Es war, wie ich bereits aufgezeigt habe, der einzige Ausweg, das Leben unschuldiger Menschen zu retten. Darüber hinaus wird auf Grund dieser Entscheidung Österreich bei der Erfüllung seiner humanitären Aufgaben nicht zu einem Nebenkriegsschauplatz.

Meine Damen und Herren! Sehen wir dieses Problem ohne Emotionen. Emotionen können sich fatal auswirken! Das Abgeben negativer Stellungnahmen und das Hochspielen dieser bedauerlichen Angelegenheit erreicht dadurch ein Ausmaß, das dann sehr oft zu Unüberlegtheiten führt. Wenn in der Welt ungerechtfertigte Kritik geübt wurde — und dies war der Fall —, dann dürfen wir uns davon nicht aus der Ruhe bringen lassen. Nüchtern und ohne Pauschalurteile müssen wir antworten.

Die terroristischen Anschläge dürfen die Beziehungen Österreichs zu den übrigen Staaten der Welt nicht beeinträchtigen. Daher unsere neuerliche Forderung, die Vorfälle mit Objektivität zu analysieren. Diese Bitte um Objektivität schließt leider nicht aus, daß gewisse Kräfte oder Personen nicht frei von

Robert Weisz

solchen Emotionen sind. Wie überall kommt es auch hier in erster Linie auf den Menschen an. Speziell geht unser eindringliches Ersuchen daher an die Oppositionsparteien, einzig und allein im Interesse unseres Staates und seiner Bevölkerung, eine kluge und besonnene Politik zu betreiben.

Unser Land hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten in der Welt Ansehen und Sympathie erworben. Wir müssen uns diese Sympathie erhalten und wenn möglich vermehren. Alle Kräfte in unserem Lande sollten daran mitwirken! Dies gilt auch für alle Institutionen, in denen der politische Wille gebildet wird. Dies gilt aber auch für alle politischen Parteien, die Verantwortung in diesem Staate tragen und zu tragen haben. Unsere Zusammenarbeit in einer so wichtigen Angelegenheit muß jenseits aller parteipolitischen Differenzen durch Sachlichkeit und Sachverstand geprägt und von Vertrauen getragen werden. Die moralische Stärke eines Staates zeigt sich nicht in seiner Partei und in seiner Regierung, sondern vor allem in seinem Verständnis für das Leiden der Menschen und in der Bereitschaft, den Hilflosen beizustehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Jedes Menschenleben ist so wichtig, daß es das Ideal jeder humanen Politik sein muß, dieses Leben zu sichern und vor jedem Risiko zu schützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Österreich hat die Erfüllung seiner humanitären Aufgaben stets ernst genommen und wird dies auch weiterhin tun. Dafür gibt es Beweise, und zwar so viele, daß sie hier nicht alle aufgezählt werden können. Als Beispiel dafür will ich heute nur einige Zahlen nennen: Allein aus den Oststaaten sind von 1960 bis 31. August 1973 164.638 jüdische Emigranten nach Österreich gekommen, davon allein aus der Sowjetunion 72.078. Wir haben seit 1945 an vertriebenen Personen, an Flüchtlingen 1.414.000 Menschen in Österreich aufgenommen oder in andere Länder weitergeleitet. Ich glaube, daß die Regierungen seit 1945 eine mehr als humane Politik erfüllt haben und wir mit Recht verlangen können, daß dies auch von den anderen Ländern anerkannt und ausgesprochen wird, statt, wie es gerade in dem letzten Fall geschehen ist, uns mit Belehrungen zu beweisen, was gemacht werden sollte. Wir haben bisher in der humanen Politik restlos unsere Pflicht erfüllt.

Ich darf hier noch erinnern: Wir haben nicht nur die Flüchtlinge, die durchgereist sind. Zirka 120 jüdische Emigranten, die von Rußland nach Israel gekommen sind und jetzt wieder von Israel zurückgekommen sind, halten sich in Österreich auf. Wir haben heute noch immer fast 250 Uganda-Flüchtlinge in

Österreich. Ich glaube also, daß wir in Österreich mehr, als wir auf Grund unseres Staatswesens und unserer finanziellen Lage vielleicht imstande sind, für das Flüchtlingswesen, für diese armen Menschen getan haben. Aus diesen Zahlen können wir ersehen, daß Österreich jederzeit seine Pflichten erfüllt hat. Aber über diesen Akt der humanitären Hilfe ist jener Teil der Weltöffentlichkeit, der der Entscheidung der österreichischen Bundesregierung kritisch gegenübersteht, einfach hinweggegangen.

Ich möchte daher hier noch einmal klarstellen: Jeder Auswanderer, der dies wünscht, wird seinen Weg über Österreich in seine neue Heimat finden können! Das hat man in der Zwischenzeit auch im Ausland anerkannt.

Nicht ohne Genugtuung möchte ich feststellen, daß die kritischen Stimmen der Weltöffentlichkeit, nachdem sie die wahren Tatsachen erfahren hatten, in vielen Fällen ihre Meinung revidiert haben. Aus allen jenen Ländern, in denen es in den ersten Stunden und Tagen nach der Befreiung der Geiseln so viele kritische, ja teilweise sogar gehässige Berichte und Kommentare gegeben hat, werden nun auch Stimmen laut, die Verständnis für die Entscheidung der Bundesregierung zeigen. Sehr bedauerlich und auch beschämend ist es, daß zum Teil die Proteste aus dem Ausland durch falsche Informationen und Interpretationen des tatsächlichen Beschlusses hervorgerufen wurden.

Hohes Haus! Es gehört zu den selbstverständlichen Spielregeln jeder Demokratie und des Parlamentarismus, daß die Opposition die einzelnen Akte der Bundesregierung kontrolliert und kritisiert. Zu diesem Grundsatz bekennen wir uns! Wozu wir uns aber nicht bekennen können, ist eine Politik der Effekthascherei. Auf der Welle der internationalen Kritik in einer Vorwahlzeit zu schwimmen, entbehrt nicht nur staatspolitischer Verantwortung, sondern widerspricht auch allen demokratischen Grundregeln (*Beifall bei der SPÖ*), wenn man vermeint, die Erreichung politischen Gewinnes könne auf Kosten von vier so bedauernswerten Menschen erreicht werden.

Eine Politik solcher Art erfüllt uns mit tiefer Besorgnis. Gestatten Sie mir daher einen Appell an die große Oppositionspartei zu richten: Sie haben sich im ersten Sturm der Ereignisse hinreißen lassen, sich in Ihrer Kritik auf die gleiche Ebene mit den negativen Stimmen des In- und Auslandes zu stellen. Ich ersuche Sie: Handeln Sie nun Ihrer Verantwortung entsprechend so, daß Sie unserem Lande und seiner Bevölkerung gegenüber so-

Robert Weisz

viel Fairneß aufbringen, um sich endlich zu der Entscheidung der Bundesregierung zu bekennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann Weisz hat eben gemeint, die Kernfrage heute sei die, daß die Österreichische Volkspartei sagen soll, wie sie es gemacht hätte und wie sie sich entschieden hätte. Herr Klubobmann Weisz, da muß ich Ihnen schon sagen: Gegenstand der heutigen Sitzung ist der Bericht des Bundeskanzlers über die Ereignisse in Marchegg beziehungsweise Schwechat, und der Nationalrat als das Organ, dem die Bundesregierung verantwortlich ist, hat ein Recht darauf, diesen Bericht des Bundeskanzlers mit allen Beweggründen zur Kenntnis gebracht zu bekommen.

Aber wenn Sie unbedingt haben wollen, daß ich zu der Frage, wie die ÖVP sich verhalten hätte, eine Stellung abgebe, so werde ich das später sehr gerne tun.

Der Herr Bundeskanzler hat gemeint: Wenn es darum gegangen ist, zu entscheiden zwischen einem Symbol oder dem Menschen, dann hätte er sich selbstverständlich für den Menschen entschieden. Dazu möchte ich jetzt einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Ich glaube, daß es völlig unbestritten ist, daß menschliches Leben Vorrang hat, wobei ich in Klammer anmerke, daß ich unter menschlichem Leben auch werdendes menschliches Leben verstehe, dem natürlich auch dieser Schutz zuteil werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist völlig unbestritten, daß alles getan werden muß, daß alles unternommen werden muß, um menschliches Leben, das gefährdet ist, zu retten. Aber wenn man diesen Satz verabsolutiert, dann könnten damit ganz große Gefahren verbunden sein, Gefahren mit unabsehbaren Folgen.

Jeder Verbrecher, der Menschen als Geiseln nimmt, könnte dadurch jedes beliebige Ziel, den Sturz einer Regierung genauso wie den Umsturz unserer ganzen Gesellschaftsordnung, erreichen. Ich hoffe sehr, daß sich der Bundeskanzler, als er seine apodiktische Erklärung im Zusammenhang mit der Geiselnahme Marchegg abgab, denn doch darüber im klaren war, welche Gefahren mit der Unbedingtheit dieser Erklärung verbunden sein können und welche Ermunterungen derartige Erklärungen für Verbrecher jeder Art bedeuten können, ja letzten Endes bedeuten müssen. *(Abg. Skritek: Eine falsche Darstellung!)*

Und dazu kommt noch etwas anderes: Der Chef einer Regierung — noch dazu, wenn dieser Chef der Regierung Dr. Kreisky heißt — muß wissen, daß sich ein solcher Satz vielleicht — ich sage jetzt ganz bewußt: vielleicht — gerade in Wahlzeiten gut verkaufen läßt. Er muß aber andererseits gleichfalls wissen, daß er eine Verantwortung trägt, die über den Wahltag hinaus ohne jede Einschränkung zu gelten hat.

Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat während des Wahlkampfes gerade in Oberösterreich ein Generalthema in jeder Versammlung behandelt — dieses Thema hieß Schönau. Hier kehrten zwei Varianten immer wieder in Form von — ich gebe zu — sehr publikumswirksamen Fragen. Die eine Frage hat gelautet — wir haben sie heute schon gehört —: Hätten Sie, wenn Sie über Leben zu entscheiden haben, bei einer Frage, bei der es um Leben und Tod geht, anders entschieden? — Und die zweite Frage — da bin ich jetzt bei der sogenannten Kernfrage des Klubobmannes der Sozialistischen Partei —: Was hätten Sie an Stelle Dr. Kreiskys getan? Wenn es Sie interessiert, Herr Klubobmann Weisz: Ich kann es Ihnen sagen, was zum Beispiel ich persönlich an Stelle Dr. Kreiskys getan hätte.

Ich hätte zum Beispiel nicht die arabischen Botschafter in das Bundeskanzleramt eingeladen, sondern die Oppositionsparteien. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch der Obmann der Freiheitlichen Partei hat in dieser Richtung bereits seiner Meinung Ausdruck verliehen. Noch bei jeder Währungsaufwertung hat die Regierung sofort die Oppositionsparteien zu Gesprächen in das Bundeskanzleramt eingeladen. Und wenn Sie mich jetzt um die Wertigkeit einer Währungsaufwertung und der Frage Marchegg befragen, meine Damen und Herren, so glaube ich denn doch, daß vom staatspolitischen her gesehen der Frage Geiselnahme in Marchegg eine ungeheure Bedeutung, wenn wir an die Folgewirkungen denken, zugekommen ist.

Ich hätte aus einem anderen Grund noch ... *(Abg. Weisz: Wenn Sie in der Lage gewesen wären, hätten Sie die Zustimmung gegeben?)* Darauf komme ich gleich zu sprechen. Herr Kollege Weisz, ich darf Ihnen folgendes sagen: Aus staatspolitischen, aber auch aus parteitaktischen Gründen hätte ich das als Bundeskanzler gemacht. Noch dazu im Angesicht von kommenden Wahlen wäre es sicherlich zweckmäßig gewesen, wenn der Bundeskanzler sich versichert hätte, daß in dieser Frage, einer so ungemein bedeutungsvollen Frage, die ganze Opposition, das heißt das

Dr. Withalm

ganze österreichische Parlament, hinter ihm steht. Er hätte sich dann wesentlich leichter getan und wäre nicht irgendeiner Versuchung unterlegen, im Wahlkampf die Außenpolitik für die Innenpolitik verwenden zu müssen.

Ich darf Ihnen aber auch noch etwas anderes sagen, wenn Sie mich auf die Kernfrage ansprechen: Ich persönlich hätte nicht auf den Tag der Erpressung gewartet, sondern ich hätte das alles schon längst vorher getan.

Der Bundeskanzler hat im Zusammenhang mit der Geisellaffäre gesagt, daß sich die Bundesregierung des großen Risikos, das mit Schönau verbunden war, schon lange bewußt gewesen sei. Vor dem Hohen Haus führte Bundeskanzler Dr. Kreisky heute wörtlich folgendes aus:

„Aus diesen Darstellungen ... habe ich jedenfalls den Schluß gezogen, daß die im Schloß Schönau einquartierten Emigranten sich ständig in höchster Lebensgefahr“ — im Manuskript, das uns vorliegt, steht auf Seite 22 nur: „in höchster Lebensgefahr“; der Bundeskanzler hat also noch das Wort „ständig“ eingefügt — „befunden haben und befinden, dies vor allem nach den Ereignissen in München“ — dieser Zwischensatz steht im Manuskript in Klammer — „und daß das gleiche auch für die dort stationierten Gendarmeriebeamten gelte.“

Herr Bundeskanzler! Jetzt frage ich Sie: Wenn Schönau tatsächlich schon lange ein Risiko für die Bundesregierung bedeutet hat, warum redeten Sie dann nicht zeitgerecht mit den Oppositionsparteien? Warum haben Sie nicht schon längst versucht — Sie sagten, daß sich die Emigranten in höchster Lebensgefahr befunden haben —, sich dazu eine breite Basis zu schaffen?

Wissen Sie, was ich weiter getan hätte? Wenn ich mir diese innenpolitische Basis geschaffen hätte, dann hätte ich ganz offen und ehrlich vor der ganzen Welt gesagt: Wir in Österreich, als ein kleiner neutraler Staat, haben jetzt wirklich alles getan, was man von uns verlangen kann. Wir haben ein ungeheures Risiko auf uns genommen. Wir können es einfach nicht mehr länger tragen!

Herr Bundeskanzler! Ich zitiere Sie jetzt wieder. Laut Seite 22 Ihres Manuskriptes haben Sie folgendes ausgeführt: „Aus diesen und anderen Gründen befand ich mich in großer Sorge und habe auch daraus gegenüber den Mitgliedern der Bundesregierung kein Hehl gemacht. Ich war mir aber auch andererseits im klaren darüber, daß Verhandlungen über eine Liquidation von Schönau als Kapitulation vor befürchteter terroristischer

Aktivität ausgelegt worden wären und wahrscheinlich ähnliche Reaktionen ausgelöst hätten, wie das nach den Schwedater Ereignissen der Fall gewesen ist.“

Herr Bundeskanzler! Dazu folgendes: Sie haben am Ende Ihres Berichtes eine ganze Menge von Zitaten aus positiven Zeitungsberichten gebracht. Sie haben dann gesagt, daß aus diesen Zeitungsberichten — im speziellen haben Sie die „New York Post“ zitiert — das Verständnis der verschiedenen Nationen für Österreich hervorgehe.

Ich glaube, daß das die beste Beweisführung für meine Argumentation ist, und zwar, daß die Welt wirklich, wären wir offen und ehrlich vor sie hingetreten, Verständnis dafür aufgebracht hätte, wenn wir gesagt hätten: Wir haben die Last und das Risiko getragen, aber das ist uns einfach nicht mehr zumutbar! Sie selbst haben mit Ihren positiven Berichten darauf hingewiesen. Ich bin der Meinung, daß das keineswegs eine Kapitulation bedeutet hätte. Die Kapitulation kam leider Gottes erst in der Nacht vom 28. auf den 29. September 1973.

Als Bundeskanzler Dr. Kreisky am 28. September 1973 von Linz nach Wien fuhr und ins Bundeskanzleramt kam — das entnahm ich der letzten Ausgabe des „profil“ —, erfuhr er erst dort durch einen Journalisten — wie das „profil“ schreibt — „die Horrormeldung“ von den Ereignissen in Marchegg. Weiters steht im „profil“, daß der Kanzler diese Mitteilung des Journalisten äußerlich gelassen entgegennahm.

Laut „profil“ sagte Dr. Kreisky zu diesem Journalisten wörtlich folgendes: „Das hab' ich ja kommen sehn, daß das eines Tages kommt.“ — Herr Bundeskanzler! Mir ist nicht bekannt, daß Sie diesen Satz dementiert hätten. Das heißt also — das muß angenommen werden können —, daß der Satz offensichtlich so gesprochen wurde, wie er im „profil“ wiedergegeben wurde.

Jetzt wird die Sache kritisch! Der Bundeskanzler war sich darüber im klaren, daß das eines Tages kommen wird, und er hat nichts unternommen, um dieser Gefahr vorzubeugen, um diese Gefahr abzuwenden. Er hat die Oppositionsparteien nicht konsultiert, sondern er hat die große Oppositionspartei im Sommer dieses Jahres lediglich ersucht, sie möge aus staatspolitischen Gründen eine das Lager Schönau betreffende mündliche Anfrage zurückziehen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei verschloß sich nicht diesem Ersuchen des Bundeskanzlers, sie zog diese Frage zurück. Die Chance, die damit

Dr. Withalm

gegeben war, hat der Bundeskanzler leider nicht genützt. Er „wartete auf Godot!“ Genau das hätte der Regierungschef eines kleinen neutralen Staates nicht machen dürfen. Sein Verhalten — Herr Bundeskanzler, das muß ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen! — war nicht nur völlig unverständlich, sondern geradezu unverantwortlich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Durch dieses Verhalten wurde Österreich nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt.

Mühsam war der Weg — Herr Klubmann Weisz, Sie haben vorhin darauf hingewiesen —, den Österreich nach 1945 gehen mußte, bis es wieder Ansehen auf der ganzen Welt erringen konnte. Alle österreichischen Außenminister haben redlich dazu beigetragen, daß Österreich wieder einen geachteten Platz im Rahmen der Völkerfamilie einnehmen konnte. Zu diesen Außenministern gehörte auch Dr. Kreisky. Dem Bundeskanzler Dr. Kreisky blieb es vorbehalten, durch sein Verhalten, das zur Entscheidung vom 28./29. September 1973 führte, alles das restlos zerstört zu haben, an dessen Aufbau er als Außenminister tatkräftig mitgewirkt hatte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! An der Geiselnahme in Marchegg werden wir noch lange zu tragen haben. Das ist der eine große Vorwurf, den ich Dr. Kreisky mache, und zwar, daß er durch Nichthandeln in einer Zeit, in der das Handeln nicht nur notwendig, sondern auch noch möglich gewesen wäre, die Geiselnahme am 28./29. September 1973 geradezu provoziert hat. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wie sagte doch Dr. Kreisky, als er am 28. September 1973 das Bundeskanzleramt erreichte: „Das hab' ich ja kommen sehn, daß das eines Tages kommt.“ — Das heißt: Der Bundeskanzler von Österreich als Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand gesteckt und so getan hat, als ob überhaupt nichts passieren könnte oder passieren werde.

Und jetzt der zweite große Vorwurf, Herr Bundeskanzler, den ich Ihnen mache. Dieser Vorwurf richtet sich deshalb gegen Sie, weil Sie den Fall Marchegg in einer Art und Weise zu Wahlkampfzwecken gebraucht — ich könnte hier einen anderen Ausdruck, der ähnlich klingt, gebrauchen — und verwendet haben, die wirklich einmalig ist. Daß es letzten Endes nichts genützt hat, Herr Bundeskanzler, ist eine andere Frage. Ich kann mir vorstellen, daß es für Sie, wo Sie sich wirklich in Österreich in einer einmaligen Art eingesetzt haben, besonders bitter sein muß, daß es letzten Endes dann doch nichts genützt hat.

Ich weiß, wenn ich hier von Mißbrauch der Causa Marchegg im Wahlkampf spreche, daß das ein ganz schwerer und harter Vorwurf ist, den ich hiemit erhebe. Als alter Parlamentarier fühle ich mich jedoch in meinem Gewissen geradezu verpflichtet, das alles hier und heute, und zwar mit aller notwendigen Deutlichkeit, zum Ausdruck zu bringen. Das scheint mir deshalb besonders notwendig zu sein, damit nicht eines schönen Tages eine Legendenbildung um den Fall Marchegg entsteht und damit sich der Bundeskanzler nicht für eine Entscheidung einen Lorbeerkranz umhängt, die alles andere verdient, nur keinen Lorbeerkranz! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, wie schwer sich Kollege Czernetz getan haben muß, als er gefragt wurde, was er von der Entscheidung halte, und dann sagte, er empfinde keine „jubilende Begeisterung“ über diese Entscheidung. Und hier schreibt noch die „Kleine Zeitung“: Das sagt ein Mann von wahrhaft eiserner Parteiloyalität. Ich wollte Ihnen damit, Herr Kollege Czernetz, wirklich nicht schaden, ich schätze Sie vom Europarat her, wie Sie wissen, viel zu sehr, aber ich glaube, auch das mußte hier gesagt werden.

Abschließend halte ich noch einmal, und zwar mit aller Klarheit und Deutlichkeit, folgendes fest: Der Bundeskanzler war sich — und das hat er heute, glaube ich, sehr nachdrücklich dargelegt — des Risikos, das mit Schönau verbunden war, seit langem bewußt. Noch einmal: Er sprach von höchster Lebensgefahr, in der sich die befunden haben, die in Schönau waren; auch die Gendarmerie, die draußen Dienst zu tun hatte. Herr Bundeskanzler! Trotz dieses Wissens haben Sie nicht gehandelt, Sie haben offensichtlich wie gebannt auf das Ereignis gewartet, das dann prompt auch am 28. September 1973 eingetreten ist. Und dieser 28. September 1973 wäre vermeidbar gewesen!

Die Causa Marchegg war bisher die härteste Bewährungsprobe und Belastungsprobe für Dr. Kreisky und für seine sozialistische Regierung. Meine Damen und Herren! Es ist jetzt wirklich keine Schadenfreude, keineswegs die Schadenfreude eines politischen Gegners, sondern das tiefe Bedauern eines Österreichers, wenn ich sage, daß die sozialistische Regierung Österreichs zum unendlich großen Schaden Österreichs diese bisher härteste Belastungsprobe nicht bestanden hat. Gerade in diesem Falle hätte der Nachweis staatsmännischer Eigenschaften des Bundeskanzlers erbracht werden können. Das ist nicht nur nicht geschehen, Sie haben vielmehr, Herr

Dr. Withalm

Bundeskanzler, im entscheidenden Moment, leider muß ich das sagen, eindeutig versagt! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es wurde heute schon von meinem Klubkollegen Dr. Schleinzner darauf hingewiesen, daß nicht wir es waren, die den Ausdruck „Scherbenhaufen“ geprägt haben. Wir stehen aber leider Gottes wirklich vor einem gewaltigen Scherbenhaufen, der nicht zuletzt dadurch entstanden ist, daß der Bundeskanzler Innenpolitik mit der Außenpolitik zu machen versuchte. Ein solcher Versuch kann nur fatal ausgehen. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, damit der Schaden, der durch das Fehlverhalten der sozialistischen Regierung, aber besonders durch das Fehlverhalten des sozialistischen Bundeskanzlers entstanden ist, in mühevoller, zäher und wahrscheinlich jahrelanger Arbeit wieder gutgemacht werden wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage, inwieweit hier eine Inkonsequenz vorliegt, wenn man sich grundsätzlich für den Schutz menschlichen Lebens einsetzt und in der Frage der Fruchtabtreibung den Standpunkt einnimmt, den der Initiativantrag der Sozialistischen Partei vertritt, steht nach der Auffassung meiner Parteifreunde in keinem Zusammenhang, weil es sich hier um grundsätzlich verschiedene weltanschauliche Motive handelt, weil es sich in der ganzen Welt um weltanschaulich sehr entscheidende Unterschiede handelt. Ich habe allen Respekt vor der Anschauung, die Sie vertreten, meine Damen und Herren, und habe mich immer bemüht, auch in Kreisen meiner eigenen Parteifreunde Verständnis für diesen Standpunkt zu gewinnen. Ich muß aber andererseits auch erklären, daß in der ganzen Welt auch der andere Standpunkt viele Vertreter findet, und ich selbst habe von meinem Standpunkt aus eine Auffassung, die sich nicht sehr wesentlich von der in meiner Partei vertretenen unterscheidet. Hier geht es eben um weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten, und deshalb halte ich einen Zusammenhang für nicht gegeben.

Ich darf auch noch sagen, daß einer der Hauptgründe, warum die Sozialistische Partei und viele von uns diese strafrechtliche Regelung wünschen, damit zusammenhängt, daß wir alle ganz genau wissen, daß zehntausende Frauen durch diesen Paragraphen um ihr Leben gebracht werden, daß also auch hier das Motiv des Schutzes des Lebens eine nicht unentscheidende Rolle spielt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*
— **Abg. Dr. Withalm:** Zehntausende

Frauen?) Zehntausende Frauen waren es im Laufe der Jahre; das ist die Dunkelziffer, die bekanntlich immer wieder von den Fachleuten angeführt wird! *(Ruf bei der ÖVP: Reden Sie von den Kindern!)* Ich rede jetzt von den Frauen, die Opfer dieses grausamen Paragraphen während der ganzen Zeit, wo es ihn gegeben hat, geworden sind. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe nicht die Kraft, mich darüber spöttisch zu äußern. Dieser Paragraph war für Zehntausende Frauen ein Unglück, und dabei bleibt es! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Nun darf ich Ihnen, Herr Vizekanzler außer Dienst Dr. Withalm, eines sagen: Ich habe von allem Anfang an erklärt, daß es für meinen Teil, wenn ich absehe von den Aufgaben, die die Exekutive zu erfüllen hat, die ihre normale Pflichterfüllung darstellen, eine einzige Ausnahme gibt, wo ich in der Frage des Menschenlebens einen anderen Standpunkt beziehe und von allem Anfang an bezogen habe: Wenn es um die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs geht. Da können diese Gesichtspunkte nicht angewendet werden, da haben sie keine Gültigkeit, sondern sind durch andere, noch höhere zu ersetzen.

Warum ich die arabischen Botschafter eingeladen habe? Weil sie, einige nach meiner festen Überzeugung, echt bereit waren, uns in dieser Situation ihre Unterstützung zu leihen, jedenfalls was die Verlängerung der immer wieder vorgebrachten ultimativen Forderungen betrifft. Sie haben uns einen Dienst erwiesen, und ich stehe nicht an zu erklären, daß ich das, was sie getan haben, positiv bewerte. Es ist einfach unwahr — das erkläre ich hier vor dem Hohen Haus —, daß sie es gewesen sind, die mir auch nur im entferntesten diesen Regierungsbeschuß nähergebracht haben. Sie haben in keinem einzigen Moment der Beratungen mit mir die Frage Schönau zur Diskussion gestellt.

Ich habe die arabischen Botschafter rufen lassen, weil sie sich bereit erklärt haben, uns bei der Lösung dieser Frage beizustehen. Und ich habe die Vertreter der ÖVP deshalb nicht gerufen, weil ich mir davon eben nichts erwartet habe, was gleichwertig gewesen wäre. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist auch eine Begründung!)*

Im übrigen habe ich das für einen Akt des Regierens gehalten. Die Parteien im Parlament sind dazu da, Gesetze zu machen. Zum Regieren ist die Regierung da, und sie übernimmt ja auch für alles, was sie tut, die volle Verantwortung.

Im übrigen hat sich in den letzten Monaten immer deutlicher gezeigt, daß die ÖVP gar

Bundeskanzler Dr. Kreisky

nicht bereit ist, auch nur das bescheidenste Maß an Mitverantwortung zu tragen. (*Zustimmung bei der SPO.*) Das geht schon aus dem Umstand hervor, den der Herr Vizekanzler außer Dienst nur sehr am Rande erwähnt hat. Jetzt kann ich ihn wiederholen: Ich werde diese Frage dem Hohen Haus etwas ausführlicher erläutern; dies umsomehr, als ja solche Anfragen kein Geheimnis sind; sie sind ja offenkundig, aktenkundig, sie werden veröffentlicht.

Die Herren Abgeordneten Suppan und Genossen haben eine Anfrage an den Bundesminister für Inneres gestellt. Diese Anfrage war geradezu ein Hinweis für die Terroristen und überdies für die Kommunisten in ihrer Propaganda. Ich darf Ihnen vorlesen:

„Zeitungsmeldungen zufolge wurde unter dem Namen ‚Kobra‘ kürzlich ein Sonderkommando aufgestellt, dem Gendarmen mit einer Spezialausbildung angehören. Sie sind mit Einsatzwagen, Stahlhelmen, Funkgeräten und Schnellfeuerwaffen ausgerüstet. Dieses Sonderkommando soll das Schloß Schönau, in dem bekanntlich jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion Zwischenstation auf dem Weg nach Israel machen, bewachen.“ — Ausgerechnet der Herr Suppan hat diese Anfrage gestellt. (*Rufe bei der ÖVP: Was soll das heißen?!*)

„Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

1. Welche Aufgabe hat dieses Gendarmeriekommando?

2. Wie viele Beamte sind gegenwärtig diesem Sonderkommando zugeteilt?“ — Damit es die arabischen Terroristen gleich erfahren.

„3. Bestehen irgendwelche Kontakte zwischen dem österreichischen Sonderkommando und dem in Schloß Schönau stationierten israelischen Geheimdienst?“ — Damit ja alles beisammen ist, was man uns vorwerfen kann, sofern es das überhaupt gibt.

„4. Liegen dem Bundesministerium Berichte über angebliche Unzukömmlichkeiten aus Schloß Schönau vor, wonach beispielsweise ehemalige jüdische Sowjetbürger, die Schloß Schönau verlassen hatten, von Personen, die angeblich dem israelischen Geheimdienst angehören — das verwendet die ‚Volksstimme‘ täglich —, gegen ihren Willen wieder zurückgebracht und später nach Israel transportiert wurden?“, also Menschenverschickung betrieben wurde.

Das alles wird der Öffentlichkeit und damit auch denen, die das wissen wollen, mitgeteilt.

„5. Falls derartige Berichte vorliegen, frage ich Sie, welche Konsequenzen zieht das ressortzuständige Bundesministerium daraus?“

Ich bin zum Herrn Klubobmann Dr. Koren gegangen und habe gesagt: Erlassen Sie uns bitte die Beantwortung dieser Fragen. Das alles macht uns große Sorgen.

Es ist in der Tat so gewesen, daß auf die Beantwortung dieser schon offen vorliegenden Anfrage verzichtet wurde, was ich dem Herrn Klubobmann Koren sehr hoch anrechne und wofür ich ihm auch zu Dank verpflichtet bin.

Aber es ist der Geist, aus dem heraus das gefragt wurde. Und das, was hier gefragt wurde, war ja geradezu ein Hinweis, war ja geradezu das, was man in Wien „Ein Hölzl werfen“ nennt.

Wenn mich Herr Dr. Withalm fragt, was ich getan habe, so kann ich ihm darauf nur antworten: Das, was der Innenminister getan hat, nämlich das, was hier der Herr Abgeordnete Suppan wissen will, was jeder ordentliche Staat tut, der vor Terroristen nicht kapituliert: Der Innenminister hat einfach die Kräfte, die ihm zur Verfügung stehen, mobilisiert, um einen Überfall auf Schönau zu verhindern.

Das ist geschehen, und das schien uns nützlicher, als lange Diskussionen zu führen, die letztlich zu keinem Resultat geführt hätten.

Die Darstellung im „profil“ ist insofern ergänzungs- oder revisionsbedürftig, als ich das nicht von einem Journalisten erfahren habe, sondern von einem Beamten meines Büros. Und das nur deshalb, weil ich auf der Fahrt von Linz nach Wien einen Reifendefekt hatte und mich bei irgendeiner Werkstätte eine halbe Stunde aufhalten mußte, um diesen Reifendefekt repariert zu bekommen. Daß ich zu diesem Journalisten gesagt hätte, daß ich das immer erwartet habe, das finde ich für durchaus verständlich nach dem, was ich Ihnen in meinem Bericht schon mitgeteilt habe.

Ich habe es daher auch als erstes begrüßt, daß der Herr Innenminister alle zweckdienlichen Maßnahmen für Schönau getroffen hat. Daß dann der Sicherheitsdirektor für Niederösterreich das wieder geändert hat, ohne das vorgesetzte Ministerium zu verständigen, scheint mir bezeichnend zu sein. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Daß nichts unternommen wurde, ist also vollkommen unrichtig. Im Gegenteil, es wurde mehr unternommen, als je in Österreich in einer ähnlichen Situation unternommen wurde.

Zu dem Argument, daß diese Frage im Wahlkampf eine Rolle gespielt habe: Ich habe mich aus zwei Gründen dazu veranlaßt gese-

7722

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Bundeskanzler Dr. Kreisky

hen: Erstens, weil der Herr Bundesparteiobermann Dr. Schleinzner angekündigt hat, er werde am 23. Oktober im Parlament eine Anfrage an die Bundesregierung stellen; die Bundesregierung werde sich zu verantworten haben. Und da war ich der Meinung, wenn das so ist, dann habe ich, wenn so viele Menschen beisammen sind, jedenfalls das Recht und auch die Pflicht, den Menschen, die mir zuhören wollen, zu sagen, warum es bei dieser Geschichte nach meiner Meinung gegangen ist. Das muß wohl erlaubt sein! Nicht ich habe das zu einem Wahlkampfthema gemacht, sondern — wenn überhaupt jemand — derjenige, der die Parlamentsdebatte angekündigt hat! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja was denn geschieht mit einer Sache, die dem österreichischen Parlament vorgelegt wird. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist ein schwaches Argument!)* Wenn Sie einen Unterschied machen zwischen dem Parlament und einer Wählerversammlung, dann bin ich der Meinung, daß das sicher funktionell etwas anderes ist. Aber die Menschen, die bei einer Wählerversammlung sind, nehme ich genau so ernst — ob sie Mandatare sind oder nicht.

Nun möchte ich zum Schluß zu dem etwas sagen, was der Herr Dr. Withalm erklärt hat, daß nämlich das Ansehen Österreichs „restlos zerstört“ wäre. Das ist ein wenig eine rückschreitende Metamorphose, es sind das die rhetorischen Übertreibungen, die wir beim Herrn Abgeordneten Withalm immer sehr geschätzt haben. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich möchte dazu folgendes sagen:

Ich habe aus der Fülle der Briefe, die wirklich große Stöße bilden — glauben Sie ja nicht, daß das Leute ohne Urteil sind —, nur ein paar herausgegriffen.

Hier schreibt mir ein Arzt der Gendarmerie:

„Da ich vor einem Jahr als österreichischer Olympiaarzt München erlebte, befürchtete ich ähnliche Verhältnisse wie in Fürstenfeldbruck.“ — Der war dort am Flugplatz. *(Ruf bei der ÖVP: In Schwechat?)* Ja, in Schwechat am Flugplatz. — „Als der Geiselnachzug nach dem Abflug der Araber vom Rollfeld hereinkam, übernahm ich mit dem Chefarzt des Österreichischen Roten Kreuzes, Primarius Dr. Slatin und Dr. Schwameis, in Gegenwart von Herrn Bundesminister Rösch die drei Auswanderer. Sie waren in einem Schockzustand und konnten noch nicht fassen, daß das Leben für sie nun eine Fortsetzung hat.“ — Der hat das also anders gesehen als die Herren hier. „Für den Zollwachebeamten war es nicht anders.“ — Er hat es mir übrigens selber gesagt. — „Das alte Ehepaar sprach Worte des Dankes, der junge Mann fragte nach Frau und

Kind, die in Marchegg noch entkommen konnten. Hätte man sie opfern sollen, nur ein kleines Wort hätte dazu genügt.“

Herr Bundeskanzler, der Arzt ist verpflichtet, das Leben zu erhalten, Ihnen ist es gelungen, das Leben zu beschützen. Wenn es uns am Rollfeld draußen bis in die frühen Morgenstunden schon ziemlich kalt wurde, so konnten wir aber für ein paar unschuldige arme Teufel bereit sein. Sicherlich lassen sich nach gut durchschlafener Nacht aus der warmen Stube Manifeste, Proteste et cetera sehr gut formulieren. Auch scheint Tinte kostbarer als Blut zu sein, denn diese muß man kaufen, und Blut bekommt man gespendet. Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, haben sich für das letztere entschieden, nicht, weil es schon so billig geworden ist, sondern weil es der Pflicht entspricht.“ Und so weiter.

„Primarius Dr. Ebner.“

Der Theologieprofessor und Studienpräfekt der Theologischen Ordenshochschule mit staatlichem Öffentlichkeitsrecht und so weiter, Dr. Michael Rustler, schreibt mir: „Es drängt mich, Ihnen und Ihren Mitarbeitern zu dem großen Erfolg in der Schwechater Affäre meine aufrichtige Hochachtung zum Ausdruck zu bringen.“ Er erklärt sich selber als Philosemit und ist hoch befriedigt, daß es gelungen ist, die Menschen vor dem Tod zu bewahren.

Der Dozent des Theologischen Instituts der Universität Uppsala, einer der angesehensten Universitäten im evangelischen, im protestantischen Bereich, drückt in einem langen Brief seine Anerkennung aus für das, was geschehen ist.

Der Universitätsprofessor DDr. Johann Maier, Ordinarius für Judaistik an der Universität zu Köln, tut dasselbe.

Das sind einige Beispiele. Ich könnte noch viele andere anführen. Ich stelle sie Ihnen gerne einmal zur Verfügung.

Ich möchte am Schluß noch etwas feststellen: Das Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten — weil Sie „restlos zerstört“ sagen —, der auch bei uns nicht unbekannte Senator Fulbright, drückt mir in einem langen Brief seine besondere Anerkennung dafür aus, was hier geschehen ist, und dankt mir dafür, daß wir eine solche Lösung gefunden haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß sich Österreich dadurch qualifiziert hat, mit anderen kleineren Staaten an die Lösung jener Fragen heranzugehen, die zu lösen großen Staaten nicht in dem gleichen Maße möglich sein würde. Auch dieser Brief steht zur Einsicht zur Verfügung.

Das ist eine ganz kleine Blütenlese, absichtlich nicht von Leuten, denen man unter Um-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ständen allzu emotionelle Reaktionen nachsagt, sondern von Leuten, die sich hingesetzt und diesen Brief geschrieben haben, aus dem Bedürfnis heraus, zu dieser Frage nach reiflicher Überlegung Stellung zu nehmen.

Also so „restlos zerstört“ ist unser Ansehen auch nicht. Und ein bißchen kenne ich auch die Welt, denn ich habe ja in der Außenpolitik dieses Staates 13 Jahre lang zu wirken gehabt, sechs als Staatssekretär und sieben als Außenminister. Ich weiß einiges darüber, wie wandelbar manchmal Lob und Tadel ist, der einem in den großen Zeitungen widerfährt. Ich weiß aber auch, wie sehr echtes, gut fundiertes Ansehen in Wirklichkeit unzerstörbar und rasch wiederherstellbar ist. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Withalm: Herr Bundeskanzler! Rasch wiederherstellbar, das heißt, es muß etwas wiederhergestellt werden, es ist etwas zerstört! Sind wir uns darüber klar?)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist eine bekannte Tatsache und liegt wohl in der menschlichen Natur, daß Gefahren oder andere bedrohliche Ereignisse, wenn sie schließlich glimpflich und für die Personen, die sich in Gefahr befunden haben, glücklich ausgehen, daß solche Ereignisse dann mit der Feststellung ausbegleitet werden: Ende gut, alles gut.

So lag heute der Tenor dieser Redewendung, dieses Sprichwortes irgendwie auch auf den Ausführungen des Herrn Kollegen Weisz, der vielleicht sinngemäß andeuten wollte: Reden wir nicht mehr viel darüber, es ist gut ausgegangen, Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen, es ist alles in Ordnung.

Ich glaube, so leicht darf man es sich hier nicht machen, und so leicht sollte man nicht über dieses Ereignis zur Tagesordnung übergehen.

Der glimpfliche Ausgang der Terroraktion von Schwechat konnte doch sicherlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es schwere Mängel im österreichischen Sicherheitssystem gibt. Da ist zunächst einmal dieses Transitlager Schönau, über das heute schon sehr viel gesprochen worden ist. Dieses Schloß Schönau dient seit vielen Jahren — seit 1965, haben wir heute gehört, seit einem Zeitpunkt also, der noch in die Ära der großen Koalition fällt — als Auffanglager und Zwischenstation für jüdische Auswanderer. Durch Schönau wurden seit dem Jahre 1960, höre ich, obwohl das Lager erst seit 1965 bestehen soll, 164.638 jüdische Rückwanderer auf ihrem Wege nach Israel geschleust. Ich glaube, allein an dieser

Zahl kann man ermessen, welche Bedeutung dieses Schloß Schönau für die Rückwanderung hatte. Hier hat es sich also nicht um eine kleine Transportangelegenheit gehandelt, sondern Schönau war ein bedeutender Schlüssel-punkt, eine wichtige Drehscheibe für die Einwanderung nach Israel.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es mußte daher jedermann, der über Schönau Bescheid wußte, klar sein, daß angesichts der zunehmenden Spannung zwischen Israel und den arabischen Staaten, insbesondere nach dem Sechstagekrieg, diese Drehscheibe hier in Österreich unweigerlich in das internationale Spannungsfeld geraten und den Widerstand der Araber, vor allem der Palästinenser, herausfordern mußte. Das hätte doch jedem, der für die innere und äußere Sicherheit Österreichs Verantwortung trägt, eigentlich stets vor Augen stehen müssen.

Dazu kam auch, daß dieses Schloß Schönau doch — soviel man heute weiß — nicht nur dazu diente, den Rückwanderern bis zum Weitertransport ein bloßer Aufenthaltsort zu sein, sondern es war auch ein Betätigungsfeld für den israelischen Geheimdienst, der dort sozusagen unter den geschlossenen Augen der österreichischen Sicherheitsorgane als eine Art Schutzkommando für die Auswanderer fungierte.

Ich weiß nicht, ob es stimmt, zumindest blieb es in letzter Zeit unwidersprochen, daß der israelische Geheimdienst dort neben seiner Beschützerrolle noch weitere Tätigkeiten entwickelt haben soll, die weniger in einer schützenden Betreuung der Auswanderer als in einer gründlichen Durchleuchtung der Personen bestand, die eben nach Israel einreisen wollten. Vom Standpunkt Israels ist das sicherlich und zweifellos eine vielleicht notwendige Maßnahme. Ob diese Maßnahme allerdings auf dem Boden des neutralen Österreich gesetzt werden mußte, das hätte, glaube ich, einer gründlichen Überlegung der österreichischen Regierungen und der österreichischen Sicherheitsbehörden seit dem Jahre 1965 bedurft. Aber sie haben alle dazu geschwiegen. Sie haben nicht nur dazu geschwiegen, sondern sie haben diese Angelegenheit, eine die Sicherheit Österreichs ernstlich bedrohende Angelegenheit, geradezu — ich möchte sagen — vertuscht.

Wer, meine Damen und Herren, von Ihnen hier in diesem Saale hat jemals die Wahrheit über Schönau erfahren? Ist jemals die Öffentlichkeit über die wahren Vorgänge im Schloß Schönau informiert worden? Wer hat gewußt, daß bewaffnete Angehörige des israelischen Geheimdienstes dort aus- und eingehen?

Dr. Schmidt

Seit einigen Jahren behandeln wir hier im Parlament, im Hohen Haus, den Bericht über die öffentliche Sicherheit in Österreich. Wir diskutieren über die steigenden und fallenden Prozentanteile der verschiedenen Verbrechenkategorien: wie viele Autodiebstähle, wie viele Einbruchdiebstähle es gegeben hat, ob die Zahl der Rauschgiftsüchtigen gestiegen ist oder nicht, aber über einen derartigen Unsicherheitsfaktor, wie ihn Schönau seit vielen Jahren in Österreich darstellt, kein Wort; nicht einmal in Form eines Geheimberichtes, wenn man schon die Öffentlichkeit aus bestimmten Gründen nicht informieren wollte, nicht einmal in Form eines vertraulichen Berichtes an einen Ausschuß oder ein sonstiges Gremium dieses Hohen Hauses!

Es mag heute vielleicht mit Recht festgestellt worden sein, daß diese Anfrage der Österreichischen Volkspartei im Sommer des heurigen Jahres möglicherweise ungeschickt war, aber, meine Damen und Herren, das ist doch nicht die wesentliche Frage. Die wesentliche Frage ist doch: Stimmt das, was in dieser Anfrage behauptet worden ist, oder stimmt das nicht? Und diese Frage ist bis dato, bis zu diesem Augenblick nicht beantwortet worden. Oder wenn man will, kann man daraus, daß der Klubobmann der ÖVP zur Zurücknahme dieser Anfrage bewogen wurde, auch eine Antwort herauslesen. Denn, wenn es nämlich nicht stimmt, hätte sich ja die Bundesregierung leicht getan und hätte die Anfrage einfach mit Nein beantworten können. Sie hat es vorgezogen, keine Antwort zu geben, keine Anfrage zuzulassen beziehungsweise die Zurücknahme der Anfrage zu veranlassen und damit eigentlich die Dinge, die hier behauptet wurden, zu bejahen.

Man muß sagen, der Gefahrenherd Schönau wurde der Bevölkerung Österreichs seit vielen Jahren bewußt verschwiegen. Das betrachten wir als eine Verantwortungslosigkeit aller Regierungen seit 1965.

Aber man hat den Gefahrenherd Schönau nicht nur verschwiegen, sondern die Öffentlichkeit auch falsch informiert. Denn anders kann man die Stellungnahme nicht deuten, die anlässlich der Verhaftung von drei Arabern in Wien Anfang dieses Jahres abgegeben wurde. Diese drei Araber sind aufgefallen, weil sie gefälschte israelische Pässe bei sich trugen. Damals bereits vermutete ein Teil der Presse, daß das Ziel dieser arabischen Aktivitäten israelische Einrichtungen in Österreich darstellen könnten.

Aber der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit betätigt sich in der Beantwortung, in dem Interview, ich möchte sagen, als Beschwichtigungshofrat. Er sagt am 22. Jänner

1973: „Für die in einem Teil der Tagespresse aufgestellten Behauptungen, daß diese Männer mit der Absicht nach Wien gekommen sind, um in Österreich Attentate durchzuführen, finden in den bisherigen Erhebungsergebnissen keine Bestätigung. Zwei der Angehaltenen behaupten, im Zusammenhang mit Rauschgiftschmuggel nach Wien gekommen zu sein. Es werden deshalb nunmehr auch in dieser Richtung Erhebungen gepflogen. Es trifft nicht zu, daß die Anhaltungen in irgendeinem Zusammenhang mit der vor einiger Zeit erfolgten Ankündigung über angeblich von Palästinensern geplante Anschläge auf israelische Einrichtungen in Österreich stehen.“

Meine Damen und Herren! Dagegen hat der Herr Bundeskanzler nach dem Terroranschlag in Marchegg und Schwechat, am 3. 10. 1973 gesagt, er bekenne, daß damals schon, im Jänner 1973, durch diese Araber bekannt war, daß die Ziele dieser Anschläge israelische Einrichtungen waren.

Ein eindeutiger Beweis, daß man die österreichische Öffentlichkeit über die zunehmende Gefährlichkeit des Lagers Schönau für die Sicherheit Österreichs im unklaren lassen wollte! Statt einen Gefahrenherd auszuräumen — und das ist auch unser Vorwurf —, kehrte man ihn einfach unter den Teppich. Und erst nach dem Beschluß der Bundesregierung, Schönau aufzulassen, kommen die Eingeständnisse der Verantwortlichen langsam an die Oberfläche.

So sagt der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich Hofrat Schüller am 1. 10. 1973: „Ja, bitte, ich weiß davon, daß die Israelis schon seit langem für die Betreuung ihrer Landsleute, ... Leute eingesetzt haben. Ich möchte das eigentlich weniger nur als ein Sicherungskommando, sondern eher als ein Abholkommando bezeichnen. Die Leute sind hinuntergefahren, haben ihre künftigen Landsleute dort in Empfang genommen und haben sie im Zug schon ein bisserl aufgeklärt und betreut, und bei dieser Gelegenheit — das haben sie offenbar ausgenützt dazu, um Waffen bei sich zu führen und im Notfall unter Umständen auch für den Schutz ihrer Landsleute einzutreten. Das ist aber nicht so zu verstehen, daß die am nächsten Tag hinausgeschickt wurden, sondern die Situation ist schon länger zurückliegend und bekannt gewesen.“ Er spricht dann weiter von gewissen Spannungen zwischen österreichischen Exekutivorganen und den bewaffneten israelischen Begleitkommandos.

Meine Damen und Herren! Diese Situation war also — ich glaube, das geht aus allem klar hervor — den Verantwortlichen bekannt, die Öffentlichkeit ist jedoch im unklaren ge-

Dr. Schmidt

lassen worden, und man duldet, daß eine ausländische bewaffnete Truppe in Österreich, sozusagen unter der wohlwollenden Patronanz der österreichischen Sicherheitsbehörden, ihre Tätigkeit ausübt. Man duldet nicht nur, ja man gewährt sozusagen diesem Staat im Staate auch noch den Schutz österreichischer Sicherheitsorgane. Und das alles zu der Zeit, in der die Aktivitäten der arabischen Terroristen ansteigen und als sogar bekannt war, daß Attentate auf Schönau geplant waren.

Meine Damen und Herren! Damit kein Irrtum entsteht: Wir treten dafür ein, daß jeder, der durch Österreich reist, Anspruch auf Schutz hat, aber ich glaube, man kann es nicht dulden, daß sich Schutzmaßnahmen auch noch auf ausländische bewaffnete Gruppen erstrecken. Ich meine, hier ist mit der Sicherheit Österreichs sehr fahrlässig umgegangen worden. Und es genügt dem Sicherheitsbedürfnis der Österreicher sehr wenig, heute zu wissen, daß das Problem Schönau dem Herrn Bundeskanzler schon längere Zeit sozusagen unter den Nägeln brannte.

Schönau war — ich darf das ganz grob sagen — ein Stützpunkt des israelischen Staates. Seine frühere Auflösung, die frühere Auflösung des Lagers hätte zweifellos niemals als Kapitulation des österreichischen Staates gewertet werden können.

Für uns bleibt das Ergebnis, daß die österreichischen Sicherheitsbehörden, mit dem Innenminister an der Spitze, trotz Kenntnis der wahren Vorgänge nichts unternahmen, um dieser Bedrohung der Sicherheit in Österreich ein Ende zu setzen.

Hier, meine Damen und Herren, hätte man agieren und nicht reagieren müssen. Das meinte mein Klubobmann Peter als er davon sprach, wir hätten müssen agieren und nicht reagieren. Hier hätten wir agieren müssen, indem der Beschluß auf Auflösung des Lagers schon viel früher hätte erfolgen sollen.

Die Schließung dieses Lagers war und ist längst fällig. Es ist nur zu bedauern, daß es eines solchen ernststen Ereignisses bedurfte, um diesen Beschluß zu fassen. Denn wir sind der Meinung, daß dieser Beschluß im Interesse Österreichs notwendig war, wenn wir auch lieber gewünscht hätten, er wäre unter anderen Umständen zustande gekommen. Eines muß ich dem Herrn Kollegen Dr. Schleinzner sagen, nicht der Beifall oder das Mißfallen des Auslandes können für derartige Beschlüsse maßgebend sein, sondern lediglich das Schutzbedürfnis und die Sicherheit Österreichs. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber mit diesem Beschluß allein ist ja nichts getan, er muß ja auch realisiert werden. Und hier muß ich feststellen, daß sich ja in der Praxis bis dato nichts geändert hat. Es wurde kein Zeitpunkt genannt, bis wann die Auflösung dieses Transitlagers zu erfolgen hätte. Ich möchte daher die Frage an die Verantwortlichen auf der Regierungsbank stellen: Bis wann spätestens ist damit zu rechnen, daß dieser Regierungsbeschluß realisiert wird? Ich glaube, im Interesse Österreichs ist hier eine rasche Vorgangsweise vonnöten.

Hohes Haus! Aber auch der Ablauf der Ereignisse an jenem bekannten 28. September brachte doch eigentlich zutage, daß die österreichischen Sicherheitsbehörden keineswegs so auf die Abwehr und Bekämpfung von Terroranschlägen eingestellt waren, wie man das eigentlich angesichts der Ereignisse, der traurigen Ereignisse von München im Vorjahr, hätte erwarten müssen und wie es nach den Zusicherungen des Herrn Innenministers hier im Hohen Hause hätte erwartet werden können.

Ich habe in der Budgetdebatte des vorigen Jahres beim Kapitel Inneres sowohl im Budgetausschuß als auch im Plenum die Frage aufgeworfen, welche Vorkehrungen spezieller Natur die österreichischen Sicherheitsbehörden angesichts der Ereignisse in München treffen würden, um solchen Ereignissen in Österreich, sollten sie einmal eintreten, erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Ich habe gefragt: Gibt es einen Krisenstab? Werden Spezialeinheiten ausgebildet? Gibt es Spezialeinrichtungen, um Terroristen zu bekämpfen? Der Herr Innenminister hat verständlicherweise im Plenum nicht Stellung genommen, er hat aber im Budgetausschuß die Frage bejaht; er könne aber aus verständlichen Gründen nichts Näheres sagen.

Meine Damen und Herren! Als dann am 28. September dieser Fall eintrat, konnte man keineswegs erkennen, daß die Terroraktion auf ein dafür vorbereitetes Abwehrsystem der österreichischen Sicherheitsbehörden gestoßen wäre.

Angefangen vom Grenzbahnhof Marchegg, in dem keinerlei Schutzmaßnahmen, keinerlei Vorkehrungen vorgesehen waren, bis zu den Ereignissen von Schwedat, konnte kein System bei der Abwehr einer solchen Terroraktion entdeckt werden. Ich weiß schon, daß man heute als kritischer Betrachter immer wieder mit der Feststellung konfrontiert werden könnte, daß man halt nachher immer gescheiter sei. Ich möchte auch gar nicht die politische Entscheidung der Bundesregierung kritisieren, die die Freilassung der Geiseln ermöglicht hat.

Dr. Schmidt

Aber es muß doch im Interesse der Abwehr künftiger Ereignisse ähnlicher Art erlaubt und erwünscht sein, auf Fehler und Mängel, die aufgetreten sind, hinzuweisen. Und ich gestatte mir nur ganz kurz auf einiges hinzuweisen, das in der Öffentlichkeit und in der Berichterstattung der Tageszeitungen kritisch erwähnt worden ist: Keine Schutzmaßnahmen in Marchegg, obwohl, wie wir heute wissen, der Rückwanderertransport angemeldet war und obwohl bekannt war, daß irgendwo — und viele Punkte der Einreise gab es ja nicht — Attentate geplant sind. Obwohl man das wußte, fehlten die primitivsten Sicherheitsvorkehrungen.

Wie man hört, wurden die Sicherheitsorgane, die Gendarmerie, die Zollwache, erst telephonisch herbeibeordert, in einem Zeitpunkt, als die Terroristen bereits in Marchegg waren und auch dort das Heft fest in der Hand hatten. Es war also niemand da, der irgendwie hätte eingreifen können, um die Situation vielleicht schon in Marchegg zu bereinigen.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, wenn der Herr Innenminister sagt, bei Terroranschlägen kann man immer nur reagieren und nicht agieren. Da pflichte ich bei. Aber eines kann man doch: Wenn man Andeutungen bekommt, wenn man Anrufe bekommt, wenn einem gesagt wird, es bereitet sich etwas vor, dann kann man doch gewisse Maßnahmen setzen.

Wenn man die Frage der mangelnden Bewachung der Transportzüge ab Marchegg in ihrer ganzen Komplexität betrachtet und wenn man die Aussagen der daran beteiligten Behörden vergleicht, so muß man feststellen, daß es sich hier wohl um ein Musterbeispiel von Desorganisation handelt.

Allein schon der Bericht des Bundeskanzlers gibt hier darüber bemerkenswerte Aufschlüsse. Es soll der Herr Innenminister schon im Jänner 1973 dem niederösterreichischen Sicherheitsdirektor Weisung gegeben haben, Emigrantenzüge ab Marchegg unter Bewachung und Kontrolle zu stellen. Der Sicherheitsdirektor versteht die Weisung anders, er ändert sie ab, nachdem er örtliche Gendarmerieposten herangezogen hat, und er meint, daß er nicht genügend Leute hat. Allein schon die bisher durchgeführte Überwachung der Züge von Wien nach Schönau und die Bewachung des Lagers erfordern zusammen ein Begleitkommando von 80 Sicherheitsorganen. Die zusätzliche Bewachung der Züge von der Grenze nach Wien würde ungefähr das doppelte Personal erfordern. Und er hat es nicht. Er hat dieses Personal nicht.

Ich muß sagen, es ist ja bekannt, daß die Personallage unserer Exekutive nicht sehr rosig aussieht, obwohl es ja bei der Bundesgendarmerie besser ist als bei der Polizei in Wien. Wenn man weiß, daß wir personelle Knappheit haben, ist die Verantwortungslosigkeit umso größer, wenn man die Gefahrenherde, die in Österreich bestehen, nicht früher ausgeräumt hat.

Der Innenminister will nicht wahrhaben, daß er die Verantwortung auf den Sicherheitsdirektor schiebt. Der Innenminister meint auch, daß eine Kompanie Soldaten in Marchegg nichts ausgerichtet hätte, daß niemand etwas ausgerichtet hätte, daß es praktisch kein Mittel gegeben hätte, in Marchegg die Terroristen zu stellen und unschädlich zu machen.

Ich muß sagen, irgendwie war die Öffentlichkeit verblüfft — ich weiß nicht, wo das war —: in den Zeitungen oder im Fernsehen gab es Bilder. Die Terroristen sind aus nächster Nähe photographiert worden. Der Photograph stand zwischen den Eisenbahnwaggonen eines Lastzuges, der auf einem Nebengeleise neben dem Auswandererzug stand. Unbemerkt konnten sie photographiert werden, als sie hinter den Geiseln, hinter den Personen, die sie ergriffen hatten, einhergingen. Sie haben das Photographieren nicht bemerkt. Ich weiß nicht, ob, wenn jemand statt des Photoapparates eine Schußwaffe in der Hand gehabt hätte, wenn dort ein Sicherheitsorgan versteckt gestanden wäre, es nicht vielleicht ja doch eine Möglichkeit gegeben hätte, diese Terroristen unschädlich zu machen. Also so, glaube ich, sollte man von vornherein nicht die Flinte ins Korn werfen und sagen: es nützt nichts, die sind einmal da, und man kann gar nichts machen. Hätte man die Warnungen beachtet, hätte man in Marchegg verdeckt Sicherheitsorgane zum Schutze des Zuges aufgestellt, vielleicht hätte es doch eine Möglichkeit gegeben, diese Sache dort schon zu bereinigen.

Es ergibt sich in dem Zusammenhang eine andere Frage, und ich möchte vielleicht diese Frage an den Herrn Außenminister richten: Hat man eigentlich bis heute geklärt, wie diese Terroristen in die ČSSR gelangt sind? Bekanntlich kann es ja bei so einem Staat, der hermetisch abgeschlossen ist, nicht sehr einfach sein, mit Maschinenpistolen und Eierhandgranaten einzureisen; und dort sich welche zu besorgen, ist ja auch keine leichte Angelegenheit. Hat man Verbindung mit den tschechischen Behörden, hat man diese Dinge aufgeklärt? Es wäre interessant, auch diese Frage beantwortet zu bekommen.

Dann zu den Vorgängen am Flugplatz, meine Damen und Herren! Ich möchte da keine

Dr. Schmidt

Beurteilung abgeben, denn wenn man selbst nicht dort war, kann man nicht beurteilen, ob es sich dort im Zuge der Verhandlungen um eine Art — wie sagt das „profil“? — Flugplatzheurigen mit vielen Adabeis gehandelt hat oder ob dort eine besondere Spezies österreichischer Zermürbungstaktik abgerollt ist.

Eines, glaube ich, kann man aber schon sagen: Es gibt trotz München und trotz der Zusage des Innenministers im Parlament anscheinend niemanden bei den österreichischen Sicherheitsbehörden, der auf eine Verhandlungstaktik mit arabischen Terroristen spezialisiert ist, der dafür ausgebildet ist. Das soll keineswegs den persönlichen Mut und die Initiative des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit und des verhandelnden Beamten des Innenministeriums herabsetzen oder mindern, das ist nicht meine Absicht. Die beiden Herren haben sicherlich ihr Bestes gegeben. Ebenso sollen die Bemühungen der beiden Psychiater anerkannt werden, wenn es auch sehr, sehr fraglich ist, ob in solchen Fällen Psychiater überhaupt am Platze sind.

Aber alle miteinander, meine Damen und Herren, standen doch einer unlösbaren Aufgabe gegenüber, unlösbar, weil die Aufgabe für Österreich neu und unbekannt ist und weil sich niemand vorher bei unseren Sicherheitsbehörden mit der Mentalität, mit der Psyche dieser Menschen, die die Welt mit ihrem Terror überziehen, einen Terror geboren aus Fanatismus, ernstlich befaßt hat und weil niemand Überlegungen angestellt hat, welche psychologische oder andere Druckmittel gegebenenfalls hier Anwendung zu finden hätten.

Und das muß auch kritisiert werden: Palästinensische geschulte Terroristen sind keine Stein-Ausbrecher österreichischer Mentalität, die man vielleicht durch gutes Zureden oder durch Appell an ihr Gewissen und Tränenrüssetaktik umstimmen kann. Ich glaube, das ist alles zu wenig bedacht worden. Man hat sich nach österreichischer Manier und Methode offenbar darauf verlassen, daß alles vielleicht doch nicht so schlimm werden würde. Diese Rechnung ist diesmal, das muß ich sagen, aufgegangen. Ob sie beim nächsten Mal ebenso glücklich für die betroffenen, für die gefährdeten Menschen ausgehen wird, das wage ich nicht zu beurteilen.

Ich glaube, die Lehre aus diesem Terroranschlag Marchegg—Schwechat kann daher nur lauten: Internationale Gefahrenherde, wo immer sie sich in Österreich befinden, abzubauen und die Sicherheitsmaßnahmen unserer Behörden den neuesten Anforderungen gerecht zu machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Rösch.

Bundesminister für Inneres **Rösch:** Hohes Haus! Ich glaube, es ist verständlich, daß sich in dieser Frage natürlich die Kritik zu einem wesentlichen Teil gegen die Sicherheitsbehörden richtet. Das begreife ich und ich glaube, daß es auch gut ist, daß diese Frage hier diskutiert wird.

Tritt die zweite Frage auf: Warum haben wir es nicht vorher getan? Also zum Beispiel bei der Anfrage des Herrn Abgeordneten Suppan. Ich darf noch einmal die Anfrage vorlesen. *(Abg. Suppan: Sie ist bekannt! — Abg. Dr. Schranz: Genieren Sie sich für Ihre Anfrage?)* Es wird gut sein, wenn man die Frage doch verliert, weil man erkennt, warum sie nicht beantwortet wurde und warum wir gebeten haben, sie zurückzuziehen:

„Zeitungsmeldungen zufolge wurde unter dem Namen ‚Kobra‘ kürzlich ein Sonderkommando aufgestellt, dem Gendarmen mit einer Spezialausbildung angehören. Sie sind mit Einsatzwagen, Stahlhelmen, Funkgeräten und Schnellfeuerwaffen ausgerüstet ...“

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Inneres folgende Anfrage:

1. Welche Aufgabe hat dieses Gendarmeriekommando (‚Kobra‘)?

2. Wie viele Beamte sind gegenwärtig diesem Sonderkommando zugeteilt? ...“

Ich glaube, es ist selbstverständlich, daß eine solche Frage nicht beantwortet wird. Ich sage noch einmal: Es ist eine ähnliche Frage in einem anderen Zusammenhang ja noch einmal gestellt worden, die wir ebenfalls nicht beantwortet haben. Ich bekenne mich dazu, weil ich der Meinung bin, daß man vorher eben solche Fragen nicht beantworten kann. Wenn man nachher in die Situation kommt, muß man sie voraussichtlich beantworten.

Frage Schönau: Der Herr Abgeordnete Doktor Schmidt hat einen kleinen Widerspruch gesehen. Er sagt, Schönau besteht seit August 1965, Auswanderungsziffern und Durchgang gibt es seit 1960 oder sogar schon seit 1958. Es hat vor dem Lager Schönau eine andere Transitstation bestanden, die in Korneuburg gewesen ist. Und vor diesem Korneuburg hat es noch andere Stellen privater Natur in Österreich gegeben. Das war zu einem Zeitpunkt, wo die jährliche Durchwanderungsrate etwa bei 500 oder 1000 gelegen ist. Heute liegen die Durchwanderungsraten bei 30.000 bis 40.000 pro Jahr. Deswegen ist jetzt diese Zentrale nach Schönau verlegt worden.

Bundesminister Rösch

Nun bitte zur Frage des Betätigungsfeldes des israelischen Geheimdienstes. Es wird seit etwa eineinhalb Jahren, besonders von der kommunistischen Presse, das immer wieder behauptet.

Wir haben hier sehr genau untersucht. Ich darf mich wiederum auf den Bericht der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich berufen, er liegt mir schriftlich vor. Er sagt, daß von derartigen Betätigungen des israelischen Geheimdienstes nichts bekannt ist. Richtig ist, daß die Jewish Agency sechs Leute zur Betreuung ihrer Leute dort hat, die zum Teil der russischen Sprache mächtig sind, um mit den Emigranten überhaupt sprechen zu können. Es handle sich nach allgemeiner Auskunft, nach spezieller Auskunft, nach Überprüfungen seit — wie es hier heißt — dem Juni 1972 um keine Mitglieder des israelischen Geheimdienstes. Mehr als dieser Sicherheitsbericht mir sagt, kann ich dazu auch nicht sagen.

Ich glaube auch, Herr Abgeordneter, daß die Auffassung, daß es sich hiebei um eine gründliche „Durchleuchtung“ der Auswanderer gehandelt hat, schon aus den Zahlen nicht zutreffen kann. Pro Tag 100 Leute genau zu „durchleuchten“, ist ja faktisch nicht möglich, noch dazu in maximal zehn bis zwölf Stunden, wenn man berücksichtigt, daß eine Nacht dazwischenliegt, wo die Leute noch schlafen. Mehr nämlich ist dort nicht möglich. Denn es sind, wie gesagt, zwischen 30.000 und 40.000 pro Jahr, wir haben im Schnitt 100 pro Tag, ein „Durchleuchten“ dieser Leute ist, glaube ich, während dieser Zeit kaum möglich.

Es wurde hier auf ein Interview des Herrn Generaldirektors vom 22. Jänner hingewiesen. Es ist richtig, was Sie da vorgelesen haben, Herr Abgeordneter. Am 22. Jänner sind diese Aussagen von den Terroristen auch noch gar nicht bekannt gewesen. Sie sind erst genau einen Monat später bei einem Verhör erfolgt. Also im Jänner haben der Herr Generaldirektor und alle, die wir dazu etwas gesagt haben, absolut korrekt und richtig erklärt: Von solchen Dingen ist nichts bekannt. Einen Monat später hat die zweite Gruppe, die wir dann vernommen haben, bei einem Verhör eine solche Aussage gemacht.

Die weitere Frage ist: Bis wann wird Schönau geschlossen? Schönau wird in dem Augenblick geschlossen, bis die Organisation der Durchreise anders geregelt werden kann. Es sind das also eine Reihe von Fragen, die hier gelöst werden müssen. Es ist nunmehr so weit, daß fast täglich Abtransporte stattfinden, daß wir aber immerhin eine gewisse Zeit unter Umständen brauchen, etwa 12 bis 24 Stunden, um die Leute irgendwo unter-

zubringen, sie müssen sich irgendwo aufhalten, bis eine Weiterreise möglich ist. Diese ganze Organisation wird jetzt aufzubauen versucht, wir sind mitten darinnen, und sobald das erledigt ist, wird dann auch Schönau geschlossen werden.

Eine weitere Frage, die angeschnitten wurde: Wieso konnten die Terroristen in Marchegg fotografiert werden, da hätte man ja auch schießen können?

Meine Damen und Herren! Das ist nicht möglich gewesen. Das System ist ja das, daß immer ein Terrorist mit den Geiseln drinnen gewesen ist und einer draußen mit einer österreichischen Geisel. Jeder Angriff auf den einen hätte die Reaktion des anderen mit sich gebracht.

Und ich komme wieder auf die Frage — wir haben sie ja schon einige Male diskutiert, auch hier im Hohen Haus, in den Ausschüssen — der sogenannten Spezial- und Sonderkommandos. Meine Damen und Herren! Spezial- und Sonderkommandos, überall wo sie bisher gemacht wurden — wir haben uns die Berichte aus allen Ländern geben lassen, haben sie sehr eingehend studiert —, bedeuten nichts anderes als Schießen. Ausbildung im Schießen. Das sind Kommandos, die nur zu dem Zweck da sind zu warten, um im gegebenen Moment eingesetzt zu werden, um die Waffe zu gebrauchen — wie man das jetzt sagen will —: Scharfschützen oder Sonderschützen oder irgend etwas. Und in allen diesen Fällen, wo sie bisher eingesetzt waren, haben sie versagt. In allen! Überall sind meistens Geiseln mit draufgegangen, selbst eingesetzte Beamte. Erreicht wurde nichts. Das ist der einzige Sinn von solchen Sonderkommandos.

Wenn man aber nun sagt, wir hätten uns überhaupt nicht darauf vorbereitet, Herr Abgeordneter, so muß ich dem widersprechen. Es sind die Weisungen dezidiert hinausgegangen. Es ist abgesprochen gewesen seit Jänner beziehungsweise seit Februar, als wir gewußt haben, worum es sich handelt und welche Gefahren möglich sind. Seit damals sind alle Maßnahmen besprochen und durchgeführt worden. Sie sind dann allerdings im August eigenmächtig von einer Stelle abgeändert worden, ohne daß wir etwas gewußt haben.

Jetzt wird man sagen: Das ist uninteressant! Das gebe ich zu. Die Verantwortung trage ich, die Verantwortung trägt die Generaldirektion. Jawohl, die Verantwortung müssen wir tragen, ich muß nur wieder sagen: Wir werden eben sehen, wie wir die Sache jetzt ins reine bringen. Denn wenn man sich nicht darauf verlassen kann, daß solche Anord-

Bundesminister Rösch

nungen durchgeführt werden, und wenn sie abgeändert werden, ohne daß wir etwas wissen, dann muß man daraus natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Wegen der Maßnahmen beziehungsweise wegen des Vorwurfs, wir hätten uns auf die Mentalität nicht vorbereitet, darf ich noch sagen: Wir haben zumindest versucht, uns darauf vorzubereiten, soweit es gegangen ist. Wir haben nämlich einen österreichischen Staatsbürger, der ein geborener Araber ist, der alle Dialekte spricht, beigezogen. Er ist in Schwechat vom ersten Moment an dabei gewesen. Das hat mit in die Vorbereitungen gehört, einen Mann zu haben, der in der Lage ist, mit den Leuten direkt zu sprechen, der, weil er dort aufgewachsen ist, auch die Mentalität nicht der Terroristen, aber immerhin dieser Menschen dort kennt. Nur wurde der abgelehnt, die Terroristen haben sich geweigert, mit ihm überhaupt zu sprechen, weil sie gesagt haben, er sei ein Spion, sie seien nicht bereit, mit ihm zu reden. Sie waren nur bereit, in dieser Frage mit österreichischen Beamten Verbindung aufzunehmen.

Es wurde weiters die Frage gestellt, wie diese Terroristen in die Tschechoslowakei gekommen sind. Nach den bei ihnen vorgefundenen Dokumenten sind sie mit dem Flugzeug nach Prag eingeflogen. Nicht ganz einen Monat vorher, 14 Tage oder drei Wochen vorher sind sie mit dem Flugzeug in Prag gelandet und sie haben sich in dieser Zeit in der Tschechoslowakei aufgehalten. Was sie dort getan haben, was dort weiter gewesen ist, wissen wir nicht. Sie sind dann in den Zug in Preßburg zugestiegen — das ist durch die Fahrkarten erwiesen, die wir bei ihnen gefunden haben — und sind mit dem Zug nach Österreich eingereist.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das waren die Fragen, die jetzt aufgeworfen wurden. Gestatten Sie mir zum Schluß, Herr Vizekanzler Dr. Withalm, noch eine Bemerkung. Sie haben gesagt, man hätte, als man die Gefährlichkeit von Schönau gesehen hat, vielleicht doch die Opposition einladen sollen, darüber zu sprechen. Sie haben gesagt, Sie sind überzeugt davon, Sie hätten sich nicht verschlossen, daß man diese Frage gemeinsam als Risiko betrachtet und sie dann der ganzen Welt dargestellt hätte.

Das steht allerdings jetzt in einem gewissen Widerspruch zu dem Ausspruch des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Schleinzer von heute, der gemeint hat: Schönau schließen, das hieße die Preisgabe dieses Lagers mit allen Konsequenzen, das sei gleichbedeutend mit dem Versuch, Grundsätze unseres Gemein-

wesens zu verändern, das sei eine Frage, die weit über Ressortkompetenzen der Ministerien hinaus die Grundlage unserer staatlichen Existenz berührt. Wenn also die Aufgabe, die Schließung Schönaus die Grundlagen unserer staatlichen Existenz berührt, dann glaube ich nicht, daß ein Gespräch mit der Opposition bei dieser Haltung überhaupt zu einem Erfolg geführt hätte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Wir haben im Europarat über die Frage des Terrorismus schon seit langem gesprochen. Dr. Withalm hat vorhin gesagt: Wie haben Sie das jetzt im Oktober in Straßburg entgegengenommen, als sich der Terrorfall in Österreich ereignet hat? Wie haben Sie darauf reagiert? — Er hat ein Zitat gebracht.

Ich glaube, Sie selbst, Herr Dr. Withalm, waren im Mai in der Session dabei, als ich meinen Bericht über internationalen Terrorismus gebracht habe. In diesem Bericht gibt es unter anderem zwei Sätze, die völlig unbestritten angenommen wurden. Es heißt dort: „Jene, die das Verbrechen der Geiselnahme begehen, rechnen mit der humanitären Haltung der Regierung, die sie durch Erpressung versuchen wollen, weil sie wissen, daß diese Regierungen das Leben Unschuldiger schützen wollen.“

Wir sagen dann weiter: „Wenn man den Drohungen der Erpresser nachgibt, dann bedeutet das eine Einladung zu weiteren Akten von Terrorismus. Aber nichtsdestoweniger werden die Regierungen demokratischer Staaten das Leben von Menschen nicht opfern können.“

Genau das hat sich nämlich hier wieder ereignet, was wir allgemein gesagt haben, was wir feststellen mußten. Ich darf in diesem Zusammenhang noch sagen: In der Begleitrede, mit der ich den umfangreichen Bericht vorgetragen hatte, sagte ich etwas, was heute erst diese eigenartige Bedeutung gewinnt. Ich habe wörtlich erklärt: „Die Erpressung von Regierungen mit der Drohung, Unschuldige zu ermorden, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden, ist ein gemeines Verbrechen! Ich weiß, man gibt vielen unserer Regierungen oft den Rat: Leistet Widerstand! Ihr dürft den Erpressungen nicht nachgeben!“

Zum Glück haben wir in Österreich eine solche Situation noch nicht erlebt, aber in unseren Nachbarländern hat es das gegeben. Ich glaube, dieser Rat ist zu einfach; in demokratischen Staaten wird man einer solchen

Czernetz

Erpressung nicht leicht widerstehen können und das Leben der zivilen Passagiere eines Flugzeuges und das der Besatzung aufs Spiel setzen können. Das wird man nicht können. Anders ist das in Ländern, die in einem Kriegszustand sind oder, wie Israel, in einem dem Kriegsverhältnis ähnlichen Zustand.

In unseren Ländern geht das aber nicht. Die Spekulation dieser Verbrecher, das Leben Unschuldiger oder Unbeteiligter zu riskieren, macht das zu einem besonders niederträchtigen und erbärmlichen Verbrechen.“

Das war im Mai. Da konnte man sagen: Wir haben das in Österreich noch nicht gehabt. Aber es ist eben am 28. September über uns hereingebrochen. Und zu vielen der Bemerkungen, die zuletzt auch von Dr. Schmidt über den Krisenstab und die Sicherheitskräfte gemacht wurden: Ja, das muß man alles machen, das geschieht in allen möglichen Ländern. Aber die Kollegen aus dem Europarat werden sich an die Empfehlung Nr. 703 über den internationalen Terrorismus erinnern, wo wir eindeutig feststellen: Wenn erpresserische Verbrecher Geiseln in ihren Händen haben, ist im allgemeinen mit den Sicherheitskräften nichts mehr auszurichten. Das entscheidende ist vorbeugen.

Wir haben auch mit der vollen Unterstützung unseres Außenministers und mit der Zustimmung unseres Innenministers vorgeschlagen, eine Konferenz der Innenminister, der Polizeiminister, der für das Sicherheitswesen verantwortlichen Minister des Europarates zusammenzubringen, die die Vorbeugungsmaßnahmen koordinieren sollen; das einzig Sinnvolle, mit dem man solche Unglückssituationen vermeiden kann. Wenn das Unglück einmal läuft, dann ist es so, wie es vorher auch Bundeskanzler Dr. Kreisky dargestellt hat.

Die Statistiken, die man über die Terrorfälle bekommt, weichen ab, je nachdem, von welcher Stelle sie kommen. Ich habe insgesamt 307 Terrorfälle, Flugzeugentführungen und andere Terrorfälle, vor mir. Die arabischen Terrorfälle habe ich in 23 Fällen genau vor mir: Es gab 58 Terroristen, sie haben 1321 Geiseln genommen. Es hat in diesen 23 Fällen 105 Tote gegeben.

In all diesen Fällen hat es nur ein einziges Mal eine Situation gegeben, wo man Widerstand geleistet hat: das waren die Israeli selbst in der israelischen Botschaft in Thailand. Aber ich habe das in Straßburg jetzt der Frau Ministerpräsident Golda Meir gesagt; ich habe sie daran erinnert. Im Mai dieses Jahres war ich nach der Europaratstagung in Israel und habe mit ihr und anderen Personen gesprochen.

Auf den Hinweis: Ja ihr sprecht über Terrorismus, man darf aber nicht nachgeben!, habe ich genau dasselbe gesagt: In demokratischen Ländern wird man sich im Friedenszustand den Erpressern nicht widersetzen können, weil es keine Regierung auf sich nehmen kann, das Leben Unschuldiger zu opfern. Das ist unmöglich!

Und das war auch hier unmöglich. Sie sagten: Ich war nicht glücklich darüber, ich war nicht begeistert darüber. — Ich glaube, Kreisky selber war nicht begeistert darüber, aber es war ja nichts anderes möglich. Ich habe in Straßburg zuerst mit dem Herrn Bundesminister und dann nach seiner Abreise zu den Vereinten Nationen mit den Kollegen der ÖVP und mit meinen eigenen Parteifreunden darüber gesprochen. Wir haben spärliche Informationen bekommen. Ja was hätte man denn tun sollen? Man soll doch nicht nachher der Neunmalweise sein, der alles besser weiß! *(Beifall bei der SPÖ.)* In dem Augenblick, in dem man den Erpressern ausgeliefert ist, kann man es leider nicht anders machen.

Hohes Haus! Wir haben es erlebt, daß alle andere Regierungen Geld hergegeben haben. Ich weiß von Summen wie 3 Millionen Schweizer Franken, die die Schweizer gegeben haben, von 5 Millionen Dollar; die Beträge sind nur so geflossen, von überall her. Was war die deutsche Bundesregierung nicht bereit zu zahlen, um deutsche Diplomaten in Südamerika loszukaufen! Alles ist man zu tun bereit. Man gibt den Erpressern nach, und man hat in der Zwischenzeit gelernt.

Das einzige, was sinnvoll ist, ist das, was wir in der Empfehlung Nr. 703 sagen: Vorbeugen. Wir können es leider in Europa nur regional tun. Den Amerikanern ist es gelungen, gemeinsam mit den Kanadiern einen Vertrag mit Kuba — nicht direkt, sondern auf dem Umweg über die Schweiz — abzuschließen. Das ist erst in dem Augenblick gelungen, als die Kubaner genug hatten von jenen, die zu ihnen kamen und die bei ihnen selber einen Wirbel gemacht haben. In dem Augenblick, wo Kuba nicht mehr ein Ort war, an dem Flugzeugentführer ein Asyl gefunden haben, hat man einen Vertrag schließen können.

Wir wissen genau, was wir in der Welt jetzt vor uns sehen: Wir haben eine totale Verunsicherung des Lebens vor uns. Im Krieg hat man einen schrecklichen Blutzoll zu zahlen. In der modernen Zivilisation, besonders in den demokratischen Staaten, hat man die Schrecken der Gewalt doch wenigstens den friedlichen Staatsbürgern im Frieden ersparen können. Aber jetzt ist diese Welt, die ganze Welt unter Terror: Bombenanschläge, Atten-

Czernetz

tate, Entführungen, Geiselnahmen, Erpressung von Regierungen, Diplomatenmorde, Luftpiraterie — das alles haben wir doch täglich um uns.

Wieso? Warum? — Die Vereinten Nationen haben sich damit befaßt und das in der Resolution der Vereinten Nationen ausgesagt. Im Dezember 1972 heißt es: Man muß die Ursachen des Terrorismus studieren, und wenn man gerechte und friedliche Lösungen der unterliegenden Ursachen gefunden hat, dann wird man die Gewalttaten verhindern können. — Ich bitte zu beachten, wo es überall Gewalttaten gegeben hat und keine berechtigten Ursachen für Gewaltanwendung vorlagen.

Dr. Schleinzner ist nicht da, ich glaube aber, er würde es auch verstehen: Das heißt nicht, die Vereinten Nationen zu verurteilen, sondern das heißt, zu sehen, daß etwa die arabischen Staaten der Meinung sind, das sei ganz in Ordnung, das sei ein Teil des Freiheitskampfes, den die Palästinenser führen. Deshalb sind sie der Meinung, daß man ruhig diesen Terrorismus betreiben kann, ja viele Vertreter der Entwicklungsländer bestreiten die Bezeichnung „Terrorismus“ für Terrorfälle, den sie sind ein Teil ihres Freiheitskampfes.

Wir haben auch darüber noch in der Mai-session im Europarat gesprochen und wir sind auf eine sehr interessante Sache gekommen. In der Genfer Konvention über die Kriegsgefangenen von 1949 ist das erste Mal auch die Definition von Widerstandskämpfern enthalten, die ja in den früheren Konventionen nicht enthalten war. Und es ist ungemein interessant zu sehen, was darunter verstanden wird. Es ist die Rede von denen, die wirklich als Kriegsgefangene anzusehen sind, und das sind — wie es hier heißt —: in Feindeshand gefallene Personen, die den folgenden nachstehenden Kategorien angehören: Mitglieder von Streitkräften einer am Konflikt beteiligten Partei, sowie Mitglieder von Milizen und Freiwilligenkorps, die in diese Streitkräfte eingegliedert sind; zweitens: Mitglieder anderer Milizen und Freiwilligenkorps einschließlich solcher von organisierten Widerstandsbewegungen, die zu einer am Konflikt beteiligten Partei gehören und außerhalb und innerhalb ihres eigenen Gebietes, auch wenn dasselbe besetzt ist, tätig sind, sofern diese Miliz nur aus Freiwilligen besteht, einschließlich der organisierten Widerstandsbewegung.

Und nun kommt die Aufzählung:

a) eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person an ihrer Spitze haben,

b) ein bleibendes und von weitem erkennbares Unterscheidungszeichen tragen,

c) die Waffen offen führen und

d) bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten.

Ich möchte einen dieser Gebräuche beziehungsweise eines dieser Gesetze aufzählen: Das Festnehmen von Geiseln ist untersagt. — Das heißt: Das, was wir heute bei den Terroristen antreffen, hat nichts mit dem zu tun, was in der Genfer Konvention als Widerstandskämpfer anerkannt ist. Hier werden gemeine Verbrechen begangen. Aber bei den Vereinten Nationen steht eine große Anzahl von Staaten beziehungsweise legalen Vertretungen auf dem Standpunkt, daß das ordentliche Freiheitskämpfer seien. Die Vereinten Nationen sind gelähmt, sie können nichts dagegen unternehmen.

Das Problem ist ein weltweites. Es wird weltweit nicht gelöst werden können. Es ist im amerikanischen Raum begrenzt gelöst worden, in dem Abkommen zwischen den Vereinten Staaten und Kanada auf der einen und Kuba auf der anderen Seite. Wir müßten im Rahmen Westeuropas, im Rahmen der demokratischen Staaten des Europarates, zu einer regionalen Vereinbarung, zu einer Zusammenarbeit kommen. Wir haben die Unterstützung von Dr. Kirchschräger, und ich hoffe, daß unser Außenminister seine ganze Kraft daran setzen wird — und auch wir werden es von der Beratenden Versammlung aus versuchen —, die Kollegen der anderen Staaten dazu zu bringen, daß man hier die zuständigen Minister versammelt.

Ich möchte Dr. Kirchschräger sagen: Ich habe nach seinem Verlassen von Straßburg an den deutschen Innenminister Genscher in der gleichen Frage appelliert, und er hat ausweichend geantwortet: Wir müssen versuchen, die Innenminister weniger offiziell zu versammeln, um die Dinge zu besprechen. Er hat ausdrücklich zugebilligt, daß manche Außenminister — nicht Sie, Herr Außenminister — die Entscheidung gefällt haben: Keine Innenministerkonferenz!, ohne die Innenminister noch zu fragen.

Leider sind das Mängel bei uns selbst. So kann man den Terrorismus nicht wirksam bekämpfen.

Hohes Haus! Wir haben erlebt, daß nach diesen Vorfällen in Österreich eine Welle der falschen, tendenziösen und gehässigen Berichterstattung durch die Welt gegangen ist. Ich weiß, wie schwer es in Straßburg war, ein klares Bild zu bekommen. Ich möchte nicht sagen, daß es immer bössartig gewesen ist, nur die Berichte waren dann bössartig, vielleicht nicht die Absicht. Viele Zeitungen haben

Czernetz

am Anfang geglaubt, Österreich erlasse eine generelle Sperre für die Durchreise aller jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion auf dem Weg nach Israel. In dem Augenblick, zu dem wir selber wußten, daß der Transit aufrechtbleibt, haben wir viel stärker auftreten können. Ich weiß, daß das auch bei anderen Stellen geschehen ist, nur ist man auf Hemmungen gestoßen. Vielfach haben auch die Presseleute das nicht sofort überwinden können, es hat eben eine Zeitlang gedauert.

Ich glaube, wir haben es bei dieser anti-österreichischen Welle mit einem eigenartigen Phänomen zu tun. In der ganzen Welt besteht seit Jahren die Ohnmacht der Staatsgewalt, die Ohnmacht der Regierungen, die Ohnmacht der Sicherheitskräfte gegenüber einer Handvoll Terroristen. Diese überall und immer wieder empfundene Ohnmacht mußte schließlich zu einer zurückgestauten Frustration führen.

Ich würde sagen: Am 28. und 29. September hat sich das in einer Explosion gegen das kleine, schwache Österreich entladen. Auf uns ist das gegangen! Größere Staaten, andere Regierungen, Länder mit einer größeren Polizeimacht haben sich genauso verhalten, sie mußten genauso nachgeben — aber die Explosion dieser zurückgestauten Frustration hat uns getroffen. Ich glaube, nicht zuletzt ist sie in Westeuropa ausgelöst worden durch das schlechte Gewissen des Westens gegenüber den Sowjetjuden, denn niemand in der Welt, kein Staat hat mehr für sie getan als Österreich. Sie alle haben nur das schlechte Gewissen gehabt. Es sind die Zahlen genannt worden. Ich glaube aber gerade aus diesem Grund, daß vielleicht Dr. Withalm übertrieben hat, wenn er sagt, es ist ein nicht wiedergutmachender Schaden entstanden.

Der Herr Bundeskanzler hat vorher einiges gesagt, und ich würde dazu meinen: Wir haben Grund, optimistisch zu sein, denn in dem Maß, in dem sich bei den verschiedenen westlichen Regierungen in der öffentlichen Meinung die Wahrheit über unsere tatsächliche Rolle wieder durchsetzt, werden wir unser Vertrauen und werden wir unser Ansehen rasch wiedergewinnen können, denn wir haben die Grenzen nicht gesperrt, wir haben die Leute nicht von Österreich ferngehalten.

Ich möchte sagen: Am 28. 29. September und vielleicht bis zum 3., 4. Oktober war dieses Ansehen Österreichs zum großen Teil gebrochen, es hat sich jedoch rasch wiederhergestellt.

Sehr deutlich sieht man das an einer Schweizer Zeitung, die schärfste Kritik gegen uns vorgebracht hat: „Die Weltwoche“, ein Wochenblatt, trat zuerst in einem Leitartikel in der schärfsten Weise gegen uns auf und brachte dann eine Woche später einen Artikel: „Transit der Sowjetjuden durch Österreich praktisch unverändert“. Da heißt es: „Eine gute Woche lang war Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky der Prügelknabe der Welt.“ Und am Schluß: „Am Grundprinzip des freien und unbeschränkten Transits durch Österreich aber ändert sich dadurch überhaupt nichts. Selbst die Prozedur geht fast unverändert weiter. ... De facto ist, wie gesagt, nichts passiert. Die Zugeständnisse an die Araber hatten lediglich symbolischen, keinen praktischen Wert.“ Das heißt, im selben Blatt hat sich das Bild so wie auch in anderen Blättern in einer Woche geändert.

Herr Dr. Schleinzer hat heute die „Frankfurter Allgemeine“ mit dem Datum vom 22. Oktober genannt. Hier sind in einem Artikel eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die höchst erstaunlich sind. Die so angesehene „Frankfurter Allgemeine“ hat in einem Artikel die Bemerkung: „An diesem Punkt wird deutlich, daß die Wiener Entscheidung in das Räderwerk der jüdischen Emigration aus der Sowjetunion eingreift, in eine empfindliche internationale Maschinerie.“ Weiter heißt es dann: „Die Sowjets, wie sie nun einmal sind, vermögen sich die Ausreise ihrer Juden nur in Transporten vorzustellen. So mächtig ist Österreich nicht, daß es Breschnew zwingen könnte, seinen Juden stattdessen die individuelle Reise nach Israel anzubieten.“

Einer so angesehenen Zeitung wie der „Frankfurter Allgemeinen“ würde man soviel Unkenntnis nicht zutrauen. Es ist eine „große Leistung“, die sie damit zustande bringt!

Ich möchte keine Zahlen nennen, die mir amtlich nicht zur Verfügung stehen, aber es ist doch nicht uninteressant zu lesen, wie eine spanische Zeitung, die bedeutende Tageszeitung „ABC“, schreibt: „Moskau hat soeben die Genehmigung zur Ausreise von zirka 6000 Juden bekanntgegeben, die zusammen mit den 3650, die ein Ausreisevisum schon in Händen haben, jetzt an der tschechoslowakischen Grenze ankommen und für Kreisky ein fast unlösbares Problem darstellen.“

Ich glaube, es wissen alle Damen und Herren dieses Hauses, daß sich der Prozeß der Durchreise jetzt völlig ohne Schwierigkeiten und reibungslos abwickelt. Die Probleme existieren jetzt nicht. Der Herr

Czernetz

Innenminister hat vorhin dargestellt, wie man die Neuorganisation vorbereitet. Und es wird eine Neuorganisation sein, die ganz anders ist, als sie Dr. Schleinzner vorhin kritisiert hat, und zwar als ein Antasten der Grundsätze.

Frau Barbara Coudenhove-Kalergi hat mit dem Einwanderungsminister Peled in Israel gesprochen, der nach einem Bericht vom 14. Oktober sagte: „Ich bin hoffnungsvoll, daß die Jewish Agency gemeinsam mit den österreichischen Behörden einen Weg finden wird, den Transit russischer Juden durch Österreich auch ohne Schönau so schnell und so sicher wie möglich zu machen.“

Ich bin überzeugt davon, daß das geschehen wird, und ich glaube, es wäre gut, wenn wir in dieser Debatte auch erkennen würden, daß man nicht falsche Akzente setzen soll.

Niemandem wird das Recht genommen, seine eigene Meinung zu haben, aber wenn Dr. Schleinzner sagt, die Österreicher sollten die volle Wahrheit erfahren, dann bin ich so vermessen zu sagen, daß der Bundeskanzler, der Innenminister, manche meiner Parteifreunde und ich selbst jetzt mehr an Wahrheit beigetragen haben als einige der Propagandadinge, die Dr. Schleinzner für notwendig gehalten hat. Nein, der Strom jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion geht weiter klaglos vor sich, er hat in keiner Weise abgenommen.

Ich glaube, daß wir zu dem ganzen bedauerlichen Vorfall sagen können: Größte Anstrengungen, international dazu zu kommen, daß man die Vorbeugung organisiert!

Die Republik Österreich wird jedenfalls jedem Flüchtling Asyl gewähren, die Republik Österreich wird jedem jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion, der nach Israel oder wohin immer geht, Transit gewähren. Das heißt, die Republik Österreich wird so wie bisher ihren humanitären Pflichten treu bleiben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock zum Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. **Mock** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht ganz, warum sich der Abgeordnete Czernetz so darüber aufregt, daß man im nachhinein das Verhalten der Bundesregierung kritisiert. Im vorhinein kann man sich ja mit den Vorgängen nicht beschäftigen, das Parlament kann seine Kontrolle immer nur im nachhinein ausüben. Das ist doch kein Grund, zu sagen, im nachhinein sind die Weisen immer gescheiter.

Der Herr Bundeskanzler hat dem Nationalrat einen Bericht erstattet, der sein Verhalten und das Verhalten der Bundesregierung an-

läßlich des Überfalles arabischer Terroristen auf den Personenzug in Marchegg am 28. und 29. September erklären und rechtfertigen soll.

Vorweg eine Bemerkung, Herr Bundeskanzler: Mir ist durchaus bewußt, daß in der politischen Auseinandersetzung die Simplifizierer immer einen gewissen Wettbewerbsvorteil haben. Die Sachen sind eben nicht so einfach, daß „Leben oder nur Symbole“ die Wahl war; so leicht kann man sich das nicht machen, auch wenn Sie wegen der Wirkung, die damit verbunden ist, immer wieder mit derselben Aussage spielen. Ich möchte daher bei der Behandlung des Problems differenzieren.

Meine Damen und Herren! Die Problemstellung setzte sich für die Bundesregierung aus zwei Aufgaben zusammen. Die erste Aufgabe — ich betone das Wort „erste“ — war es, die Freigabe der Geiseln zu erzielen. Das ist geschehen. Wir unterschätzen dabei gar nicht das Bemühen sowohl der Exekutivbeamten als auch der Politiker. Herr Bundeskanzler! Wir versagen auch nicht den Respekt vor der außerordentlichen psychischen Belastung, die damit sowohl für die Sicherheitsbeamten als auch für die Politiker verbunden war. Dieses Bemühen entsprach aber, Herr Bundeskanzler, Ihrer Pflicht, und es ist überhaupt kein Grund für eine Pose oder ein besonderes Pathos vorhanden. Sie sagen immer, es war eine Entscheidung über Leben oder Tod. Es ist nur eine Behauptung, daß nur diese zwei Alternativen zur Diskussion standen. Das müssen, wie der Herr Bundesparteiobermann gesagt hat, Zehntausende Exekutivbeamte, Ärzte oder andere Staatsbürger immer wieder übernehmen.

Die zweite Aufgabe, meine Damen und Herren, bestand für die Bundesregierung und für den Bundeskanzler darin, bei der Lösung dieses Problems jene Verfahren anzuwenden, jene Vorschläge zu machen, jene Prozeduren zu verwenden, die sicherstellen, daß die innere und äußere Sicherheit unseres Landes erhöht wird, daß die Neutralität gestärkt wird und daß wir nach Möglichkeit jeden Streit mit einer Signatarmacht des Staatsvertrages vermeiden.

Herr Bundeskanzler! Bei dieser zweiten Aufgabe haben Sie versagt. Diese zweite Aufgabe wurde nicht gelöst, und daher teile auch ich die Auffassung eines der prominenten Journalisten, der durchaus bestrebt war, Ihren Standpunkt zu verstehen, daß es sich bei Ihrer Entscheidung um eine zwielichtige Entscheidung gehandelt hat. Es war ja auch 1956 so, Herr Bundeskanzler. Die erste Aufgabe war, die Menschen, die aus Ungarn geflüchtet waren, bei uns aufzunehmen, ihnen

Dr. Mock

Obdach zu geben, es ihnen zu ermöglichen, in ein anderes Land auszuwandern. Die zweite Aufgabe war es, sich dabei politisch so zu verhalten, daß die Neutralität gestärkt wird, die österreichische Sicherheit gestärkt wird und wir gleichzeitig jeden Streit mit einer Signatarmacht des Staatsvertrages vermeiden. Beide Aufgaben wurden von der damaligen Bundesregierung gelöst.

Die gleiche Aufgabenstellung war auch in der Zeit August 1968 anlässlich der Krise in der Tschechoslowakei: wieder die erste Aufgabe, die primäre Aufgabe, den Menschen zu helfen, die bei uns aufzunehmen, und die zweite: es in staatspolitischer Verantwortung erfolgreich zu tun. 1956 und 1968 wurden beide Aufgaben bewältigt. Sie haben bei der staatspolitischen Aufgabe versagt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Heute gilt es, sich erstens mit dem mündlichen Bericht zu beschäftigen, den Sie gegeben haben, und zweitens mit der Frage: Was ergibt sich aus der Fülle von Widersprüchen, die immer wieder in den ersten Tagen nach dem Überfall praktiziert worden sind und die heute vom Herrn Bundesparteiohmann hier aufgezählt wurden?

Herr Bundeskanzler! Sie haben — wie heute schon einmal erwähnt wurde — gesagt, Sie hätten das seit Monaten kommen gesehen, daß diese Dinge Anlaß zum Einschleusen von Terroristen gewesen sind. In einem Interview mit der „Arbeiter-Zeitung“ sprachen Sie davon: Nicht erst seit gestern, sondern in den letzten Monaten habe es Anzeichen für das gegeben, was später eingetreten ist.

Wie sah es denn mit den Sicherheitsvorkehrungen aus? Ist es richtig, Herr Bundeskanzler und Herr Innenminister, daß in den Monaten vorher von den Sicherheitsbehörden der unteren Instanzen immer wieder auf die unbefriedigende Situation verwiesen worden ist? Ist es richtig, daß Ende März im Bundesministerium für Inneres über einen Vorschlag des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich und der Sicherheitsdirektion auf Schaffung der von Ihnen heute erwähnten zentralen Kommandogruppe verhandelt wurde? Ist es richtig, daß damals über Ihre Weisung und auf Weisung des Finanzministers der Vorschlag gekürzt worden ist? Ich stelle die Fragen, Sie haben nachher die Möglichkeit zu antworten.

Ist es richtig, daß anschließend mit der bewilligten Stärke dieses Sonderkommandos nur die Sicherung der Strecke vom Ostbahnhof zum Schloß Schönau, des Schlosses Schönau selbst und des Weges von dort nach Schwechat

übernommen wurde und daß es die beabsichtigte Sicherung von der Grenze bis zum Ostbahnhof eben nicht gegeben hat?

Dann ging man auf das von Ihnen heute schon erwähnte Rotationssystem über. Sie haben hier festgestellt, das Innenministerium wäre davon nicht informiert gewesen. Ich komme auf die Frage später noch zurück.

Ich habe hier drei Fragen gestellt. Es wurde von den unteren Instanzen ein Vorschlag für eine erhöhte Sicherung gemacht; dieser Vorschlag wurde über Ihre Weisung gekürzt. Anschließend unterblieben Teile der Sicherungen. So geschah es ja dann auch, Herr Innenminister, daß auf Grund des Rotationssystems, wonach nur einzelne Postenkommandos Beamte abgestellt haben, wenn die Züge durch die Stationen fuhren, diese Sicherung nicht jeden Tag, sondern nur jeden zweiten oder dritten Tag vorgenommen worden ist. In Marchegg war am Vortag des Terroranschlages eine solche Sicherung durch Exekutivbeamte vorhanden, am nächsten Tag war sie nicht vorhanden. Seit dem Terroranschlag, meine Damen und Herren, sind zusätzlich Beamte für das Sonderkommando bewilligt worden. Heute werden nach meinen Informationen die Züge von der Grenze bis zum Ostbahnhof von entsprechenden Beamten begleitet. Jetzt, nachdem alles passiert ist, Herr Innenminister, hat man Zeit und Geld, 3500 zusätzliche Dienstposten in einem Jahr zu schaffen. Man hat nicht die Courage gehabt... (*Zwischenrufe.*) Nein, der allgemeinen Verwaltung. Man hat keine 20 Dienstposten für die Gendarmerie gehabt. Man hat auch nicht von den bestehenden Gendarmeriedienstposten 20 für den Bezirk Gänserndorf zur Verfügung gestellt. Allein in Gänserndorf gibt es eine Unterbesetzung von 25 systemisierten Dienstposten. An den Postenkommandos der Bahnstrecke fehlen sieben solche Dienstposten. Für überall sind zusätzliche Dienstposten vorhanden, aber nicht, wenn es um die innere Sicherheit geht.

Der Herr Bundeskanzler behauptet, er hätte ja alles schon gewußt, er hätte gewußt, daß mit diesen Dingen ein Terroranschlag verbunden ist.

Sie haben vorhin zu der Bemerkung des Herrn Bundesparteiohmannes gesagt: Richtig, Sie seien am Tag vorher informiert worden, aber Sie hätten nicht gewußt — ich war hier nicht im Saal —, wo der Anschlag eventuell stattfinden sollte. Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig zitieren. (*Bundesminister Rössch: Ja!*) Na ja, Herr Innenminister, wo wird denn der Anschlag auf die Auswandererzüge stattfinden? Doch nicht zwischen Scharding und Passau, sondern natürlich irgendwo zwischen

Dr. Mock

der Grenze, Schönau, dem Ostbahnhof und Schwechat. Das müßte Ihnen doch wirklich klar sein. Das ist ja ein Eingeständnis eines wirklich makabren Versehens, das Sie hier zugeben müssen. Am Tag vorher sind Sie noch informiert worden. Es ist völlig bekannt, wo die Angriffsmöglichkeiten für einen Terroranschlag liegen, und Sie sagen, Sie hätten nicht genau gewußt, ob in Marchegg, in Hohenau, am Ostbahnhof, in Schönau oder in Schwechat.

Ein weiterer Punkt: Wenn das Sicherheitsrisiko für das Lager Schönau so groß war, wie der Herr Bundeskanzler immer sagt, ja wie soll denn das Risiko dann kleiner werden, wenn man zwar die Auswanderer durchfahren läßt, aber sie nicht mehr als Gruppe zusammenfaßt? Das muß mir auch erst jemand erklären, Herr Innenminister!

Und nun zu Ihrem Bericht. Ich möchte mich zuerst einmal nachdrücklich dagegen verwahren, Herr Innenminister, daß man sich in dem ganzen Bericht bemüht, die Verantwortung trotz Ihrer verbalen gegenteiligen Beteuerung auf einen Beamten abzuschieben. So geht es nicht, daß, wenn die Dinge gut laufen, der öffentliche Dienstnehmer seine Aufgaben erfüllt, dem Minister kluge Vorschläge macht, der Herr Innenminister ins Fernsehen geht und sich die Feder auf den Hut steckt. (*Bundesminister Rössch: Wann bitte?*) Das ist immer so. Er verkündet ja die Vorschläge. (*Abg. Skritek: Das ist von Ihrer Regierungszeit her! Das haben Sie gemacht! Das ist die Methode Mock gewesen!*) Wenn etwas daneben geht, dann haben die Beamten die Schuld! So geht das nicht, Herr Innenminister! Sie tragen die Verantwortung für das, was an Positivem und am Negativem geleistet worden ist. Das nehmen Sie einmal zur Kenntnis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat gemeint: Ich möchte mich aus verschiedenen Gründen nicht mit den einzelnen Sicherheitsmaßnahmen beschäftigen. (*Abg. Dr. Kreisky: Aber ich habe gesagt, der Herr Innenminister wird es tun!*) Ich wäre sehr daran interessiert gewesen, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich mit einzelnen Sicherheitsmaßnahmen beschäftigt hätten. Hier herinnen, im Bericht! Ich werde mich daher mit den einzelnen Dingen beschäftigen. Hier heißt es: Ursprünglich war periodenweise auch eine Zugsbegleitung durch Exekutivbeamte durchgeführt worden. Die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich ist von dieser Vorgangsweise jedoch wieder abgegangen. Meiner Information nach, Herr Innenminister, wurde in den Wochen nach München auf Grund einer Eigeninitiative der Sicher-

heitsdirektion — dem Innenministerium ist dazu offensichtlich nichts eingefallen — eine dreiwöchige Zugsbegleitung eingeführt worden, und weil man es personell nicht durchstand — ich habe ja vorhin von den unbesetzten Posten gesprochen — hat man sie aus Eigeninitiative wieder aufgelassen. Es bestand also überhaupt kein Grund, Ihnen darüber zu berichten. Sie haben es ja auch vorher nicht angeordnet. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist ja lächerlich!*)

Zweitens: Sie schreiben (*Zwischenrufe*) auch in dem Erlaß der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich vom 13. August 1973: Nachdem ein Rotationssystem auf Grund des Personalmangels eingeführt wurde, wurde dem Innenministerium nicht berichtet.

Ich möchte Sie fragen, Herr Innenminister, ob bei Ihnen im Innenministerium Kontrollberichte über die Durchführung dieses Rotationssystems liegen. Meiner Information nach wurde mündlich, als man das Innenministerium von diesem Rotationssystem informiert hat, die Anordnung gegeben: Aber man soll dann wenigstens die Durchführung dieses Rotationssystems auch kontrollieren, was geschehen ist und worüber der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit Berichte vorgelegt worden sind. Also müssen Sie davon wissen. Oder weisen Sie mir nach, daß es keine solche Kontrollberichte gibt.

Das Beste ist dann das, meine Damen und Herren, es heißt hier auf Seite 2: „Da die Emigranten entweder über Hohenau oder über Marchegg nach Österreich einreisen, wurde am 22. Jänner 1973 vom Bundesministerium für Inneres angeordnet, daß entlang dieser Strecken in allen Bahnhöfen, wo Züge mit Auswanderern halten, Gendarmeriebeamte zwecks Kontrolle und Sicherung Posten zu beziehen haben.“ Bei diesem, meiner Information nach mündlichen Erlaß wurde hinzugefügt: An eine Begleitung der Züge ist nicht gedacht. Das heißt, im Sommer 1972, nach München, hat man auf Grund der Eigeninitiative in Niederösterreich die Begleitung durchgeführt, konnte sie aber postenmäßig nicht durchhalten. Sechs Monate später haben Sie erhöhte Sicherungen angeordnet, und es wurde hinzugefügt: Dabei ist an eine Begleitung der Züge nicht gedacht. So ist die Situation, Herr Innenminister.

Später, als dieses System nicht funktioniert hat, als das Landesgendarmeriekommando und die Sicherheitsdirektion einen umfassenden Vorschlag für ein Sonderkommando erstattet hat, hat man dann personell gekürzt, weil einem die Sicherheit, die innere Sicherheit ebenso wie die äußere, offensichtlich nicht entsprechend viel wert ist. Das ist die Wider-

Dr. Mock

legung eines Berichtes, der unvollständig und falsch ist.

Herr Innenminister! Ich wäre interessiert, außer dem Bericht, wenn unsere Informationen unvollkommen sind, daß Sie uns die Protokolle über die Sitzungen und die Protokolle der beteiligten Beamten am Flugplatz Schwechat vorlegen. Wenn es Ihrer Auffassung und dem Bericht des Bundeskanzlers entspricht, dann gibt es ja auch kein Hindernis, die Opposition mit diesen Unterlagen in einem vollen Umfang vertraut zu machen.

In dem Zusammenhang Ihre Irritation, der Abgeordnete Suppan, ... Übrigens, Herr Bundeskanzler, Sie könnten sich, als Sie die Bemerkung gemacht haben, einen Zungenschlag in Hinkunft bei der Nennung des Kollegen Suppan ersparen. Lassen wir die Dinge einmal aus dem innenpolitischen Streit heraus. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Innenminister! Ich muß Sie aufmerksam machen: Jeder Abgeordnete hat das Recht, die Bundesregierung über alle Maßnahmen der Vollziehung zu befragen. Von diesem Recht haben wir Gebrauch gemacht. Der Herr Bundeskanzler hat uns aufmerksam gemacht, daß es sich hier um eine delikate Frage handelt. Daraufhin sind wir darauf eingegangen und haben von der Geltendmachung unseres Rechtes Abstand genommen. Ich möchte jetzt wissen, wer hier verantwortlich gehandelt hat. Ich glaube, das kann man doch wohl in diesem Fall nur der Österreichischen Volkspartei zusprechen.

Und mit einem müssen Sie sich auch in Hinkunft abfinden, Herr Innenminister: Wir werden in dem Zusammenhang immer wieder versuchen, jede Unklarheit in Frageform aufzuklären. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, wenn es Ihnen mit dem Respekt vor dem Parlament, was ja immer so zitiert wird, überhaupt ernst ist, uns auch in einem vertraulichen Gespräch über diese Dinge informieren zu lassen. Nur auf unsere Kontrollrechte werden wir in keiner Weise und in keinem Fall verzichten. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, es gäbe noch eine ganze Reihe von Widersprüchlichkeiten. Sie wurden heute teilweise schon aufgezählt.

Der irakische Botschafter hat in einem Interview gesagt, der Vorschlag sei von den Botschaftern oder von arabischer Seite gekommen. Also entweder hat der Herr Bundeskanzler recht oder der irakische Botschafter. *(Abg. Dr. Kreisky: Das hat er selber dementiert*

bei mir!) Das muß er offiziell dementieren, Herr Bundeskanzler! Das ist ja sehr angenehm. *(Abg. Dr. Kreisky: Er muß gar nichts!)* Nein, er muß gar nichts, dann bleibt das aber im Raum stehen. Und ich weiß nicht, ob Sie die Akkreditierung eines Botschafters akzeptieren können, der eine Auffassung vertritt, die Sie mehr oder weniger der Lüge zeihen. Das sei nur so nebenbei bemerkt.

Wie ist es mit dem Herüberfahren der Terroristen nach Marchegg gewesen? Der Herr Außenminister hat laut einem Interview für die „Arbeiter-Zeitung“ gesagt, daß sich die Terroristen 10 Tage untätig in Bratislava aufgehalten haben, was den ČSSR-Behörden doch hätte auffallen müssen. Haben Sie da schon irgendeinen Kontakt aufgenommen, Herr Bundesminister? Diese Feststellung kann doch nicht im Raume stehenbleiben. Denn immerhin sind die Leute herübergekommen, und da kann man auch nicht sagen, Herr Innenminister, das Objekt wurde gleich angegriffen herübergebracht. Nach meiner Ansicht wäre, wenn der ursprüngliche Vorschlag auf ein Sonderkommando, das die Grenze abgedeckt hätte, verwirklicht worden wäre, die Situation in Marchegg eine andere gewesen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob den Terroristen ein oder zwei Zöllner ganz unschuldig gegenüberstehen oder ob sie das in Begleitung von Mitgliedern eines Sonderkommandos machen. Aber Sie haben die Personenzüge von Preßburg in Marchegg oder in Hohenau mit der gleichen Unschuld empfangen wie, ich weiß nicht, einen Personenzug, der von Buchs nach Feldkirch fährt — obwohl der Herr Bundeskanzler gewußt hat, daß doch etwas passieren wird, obwohl eineinhalb Tage vorher noch Warnungen eingetroffen sind. Hier handelt es sich um eine maßlose Nachlässigkeit im Bereich der Sicherheitsvorkehrungen. Auch das ist nicht aufgeklärt worden.

Nun, der Herr Bundeskanzler hat gemeint, in einem Appell an das patriotische Gefühl der Österreicher: Wir lassen nicht zu, daß hier fremde Geheimdienste ihr Unwesen treiben. Herr Bundeskanzler! Das haben Sie ja nicht erst seit dem 29. September gewußt, daß es hier Quasi-Sicherheitsorgane gibt. Zumindest einer hat einen Waffenpaß gehabt, der von einer österreichischen Behörde ausgestellt worden ist. Also muß das doch schon viel früher bekannt gewesen sein. Ein weiterer Widerspruch.

Man hat alles gewußt, meine Damen und Herren, man hat die Vorschläge der Unterbehörde auf erhöhte Sicherung gekürzt und hat selbst weder eine Notstandsplanung durchgeführt noch ein Planspiel für den Terrorfall im Innenministerium veranstaltet.

Dr. Mock

Das ist zu dem Kapitel Sicherheit zu sagen und ist auch zu dem Bericht zu sagen, der unvollkommen und widersprüchlich ist.

Nun, diese Fragen müssen nicht nur aus Gründen der Verantwortung der Bundesregierung hier behandelt werden, das allein wäre vielleicht eine zu formalistische Sicht, sondern um einfach in Hinkunft ähnlichen Ereignissen besser vorzubeugen.

Die Ereignisse der letzten Wochen, Herr Außenminister, haben ja einmal mehr gezeigt, was von dem übervielen Gerede über die internationale Entspannung, der internationalen Friedenssicherung zu halten ist und daß die innere und äußere Sicherheit keine Geschenke sind, die einem automatisch durch eine Europäische Sicherheitskonferenz oder sonst durch die internationale Umwelt in den Schoß geworfen werden, sondern daß die innere und äußere Sicherheit durch eine Gemeinschaft, durch einen Staat selbst und durch die beauftragte Bundesregierung gesichert werden muß. Daran hat man sich in der Einstellung auf diese gesamte Situation, die durch Schönau geschaffen wurde, in keiner Weise gehalten.

Bitte, Sie selbst haben ja vor einiger Zeit gemeint, die beste Außenpolitik und die beste Sicherheit werde durch eine gute oder durch eine vorzügliche Außenpolitik garantiert; so quasi abwertend: Die Landesverteidigungspolitik ist ja nicht so viel wert. Bitte, ich habe ja ein gewisses Verständnis, denn mit einer glaubhaften Landesverteidigung kann man bei der Politik dieser Bundesregierung schon lange nicht mehr rechnen — gar nicht zu reden vom Landesverteidigungsminister.

Aber wo bleibt jetzt die vorzügliche Absicherung unserer Sicherheit durch eine gute Außenpolitik, wenn wir mit einem Scherbenhaufen — ich zitiere den Herrn Bundeskanzler — konfrontiert sind?

Im Nahen Osten wird unsere Neutralität nicht mehr als volle Neutralität genommen. Die einen sehen in uns Leute, die ein übergroßes Verständnis haben, und die anderen sehen in uns Leute, die ihnen gegenüber eben nicht eine neutrale Position einnehmen.

Nun, das ist umso bedauerlicher, als wir ja diesem Konflikt bisher mit einer sehr guten Politik gegenübergetreten sind. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir sowohl an einer Existenzsicherung für Israel interessiert sind als auch im Falle Österreichs daran interessiert sind, die traditionell guten Beziehungen zu den arabischen Ländern sicherzustellen. Darauf wurde ein Schatten geworfen. Hier ist von einer echten neutralen Position vorläufig nicht sehr viel zu merken.

Das gleiche gilt für verschiedene westliche Regierungen: Holland, England. Zumindest ist eine echte und globale Durchführung der humanitären Aufgabe irgendwo in Zweifel gestellt worden.

Was die Vereinigten Staaten anbelangt, wissen Sie, Herr Außenminister, besser als irgend jemand anderer, daß friktionsfreie freundschaftliche Beziehungen zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages eine der beiden zentralen Maximen der österreichischen Außenpolitik waren. Wir alle wissen, wie die amerikanische Regierung auf unser Verhalten reagiert hat. Darüber hilft nicht hinweg, wenn man auf ein Schreiben eines sehr prominenten und einflußreichen oppositionellen Abgeordneten des amerikanischen Senates, des Senators Fulbright, verweist.

Das heißt, eine unserer Basen unserer Sicherheit, das Eingebettetsein, das Anerkanntsein von den Großmächten in echt neutraler Funktion, das Eingebettetsein in nicht angezweifelte positive Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die Anerkennung, daß Österreich mit seiner neutralen Haltung einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in dem Raum leistet, in dem wir leben, alles das ist irgendwie erschüttert und für eine Zeit in Frage gestellt.

Da nützt natürlich auch nichts, Herr Bundeskanzler, wenn man dann so lässig sagt: A bisserl wos verstehn wir auch von der Außenpolitik.

Noch vor drei Jahren hätte ich Ihnen zugestanden, daß Sie mehr als ein bissl was von der Außenpolitik verstehen, heute zweifle ich selbst das an — nach dem Kärntner Ortstafelkonflikt, nach der Angelegenheit UNO-City und nach der Vorgangsweise in den letzten Wochen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorhin haben Sie gemeint, unser außenpolitisches Ansehen sei unzerstörbar und rasch wiederherstellbar. Also bitte: Entweder ist es unzerstörbar, dann braucht es nicht rasch wiederhergestellt zu werden, oder Sie haben mit dem Ausdruck „rasch wiederherstellbar“, wie beim Ausdruck „Scherbenhaufen“ wenigstens das anerkannt, was da in den letzten Wochen geschehen ist.

Nun noch eine mir sehr wichtig erscheinende Feststellung, Herr Bundeskanzler. Es gibt Argumente pro und kontra. Ich habe mir erlaubt, eine ganze Reihe von Fragen zu stellen. Man wird sehen, was geantwortet wird, wie weit die Regierungserklärungen und sonstigen Erklärungen mit dem Respekt vorm Parlament ernst zu nehmen sind. Bei all diesen Dingen — das ist eine wesentliche Frage — sollten gewisse minimale Spielregeln nicht verletzt werden, Spielregeln der Fairneß.

7738

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Dr. Mock

Mir ist es eigentlich unangenehm, Herr Bundeskanzler, daß ich dem österreichischen Regierungschef den Vorwurf machen muß, nicht daß er hart, daß er unvollständig geantwortet hat — das sind Meinungsverschiedenheiten —, sondern daß er Spielregeln der Fairneß verletzt hat.

Wir haben in der letzten „Sendung des Bundeskanzlers“ Berichte österreichischer diplomatischer Missionen als Beweis dafür zitiert, daß der von Ihnen einbekannte Scherbenhaufen ja ohnehin schon wieder beseitigt ist, die Wogen im Ausland geglättet sind.

Daß Sie, Herr Bundeskanzler, keine Berichte zitieren, die eine kritische Stellungnahme bringen, ist mir ohnehin klar, und damit habe ich in keiner Weise gerechnet, obwohl es auch genügend solche Berichte gibt, die sagen, daß wir sehr lange an der Wiederherstellung unseres außenpolitischen Vertrauens arbeiten müssen. Daß Sie jedoch unter Namensnennung wie auch heute positive Berichte von loyalen Beamten hier zitieren, ist nach meiner Ansicht ein Skandal. Sie verwenden diese loyalen Beamten als Kugelfang für eine innere und äußere Kritik an Ihrem politischen Verhalten. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Es tut mir sehr leid, daß Sie so vorgehen.

Dann fragen Sie so ganz treuherzig bei der „Sendung des Bundeskanzlers“ den Pressereferenten des Außenamtes, wie es hier heißt, ob er glaube, daß wir in relativ kurzer Zeit wieder jenes Ansehen erlangen, das wir in der Welt „hatten“. — „Hatten“!

Was wird ein loyaler Beamter seinem Regierungschef, vor der ganzen Öffentlichkeit, sagen? — Das zeigt, Herr Bundeskanzler: Aus innenpolitischen Gründen mißbrauchen Sie auch das Unterordnungsverhältnis, die Weisungsgebundenheit eines Beamten gegenüber dem Regierungschef. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihr Bericht, Herr Bundeskanzler, ist unvollständig und teilweise unrichtig. Wenn diese Parlamentsdebatte einen Sinn gehabt haben soll, dann nur den, daß wir hoffentlich bei dieser Frage rasch eine Aufklärung erhalten, damit die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht wieder jenen emotionalen Gehalt bekommt, den Sie selbst immer wieder zu provozieren versuchen.

Diese Parlamentsdebatte ist jedoch auch nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig damit in Hinblick eine höhere Bewertung der inneren und äußeren Sicherheit verbunden ist, daß man eben nicht auf Kosten der Sicherheit der Menschen in diesem Land Einsparungen macht,

die die Bundesregierung durchaus anderswo praktizieren könnte. Diese Parlamentsdebatte wird nur dann sinnvoll sein, wenn in Hinblick die Bundesregierung und der Herr Bundeskanzler den überheblichen Stil der Nichtinformation der Oppositionsparteien aufgeben *(Abg. Ulbrich: Das ist das Kernproblem!)* und, Herr Bundeskanzler, in den zentralen Fragen, zumindest der Sicherheitspolitik und der Außenpolitik Information praktiziert und zumindest wenigstens glaubhaft bemüht ist, einen Konsens in jenen Fragen zu finden, die die Zukunft unseres Landes und der Menschen, die hier leben, in einer so entscheidenden Weise berühren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Rösch.

Bundesminister für Inneres Rösch: Herr Präsident! Hohes Haus! Darf ich zuerst, Herr Abgeordneter Mock, nur auf einen Punkt eingehen. Ich glaube, da sind Sie im Irrtum. Sie werden keine einzige Fernsehdiskussion oder Interview mit mir kennen, wo ich irgendwelche Erfolge von mir dargestellt habe. Ich habe mich seit dreieinhalb Jahren bemüht, immer loyal zu sagen: Das ist der Erfolg der gesamten Sicherheitsverwaltung, das ist der Erfolg der 26.000 Beamten. Das habe ich immer wiederholt. Also so ist es nicht, wie Sie das dargestellt haben.

Ich habe auch hier ausdrücklich erklärt — Sie haben es zwar als „verbal“ abgetan; aber was soll ich denn beim Reden anderes tun als verbal sein? —, daß ich die Verantwortung natürlich mit zu tragen habe. Selbstverständlich.

Aber — und das ist jetzt der Kernpunkt — ich muß mich auch darauf verlassen können, daß Anordnungen, die gegeben werden, befolgt werden.

Sie stützen sich in Ihren Fragen auf einen Bericht, den Ihnen der Herr Sicherheitsdirektor von Niederösterreich gegeben hat. Diesen Bericht habe ich auch. Ihre Fragen sind offensichtlich aus diesem Bericht, denn anders könnte es nicht sein.

Sie haben recht: Am 15. März — das ist das, was Sie meinen — hat die Sicherheitsdirektion, zusammen mit dem Landesgendarmeriekommando, über die Sicherungskräfte für die israelische Auswanderung aus der Sowjetunion einen Bericht vorgelegt und eine Aufstockung der Kräfte vorgeschlagen.

Anscheinend irrtümlich hat man Ihnen, Herr Abgeordneter — ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf —, das Begleitschreiben dazu von der Sicherheitsdirektion nicht gezeigt. Das

Bundesminister Rösch

ist entscheidend. In dem Begleitschreiben steht nämlich folgendes — das darf ich Ihnen vorlesen; es sind nur ein paar Sätze —:

„Für die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich ergeben sich bei den seit geraumer Zeit praktizierten Sicherungsmaßnahmen für die israelischen Objekte und Personen drei Schwerpunkte, und zwar:

- a) das Durchwanderungslager in Schönau ...
- b) die Reisebewegungen der Durchwanderer ab der tschechoslowakischen Grenze über den Wiener Ostbahnhof nach Schönau und von dort nach Schwechat zum Flughafen,
- c) die An- und Abflüge ... der El Al auf dem Flughafen Schwechat ...“

Das sind die drei Schwerpunkte. Es heißt in dem Begleitschreiben — das ist nämlich jetzt entscheidend —:

„Hiezu muß allerdings festgestellt werden, daß unter Berücksichtigung der latenten Personalknappheit und im Bestreben nach möglicher Sparsamkeit die Anzahl der zu den Aufgabenstellungen b) und c) eingesetzten Beamten in den letzten Monaten als ausreichend bemessen angesehen werden konnte ...“

Der Vorschlag des Gendarmeriekommandos bezieht sich nur auf die Verstärkung der Sicherung für das Lager Schönau, nicht aber auf die Sicherung der Züge. Die Sicherung der Reisebewegungen von der tschechoslowakischen Grenze ist als durchaus ausreichend bemessen angesehen worden. (*Abg. Dr. Prader: Wer beurteilt das endgültig?*) Das hat der Sicherheitsdirektor gemacht. (*Abg. Doktor Prader: Moment! Wer beurteilt denn das?* — *Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Dr. Prader! Wenn Sie ein bißchen warten, sage ich Ihnen den weiteren Werdegang dieses Schreibens. Das war der Sinn der Anfrage.

Hier hat es also geheißt: Vom Standpunkt der Sicherheitsdirektion aus — und offensichtlich auch des Landesgendarmeriekommandos — ist die Sicherung der Reisebewegungen ab der Grenze ausreichend, nur in der Frage des Lagers ist das nicht der Fall, und diesbezüglich wurde ein Vorschlag gemacht, die Lagerbesatzung aufzustocken. Nicht die Reisebewegung! Von dieser steht im ganzen Bericht nichts drinnen. Das gilt nicht für die Reisebewegung, sondern nur für das Lager.

Ich darf Ihnen meine Einsichtsbemerkung mitteilen. Ich weiß: Der Herr Sicherheitsdirektor hat mir das auch in einem Brief geschrieben, daß ich das abgelehnt hätte, und so wei-

ter. Hier haben Sie im Originalakt die Einsichtsbemerkung vom 19. März. Da steht drauf an den Herrn Generaldirektor: Das muß nun mit der Gruppe B genau durchbesprochen werden. — Das ist nämlich die zuständige Gendarmeriegruppe. — Das muß also genau durchbesprochen werden.

Daraufhin kam es zu einer Durchbesprechung. Da gibt es eine ganze Liste, wer aller dabei war. Es waren alle möglichen Beamten. Es wurde von allen Anwesenden festgestellt, daß die Zahl der Beamten, die das Landesgendarmeriekommando für die Bewachung von Schönau vorschlägt, zu hoch gegriffen ist, daß man mit einer etwas niedrigeren Zahl auskommen wird.

Das ist dann geschehen. Das liegt hier. Ich darf Ihnen wiederum den Satz des Herrn Sicherheitsdirektors vorlesen:

„Im Sinne der bei dieser Besprechung erteilten Richtlinien“ — das war über die Organisation — „wurde das am 15. 3. 1973 vorgelegte Konzept nochmals unter dem Gesichtspunkt überprüft, daß die ursprünglich errechnete Anzahl von Beamten zur Bewältigung der gestellten Aufgaben als zu hoch angenommen angesehen werden muß und daß vor allem nicht so viele Beamte aus anderen Bundesländern angefordert werden können.“

Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr hat es hier im Hohen Haus drei oder vier mündliche Anfragen betreffend Anforderungen von Beamten aus anderen Bundesländern zu anderen Dienstverrichtungen gegeben. Man hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß das nicht geht. Der Herr Kollege Minkowitsch ist lange Zeit Staatssekretär gewesen, er kennt sich aus: Wehe, wenn von einem Bundesland etwa fünf Beamte in ein anderes Bundesland delegiert werden, dann wird, vom Landeshauptmann begonnen bis zum letzten Bezirkshauptmann, mit Recht gesagt: Wie kommen wir dazu, daß wir die Leute abgeben müssen!

Das war immer so. Mit dieser Problematik müssen wir kämpfen, und trotzdem machen wir es immer wieder; selbstverständlich.

Wir haben in Niederösterreich mehr Kommanden. Wir haben Traiskirchen mit einem eigenen Kommando. Das ist kein Geheimnis, das steht überall in den Berichten drinnen. Wir haben Schönau jetzt mit diesem Kommando. Wir müssen natürlich zwangsläufig bei bestimmten Ereignissen Beamte von einem Bundesland in das andere versetzen.

Das war also der Stand der Sache. Es wurde nie irgendwie erklärt, daß es mit denen für die Transportsicherung zuwenig wäre. Darum geht es.

Bundesminister Rösch

Herr Abgeordneter Dr. Mock! Sie waren zwar nicht herinnen, aber im Grunde war es ungefähr richtig, was ich gemeint habe. Wir sind gewarnt worden, wir wußten aber nicht, wo die Gefahr lag. Es hat geheißen: in bezug auf diese Transmission, also auf diese Emigration.

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten. Es gibt zwei Bahnen. Es gibt den Transport vom Ostbahnhof nach Schönau. Es gibt Schönau. Es gibt den Transport von Schönau nach Schwechat. Und es gibt Schwechat.

Es gibt also eine Reihe von neuralgischen Punkten. Sie waren anscheinend nicht da, als ich vorgelesen habe, daß wir deswegen am 24. September separat auf diese Tage hingewiesen haben, daß wir separat die Sicherheitsbehörden auf diese zehn oder zwölf Feiertage aufmerksam gemacht haben, um die es geht. Also gerade aus diesem Grund haben wir darauf besonders hingewiesen.

Ich muß jetzt noch etwas festhalten. Ich weiß: der Herr Sicherheitsdirektor behauptet, er habe diesen Aktenvermerk und diesen Kontrollbericht über die Durchführung, den Sie angeführt haben, dem Bundesministerium für Inneres geschickt. Ich erkläre dezidiert: Im Ministerium befindet sich kein derartiges Aktenstück, nicht ein einziges!

Es geht nämlich auch nicht aus dem hier hervor. Es handelt sich nämlich um einen Aktenvermerk, und üblicherweise wird in keinem Ministerium ein Aktenvermerk ohne Abgang, ohne Adressaten einfach weggeschickt.

Ich will jetzt nicht sagen, daß das absichtlich geschehen ist; das wäre eine Dummheit. Es ist wahrscheinlich übersehen worden, daß man das weitergegeben hat.

Ich will auch gar nicht sagen, daß man nicht in gutem Glauben gehandelt hat, Herr Abgeordneter. Auch das will ich gar nicht behaupten. Nur wenn man jetzt fragt, wo die Verantwortung liegt, dann muß ich das festhalten, dann muß ich eben sagen: Man hat entgegen den Weisungen, entgegen den Absprachen, entgegen den Beschlüssen vom 26. Jänner 1973, bei denen man selbst mitgewirkt hat, etwas abgeändert, was sich zum Schluß als nicht richtig herausgestellt hat.

Ich wiederhole aber — ich habe das gar nicht hier —, ich wiederhole es noch einmal: Auch wenn das alles durchgeführt gewesen wäre, hätte es an der Situation nichts geändert. Hier sind wir grundsätzlich divergierender Auffassung.

Überlegen Sie sich, wie die Situation gewesen ist: Die beiden Beamten haben den

Waggon betreten und sind sofort vor den Waffen der Araber gestanden. Dann hätte es etwas gegeben: schießen. Ich komme wieder darauf zurück: Natürlich, schießen hätte man jederzeit können. Das hätte man auf dem Flughafen auch tun können. Nur bezweifle ich, ob das die Lösung gewesen wäre. Dazu habe ich schon bei der ersten Wortmeldung Stellung genommen.

Herr Abgeordneter! Sie haben eine Frage aufgeworfen, die mir berechtigt erscheint. Sie haben nämlich nicht von zuwenig Beamten gesprochen, sondern von zuwenig Dienstposten. Sie haben wörtlich immer „Dienstposten“ gesagt. Sie haben gesagt: Wir haben 3500 Dienstposten mehr, warum haben wir nicht auch mehr Dienstposten für die Gendarmerie!

Ich darf folgendes festhalten: Mit 1000 Dienstposten auf dem Papier mehr, Herr Abgeordneter Dr. Mock, haben wir nicht um einen Beamten mehr auf der Straße, denn wir brauchen Beamte und nicht Dienstposten, und um die Beamten geht es!

Wir haben nun Glück. Es ist ein Zufall, ich glaube doch durch einiges Bemühen. Nicht durch mich. Ich habe überhaupt nichts dazu getan, weil ich nicht werben gehe, sondern die Landesgendarmeriekommanden haben so geworben, daß wir am 1. Oktober einen Überstand von sieben Beamten über den systemisierten Stand hinaus haben. Dabei haben wir die letzten Jahre hindurch ununterbrochen aufsystemisiert. Wir haben also ständig den Dienstpostenplan erhöht, allerdings nur in dem Umfang, wie es uns möglich war, auch die Beamten zu bekommen, denn nur mit Ziffern auf dem Papier kann ich nichts anfangen.

Aber es soll jetzt nicht zum Schluß eine Sperre eintreten, nämlich die Sperre insofern, daß man sagt: Es ist kein Dienstposten da, wir können niemanden aufnehmen.

Das ist ja eine Überlegung. Ich darf am Rande anmerken, daß Sie in der Regierung das damals beschlossen haben. Sie haben eine Aufnahmesperre beschlossen. Es durfte im Jahre 1968 niemand aufgenommen werden, und daran leiden wir heute noch.

Die Bundesregierung hat beschlossen, daß über den Dienstpostenplan hinaus jetzt noch bis Ende des Jahres 100 Beamte eingestellt werden können. Wir hatten es voriges Jahr gehabt: 150 Beamte konnten über den Dienstpostenplan hinaus eingestellt werden, und interessanterweise haben auch eine ganze Reihe von Bundesländern davon Gebrauch gemacht. Oberösterreich hat 50 Beamte über

Bundesminister Rösch

den Dienstpostenplan hinaus aufgenommen, Kärnten, das Burgenland, Salzburg, die haben alle über den Dienstpostenplan hinaus Beamte, nur in Niederösterreich fehlen uns noch 40.

Man spricht jetzt vom Sog der Großstadt und was weiß ich von was allem. Der Industriesog in Linz ist auch sehr groß, zwar nicht mindestens, aber etwa gleich groß wie hier, und trotzdem sind dort um 50 Beamte mehr. Bei uns in Niederösterreich fehlen 40. Der Sog im Fremdenverkehrsgebiet Kärnten ist genauso groß. Das wirkt auf die Menschen. Trotzdem haben wir dort Beamte über den Dienstpostenplan hinaus. Im Burgenland ist es auch so. Man muß sich fragen: Warum haben wir in Niederösterreich weniger? Ich werde mir vielleicht erlauben, im Rahmen der Budgetdebatte eine Antwort darauf zu geben. Es gibt nämlich eine konkrete Antwort darauf, warum wir in Niederösterreich in dieser Beziehung offensichtlich nicht weiterkommen.

Ich glaube, ich habe damit doch alle Ihre Fragen beantwortet. Ich glaube nicht, daß ich eine offengelassen habe. Ich wiederhole noch einmal: Der von Ihnen zitierte Bericht, von dem der Herr Sicherheitsdirektor behauptet, er sei der Generaldirektion übergeben worden, ist nie eingelangt. Nie! Das bestätigen alle Herren. Hier sind immerhin eine ganz große Anzahl von Herren, und Sie werden mir recht geben, wenn ich diesen Herren, die immerhin nicht seit gestern oder seit vorgestern im Ministerium tätig sind, sondern seit Jahrzehnten, glaube, wenn sie mir sagen, daß Sie einen solchen Bericht niemals bekommen haben und daß Sie niemals etwas gehört haben. Daher auch die Feststellung im Bericht der Bundesregierung, daß die Generaldirektion von diesen Abänderungen nichts gewußt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Blecha. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Blecha (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Verfolgt man die heutige Debatte mit Aufmerksamkeit, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus: Der Herr Bundesparteibeamte der Österreichischen Volkspartei Dr. Schleinzler zieht gegen den Beschluß der Bundesregierung, das Lager Schönau zu schließen, zu Felde, und der zweite Debattenredner der ÖVP, Herr Dr. Withalm, hätte das Durchgangslager im Schloß Schönau schon viel früher geschlossen sehen wollen. ÖVP-Redner, wie zuletzt Dr. Mock, betonen zwar, es sei sehr begrüßenswert, daß keine Menschenleben bei der Lösung der Geisellaffäre Marchegg-

Schwechat zu beklagen waren, aber auf der anderen Seite stellen sie sich in die Reihe jener ausländischen Kritiker, deren Kritik zu einem erheblichen Teil auf unvollständigen, ja sogar bewußt falschen Informationen beruht hat, also auf Grundlagen, die die ÖVP-Redner keineswegs für ihre Haltung reklamieren können. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist zumindest sehr ungeschickt!)* Was ungeschickt ist, das zu beurteilen überlassen Sie allen, das werden nicht Sie allein beurteilen können. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Alle ÖVP-Redner wiederholten, die österreichische Bundesregierung habe sich dem Terror zur Schande Österreichs gebeugt, obwohl klargeworden ist, daß in dieser Nacht vom 28. auf den 29. September 1973 in Österreich nicht der Terrorismus, sondern die Humanität einen Sieg davongetragen hat. Herr Dr. Mock hat sich dann von diesen grundsätzlichen Vorwürfen, die erhoben worden sind, ablenkend auf den Vorwurf mangelnder Sicherheitsvorkehrungen zurückgezogen. Diesbezüglich haben ja die Klarstellungen des Herrn Bundesministers Rösch, denen ich hier nichts hinzufügen kann, erwiesen, daß auch das ein Eigengoal war. *(Abg. Dr. Blenk: Sind Sie als Bewerter der Vorredner hier?)*

Heute sprach Herr Dr. Schleinzler von Kapitulation. Aber er hat sich nicht das zu sagen getraut, was ein Teil der ausländischen Presse gesagt hat, daß nämlich Österreich die Geiseln hätte opfern und nicht retten sollen. Daher die Aufforderung an die ÖVP, doch klar zu sagen, was sie getan hätte. Doktor Schleinzler hat die Frage nie beantwortet. Es hat dann Dr. Withalm versucht, sie zu beantworten. *(Zwischenrufe.)* Dr. Withalm hat sie dann zu beantworten versucht. Und aus dieser Rede, aus diesem Diskussionsbeitrag war ziemlich deutlich herauszuhören, daß sich die ÖVP ganz anders verhalten hätte, wenn man ihre Spitzenpolitiker bei der Entscheidung in der Nacht vom 28. auf den 29. September 1973 beigezogen hätte. Nach dieser Klarstellung von Dr. Withalm und auch auf Grund der Bemerkungen, die Dr. Mock gerade vor mir gemacht hat, läßt sich eines ableiten: Die Reaktion der ÖVP, die wir alle kennengelernt haben, war die Reaktion der „beleidigten Leberwurst“. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Weil man die ÖVP nicht gefragt hat, war sie dagegen! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Ich kann da nur sagen: Wie richtig war doch die Antwort des Herrn Bundeskanzlers auf eine entsprechende Frage eines Journalisten unmittelbar nach den Ereignissen. Die Frage lautete, warum die Opposition nicht

Blecha

beigezogen wurde. Dr. Kreisky hat damals gesagt: In diesem Lande regiert außer der Regierung niemand, und reden könne man nur, wenn man Zeit hat und erwarten kann, daß ein nützlicher Beitrag geleistet wird. — Nach den heutigen Wortmeldungen der ÖVP-Spitzenredner braucht man diesen Worten des Herrn Bundeskanzlers nichts mehr hinzuzufügen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu dem Hauptvorwurf, der erhoben worden ist: die österreichische Bundesregierung hätte vor dem Terrorismus kapituliert. — Ich möchte, weil die Zeit fortgeschritten ist, nicht sehr ausführlich über das Phänomen des Terrorismus sprechen. Es ist das keine sehr leichte Sache. Jedenfalls kann man den Terrorismus, der immer mehr überhand nimmt, nur symptomatisch und ursächlich bekämpfen. Die symptomatische Bekämpfung erfordert eine internationale Achtung des Terrorismus, wie sie in zufriedenstellendem Maße bis heute leider noch nicht erfolgt ist.

Eine unserer Hauptaufgaben, gerade für einen neutralen Staat, der überall Freunde hat, wird vor allem auch darin liegen, jene Länder der Dritten Welt, die mit verschiedenen Befreiungsbewegungen sympathisieren, die sich auch der terroristischen Mittel bedienen, davon zu überzeugen, daß gerechte Anliegen nicht durch grauenhafte Verbrechen und durch schändliche Kampfmethoden durchsetzbar sind, ja im Gegenteil, daß diese schändlichen Methoden ihre Realisierung unmöglich machen.

Die internationale Bekämpfung des Terrorismus setzt aber auch eine internationale Solidarität voraus, an der es der Welt von heute mangelt. Die ursächliche Bekämpfung des Terrorismus ist noch schwieriger. Hier müßte man mit internationaler Hilfe die Zustände beseitigen, die Menschen veranlassen, zu individueller Gewalt zu greifen, wobei sie bei diesen verbrecherischen Aktionen noch Unterstützung finden.

Wenn das Los der palästinensischen Flüchtlinge nicht gemildert wird, wenn diese Menschen, die in Lagern zusammengepfercht leben müssen, von den arabischen Staaten nur als Druckmittel gegen Israel verwendet werden, wobei es den Ländern an finanziellen Mitteln, wie der Krieg jetzt zeigt, gar nicht fehlt — für die Anschaffung hochwertigsten und modernsten Waffengeräts sind Mittel da —, und wenn andererseits Israel — bisher zumindest — nicht bereit war, zu einer Lösung dieses Problems beizutragen, dann wird die Wurzel des Übels erhalten bleiben.

Aber die terroristischen Gruppen, die oft mit verabscheuenswürdigen Mitteln gearbeitet haben, haben es verstanden, eine ganze Reihe von Regierungen — und nicht die österreichische — zu Kapitulationen zu bringen. Wenn sich der Herr Bundesparteiohmann Dr. Schleinzner heute hier zu der Behauptung verstiegen hat, daß außer in Khartum keine Geiseln ermordet worden sind und daß es nirgendwo in der Welt Beispiele dafür gäbe, daß dem Terrorismus nachgegeben wurde, dann muß ich doch eine Reihe von Beispielen — wegen der fortgeschrittenen Zeit bei Gott nicht alle — dafür anführen.

Am Anfang hat sogar auch Israel Terroristen nachgeben müssen. Ich erinnere daran, daß am 23. Juli 1968 eine El Al-Maschine auf dem Flug von Rom nach Tel Aviv gekapert wurde. 48 Personen befanden sich an Bord. Israel hat den Erpressungen stattgegeben und hat 16 arabische Freischärler — damals hat man gesagt: als Dank an die italienische Regierung, die die Vermittlung hergestellt hat — freigelassen.

Am 26. Dezember 1968 hat ein Überfall auf ein El Al-Flugzeug auf dem Flughafen Athen stattgefunden. Es wurde ein Passagier getötet, eine Stewardess wurde schwer und eine andere leicht verletzt. Die arabischen Terroristen wurden festgenommen. Aber am 22. Juli 1970, nach der Kaperung einer griechischen Maschine, wurden sie alle freigelassen, und zwar auf Grund der Forderung der Terroristen. Und die griechische Regierung hat dann noch in alle Welt hinausposaunt, arabische Diplomaten hätten ihr versichert, daß Griechenland nie mehr Schauplatz terroristischer Überfälle werden wird.

Am 18. Februar 1969 gab es einen Überfall in Zürich, und zwar wiederum auf eine El Al-Maschine. Neuerlich gab es Tote und Schwerverletzte. Aber die Verbrecher wurden nach der Entführung von vier Flugzeugen, die am 6. September 1970 erfolgt ist, auf freien Fuß gesetzt, erhielten freies Geleit und sind ausgeflogen.

Am 29. August 1969 wurde eine amerikanische Maschine auf dem Flug von Rom nach Tel Aviv nach Damaskus entführt. Auch da wurde den Erpressungen stattgegeben: 13 arabische Gefangene wurden von Israel freigegeben. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist alles bekannt!)* Herr Dr. Blenk, Sie haben halt nicht zugehört, wie Ihr Bundesparteiohmann geredet hat. Er hat hier behauptet, man hätte den Terroristen nie nachgegeben *(Abg. Dr. Blenk: Nein!)* — jetzt werde ich Ihnen die Fakten auf den Tisch legen *(Abg.*

Blecha

Dr. Blenk: Da haben Sie nicht zugehört! — Abg. Dr. Prader: Das hat er überhaupt nicht behauptet! — und er hat hinzugefügt — lesen Sie die Rede nach! —, daß die österreichische Regierung eben keine Zermürbungstaktik angewendet hätte, die die Befreiung der Geiseln genau so zur Folge gehabt hätte. — Die Geiseln von Terroristen sind freigegeben worden, weil man terroristischen Erpressungen stattgegeben hat, und zwar alle Regierungen, auch jene Länder, deren Presse die österreichische Lösung so hart kritisiert hat. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Prader: Völlig daneben!)*

Es ist blamabel, wenn sich der Bundesparteiobmann der großen Oppositionspartei, der sich auch um den Posten des Bundeskanzlers in diesem Land bewirbt, offensichtlich nur auf Zeitungsmeldungen stützt, wie etwa auf die „Oberösterreichischen Nachrichten“, in denen zu lesen ist: „Überall in der Welt, bis auf München und Khartum, wurden Geiseldramen mit geduldiger Zermürbungstaktik unblutig beendet, ohne daß eine Regierung den Erpressern ... Zugeständnisse gemacht hätte ...“, und sich nicht auf die Fakten stützt, die ich jetzt zitiere. *(Abg. Dr. Blenk: Aber das ist doch alles aus den Zeitungen längst bekannt! Das sind doch keine Neuigkeiten!)* Sagen Sie das dem Dr. Schleinzer. Warum erzählen Sie das mir? Ich habe das ja nur in Erinnerung gerufen. Ich habe noch achtzehn Beispiele.

Und dazu jetzt Österreich: In Österreich ist den zahlreichen Forderungen — das hat der heutige Tag klar bewiesen —, die die arabischen Terroristen gestellt haben, nicht nachgegeben worden. Keine der von ihnen erhobenen Forderungen ist erfüllt worden. Die Herausgabe der Geiseln und damit die Rettung von vier Menschenleben wurde erwirkt. Die Terroristen sind gezwungen worden, die Schließung des Lagers Schönau wegen eines Sicherheitsrisikos — es war schon seit längerer Zeit für Österreich ein Sicherheitsrisiko allerersten Ranges geworden — als Begründung, für die Aufgabe ihrer Forderungen, als Begründung für ihre Kapitulation in Schwechat zu akzeptieren. Das ist in Wirklichkeit der große Unterschied.

Diese Haltung haben auch österreichische Zeitungen gleich unmittelbar nach den Ereignissen, noch nicht so beeinflusst von der Auslandspresse, in Wirklichkeit zu würdigen verstanden. Ich darf eine herausgreifen, den „Kurier“ vom 30. September 1973, wo es hieß: „Österreichs Regierung hat kein Grundrecht preisgegeben, keine Konvention auch nur im Geiste verletzt. Sowjetische Juden können

weiterhin durch Österreich reisen (in jede Richtung) oder hierbleiben, wenn es ihnen da besser gefällt ... Es läßt sich also leicht erkennen, wie gering der Wert des Zugeständnisses an die Terroristen ist, wie sorgfältig es zu den Menschenrechten hin abgegrenzt wurde. Die Humanität hat über Politik und Prestige gesiegt. Anders hätte es nicht sein dürfen.“

Das war eine für viele andere Pressestimmen.

Ich möchte aber auch noch zu einem anderen Vorwurf, der erhoben worden ist, kurz etwas sagen. „Menschenleben retten“, hat sowohl Dr. Schleinzer als auch Dr. Withalm gemeint, soll nicht zu einem allumfassenden Prinzip gemacht werden. Menschenleben, so wertvoll und unersetzbar sie wären, können nicht immer absolute Priorität haben.

Meine Auffassung ist: Für die Abwägung von Menschenleben einerseits und politischen Forderungen andererseits kann es keine generelle Formel geben. Man wird in jedem Einzelfall immer wieder neu zu entscheiden haben. Im Falle der Geiselaffäre Schwechat war die Entscheidung der Bundesregierung richtig. Menschenleben wurden gerettet und nichts zugesagt, was nicht im Einklang mit unseren Grundrechten, was nicht vollauf gerechtfertigt gewesen wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Schluß nur noch einige Sätze zur Haltung der Österreichischen Volkspartei und zur Auslandspresse, zu den Kritiken der ausländischen Öffentlichkeit.

Die Auslandspresse, so haben wir aus vielen Zeitungszitaten der letzten Tage erfahren, war unmittelbar nach den Ereignissen von Marchegg und Schwechat falsch und unvollständig informiert worden. Über UPI und AFP waren unvollständige, zu Mißverständnissen führende und zu Mißdeutungen Anlaß gebende Berichte über den Erdball gefunkt worden. So konnte sich auf Grund von Falschmeldungen — auch das soll man hier in diesem Hohen Haus aussprechen — eine Explosion des schlechten Weltgewissens entladen, der aber bald eine Ernüchterung und eine sachliche Beurteilung des Beschlusses der österreichischen Bundesregierung gefolgt sind.

Für die Haltung der Österreichischen Volkspartei gibt es diese Entschuldigung nicht. Sie ist ja keinen Falschmeldungen aufgesessen, sie hat aber bis heute die Phase der Ernüchterung, die wir in der Weltpresse feststellen können, eigentlich nicht durchgemacht — mit der einen Ausnahme ihres oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Wenzl,

7744

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Blecha

der sich schon Anfang Oktober, wenn auch vorsichtig, von seinem Bundesparteiohmann Dr. Schleinzer distanziert hat. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Die ÖVP-Redner sprachen heute sehr häufig von Schande, von Blamage, von Scherbenhaufen. Ich will wirklich nicht mit der gleichen Münze zurückzahlen. Es wäre undemokratisch, die ÖVP-Haltung als blamabel und als schändlich zu bezeichnen. Aber ich glaube, nach der heutigen Debatte kann man es getrost der österreichischen Öffentlichkeit, der österreichischen Bevölkerung überlassen, ein Urteil über das Verhalten der ÖVP in dieser Affäre zu fällen; ein Urteil über ein Verhalten, das offensichtlich als Motivation nur Ärger über das Nichtgefragtwerden, die Nichtbefriedigung eines Geltungsbedürfnisses anführen kann. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und nun noch einige Sätze und Bemerkungen zu den Stellungnahmen aus dem Ausland. Die Weltöffentlichkeit vergißt allzu leicht, daß für uns in Österreich jede Form der Hilfe für Menschen, die sich verfolgt fühlen, und für Menschen, die über Österreich in ein anderes Land wollen, selbstverständlich ist. Was für uns selbstverständlich ist, ist für die Welt selbstverständlich geworden, soweit es Österreich betrifft.

Österreich — auch das ist heute schon gesagt worden — hat Hunderttausende Flüchtlinge aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei aufgenommen, es hat 164.000 jüdische Emigranten durch das Land geschleust, hier beherbergt, davon allein 72.000 aus der Sowjetunion.

Das Problem der jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion ist seit einem Jahrzehnt der Welt bekannt. Aber aus den verschiedensten Rücksichten, auch aus Rücksicht auf die Erdölinteressen in arabischen Ländern, haben viele unserer westlichen Freunde, viele der westlichen Staaten es unterlassen mitzuhelfen, daß ein kleines neutrales Land nicht allein das Sicherheitsrisiko, das mit diesem Transfer verbunden ist, zu tragen hat. *(Abg. Dr. Blenk: Haben Sie sie gefragt?)* Diese Welt vergißt allzu rasch, was für uns Österreicher heute selbstverständlich ist, kann oder will aber nicht vergessen, was anderen unter Duldung vieler Österreicher, was anderen auch unter aktiver Teilnahme vieler Österreicher in der Vergangenheit angetan worden ist.

Die Reaktion des Auslandes ist daher, da es um das kleine neutrale Österreich geht, auch eine Explosion des schlechten Gewissens gewesen. Da gibt es das schlechte Gewissen über das Zurückweichen vor terroristischen For-

derungen; ich habe einige davon zitiert. Da gibt es das schlechte Gewissen über die Unfähigkeit, den Nahostkonflikt zu lösen. Da gibt es das schlechte Gewissen über das gute Geschäft mit den todbringenden Waffen, das von verschiedenen Ländern betrieben wird. Da gibt es das schlechte Gewissen darüber, daß man bereits bestellte Schnellboote der einen Seite, die sie auch schon bezahlt hat, nicht liefert, weil dadurch das Geschäft mit den teureren Flugzeugen von der anderen Seite storniert werden könnte. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Da gibt es das schlechte Gewissen, den Österreichern bei der Erfüllung ihrer humanitären Aufgaben in Wirklichkeit nie voll und wirksam geholfen zu haben. Dieses schlechte Gewissen machte sich Luft gegen das kleine neutrale Österreich, das weithin sichtbar ein Zeichen der Humanität gesetzt hat, welches so gar nicht zu jenem stereotypen Vorstellungsbild eines Volkes gehört, das zweifellos eine gewisse Schuld an Ereignissen auch zu tragen hat, die vor mehr als drei Jahrzehnten stattgefunden hatten.

Hohes Haus! In einer für das ganze Land entscheidenden Situation hat sich die ÖVP auf die Seite der ausländischen Kritiker gestellt, hat sie die Interessen dieses Landes und dieses Volkes, für das sich die ÖVP ansonsten so lautstark immer wieder einsetzt, beiseite geschoben. Das zählte plötzlich nichts, denn es gab die Möglichkeit, wieder einmal zu einer Entscheidung der österreichischen Bundesregierung nein zu sagen. Die politische Einstellung der ÖVP, als Oppositionspartei zu allem, was diese Regierung tut, zu allem, was diese Regierungspartei vorschlägt, nein zu sagen, hat über das Bekenntnis zu einem österreichischen Verhalten triumphiert, das wir seit langer Zeit üben und demzufolge Menschen Vorrang haben.

Am 28. September stand das Schicksal von Menschen gegen den Verwendungszweck eines Gebäudes, wenn Sie es so hören wollen. Die Bundesregierung hat sich für die Menschenleben, die ÖVP für ein Gebäude entschieden.

Daß Sie, Herr Bundesparteiohmann, hier schlecht beraten waren, haben Ihnen auch österreichische Pressestimmen zum Vorwurf gemacht. Ich darf die „Kronen-Zeitung“ vom 8. Oktober 1973 zitieren, wo es heißt:

„Seit dem Einzug von Josef Klaus in das Bundeskanzleramt beeinflußt ein bestimmter Kreis von Journalisten die Politik der Volkspartei mit dem Ergebnis, daß es seitdem mit der ÖVP ständig bergab geht. Auch dieses

Blecha

Mal ließ sich die ÖVP ein Konzept einreden, das auf psychologisch völlig falscher Grundlage aufgebaut ist. Das politische 'Sauschlachten' ging den meisten Österreichern auf den Magen. Der Versuch, die maßlose und gehässige Kritik des Auslandes als Basis des innenpolitischen Angriffs auf Kreisky zu nehmen, erregte den Patriotismus der Österreicher, die sich nicht nach vielen Leiden und Opfern einen Staat aufgebaut haben, um ihn von Leuten, die selbst kein Risiko auf sich nehmen, diffamieren zu lassen. Eine Partei, die sich Volkspartei nennt und das Österreichertum besonders betont, hätte dies alles bedenken müssen ...

Der ÖVP-Führung aber sollten die Ereignisse eine Lehre sein. Insbesondere müßte sie wissen, daß man sich im politischen Kampf vor allem an das eigene Programm halten soll. Die Freiheit des Einzelmenschen ist heute am stärksten gefährdet, sie gilt es mit allen Mitteln zu verteidigen ... Sie zu retten war deshalb die erste und oberste Menschenpflicht, und der billigste Programmpunkt der ÖVP wurde somit erfüllt." (*Abg. Dr. Blenk: So sprach Blecha!*)

Hohes Haus! Wir müssen unsere humanitäre Haltung, unser Bekenntnis gerade deshalb beweisen, weil wir an bestimmten Ereignissen der Vergangenheit nicht schuldlos sind. Wir müssen unsere humanitäre Einstellung immer wieder und immer stärker aufs neue beweisen. Die Entscheidung der Bundesregierung in der Nacht vom 28. auf den 29. September war ein solcher Beweis!

Wir müssen der Welt die Sicherheit geben, daß sich an der Bereitschaft Österreichs nichts ändert, Auswanderern, woher auch immer sie kommen mögen und wohin auch sie immer gehen wollen, das Los zu erleichtern, so gut wir es können. Wir müssen der Welt die Gewißheit geben, daß in Österreich nur die eigene Exekutive — so hat es der Herr Bundeskanzler einmal gesagt — Waffen trägt und kein anderer Staat in unserem kleinen neutralen Land seine Hoheitsaufgaben erfüllen kann.

Wer diese Vorhaben unterstützt, sichert die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität, sichert die Glaubwürdigkeit unserer humanitären Einstellung, damit aber auch die Garantie unserer Sicherheit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Wer diese Vorhaben sabotiert, der handelt gegen die Lebensinteressen des österreichischen Volkes. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Karasek (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es nach des Bundeskanzlers eigenen Worten geht, dann sind die Folgen der politischen Entscheidung der Bundesregierung in der Geiselafläre ein „außenpolitischer Scherbenhaufen“ — ein heute bereits oft zitiertes Bild. Der Herr Bundeskanzler, so glaube ich, kommt mit dieser Einschätzung der Lage der Wahrheit ungleich näher als sein Landesverteidigungsminister, der die Kühnheit besessen hatte, die heftige Reaktion des Auslandes als ein bloßes Geschreibe der Judenpresse abzuqualifizieren.

Wer diesen „schwarzen Freitag“ in der jüngsten Geschichte Österreichs und das darauffolgende Wochenende bei der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg erlebte, kann Zeugnis darüber ablegen — und die Kollegen der linken Seite des Hauses können dies ebenso bezeugen wie wir —, daß Unverständnis und Entrüstung bei den Politikern, bei den Abgeordneten aller Lager gleichermaßen zu spüren waren. Ob Sozialisten, Christdemokraten, Konservative oder Liberale — es gab niemanden, meine Damen und Herren, der die österreichische Regierungsentscheidung begriffen, der sie verstanden, der sie gebilligt oder der sie entschuldigt hätte. (*Abg. Czernetz: Die Schweiz!*) Wir alle hatten Mühe, die spärlichen guten Nachrichten, die uns nach dieser Affäre noch verblieben waren, an den Mann zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die Welt, die sich ein bestimmtes Bild von Österreich in den letzten 20 Jahren gemacht hatte, ein Bild, an dessen Formung und Gestaltung so viele Österreicher mitgewirkt haben — von unserem Bundesparteiohmann sind heute schon Namen genannt worden, die auch ich in mein Manuskript geschrieben habe, wie etwa Raab, Schärf, Figl oder Körner —, war zutiefst schockiert über das, was an diesem 29. September in Wien geschah. Ich füge gleich hinzu, daß in diese Reihen auch der Außenminister Dr. Kreisky gehört. Ich bezweifle nur, ob der Bundeskanzler Dr. Kreisky noch dazu gehört. Nicht nur, daß er in seiner heutigen Funktion als Regierungschef in der Außenpolitik schon bei früheren Gelegenheiten manchmal danebengegriffen hat, und zwar sehr tief danebengegriffen hat — ich erinnere nur an den Kärntner Ortstafelstreit —, sondern es erscheint mir gravierend, daß dieser Bundeskanzler heute offenbar alles nunmehr vom Blickwinkel der Innenpolitik aus sieht.

Ich kann es dem Kollegen Blecha nicht ersparen, doch einige Pressemeldungen — zugegebenermaßen der ersten Stunde; ich

Dr. Karasek

komme noch auf dieses Argument zurück — zu zitieren. Es ist ja nicht so, daß es bloß das schlechte Gewissen ist — wie mein Vorredner gemeint hat —, das die Weltpresse veranlaßt hatte, hier zu einer sehr kritischen Beurteilung der österreichischen Haltung zu kommen.

Meine Damen und Herren! Der Terrorismus hat auch schon früher da und dort zugeschlagen. Auch andere Regierungen hatten sich bereits mit erpresserischen Forderungen auseinanderzusetzen und hatten sich in ähnlichen Situationen befunden. Der „schreckliche Präzedenzfall“, um mit den Worten des Leitartiklers von „Le Monde“ zu sprechen, bestand aber diesmal darin, daß nicht irgendeiner mehr oder weniger unbedeutenden Einzelforderung nachgegeben wurde, eine bestimmte Summe Geldes zu bezahlen, die Freilassung irgendeines Gefangenen zu bewirken oder ähnliches mehr. Der „schreckliche Präzedenzfall“ — um es noch einmal zu sagen — bestand darin, daß sich erstmals eine Regierung bereit gefunden hatte, unter terroristischem Druck ihre Haltung, ihre Politik zu ändern. — Das ist der Kern der ausländischen Kritik.

Der Herr Abgeordnete Blecha ist beleidigt, weil die ausländische Presse auf diese Punkte mit den Fingern zeigt und das Verhalten der österreichischen Regierung rügt. Aber das ist es, und nichts anderes! Ich werde durch Zitate untermauern, daß es nur darum geht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die „International Herald Tribune“ schreibt, daß die österreichische Regierung eine Sünde gegen die internationale Gemeinschaft beging. Es gab, so schreibt sie, andere Beispiele von Kompromissen mit Terroristen im Namen der Menschlichkeit — die Herr Blecha jetzt so oft in den Mund genommen und zitiert hat. Aber die Österreicher haben — so schreibt diese Zeitung — plötzlich den Terror politisch sachdienlich gemacht.

Das ist der Kern der ausländischen Kritik, das ist der Kern der ausländischen Aussage.

Unter dem Titel „Gewalt, die sich auszahlt“ schreibt die französische Zeitung „Les Echos“: „Eine souveräne Regierung, die von Wien, folgt den Weisungen zweier obskurer Fedajjin bis zur Infragestellung eines ganzen Aspekts ihrer Politik. Das ist der überraschende Sieg, den die beiden Terroristen allen internationalen Gesetzen zum Trotz erzielen konnten.“

„Le Figaro“, Paris, meint: „Zwei mit Handgranaten bewaffnete Männer haben von einer Regierung erreicht, was noch keinem arabischen Land, keinem palästinafreundlichen Politiker gelang.“

Ist es nicht bezeichnend, meine Damen und Herren, daß gerade die Presseorgane ausländischer Sozialisten mit dem österreichischen Bundeskanzler besonders streng ins Gericht gingen? So etwa das Organ der belgischen Sozialisten: „Der Handel, den Dr. Kreisky geschlossen hat, bedeutet nicht nur Unehre für sein Land, sondern auch eine Aufmunterung zu ähnlichen Gewalttaten in anderen Weltteilen.“

Die schwedische Zeitung „Expressen“ spricht von einem „widerwärtigen Zugeständnis“ und den „unmenschlichen Beschlüssen, die eine europäische Regierung in den letzten Jahren gefaßt hat“.

Meine Damen und Herren! Man könnte die Liste dieser Stimmen beliebig fortsetzen. Aber was nützt es? Diese Bundesregierung tut so, als ob es für Österreich völlig unerheblich wäre, was das Ausland über Österreich denkt. Natürlich kommt heute der Herr Bundeskanzler mit dem Argument daher, das seien schließlich alles nur Pressestimmen der ersten Stunde, als das Ausland die wahren Vorgänge noch nicht richtig erkannt habe. Ebenso hat auch mein Vorredner an diesem Pult argumentiert. Später hätte man das Urteil abgeschwächt, revidiert, als man nämlich erkannt hatte, daß die Dinge lange nicht so schlecht seien, als man ursprünglich annahm.

Der Herr Bundeskanzler unterschätzt hier offenbar die Wirkung, die diese ersten Presseberichte aus Österreich über die Vorgänge in Schwechat in der öffentlichen Meinung des Auslandes gehabt haben. Er unterschätzt den Umstand, daß diese Nachrichten aus Österreich in weiten Kreisen tiefe Wurzeln geschlagen haben und leider — ich muß es sagen — im Ausland noch lange nachwirken werden.

Daran, Herr Bundeskanzler, ändert auch der Brief des Senators Fulbright nichts, den Sie eben vorgelesen haben, denn er verdankt sein hervorragendes Renommee unter anderem der Tatsache, daß er als amerikanischer Nonkonformist gilt; er kritisiert vieles in Amerika, was der landläufigen Meinung entspricht.

Hohes Haus! Die Bundesregierung fühlt sich in ihrer Haltung nachgerade noch bestätigt, weil angeblich Meinungsumfragen ergeben haben, daß ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der Österreicher offenbar in ihrer „Misan-mir“-Mentalität und einem falsch verstandenen Patriotismus hinter dieser Regierung die Reihen dichter schließt. Wer macht aber diesen Österreichern plausibel und verständlich, welches die Folgen von Schwechat für dieses Land langfristig sein werden? Hier in diesem Parlament ist heute die Stunde, daß wir dieser österreichischen Bevölkerung

Dr. Karasek

die unpopuläre Wahrheit sagen. Es ist unsere Aufgabe als Opposition, manchmal auch Unpopuläres zu sagen, weil gerade in der Außenpolitik die Opportunität diesem Land sicherlich nicht guttut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat eine äußerst populäre Politik gemacht, als er mit seiner Bundesheerreform die Wehrbereitschaft Österreichs praktisch zerschlug. Wer dient schon gerne lieber neun Monate als sechs, wer nimmt schon gerne Opfer und Lasten auf sich, wenn es auch billiger geht und einfacher zu haben ist? Dem berühmten „kleinen Mann“ auf der Straße kann man wahrlich nicht von vornherein einen Vorwurf machen, daß er über die enge Kirchturmspitze nicht hinausieht. Aber dieser Regierung kann man den Vorwurf machen, diesem Bundeskanzler kann man zumuten, daß er die langfristigen Folgen dieser Politik bedenkt, daß er ein Urteil darüber hat, was diesem Land guttut und was nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, auf sein Schweigen zur Demontage des Bundesheeres bei der letzten Budgetdebatte in diesem Haus am 6. Dezember 1972 angesprochen, tut uns kund, daß für ihn der wesentliche Aspekt der österreichischen Sicherheitspolitik die gute Außenpolitik sei. So sagte damals Bundesminister Dr. Kirchschläger wörtlich. Diese gute Außenpolitik, Herr Bundesminister, ist über Nacht zerplatzt wie ein Praterluftballon, in nichts zerstoßen. Haben Sie dem Herrn Bundeskanzler in jener tragischen Nacht vom 28. auf den 29. September in Ihren Telefonaten aus Straßburg abgeraten, eine solche Entscheidung zu treffen, und zwar — ich betone es — im Hinblick auf die außenpolitischen Folgen, die zu erwarten waren? Oder haben Sie vielleicht diese Folgen gar nicht erwartet?

Was sagen wir also jetzt unseren Landsleuten zur österreichischen Sicherheitspolitik? Sie, meine Herren von der Bundesregierung, haben den Österreichern glauben machen wollen, daß es auf dem Gebiet der Landesverteidigung keiner besonderen Anstrengungen bedarf.

Wenn Österreich je in eine international kritische Situation kommen sollte, werden wir uns einfach darauf verlassen können, daß uns dank unserer guten Außenpolitik die internationale Staatengemeinschaft zu Hilfe kommen wird? Hat jemand von Ihnen den Mut, den Österreichern, jenen, die die Entscheidung von Schwechat kritisieren, aber auch jenen, die sie billigen und hinter ihr stehen, zu sagen, wie es um die Sicherheit Österreichs wirklich steht? Ist es noch glaubhaft, daß irgendein

Land in der Welt Österreich im Falle eines Falles zu Hilfe kommt, wenn die anderen sehen, daß die österreichischen Verteidigungsanstrengungen gleich Null sind? Wird jemand den Mut haben, den Leuten zu sagen, daß es wohl Erklärungen des amerikanischen Außenministers, an eine bestimmte Adresse gerichtet, unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr geben kann und nicht mehr geben wird, wie etwa jene, die noch der amerikanische Außenminister Dean Rusk am 15. November 1968 im Gefolge der Unruhen in der benachbarten Tschechoslowakei abgegeben hat? Welcher amerikanische Außenminister und welcher andere Außenminister, gleichgültig welchen Landes, kann es seinem eigenen Parlament, der öffentlichen Meinung seines eigenen Landes gegenüber verantworten, etwa im Konfliktfall eine Gefährdung der österreichischen Sicherheit als so wichtig, als so gravierend zu betrachten, als ob es sich um die eigene Sicherheit handle — angesichts eines auf den Nullpunkt gesunkenen österreichischen Prestiges und angesichts einer nahezu einhelligen Verurteilung der Haltung der österreichischen Regierung in dieser Geisellaffäre? Das Ausland, meine Damen und Herren, hat sehr wohl bemerkt, wie wenig diese Bundesregierung besorgt ist um die Souveränität ihres Landes und um die Souveränität ihrer Entscheidungen.

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat im Zuge der letzten Budgetdebatte erklärt, daß Österreich eine Außenpolitik führen müsse, durch die es sich der Staatengemeinschaft nützlich erweist. Wir sind, Herr Bundesminister, einverstanden mit einer solchen Rollenfixierung für das neutrale Österreich. Wir sind einverstanden, daß Österreich ein Hort, eine Zufluchtstätte für Menschen bleiben soll, die aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen oder aus welchen Gründen auch immer verfolgt sind. Angesichts der Entscheidung der Bundesregierung, das Lager Schönau zu schließen, ist das Ausland aber besorgt, ob wir dieser humanitären Rolle auch wirklich treu bleiben werden.

Natürlich versuchte der Herr Bundeskanzler schon wenige Stunden nach der Kapitulation vor den Terroristen die Tragweite und die Bedeutung des Beschlusses der Bundesregierung herunterzuspielen; genauso, wie es mein Vorredner hier getan hat. In der Rede vor den Delegierten des Obersten Sowjets am Samstag, dem 30. September, sagte der Bundeskanzler wörtlich — und er hat es auch heute zitiert —: „Es werden lediglich im Interesse der Erhaltung des Friedens im Inneren Österreichs gewisse kleine Veränderungen

7748

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Dr. Karasek

durchgeführt, aber keine grundsätzlichen Änderungen unserer humanitären Haltung. Österreich bleibt ein Land, das jedem, der sich verfolgt fühlt, ein Asyl gewährt und jedem, der über Österreich irgendwohin in ein anderes Land will, diese Möglichkeit bietet ..."

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat diese Passage aus der Rede des Herrn Bundeskanzlers in seine UNO-Rede übernommen, um auch der Weltöffentlichkeit sozusagen zu versichern, daß in Österreich offenbar nicht so heiß gegessen wird, wie es wenige Stunden vorher gekocht wurde.

Was soll man aber von dem halten, meine Damen und Herren, was die beiden Terroristen in ihrer Pressekonferenz von Tripolis aus sagten: „Erst als die österreichische Regierung zustimmte, eine Erklärung abzugeben, wonach Österreich die Einreise jüdischer Emigranten einstelle“ — ich betone: einer der Terroristen sagte: „Erst als die österreichische Regierung zustimmte, eine Erklärung abzugeben, wonach Österreich die Einreise jüdischer Emigranten einstelle — und die inländischen Lagererleichterungen beenden werde, ließen wir die Geiseln frei.“

Hier liegt doch, meine Damen und Herren, ein eklatanter und aufklärungsbedürftiger Widerspruch vor zwischen dem, was uns der Herr Bundeskanzler, die Regierung und alle Redner wiederholt versichert haben, und dem, was die Terroristen angeblich — ich betone: angeblich — von der österreichischen Bundesregierung versprochen bekommen haben; allerdings nicht kontrollierbar, insoweit hier Botschafter als Mittler und Zwischenträger aufgetreten sind.

Der Herr Bundeskanzler argumentierte ferner, es mögen doch auch andere Länder etwas für die Verfolgten tun. Er hat sogar den Plan entwickelt — und das hat er heute wiederholt —, das Lager Schönau den Vereinten Nationen zu unterstellen. Nun, wenn er es nur wirklich ernst genommen hätte! Aber der Herr Bundeskanzler wußte von vornherein — die Vorredner haben schon darauf hingewiesen —, daß sein Vorschlag nicht zielführend sein wird. Er hat ihn ja auch nur gemacht — wie wir aus seiner späteren Gesprächigkeit wissen —, um die Vereinten Nationen bloßzustellen.

Noch etwas, Herr Bundeskanzler, ist mir bei Ihrer heutigen Argumentation aufgefallen. Sie sagen: Die UNO hätte es sehr leicht — und das hätte auch die Welt erwartet —, die Statuten hinsichtlich der Qualifizierung, wer Flüchtling ist und wer nicht, zu ändern.

Hier, Herr Bundeskanzler, weise ich aber doch darauf hin, daß Sie ebensogut wie jeder, der ein bißchen über die Verhältnisse in der UNO Bescheid weiß, wissen, daß die Mehrheitsverhältnisse in der UNO durch den großen afro-asiatischen Einfluß heute so gestaltet sind, daß eine Änderung des Statuts hinsichtlich der Qualifikation „Flüchtling“, anzuwenden auf die jüdischen Flüchtlinge, unrealistisch ist und sicherlich nicht zu erreichen gewesen wäre. Also auch unter diesem Gesichtspunkt halte ich das nicht für einen sehr seriösen Vorschlag, selbst wenn Sie glauben, daß die UNO hätte so handeln können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine der beschämendsten außenpolitischen Aspekte dieser Vorfälle von Schwechat sind die Dankesbezeugungen, die aus den arabischen Ländern in Österreich eintreffen. Kaum 24 Stunden nachdem Frau Meir vom Herrn Bundeskanzler kühl empfangen wurde — nicht einmal ein Glas Wasser habe man ihr angeboten, so sagte sie zumindest nachher —, empfängt dieser selbe Bundeskanzler den ägyptischen Sonderbotschafter Sadats und läßt sich von ihm umarmen. Wäre es nicht klüger, wäre es nicht anständiger, wäre es nicht richtiger gewesen, den Herren in Kairo einfach zu bedeuten, daß man es in Wien nicht für opportun erachtet, in einem solchen Augenblick beschämende Dankvisiten zu empfangen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wäre ja schließlich, Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, auch interessant zu erfahren, wie viele Botschaften und Dankesbezeugungen von arabischen Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern am Ballhausplatz eingetroffen sind. Hängt dies etwa — so frage ich mich — damit zusammen, daß wir an der Konferenz der Blockfreien Staaten in Algier teilgenommen haben? Werden wir in den sogenannten non-aligned countries bereits als dazugehörig betrachtet? Eine Frage, die ich sehr gerne an Sie, Herr Bundesminister, stelle.

Wohin sind wir Österreicher geraten, daß wir uns von der arabischen Presse bescheinigen lassen müssen, daß die Aktion der „Adler der Revolution“ der österreichischen Regierung verholten hat — hören Sie, meine Damen und Herren —, zu einer „wahrhaft neutralen Haltung“ im Nahostkonflikt zurückzufinden?

Seit Jahr und Tag, Hohes Haus, bemühen wir uns, aller Welt zu beweisen, daß wir Österreicher Herren im eigenen Haus sind, daß die Interpretation der österreichischen Neutralität eine ausschließliche Angelegenheit

Dr. Karasek

der österreichischen Bundesregierung und dieser Volksvertretung ist, daß wir es stets unterlassen — damit gehen wir hausieren in Moskau und in Washington, in London, in Bern oder in Stockholm — anzufragen, welche neutralitätspolitische Haltung Österreich in diesem oder in jenem Fall einzunehmen hat.

Und da genügt nun die Kapitulation des Bundeskanzlers vor zwei arabischen Terroristen, damit wir uns von der arabischen Presse als Österreicher darüber belehren lassen müssen, was in bezug auf die österreichische Neutralität rechtens ist. Wahrlich weit haben wir es, meine Damen und Herren, mit dieser Außenpolitik dieser Regierung gebracht! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir, alle Abgeordneten dieses Parlamentes, haben in Straßburg darum gekämpft, daß man dort die österreichische Bundesregierung wegen ihres Verhaltens nicht verurteilt. Ich gebe zu, daß auch ich zu jenen gehört habe, die dort dagegen aufgetreten sind; nicht aus einer besonderen Liebe zu dieser Regierung, sondern weil es zu meinen überzeugendsten Grundsätzen, die ich vertrete, gehört, daß eben Österreich selber Herr im eigenen Haus zu sein hat und wir uns wirklich von niemandem belehren lassen müssen, was wir tun und was wir nicht tun sollen. Darum habe ich mich auch dort dagegen ausgesprochen.

Der Europarat hat dann eine Entschliebung gefaßt, die nicht die österreichische Regierung verurteilt, sondern die in sehr allgemein gehaltenen Worten alle Regierungen Europas auffordert, sich keinem terroristischen Druck zu beugen, wenn es darum geht, Menschen, die in Not sind, zu helfen.

Daher bringe ich nun, meine Damen und Herren, einen Entschliebungsantrag ein, der an diese Haltung des Europarates anknüpft und der sich wie folgt liest:

Entschliebungsantrag

der Abgeordneten Dr. Karasek und Genossen betreffend die Geiselafläre in Marchegg und Schwechat.

Seit dem 29. September 1973 sind in Österreich und in der gesamten westlichen Welt Zweifel an der Aufrechterhaltung der humanitären Rolle Österreichs gegenüber aus religiösen, politischen oder rassischen Gründen Verfolgten entstanden.

Um eine eindeutige Klarstellung herbeizuführen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher folgenden

Entschliebungsantrag.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Unter Bedachtnahme auf die Entschliebung der Konsultativversammlung des Europarates, Dokument 3356, in der die Konsultativversammlung ihrer Überzeugung Ausdruck verlieh, daß keine Regierung durch ein Versprechen, das durch Gewalt, Bedrohungen und Erpressungen erzwungen wurde, als gebunden erachtet werden kann, wird die Bundesregierung aufgefordert, in Hinkunft in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspraxis sowie der fremdenpolizeilichen Behandlung sonst hilfeschender Fremder unter Beachtung jener Praxis vorzugehen, wie sie von österreichischen Bundesregierungen in allen jenen Fällen gepflogen wurde, die von der Weltöffentlichkeit als Beispiel der humanitären Gesinnung des immerwährend neutralen Österreich anerkannt wurde.

Soweit unser Entschliebungsantrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nun abschließen. Ich habe zwei bedenkliche Feststellungen gehört. Ich muß darauf hinweisen, selbst wenn das die Herren auf der linken Seite dieses Hauses nicht gerne hören wollen und selbst wenn sie mir dann nachher Sachen unterschieben und unterstellen, die sicherlich den Dingen nicht entsprechen.

Ich wehre mich, wie viele meiner Vorredner, entschieden gegen die dramatische Fragestellung des Herrn Bundeskanzlers: „Mußte von Ihnen schon einmal jemand über Leben und Tod entscheiden?“

Von einem Mann, der zugegebenermaßen ein schweres, ein hohes und ein verantwortungsvolles Amt übernommen hat, das Amt eines Regierungschefs, kann, glaube ich, die österreichische Bevölkerung mit Fug und Recht beanspruchen, daß er diese schwere Entscheidung auf sich nimmt. Es ist schließlich und endlich keine schwerere Entscheidung — das wurde heute auch schon gesagt — als etwa die, vor der ein Chirurg steht, wenn er einen schweren Eingriff vornimmt, dessen Ausgang er nicht mit Sicherheit vorausberechnen kann. Und es ist keine leichtere Entscheidung — wie unser Bundesparteiboss heute hier argumentiert hat — als die, die ein Probegedarm trifft, wenn er versucht, eines Verbrechers habhaft zu werden, und dabei das Risiko in Kauf nehmen muß, das Leben Unschuldiger zu gefährden. Das sind doch Fälle des täglichen Lebens, die wir von der einfachen Exekutive erwarten, also erwarten wir es erst recht von der Spitze unserer Exeku-

Dr. Karasek

tive, von unserer Regierung, und von der Spitze unserer Regierung, vom Regierungschef, vom Bundeskanzler.

Ich möchte mir meine Argumentation gewiß nicht leicht machen, aber wir kommen doch, meine Damen und Herren, wenn man die Dinge in dieser Perspektive sieht, einfach nicht darum herum im täglichen Leben, schwere Risiken in Kauf zu nehmen, und eine solche Risikobereitschaft erwarten wir auch von der Bundesregierung.

Ein zweites, und zwar in Anknüpfung an das, was Herr Kollege Blecha hier so beredt vorgetragen hat. Ich möchte ihm nicht nahe-treten, wenn ich sage: Es war eine Art Humanitätswalze. Entschuldigen Sie, mir fällt im Augenblick kein besserer Ausdruck ein, um das zu qualifizieren. Es hat mich schockiert, wie Sie das hier getan haben, mit dieser Feststellung: Die ÖVP entscheidet sich entweder für Menschen oder für ein Gebäude, und die ÖVP hat sich also offenbar für das Gebäude und nicht für die Menschen entschieden. — Na so ist das nicht!

Wenn der Herr Bundeskanzler meint, daß er außer im Falle einer unmittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes nicht bereit ist, Gewalt wenn notwendig — ich sage: wenn notwendig, wenn kein anderer Ausweg besteht, notwendigerweise also — mittels Gewalt zu brechen, so ist das doch eine erschreckende, eine bestürzende Feststellung. Mit diesen so human, so menschlich klingenden Prinzipien sind wir doch auf dem besten Weg, meine Damen und Herren, eine wehrlose Gesellschaft zu werden, wie uns das ein bekannter Universitätsprofessor in einem großen Artikel in der Sonntags-„Presse“ vor 14 Tagen beschrieben hat.

Mit dieser Feststellung hat der Bundeskanzler, glaube ich, den verbrecherischen Elementen nachgerade eine Einladung übermittelt, im In- und Ausland nur weiterhin sich des Terrorismus zu bedienen, um von uns alles zu erhalten und zu bekommen, was ihren Zielen dient, denn ein Schießbefehl gegen das Verbrechen ist, von dieser Extremsituation, die der Herr Bundeskanzler erwähnt hat, abgesehen, offenbar sowieso nicht zu erwarten.

Das ist der beste Weg — darum bin ich so erschreckt, und darum bin ich so bestürzt —, das ist der beste Weg, meine Damen und Herren, um den Ruf nach „law and order“ eines Tages auch in Österreich zu provozieren — ein Ruf, der Ihnen allen, meine Damen und Herren, sehr, sehr weh tut, wie ich weiß. Das ist der beste Weg, daß eines Tages wieder der Ruf ertönen wird nach einem starken

Mann im Staate, der Ruf nach einer harten Hand, der Ruf nach einem eisernen Besen. Und das wäre wohl nebst dem außenpolitischen Scherbenhaufen der schlechteste Dienst, den langfristig gesehen der Herr Bundeskanzler Österreich mit seiner Entscheidung vom 29. September erwiesen hätte. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Der von den Abgeordneten Dr. Karasek und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Außenminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich will zu drei Fragenkomplexen Stellung nehmen: Zum Terrorismus als solchem, zur Substanz des Beschlusses vom 28. September 1973 und zu verschiedenen außenpolitischen Konsequenzen, die heute in der Diskussion erwähnt wurden.

Zuerst zur Frage des Terrorismus. Ich glaube, es gibt auf der Welt kein Land, das vor einem Terrorakt sicher ist. Es ist die Pflicht jedes Landes, Vorsorge zu treffen, daß Terrorakte erschwert werden. Aber zu glauben, daß man mit einer gewissen Anzahl von mehr oder weniger Sicherheitsorganen oder mit besonders abschreckenden Strafen einen Terrorakt verhindern kann, das wäre Illusion.

Terrorakten kann man nur begegnen, wenn es der Völkergemeinschaft gelingt, die Grundlagen, aus denen die Terroristen herauswachsen, zu beseitigen. Das war der Grund, warum sich die österreichische Regierung immer wieder dafür eingesetzt hat, daß man nach einer Entspannung im Nahen Osten suchen müßte und nach einer Friedensmöglichkeit in diesem Raum. Das war eine indirekte, aber konkrete Terrorbekämpfung. Sie hatte, wie Sie wissen, keinen Erfolg. Nicht nur die österreichischen Bemühungen hatten keinen, auch die Bemühungen der anderen Staaten, selbst der größten, hatten keinen.

Die zweite Möglichkeit ist die einer internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus. Diese internationale Zusammenarbeit war das große Ziel, das gerade die österreichische Delegation bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und im Europarat — der Herr Abgeordnete Czernetz hat das deutlich gemacht — immer wieder verfolgt hat: Wir waren es, die gegen die Mehrheit gestimmt haben bei den Vereinten Nationen, weil uns das, was dort herausgekommen ist, zuwenig war. Wir sind im

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Europarat gegenüber den anderen Mitgliedstaaten, die auf der gleichen Basis — so heißt es in der Satzung — stehen, nicht durchgekommen, wir sind unterlegen mit unserem Wunsch, international etwas Konkretes gegen den Terrorismus zu machen.

Da kann es dann natürlich, wenn es keine internationale Zusammenarbeit gibt, dazu kommen, daß sie von einer Grenze ohne jedes Voravis — obwohl die nach den jüngsten Feststellungen nicht nur zehn Tage, wie ich seinerzeit gemeint habe, sondern vier Wochen in der Tschechoslowakei gelebt haben — herüberkommen und die Waffen, die sie mitführen, von einer Grenzkontrolle nicht bemerkt werden. Wir können den anderen Staat nicht dafür haftbar machen, denn er ist ja nicht verpflichtet, unsere Grenze zu sichern. Aber daß es auffallend war, darüber haben wie nie einen Zweifel gelassen. Und das habe ich auch in meinen Gesprächen mit dem tschechoslowakischen Außenminister in New York erörtert.

Es wird daher jede Regierung in jedem Einzelfall konkret zu entscheiden haben, wie sie im Einklang zu ihren Grundsätzen und unter Berücksichtigung des gegebenen Falles zu einem Terrorakt Stellung nimmt, wie sie die Folgen wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zu vermindern oder zu vermenschlichen sucht.

Und so ist der Regierungsbeschluß vom 28. September 1973 zu verstehen, und so verstehe ich ihn. Manchmal schien es mir in der heutigen Diskussion so, als sei er nicht nur im Ausland nicht ganz verstanden worden, sondern als sei er bis zum heutigen Tage auch bei uns hier in Österreich noch nicht völlig gelesen worden. Er hat nicht, wie der Herr Abgeordnete Mock meinte, die Durchführung der humanitären Aufgaben in irgendeiner Weise in Zweifel gestellt. Im Gegenteil: Die humanitären Aufgaben, die sich Österreich gestellt hat und denen es seit jeher treu ist, gehen weiter. Dem Transit sind keine Grenzen gesetzt worden. Wir halten auch, Herr Bundesparteibeamter Schleinzer, die Grenzen offen für jeden, der bei uns die Freiheit sucht. Wir haben sie, zumindest während der Zeit dieser Regierung, immer offengehalten.

Wo soll da ein politisches Nachgeben sein? — Das sehe ich nicht. Denn man muß sich doch, glaube ich, an den Text und an das Faktum halten. Im Text der Erklärung wird von Schönau und von den Erleichterungen, von den organisatorischen Erleichterungen gesprochen. Daß Schönau für beide Teile, für Israel und für die Araber, zu einem gewissen Symbolcharakter aufgelaufen ist, ist eine

andere Sache. Aber das hindert doch nicht das Faktum, daß der Transit, daß die Durchreise von Menschen, die über Österreich in eine neue Heimat gelangen wollen, unvermindert weitergeht.

Wenn als Gegenargument entgegengehalten wird, daß einer der Terroristen nach seiner Ankunft in einem arabischen Land in einer Pressekonferenz eine andere Darstellung gegeben hat, dann, Hohes Haus, kann ich nur bitten, daß man vielleicht doch der österreichischen Regierung mehr glaubt als einem Terroristen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Mock hat die Sache so dargestellt, als ob ein Beamter des Außenministeriums dann, wenn er vom Bundeskanzler über irgend etwas befragt wird, genau nach der Wohlmeinung des Bundeskanzlers sprechen würde. Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, daß ich hiebei so hart in meiner Diktion bin, aber im Namen der Beamten des Außenministeriums muß ich mich dagegen verwahren! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schleinzer: Seien Sie vorsichtig! — Abg. Libal: Sie auch!)* Ja, ich bin es; vielleicht gegenseitig, Herr Bundesparteibeamter! *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Beamten des Außenministeriums sind nicht so charakterlos und auch nicht so feige, daß sie nur darauf warten, was der Herr Bundeskanzler bei irgendeinem Anlaß hören will; sie sagen ihre Meinung, so wie sie dies auf Grund ihrer Unterlagen können. Ich glaube, das muß man zur Ehre dieser Beamten auch feststellen.

Nun zu den allgemeinen außenpolitischen Fragen. Die ausländische Kritik war — das hat niemand bestritten — sehr heftig und sehr ernst. Diese Kritik wurde bei der Beschlußfassung vorausgesehen. Sie war deswegen sehr ernst, weil die Tatsache, daß der Transit unvermindert weitergeht und daß es sich nur um eine Änderung einer Organisationsform handelt, nicht erkannt worden ist.

Mit dem Zunehmen sowohl der Erkenntnis dessen, was gegenwärtig weiter geschieht und auch in Zukunft weiter geschehen wird, als auch mit der Interpretation der seinerzeitigen Erklärung, die dieser Praxis entspricht, wird auch diese Kritik in einem noch weiteren Maße abnehmen, als sie schon jetzt abgenommen hat, und einem Verständnis weichen; dessen bin ich sicher.

Ich glaube, man soll jetzt nicht in einen neuen Fehler verfallen. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr lange immer wieder über die Landesverteidigung diskutiert, haben sie immer wieder als krank bezeichnet und haben dadurch die Gefahr heraufbescho-

Bundesminister Dr. Kirchschräger

ren, daß sie in der Meinung mancher, vor allem derer, die in der Landesverteidigung tätig sind, gelegentlich als krank angesehen wurde. (*Abg. Graf: Das müssen Sie an Ihre Regierung adressieren und nicht an uns, Herr Minister!*) Ich glaube, das Krankreden ist nicht von der Regierung gekommen, Herr Abgeordneter Graf! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, wir sollten nicht in den Fehler verfallen, daß wir jetzt auch die österreichische Sicherheit zerreden und krankreden und so tun, als ob die österreichische Sicherheit mit dem Schloß Schönau einfach eine Einheit gewesen wäre und die österreichische Sicherheit ohne den Bestand des Schlosses Schönau nicht bestehen könnte. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. B len k: Wie muß eine Bundesregierung beschaffen sein, damit man etwas krankreden kann?*) Ich glaube, man kann das Image sowohl von Menschen als auch von Organisationen zerstören, und zwar durchs Reden. Das ist ja das Furchtbare: Man zerredet leider furchtbar viel. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Sie auch, Herr Minister!*)

Ich glaube, wir sollen danach trachten, daß wir nicht tagtäglich von der Gefahr für die österreichische Sicherheit reden. Diese Gefahr besteht nicht! Ebenso wenig besteht die Gefahr, die der Herr Abgeordnete Mock an die Wand gemalt hat, nämlich daß wir in einigen Teilen der Welt nicht mehr als neutral gelten. Unsere Neutralität wird anerkannt! Ich glaube, es wird nicht sehr lange dauern, daß Sie dafür auch wieder handfestere Beweise, als es jetzt meine Worte sind, vor sich haben werden.

Wenn sogar vom Herrn Abgeordneten Karasek ein Zusammenhang hergestellt wurde mit der Teilnahme an der Konferenz der Blockfreien Staaten in Algerien, so glaube ich, ist der Faden sehr weit und dreimal um das Eck gesponnen, wenn man hier einen Bezugspunkt finden möchte zwischen der Teilnahme in Algier, zwischen dem Attentat oder, wenn Sie wollen, zwischen den Dankesbezeugungen — ich glaube, in diesem Sinne haben Sie es ja gemeint — der arabischen Staaten.

Die arabischen Staatsoberhäupter, die sich bei dem Herrn Bundeskanzler bedankt haben, haben das nicht getan für unsere Teilnahme in Algerien, sondern sie haben es getan, weil sie vermeinten, daß die Entscheidung für sie ein Erfolg in ihrer Auseinandersetzung gewesen sei. (*Abg. Dr. Gruber: Das haben Sie gar nicht so falsch geraten!*)

Wenn Sie dazusagen, man hätte diesen Dank zurückweisen sollen, so glaube ich, daß man Dankesadressen nicht zurückweisen

soll ... (*Abg. Dr. Gruber: Man hätte ihn nicht provozieren sollen!*) Den Dank provoziert? — Das hat die österreichische Bundesregierung nicht, denn ich habe schon eindeutig erklärt, daß in der humanitären Grundhaltung der österreichischen Regierung, dazu zählt auch der Transit von Menschen, die in eine neue Heimat wollen, keine Änderung eingetreten ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich Bundesminister Lütgendorf. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nicht noch weiter die Debatte verlängern, aber es wurde mir das Stichwort „Scherbenhaufen“ von der rechten Seite zugeflüstert; das ist eigentlich gerade der Aufhänger für das, was ich gern sagen möchte.

Der Herr Abgeordnete Dr. Karasek hat am Beginn seiner Ausführungen unter anderem gesagt, daß „die Folgen der politischen Entscheidung der Bundesregierung in der Geiselaﬀäre ein außenpolitischer Scherbenhaufen, ein heute bereits oft zitiertes Bild“ wäre.

„Der Herr Bundeskanzler, so glaube ich“ — sprach Dr. Karasek —, „kommt mit dieser Einschätzung der Lage der Wahrheit ungleich näher als sein Landesverteidigungsminister, der die Kühnheit besessen hat, die heftige Reaktion des Auslandes als ein bloßes Geschreibe der Judenpresse abzuqualifizieren.“

Herr Abgeordneter Dr. Karasek! Ich bin auch dafür, bei der Wahrheit zu bleiben, die Sie ja hier gerade apostrophiert haben. Ich habe niemals, in keiner meiner Äußerungen, das Wort „Judenpresse“ in den Mund genommen gehabt.

Zum zweiten darf ich aber hier schon, da ich mich zu einer Erklärung gemeldet habe, sagen, daß in einem Gespräch mit einem Wiener Korrespondenten der „Salzburger Nachrichten“ aus dem Zusammenhang herausgerissen eine Bemerkung gefallen ist, die auch dann richtig in der Zeitung der „Salzburger Nachrichten“ wiedergegeben wurde. Ich habe damals — auch aus einer gewissen inneren Empörung heraus über die Reaktion der Weltpresse — zum Ausdruck gebracht, daß sich eben diese uns nicht wohlgesinnten ausländischen Zeitungen in jüdischen Händen befinden, wobei ich vollkommen sachlich alle jene mit der momentanen Reaktion von Israel sympathisierenden Presseerzeugnisse beurteilt habe.

Wer mich kennt und — das möchte ich auch gern einmal zum Ausdruck bringen — wer vor allem die österreichische Geschichte

Bundesminister Lütgendorf

und Kriegsgeschichte kennt, der hat im allgemeinen auch ein etwas anderes Bild von mir. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich möchte dem Hohen Haus in Erinnerung bringen, daß es in der k. und k. Armee immerhin 830 aktive Offiziere jüdischen Glaubens gegeben hat. Daß rund 400.000 Soldaten jüdischen Glaubens im ersten Weltkrieg an der Front gestanden sind. Daß soundso viele Auszeichnungen, Tapferkeitsauszeichnungen bekommen haben. Und wer ein bißchen die Geschichte gelesen hat, wird sich vielleicht auch an den Namen des Zugführers Aaron Schapira erinnern, der die Goldene Tapferkeitsmedaille erworben hat. Ich könnte einige andere Beispiele auch noch erwähnen, ich möchte aber nur eines sagen: Daß wir auch heute hohe Achtung haben vor jenen rund 48.000 Soldaten jüdischen Glaubens, die damals im ersten Weltkrieg für Österreich gefallen sind. Und wenn man in einzelnen Zeitungen versucht hat, mir eine gewisse antisemitische Einstellung unterschieben zu wollen, so kann ich das nur als einen ganz üblen Rufmord an meiner Person bezeichnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schranz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schranz** (SPÖ): Hohes Haus! Aus den letzten Worten des Herrn Abgeordneten Dr. Karasek hätte man fast den Eindruck gewinnen können, der Herr Bundeskanzler hätte sich vor der Entscheidung anlässlich des Terroranschlages gedrückt. Ich möchte sagen: er hat sich nicht gedrückt, gedrückt hat sich aber bisher die ÖVP, in dieser Gesamtdebatte die Antwort auf die Frage zu geben, was sie getan hätte. Bisher hat uns noch niemand eine Antwort auf die Frage gegeben, wie sich die ÖVP in dieser Situation verhalten hätte. Und das, meine Damen und Herren, ist das Fazit dieser Debatte. Weder das Ausland noch die inländische Kritik noch die ÖVP hat uns gesagt, hat dieser Bundesregierung gesagt, wie man sich in dieser Situation hätte besser verhalten können. Es ist keine Antwort gegeben worden. Daher, meine Damen und Herren, ist aus dieser Debatte nur der Schluß zu ziehen, weil niemand eine bessere Lösung weiß, daß sich diese Bundesregierung richtig verhalten hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aus dieser Konsequenz ergibt sich auch unsere Einstellung zu dem Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Doktor Karasek vorgelegt hat. Es unterscheidet sich dieser Entschließungsantrag wohl wohltuend von der intransigenten Haltung, die Herr Doktor Schleinzner hier am Beginn dieser Debatte

eingenommen hat, und von seinen Thesen. Man kann also den Entschließungsantrag und seine vorsichtigen Formulierungen gewiß auch als Kritik an diesen extremen Äußerungen des Herrn Bundesparteiobermannes der ÖVP auffassen. Aber, meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat sich ja in dieser schwierigen Situation so verhalten, wie es der Entschließung des Europarates entspricht, sie braucht daher nachträgliche Ermahnungen nicht, und aus diesem Grund können wir dieser Entschließung nicht beitreten.

Meine Damen und Herren! Es hat bisher, ich sage es nochmals, niemand in dieser Debatte von seiten der ÖVP sagen können, welches Verhalten ihrer Meinung nach besser und richtiger gewesen wäre.

Darf ich zitieren, was Herr Dr. Schleinzner auf eine konkrete Frage von Journalisten in seiner Pressekonferenz gesagt hat, nachzulesen in den „Salzburger Nachrichten“ vom 5. Oktober dieses Jahres.

„Frage eines Reporters an Schleinzner bei der Pressekonferenz der ÖVP anlässlich des arabischen Terroranschlages: ‚Wie hätten Sie anstelle Bruno Kreiskys reagiert?‘

Schleinzner: ‚Wie ich es gemacht hätte, weiß ich nicht, ich weiß nur, wie ich es nicht gemacht hätte ...!‘“ (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Das, meine Damen und Herren, ist die unwidersprochene Antwort Ihres Parteiobermannes gewesen.

Schauen wir uns weiter an, was denn an Argumenten zu dieser Grundfrage der ganzen Debatte hier von Ihnen gesagt wurde: Herr Dr. Schleinzner hat die Ansicht vertreten, daß auf keinen Fall Schönau hätte geschlossen werden dürfen. Er hat eine solche Zusage als Kapitulation bezeichnet. Herr Dr. Withalm hat in einer Rede, die er zur Hälfte diesem Thema gewidmet hat, der Bundesregierung den Vorwurf zu machen versucht, daß sie Schloß Schönau hätte schon längst schließen müssen. Das war doch das Fazit der sehr interessanten Ausführungen des Herrn Dr. Withalm. Also, was gilt jetzt in der ÖVP? Nicht einmal in dieser Frage sprechen Sie mit einer Zunge, auch hier gibt es die alten und neuen, die vergangenen und die gegenwärtigen Widersprüche bei Ihnen, wie in jeder großen politischen Auseinandersetzung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Withalm hat einmal in seiner Rede die Passage gebraucht: „Ich werde Ihnen später sagen, was ich getan hätte.“ Ich habe sehr aufmerksam zugehört, weil das wäre ja die Antwort auf die Fragen dieser Debatte gewesen. Und dann hat Herr Dr. Withalm gesagt:

Dr. Schranz

Ich hätte statt den arabischen Botschaftern die Vertreter der Opposition zu Besprechungen eingeladen.

Ich meine, es handelt sich hier um einen Versprecher von Ihrer Seite, denn Sie hätten sicher nicht gewollt, daß die Vertreter der Opposition mit den Terroristen in Schwechat verhandeln. Aber, das ist doch nicht die Antwort auf die Frage, die hier die ganze Zeit im Raum steht, auf die Frage, was Sie getan hätten, wenn Sie sagen, man hätte mit der Opposition sprechen müssen. Die Antwort auf die Frage, was Sie anstelle der Bundesregierung getan hätten, Herr Dr. Withalm, haben Sie auch nicht gegeben! Sie haben lediglich gesagt, Sie hätten die Opposition eingeladen.

Und noch einmal zu der Pressekonferenz des Herrn Bundesparteibüchsenmannes Doktor Schleinzer am 4. Oktober, laut Zeitungsberichten vom 5. Oktober. Es wurde ja Dr. Schleinzer an diesem 4. Oktober folgendes gefragt: Gab es in der ÖVP einen Krisengipfel? Schleinzer: Sofort am Montag wurde das Problem erörtert.

Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren: In der Nacht von Freitag auf Samstag hat sich dieser tragische Vorfall ereignet, und am Donnerstag darauf hat der Herr Dr. Schleinzer mitgeteilt: Am Montag haben wir sowieso das Problem erörtert! Meine Damen und Herren! Wozu hätte die Bundesregierung mit den Sprechern der Opposition verhandeln sollen, wenn solche Antworten gegeben wurden? Es hätte ja keine Lösung herausgeschaut. Es wäre ja keine Antwort gegeben worden. (Abg. Doktor Bauer: Herr Schranz! Wer sitzt denn in der Regierung?)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie mit Zwischenrufen und mit großer Emotion dieser Beweisführung entgegentreten, frage ich Sie noch einmal: Was hätten Sie in Schwechat und Marchegg getan? Es ist ja noch ein Sprecher Ihrer Fraktion gemeldet. Ich hoffe, er gibt uns die klare Antwort. Bisher hat die ÖVP keine Antwort auf diese Frage gewußt, was sie getan hätte. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Herr Schranz! Was hätten Sie denn getan?)

Hohes Haus! Es wurde dem Herrn Bundeskanzler von Ihnen der Vorwurf gemacht, er hätte diese tragischen Ereignisse von Marchegg und Schwechat in den Wahlkampf gezogen. Darf ich Ihnen bitte sagen, was von seiten der Wiener ÖVP in diesen Wahlkampf gekommen ist mit der Absenderadresse Falkestraße 3? Herr Kollege Bauer, Sie wissen genau, welche Adresse das ist. (Abg. Doktor Bauer: Das sind zwei österreichische Bürger mosaischen Glaubens: Jetzt seien Sie vorsich-

tig!) Ja, ja, Herr Dr. Bauer, ich brauche von Ihnen keine Belehrungen! Ich habe in meinem achten Lebensjahr zum ersten Mal mit der Gestapo Bekanntschaft gemacht, ich brauche solche Belehrungen und solche Hinweise nicht! Die Partei der Pözlts und der Suppans und der Scheibenreifs braucht mir so etwas nicht zu sagen! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Das sind Leute, die verfolgt wurden, Kollege Schranz! Das können Sie feststellen! Das sind zwei Menschen, die verfolgt wurden zum Unterschied von anderen in Ihrer Partei!) Ich bin sicher, daß es sich hier um ...

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte das Hohe Haus, sich wieder etwas zu beruhigen, nach allen Seiten!

Abgeordneter Dr. Schranz (fortsetzend): Herr Kollege Bauer! Sind das Funktionäre der ÖVP auch, ja oder nein? Sind das Kandidaten für die Bezirksvertretung im 2. Bezirk gewesen, ja oder nein?

Meine Damen und Herren! ÖVP-Funktionäre, Absenderadresse Wien I, Falkestraße 3! Und dann beurteilen Sie bitte, wer diese Frage in den Wahlkampf gezogen hat. Hier heißt es: „Das Maß ist voll, kein ehrenhafter Jude kann bei der kommenden Wahl die Sozialistische Partei wählen. Dies hieße sich selbst ins Gesicht spucken. So ist es diesmal wirklich jüdische Ehrensache, jede jüdische Stimme der Österreichischen Volkspartei.“

Und dann erheben Sie den Vorwurf, jemand anderer zieht diese Frage in den Wahlkampf? Dazu haben Sie nicht das geringste Recht! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Was war zuerst, Herr Schranz? — Abg. Dr. Bauer: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie hier tun! Das sind Menschen, die ihre Familie verloren haben!)

Eine sachliche politische Erörterung des Zwischenfalls Schönau ... (Abg. Dr. Gruber: Eine völlig unnötige Rede!)

Präsident Dr. Maleta: Also, meine Damen und Herren, ich glaube, man merkt schon wieder, daß es halb zehn Uhr abends ist!

Abgeordneter Dr. Schranz (fortsetzend): Sie bringen auch durch Geschrei diese Tatsache, die Ihnen sehr unangenehm zu sein scheint, nicht weg. (Zwischenrufe.) Wenn Sie dazu stehen, umso besser. Vorher hat Herr Dr. Bauer sich zu distanzieren versucht; Sie stehen dazu. Also bitte, wieder eine sehr interessante Feststellung. (Abg. Dr. Bauer: Die zwei Leute stehen dazu!)

Aber, meine Damen und Herren, noch etwas. Eine sachliche politische Diskussion über diese Frage oder ein solcher Brief, das ist doch ein ganz gewaltiger Unterschied, den jeder erkennt.

Dr. Schranz

Meine Damen und Herren! Schon längere Zeit hat es Debatten über Schönaus gegeben, und immer sind die Vorschläge die gleichen gewesen wie die, die jetzt realisiert werden, nämlich, daß nichts anderes notwendig ist als eine andere Organisationsform für den Transit der Auswanderer. Das Haus hat seine Funktion erfüllt, und es war richtig, es nicht mehr in dieser Beziehung aufrechtzuerhalten, weil es ohnehin in dieser Form auf die Dauer nicht zu halten gewesen wäre. Es war die Sicherheit der Menschen, die aus der Sowjetunion ausgewandert sind, bedroht, und auch die Sicherheit der Österreicher. Es wurde die Bedeutung dieser Organisationsform Schönaus — und nur darum handelt es sich — wesentlich überschätzt. Denn die österreichische Grundhaltung auch nach den Ereignissen von Marchegg und Schwechat bleibt die gleiche, und das ist das Wesentliche, und das sollten alle endlich zur Kenntnis nehmen. Österreich erfüllt seine humanitären Verpflichtungen, es gewährt weiterhin Asyl und Transit so wie bisher. (*Abg. Dr. Blenk: Hat man das der Frau Golda Meir nicht gesagt?*) Diese Frage ist nie zur Diskussion gestanden, das wurde immer von dieser Bundesregierung gesagt.

Wie sieht denn die Situation jetzt aus? Jetzt gibt es keinen wochenlangen Aufenthalt mehr in Schönaus oder an einem sonstigen Ort mit dieser Funktion in Österreich. Täglich erfolgen die Weiterreisen ins fernere Ausland, maximal einen Tag nach der Einwanderung nach Österreich. Und jetzt geht es auch! Und es kommen heute weit mehr sowjetische Auswanderer nach Österreich als zuvor, sie kommen sogar mit der Aeroflot und es klappt die neue Organisationsform ohne die alte Funktion Schönaus besser. Und man wird auch in weiteren Gesprächen mit dem ICEM, dem Zwischenstaatlichen Komitee für europäische Auswanderung, und mit der Jewish Agency dafür sorgen, daß der Transit viel gefahrloser als bisher, viel schneller vor sich geht, und es wird daher eindeutig unter Beweis gestellt, daß unabhängig von den Vorfällen in Marchegg und Schwechat die Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung vollkommen richtig war. Sie können nicht widerlegen, daß es jetzt besser klappt als vorher und daß mehr Auswanderer kommen als je zuvor. Das sind doch die Tatsachen, die Sie zur Kenntnis nehmen sollen. (*Abg. Dr. Bauer: Dann waren die Araber ein Glück für Sie?*)

Wir sollten, meine Damen und Herren, auch nicht vergessen, daß nicht nur den Beamten, die an dieser Lösung des Problems neben der Bundesregierung mitgewirkt haben, unser Dank gebührt, sondern vor allem auch den

zwei tapferen ASKO-Fliegern, die sich zur Verfügung gestellt haben, um die Geiseln in Sicherheit zu bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist das Fazit dieser Debatte, daß kein besserer Vorschlag gegenüber der Vorgangsweise dieser Bundesregierung gefunden werden konnte. Jede andere Lösung wäre schlechter gewesen, sie hätte mehr Gefahren gebracht, sie hätte unter Umständen zum Tode von Menschen geführt, sie hätte zum Tode ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) — Natürlich, denn ich bin ja kein Prophet, der genau weiß, was geschehen wäre, wenn Prophetie überlasse ich Ihnen, ich halte mich an die Tatsachen, Herr Kollege!

Aber wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß also nach allen möglichen logischen Überlegungen das, wie auch der Erfolg gezeigt hat, die beste Lösung war. Diese Bundesregierung hat sich an die Grundsätze der Humanität gehalten und wird das weiter tun. Und hier erscheint mir die Definition für die Humanität sehr richtig, die Albert Schweitzer gegeben hat: „Humanität bedeutet, daß man kein Menschenleben einem Zweck opfert.“ Diese so richtige Definition paßt genau auf das so richtige Verhalten dieser Bundesregierung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Schranz hat uns gefragt, wie man diese bedauerliche Nacht überstanden hätte und wie man in dieser bedauerlichen Situation entschieden hätte. Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Withalm hat klargestellt, daß es in diesem Haus nicht um diese Frage geht, sondern hier geht es um das Problem der Verantwortung der Regierung für eine antihumane Entscheidung. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Skritek: Was war da nicht human?*) Das werde ich Ihnen im Laufe meiner Darstellungen erklären. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Dr. Ermacora (*fortsetzend*): Wenn die Schließung Schönaus notwendig gewesen sein soll und wenn die Schließung Schönaus auf Grund eines freiwilligen Beschlusses erfolgt ist, wie der Herr Bundeskanzler das herausgestellt hat, dann hätte ich geraten, diese Schließung zeitlich so anzuordnen, daß sie nicht mit dem Eindruck einer Geiselerpressung, mit einer terroristischen Er-

Dr. Ermacora

pressung zusammenfällt. So hätte ich geraten, wenn Sie das wissen wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister Lütgendorf! Ich möchte nur einen Satz zu Ihrer Erklärung sagen: Seien Sie glücklich, daß Sie nicht als Verteidigungsminister auf der Seite der ÖVP-Regierung eine solche Äußerung gemacht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister Kirchschläger! Die Landesverteidigung hätte die Opposition krankgeredet. Was hat die Opposition getan? Sie versucht in einer Verzweiflung die Therapie zu dieser Landesverteidigung zu finden, die von Jahr zu Jahr, zumindest seit 1960, durch die Propaganda der Sozialistischen Partei Österreich krankgeredet wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und Sie, Herr Bundesminister — ich möchte das offen sagen — schläfern mit Ihrem Optimismus die Bevölkerung ein. Ich möchte weiter hinzufügen, daß die Ereignisse der letzten Wochen Ihrem Optimismus entgegengesprochen haben, wenngleich Sie im Moment wiederum auf Ihrer optimistischen Entspannungsthese bauen könnten.

Wenn Herr Blecha herausgestellt hat, daß es bei dieser Meinung, die hier vertreten wurde, um eine ÖVP-Meinung gegangen ist, dann darf ich Sie doch an das Manifest an die Regierung erinnern, wo Namen vorkommen wie Professor Rupert Gmoser, Professor Fritz Wotruba, Universitätsprofessor Doktor Gerald Stourzh, Hugo Portisch, Professor Pfaundler, Friedrich Heer. In diesem Manifest haben diese Leute gesagt: „In einer Stunde, da die internationale Öffentlichkeit erstmals seit dem Bestehen der Zweiten Republik diese Qualitäten Österreichs bezweifelt, ist es den Unterzeichneten Bedürfnis und Verpflichtung, ihre Stimme gegen jedes Zurückweichen vor Terroristen zu erheben. Wir anerkennen die lautere Zielsetzung und die humanitären Überlegungen der Bundesregierung, die das Geschehen einer schicksalsschweren Nacht bestimmt haben. Das Ergebnis ist jedoch, daß unser Land des Opportunismus, der Schwäche und der Prinzipienlosigkeit angeklagt wird.“ — Das sind Persönlichkeiten, die quer durch die Parteien gehen. Also Sie dürfen hier nicht rot-schwarz malen, sondern Sie müssen die Dinge so erkennen, wie sie in der Öffentlichkeit herausgestellt wurden.

Herr Bundesminister Kirchschläger hat gemeint, daß die Kritik beim Beschluß der Bundesregierung vorauszusehen war. Herr Bundesminister, wie konnten Sie das beurteilen, da Sie zu diesen Stunden, wo der Beschluß gefaßt wurde, in Straßburg gewesen sind?

Herr Bundesminister, ich verstehe, daß Sie selbst formal abgedeckt gewesen sind, aber ich persönlich als Mensch und Außenminister hätte in einer solchen Situation die Reise nach Wien angetreten. Bitte um Entschuldigung, wenn ich das sage.

Wenn Sie nun von der Kritik, die beim Beschluß vorauszusehen war, gesprochen haben, so muß ich Sie aufmerksam machen, daß wir eine Anfrage einbringen, wonach wir die Bundesregierung ersuchen, uns die entsprechenden Unterlagen und Dokumente, nämlich die Niederschrift der Verhandlungen des Ministerrates vom 28. September und die Niederschrift der Verhandlungen des Ministerates vom 2. Oktober 1973, zu übermitteln. Ich hoffe, wir werden darin diese Voraussicht, von der Sie gesprochen haben, finden.

Ich habe sowohl an Ihre Adresse, Herr Bundesminister, wie an die Adresse Herrn Blechas gerichtet zu der Frage des Terrorismus etwas zu sagen. Herr Bundesminister, Sie haben dieselben Grundgedanken geäußert, die Herr Blecha geäußert hat: das ist das Problem, den Terrorismus an der Wurzel zu heilen. Ich stimme durchaus mit Ihnen überein, daß das die große Aufgabe der Weltorganisation ist. Sie haben von der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit gesprochen. Daß das notwendig ist, davon bin ich auch fest überzeugt. Aber, Herr Bundesminister, hier in Österreich hat sich eine konkrete Situation an diesem Tage ergeben. Die Frage ist: Was ist in dieser konkreten Situation in bezug auf den Terrorismus zu tun gewesen? Das ist die konkrete Frage, die sich gestellt hat.

Herr Bundesminister! Man wird natürlich nicht vorübergehen können an jenen Äußerungen, die von Ihnen und von den Vertretern Ihres Amtes in der 6. Kommission der Generalversammlung und im Plenum der Generalversammlung selbst gemacht wurden, Äußerungen, die Sie in dem Bericht Ihres Ministeriums an das Hohe Haus III/94 aus dieser Gesetzgebungsperiode bekanntgegeben haben, wo gesagt wurde: „Die österreichische Bundesregierung hat und wird auch in Zukunft in Einklang damit den Terrorismus verurteilen und alle Maßnahmen selbst treffen und international unterstützen, die diese Gefahr eindämmen und schließlich beseitigen.“

Ich könnte an Hand dieser Unterlage noch weiter gehen. Herr Bundesminister, ich komme dann später darauf zurück, aber ich habe die feste Überzeugung, daß Sie selbst in dieser Streßsituation — nicht Sie selbst, Herr Bundesminister, Sie waren nicht anwesend —, aber daß die Hohe Bundesregierung in dieser Streßsituation über diesen Gesichtspunkt nicht ge-

Dr. Ermacora

nügend reflektiert hat. Ich kann es verstehen, weil die Streßsituation vorgeherrscht hat. Aber immerhin genügt diese Feststellung.

Es wurden die Beispiele angeführt, die beweisen sollten, daß das Leben der bedauernswerten Geiseln gefährdet war. Ich möchte nur von den Beispielen sprechen. Hier hat sich eine Verallgemeinerung breit gemacht, meine Damen und Herren, die man nicht so annehmen kann. Man muß doch, wenn man diese Beispiele anführt, etwas differenzieren.

Sie haben, als der Herr Bundesparteibeamte Dr. Schleinzner über das Khartum-Problem und das Khartum-Geschehen gesprochen hat, ich würde sagen, höhnisch gelacht. Aber Sie haben hier nicht in Erwägung gezogen, daß dieses Khartum-Beispiel eben kein Beispiel für die Situation in Schwedisch gewesen ist. Ich bitte das hervorheben zu dürfen.

Ich möchte weiter das Problem der Preisgabe der Humanitätspolitik herausstellen. Darf ich dieses Problem in größter Sachlichkeit ganz kurz erörtern.

Herr Blecha hat gesagt, es steht Mensch gegen Objekt. Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei hätten gegen die Auflassung eines Hauses das Wort geredet und nicht etwa die menschliche Seite behandelt. Sie aber hätten in Ihrer Entscheidung das Problem der Menschlichkeit besonders berücksichtigt.

Ich gebe zu, es ist der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers gelungen, vier Personen aus der Geiselhaft zu befreien. Das gebe ich zu, das ist in der Streßsituation, in der sich die Regierung befunden hat, gewiß eine menschenwürdige Tat. Aber ich möchte hinzufügen: Es geht nicht darum, daß etwa ein Objekt aufgegeben worden wäre, sondern es geht darum, daß Sie mit der Beschlußfassung, das Lager Schönau nicht mehr weiter zu betreiben, die organisierte und organisatorisch begründete Asylgewährung beziehungsweise Durchreisegewährung verhindert haben. Ich bitte das zu beachten. Es werden Tausende und Tausende Menschen noch nach Österreich kommen wollen. Erinnern Sie sich an die Situation des Jahres 1956, an die Situation des Jahres 1968. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Auch hier hatten wir eine Vorsorge für Flüchtlinge oder Durchreisende, die organisiert war.

Meine große Sorge und meine Begründung für die Behauptung, daß diese Entscheidung nicht human in bezug auf die Zukunft gewesen ist, bezieht sich darauf, daß Sie ein Beispiel gesetzt haben, durch das die Bundesregierung Gefahr laufen wird, eine organisierte und organisatorisch durchgebildete Hilfeleistung für Flüchtlinge und Durchreisende nicht mehr

gewähren zu können. Das ist mein Standpunkt in dieser Frage, und unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die Problematik Ihrer Entscheidung.

Ich möchte noch einen Gesichtspunkt herausstellen, der in dieser Diskussion noch nicht angeklungen ist: das ist die Seite der strafrechtlichen Behandlung dieses Falles. Ich möchte Sie nicht mit den strafrechtlichen Komponenten, Delikten, die diese Terroristen begangen hatten, konfrontieren, sondern ich möchte schlicht und einfach die Frage stellen: Was haben die zuständigen Ressorts getan, um die entsprechenden Voruntersuchungen laufen zu lassen, um ein Auslieferungsbegehren zu stellen? Was hat die Staatsanwaltschaft getan, um ihre Pflicht, gegen die Terroristen anzukämpfen, zu erfüllen? — Ich bitte den Herrn Bundesminister, die Frage zu beantworten: Wurde ein Strafverfahren eingeleitet, ein Haftbefehl erteilt?

Sie werden jetzt vielleicht lachend sagen: Ja in einer solchen Situation gibt es ja gar keinen Haftbefehl mehr! Ich möchte diese Frage stellen, um zu erfahren, ob Sie überhaupt symbolisch etwas getan haben, um der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß gegen Terroristen das österreichische Strafrecht anzuwenden ist, wie Sie sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen bemüht haben.

Herr Bundeskanzler! Ich schließe mich dem Manifest derjenigen, die sich gegen Ihre Entscheidung gewandt haben, an und möchte sagen: Ihre Lauterkeit in Ehren. Was aber in Deutschland Härte, in Schweden Geduld genannt wurde, ist hier nach meiner Überzeugung als Schwäche zu bezeichnen.

Sie bejammern, daß Österreich ein Durchgangslager ist. Ich möchte hervorheben, warum dies so ist: weil Österreich mit seiner immerwährenden Neutralität als eminentes Ziel den humanitären Grundsatz hat, der es verpflichtet, auch Personen aufzunehmen, deren Zahl möglicherweise das Fassungsvermögen unserer Republik übersteigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort hat sich der Herr Justizminister gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Justiz Dr. Broda: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit großer Aufmerksamkeit heute die vielstündige Debatte hier verfolgt und möchte zu einigen Fragen, die aufgeworfen worden sind, als Mitglied dieser Bundesregierung Stellung nehmen, das mit dem Herrn Bundeskanzler gemeinsam die in Rede ste-

7758

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Bundesminister Dr. Broda

henden Beschlüsse gefaßt hat, mit ihm gemeinsam die Verantwortung trägt und sich mit ihm gemeinsam zu dieser Verantwortung ganz und voll bekennt.

Herr Vizekanzler Dr. Withalm! Sie haben — so wie es auch in Presseorganen der Fall gewesen ist — von der Kapitulation der Bundesregierung gesprochen. Darf ich Ihnen noch einmal sagen, was meine anderen Kollegen schon sagten: Kapitulation wäre gewesen, wenn wir nicht gehandelt hätten. Kapitulation wäre gewesen, wenn wir zugesehen hätten, wenn Menschen in höchster Todesnot darin geblieben wären, ohne daß wir alles dazu beigetragen hätten, was in unserer Macht und Kraft stand, ihr Leben zu erhalten.

Und wenn Sie mich heute nach drei Wochen fragen, mich, der ich an allen diesen Beschlüssen mitgewirkt habe und sie vertreten habe und heute vertrete, ob ich noch einmal so handeln würde, dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich würde unter diesen besonderen Umständen — es gibt hier kein Allheilmittel, es gibt hier kein Rezept, wie man sich verhalten soll — genauso noch einmal handeln, weil wir Menschen aus höchster Todesnot retten konnten. Das war es, was wir wollten und was wir erreicht haben.

Herr Professor Ermacora! Ihnen ist es vorbehalten geblieben, Worte zu verwenden, die in dieser Debatte noch nicht verwendet worden sind. Ihre Unterstellung, daß wir eine artihumane Entscheidung getroffen hätten, ist schlechthin ungeheuerlich! Das sage ich Ihnen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Stundenlang ist hier hart gerungen worden in diesem Haus, stundenlang ist hier gerungen worden! Jeder, der mich kennt, der weiß, daß ich mich leidenschaftlich zur parlamentarischen Kontrolle bekenne. Jeder, der mich kennt, weiß, daß wir uns dieser Kontrolle stellen. Keiner Ihrer Vorredner ist in diese Tiefen hinabgestiegen. Schämen Sie sich, Herr Professor Ermacora! *(Pfui! Rufe bei der ÖVP. — Anhaltender Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Der Verteidigungsminister soll sich schämen! Eine Frechheit, was Sie sich erlauben! — Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe! *(Anhaltende heftige Zwischenrufe.)* Bitte jetzt mich sprechen zu lassen! *(Abg. Dr. Bauer: Der Verteidigungsminister soll sich schämen! So eine Frechheit!)* Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Aufmerksamkeit von allen Seiten, wenn der Präsident spricht! Ich bitte, die Emotionen etwas zu bändigen, und ich muß auch

den Herrn Minister bitten, da wir einen Polembegriff haben, nicht an die äußerste Grenze zu gehen! *(Abg. Dr. Blenk: Und das von der Regierungsbank aus! — Abg. Mitterer: Er hat das notwendig!)* Ich bitte um Ruhe!

Bundesminister Dr. Broda *(fortsetzend)*: Herr Professor Ermacora! Wissen Sie, worum es hier geht? Sie haben nicht mich verletzt, Sie haben nicht die Bundesregierung verletzt, Sie haben nicht die pflichtgetreuen Beamten, die ihr Äußerstes getan haben, verletzt. Sie haben nicht Rechnung getragen — so sehe ich es —, daß es hier um Menschenrecht und Menschenwürde von drei armen Teufeln gegangen ist, drei sowjetischen Juden, denen wir das Leben gerettet haben. Davon bin ich zutiefst überzeugt. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Herr Professor Ermacora! Sie berufen sich immer wieder auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Wissen Sie, wie die Sache im Lichte der Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention aussieht? Menschen haben ein subjektives Recht, daß die Regierung eines Staates alles Zumutbare tut, um ihr Leben zu retten. Das ist die erste Forderung, die sie gegen die Regierung haben. Das steht im Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Da heißt es:

Davon kann man nur absehen, etwa dort, wo der Staat ein Todesurteil fällt, rechtmäßig fällt. — Ein Zuwarten, eine Kapitulation in Schwechat wäre der Fällung eines Todesurteils über einen Landsmann und drei arme Teufel, Flüchtlinge aus der Sowjetunion, sehr nahe gekommen.

Zur Fällung eines Todesurteils waren wir nicht bereit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Bundesparteibeamter! Ich möchte ein Mißverständnis aufklären. Sie meinten, daß diese Entscheidung, nämlich daß Menschen kraft ihres Berufes über Leben und Tod zu entscheiden haben, eine nicht zu seltene Situation im Leben einer Gemeinschaft darstelle und daß es hier doch eine Maxime staatlichen Handelns geben müsse. Darauf möchte ich antworten: Das ist durchaus zutreffend, doch hier ging es nicht darum, daß man eigenes Leben riskiert, sondern hier ging es darum, daß man fremdes Leben schonen mußte.

Nun haben wir eine sehr klare Maxime der Rechtsordnung gerade für diesen Fall, von dem Sie sprachen: das ist unser in der XI. Gesetzgebungsperiode über Vorschlag der seinerzeitigen Bundesregierung hier eingebrachtes und einstimmig beschlossenes Waffengebrauchsgesetz. Das Waffengebrauchsgesetz ist eine sehr positive Norm unserer

Bundesminister Dr. Broda

Rechtsordnung, und hier heißt es, daß lebensgefährdender Waffengebrauch nur im Fall gerechter Notwehr zur Verteidigung eines Menschen, Unterdrückung eines Aufstandes oder Aufruhrs, zur Erzwingung der Festnahme oder Verhinderung des Entkommens einer Person, die eines Verbrechens überwiesen oder dringend verdächtig ist, vorgenommen werden darf.

Und dann heißt es, und das ist das Entscheidende und das haben wir hier im Jahr 1969 einstimmig beschlossen: Der lebensgefährdende Waffengebrauch ist nur dann zulässig, wenn dadurch Unbeteiligte voraussichtlich nicht gefährdet werden, es sei denn, daß es unvermeidbar erscheint, um eine Menschenmenge von Gewalttaten abzuhalten, durch die die Sicherheit von Personen mittelbar oder unmittelbar gefährdet wird.

Aus dieser positiven Norm unserer Rechtsordnung, die jedes Exekutivorgan in kritischen Situationen anzuwenden hat, ist es verboten, überhaupt nur an Waffengebrauch in der konkreten Situation zu denken. Das war uns verwehrt — das ist auch meine tiefste Überzeugung —, weil menschliches Leben in der Situation, über die ja berichtet worden ist und die unbestritten ist, in höchstem Maße gefährdet gewesen wäre. (*Zwischenruf des Abg. Dr. B l e n k.*) Darauf hat der Herr Bundeskanzler schon geantwortet. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Ermacora hat an mich als Ressortleiter die Frage gerichtet, wie es nun mit der Haltung der Strafverfolgungsbehörden im konkreten Fall bestellt gewesen ist. Ich möchte dazu auch sehr klar antworten: Wir hatten eine Rechtsgüterabwägung vorzunehmen, wir haben diese im Sinne der Erhaltung des höherwertigen Rechtsgutes, des menschlichen Lebens, vorgenommen und haben in diesem Sinne auf die Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsrechtes im gegebenen Zeitpunkt verzichtet; so wie jedes Organ, das Waffen anzuwenden hat und sich über die Rechtmäßigkeit und Zulässigkeit des Waffengebrauches zu unterrichten hat. Eine solche Interessenabwägung — da bin ich sicherlich mit Herrn Professor Ermacora einer Meinung — ist ein gesicherter Bestandteil der Strafrechtslehre und -praxis.

Wie wir uns im konkreten Fall weiter verhalten werden? — „Symbolisch“, wie der Herr Abgeordnete Ermacora meint, werden wir zu entscheiden haben, wenn die entsprechenden Anträge der Strafverfolgungsbehörden und der zuständigen staatsanwaltschaftlichen Behörden uns vorliegen. Sie wissen ja, daß nun

wegen der Tatorte territorial verschiedene staatsanwaltschaftliche Behörden zuständig sind.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich als Mitglied der Bundesregierung nicht die Absicht hatte, mich in dieser parlamentarischen Debatte zu verschweigen. Ich möchte Ihnen nur noch einmal das sagen, was ich unter dem unmittelbaren Eindruck der Rettung der Geiseln in der Fernsehsendung in der Nacht in Schwechat sagte. Das war wenige Minuten, nachdem die Geiseln geborgen waren und der ärztlichen Fürsorge übergeben worden sind. Ich meinte damals in dieser Fernsehsendung (*in den Unterlagen blätternd*) — es ist die andere Mappe (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), aber ich kann es Ihnen auswendig sagen, ich habe das noch einmal nachgelesen —:

Wenn man unter dem unmittelbaren Eindruck der Lebensrettung dreier ausländischer Menschen und unseres österreichischen Landmannes gestanden ist, unter dem unmittelbaren Eindruck dessen, daß Menschen, die viele Jahre auf ihre Auswanderung warten mußten und die dann, als sie endlich dem Ziel ihrer Sehnsucht nahe waren, in die Hände von Terroristen gefallen sind, als sie dem Leben wiedergegeben waren und mit den wirklich wenigen Brocken deutscher Sprache, deren sie mächtig und fähig waren, uns Österreichern einfach gesagt haben: Danke, danke, danke!, dann wird man das, wenn man dabei war, bis an sein Lebensende nicht vergessen. Das war der schönste Lohn, den wir Österreicher für unser Handeln erhalten haben. Und ich bin froh darüber, daß ich damals dabei war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ulbrich. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Ulbrich** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Ich war nicht unmittelbar mit der Sache beschäftigt, war aber mittelbar daran beteiligt: Am 28. September um 1/21 Uhr läutet in der Gewerkschaft der Eisenbahner das Telefon, und es wird mir mitgeteilt, daß in Marchegg eine Geiselnahme vor sich geht und daß dabei ein Lokführer und ein Zugsführer der österreichischen Bundesbahnen schwer verletzt worden sind.

Die Mitteilung kam über einen Mann vom Ostbahnhof. Wir haben überlegt, was zu tun wäre, und die erste Stellungnahme von uns war die, einmal abzuwarten, welche Möglichkeiten von seiten der Behörde, der Polizei, der Gendarmerie gegeben sind, da wir keinerlei Chance gehabt hätten einzugreifen.

7760

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Ulbrich

Um 4 Uhr nachmittag kam eine Mitteilung, daß ein Lokführer tot ist. Ich würde Ihnen nicht wünschen, daß einmal so etwas an Sie herankommt und daß Sie dann unter Umständen dazu Stellung nehmen müssen.

In weiterer Folge haben wir über die Verhandlungen und über die Bemühungen gehört und erfuhren am nächsten Tag, daß sich eine glückliche Lösung ergeben hatte. Sie dürfen uns glauben: Wir waren alle gemeinsam über diese Lösung erfreut.

Ich möchte es nicht verabsäumen, noch einmal zu sagen, daß ich von Ihnen trotz aller Kritik erwartet hätte, daß zumindest einer Ihrer Sprecher ein Danke an die beiden Flieger aus Graz ausgesprochen hätte. Das wäre ein menschliches Empfinden von Ihrer Seite gewesen. Aber das haben Sie nicht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Sie haben in der Sache eine politische Frage gesehen, und daran sind Sie selbst schuldig.

Wenn heute hier die Frage gestellt wird, wer das Problem in die Politik und in die Auseinandersetzung anlässlich der Wahlen gebracht hat, und wenn von Ihrer Seite, von Ihnen, Herr Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer, und von Ihnen, Herr Dr. Withalm, erklärt wurde, das sei Bundeskanzler Dr. Kreisky, dann ist die Mitteilung des Redakteurs Karl Heinz Ritschel in den „Salzburger Nachrichten“ unrichtig, dann klagen Sie einen Journalisten der unrichtigen Berichterstattung an, denn der schreibt was anderes, als Sie behaupten.

Er schreibt hier auf der zweiten Seite: „Ich habe in zahlreichen Kommentaren im Laufe der Jahre immer wieder das Recht der Israelis auf ihren Kampf um Palästina, um eine Heimat, vertreten, weil es für sie gilt, der Alternative auszuweichen, vernichtet zu werden. Weil Israel ein Lebensrecht hat. Genauso scharf aber möchte ich jene Israelis zurückweisen wie den Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek, einen gebürtigen Wiener, der zweifellos unter dem Verlust seiner Heimat gelitten hat und der nun dem österreichischen Bundeskanzler vorwirft, ein Feigling zu sein. Das ist dumm — genauso wie die Reaktion der innerösterreichischen Opposition, die sofort auf Wahlkampf geht und — wie Parteiobmann Schleinzer — mit frommem Augenaufschlag verkündet, ...“ — Wir haben Sie im Fernsehen gesehen, Herr Dr. Schleinzer, und aus Ihrem Ausdruck allein hat jeder Österreicher gewußt, daß es Ihnen nicht um die Frage geht, ob vier Menschen gerettet werden, sondern um eine politische Aktivität! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Auf alle die weisen Abhandlungen, die wir heute gehört haben ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.*) Lieber Franz, das ist keine Unterstellung, das steht hier! (*Abg. Dr. Bauer: Da glauben Sie alles, was in den „Salzburger Nachrichten“ steht!*) Ja, ich glaube dem Redakteur Ritschel! Ich habe nichts dagegen, Kollege Bauer, wenn du hier im Haus die Behauptung aufstellst, die Mitteilung des Doktor Ritschel stimmt nicht. Das ist ein Angriff gegen die Anständigkeit, gegen die reine und saubere Berichterstattung eines Mannes, vor dem wir noch immer Achtung haben. Immer noch! Ihr nicht. Wenn euch nicht paßt, was ein Redakteur schreibt, dann wird es bezweifelt; und das ist unfair. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.*)

Dann sagt Ritschel am Schluß: „So gesehen ist der österreichischen Regierung Dank auszusprechen, daß sie Blutvergießen in kluger Weise vermieden hat. Denn sie hat, um es nochmals zu sagen, nicht die Auswanderung unmöglich gemacht, also die Grenze für auswandernde Sowjetjuden gesperrt, sondern durch die Preisgabe eines Aufenthaltslagers Menschen gerettet. Transportmodalitäten kann man ändern — Tote jedoch nicht mehr lebendig machen.“ Das möge sich die Österreichische Volkspartei ins Stammbuch schreiben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Mock hat ebenfalls den gleichen Journalisten als Zeugen hinsichtlich der Problematik der „Zwielichtigkeit“ angerufen, und zwar hat Dr. Mock von „Zwielichtigkeit“ der Aussage des Herrn Kanzlers gesprochen. Dazu darf ich aus dem gleichen Bericht vorlesen:

„Egal, wie die Entscheidung der Regierung ausgefallen wäre, Kritik hätte es gegeben. Man muß den psychischen Druck verstehen, dem eine Gruppe von Menschen — hier der Ministerrat — ausgesetzt ist, die über Leben und Tod anderer ebenso unschuldiger Menschen entscheiden muß. Dann zu sagen, man habe sich die Entscheidung leicht gemacht, man sei feige, habe die Humanität verletzt, wenn diese Menschen gerettet wurden, ist zwielichtig. Zwielichtig, weil es in dem gegebenen Augenblick konkret um die vier Menschen — einen Österreicher und drei jüdische Auswanderer — gegangen ist.“

Da hätte der Herr Dr. Mock bei dem Begriff „zwielichtig“ klar und deutlich aussprechen müssen, worum es da ging, aber nicht ein Wort aus einem ganzen Artikel herausnehmen und Anschuldigungen damit verbinden! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir haben in unserer Gewerkschaftsorganisation reagiert und eine Resolution verfaßt, die ich hier absichtlich zum Ausdruck bringe:

Ulbrich

„Freitag, den 28. September 1973 überfielen arabische Terroristen im Bahnhof Marchegg einen Zug mit jüdischen Auswanderern und brachten dabei vier Geiseln in ihre Gewalt. Durch eine dramatische Rettungsaktion gelang es der österreichischen Bundesregierung, die vier Geiseln aus den Händen der Terroristen zu befreien. Dazu muß eindeutig festgestellt werden, daß sowohl von international bekannten Psychologen, wie Professor Hacker und Dr. Sluga, aber auch von angesehenen österreichischen Tageszeitungen, die keineswegs den Sozialisten nahestehen, der Bundesregierung für kluges und menschliches Vorgehen höchstes Lob gezollt wurde.“

Wenn Sie so sehr auf die Kritiken des Auslandes verweisen, dann sage ich noch einmal das, was mein Freund und Genosse Czernetz ausgesprochen hat: Es war der Aufschrei des schlechten Gewissens jener Staaten in Europa und in der Welt, die in dieser Frage bis zu einem gewissen Grad ebenfalls versagt haben. Wenn ein Versagen unserer Regierung, dann aber auch ein Versagen der Regierungen Amerikas, Englands und sonstiger Länder! *(Ruf bei der ÖVP: „Ebenfalls“ ist gut!)*

Das haben Sie nicht ausgesprochen. Sie haben sich nur auf die negativen Kritiken gestützt und auf die positiven sind Sie in keiner Weise eingegangen.

Jetzt frage ich noch einmal Sie, meine Herren Beamtenvertreter: Hat keiner von Ihnen an den Zollbeamten gedacht? Wir haben an ihn gedacht, wir Eisenbahner haben festgestellt, daß es uns freut, daß dieser Bundesbedienstete aus dieser Angst und Not erlöst wurde! Vom Herrn Dr. Mock, vom Herrn Doktor Gasperschitz haben wir da nichts gehört. Sie sind nur Beamtenvertreter im Parlament, aber nach außen hin ist nicht viel dahinter, meine Herren!

Sie reden von den ganzen Entscheidungen. Schauen wir uns das Jahr 1938 an, weil Herr Dr. Schleinzer gesagt hat, es war noch nie der Fall, daß eine Regierung einem Druck nachgegeben hat. Eine konkrete Frage: Wer hat den deutschen Frieden in München unterschrieben, Herr Dr. Schleinzer? Wer hat denn unterschrieben, Herr Dr. Schleinzer? Unter dem Druck Adolf Hitlers ist unterschrieben worden! Und hier hat unter dem Druck von Terroristen eine Regierung einen Schritt unternommen, um Menschenleben zu retten. *(Abg. Doktor Bauer: Keine Ahnung, Herr Ulbrich!)* Soll ich Ihnen sagen, wer es war, Herr Doktor Bauer? War es Herr Dr. Schuschnigg? *(Abg. Dr. Bauer: Das waren doch Armeen!)* Ach, das waren Armeen! Eine bescheidene Frage zu dem Heldentum von euch: Wenn die zwei

da herunten stehen und eine MP in der Hand haben und eine Handgranate, dann möchte ich das Heldentum dieser Bühne sehen! *(Ruf bei der ÖVP: Das Heldentum haben wir eh gesehen!)*

Dann gehen wir noch ein Stückel weiter. Dann verwahrt man sich gegen den Zungenschlag. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Na vielleicht bei euch ein bisserl mehr als bei uns, meine Herren, wenn es darum geht, wer die Hosen voll gehabt hat! Wir haben sie noch nicht voll gehabt, da haben sie bei euch schon das Bad gesucht.

Ich frage nun weiter: Wie war der Zungenschlag in dem Haus? Dem Herrn Bundeskanzler ruft Herr Dr. Mock von hier aus zu: Dieser Zungenschlag bei der Aussprache! — Ich möchte auf den Zungenschlag Ihrer Fraktion nicht eingehen. Aber wäre damals bei diesen Ereignissen nur ein Toter gewesen und wäre dieser Tote selbst unter Umständen der Sowjetjude gewesen, was hätten Sie dann gesagt?

Den „Kindesmord“ oder den „Kindesmörder“ kennen wir schon, die „Baummörder“ sind wir auch. Und von dem Tod des Juden zum „Mörder“ von ihm ist nur ein kurzer Schritt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Lieber Dr. Bauer, nicht mit dem Kopf schütteln! Das sind Tatsachen und Wahrheiten; wir haben es gelesen und gehört. *(Abg. Dr. Bauer: ... 1938 verhaftet worden vor meinen Augen! Daher beurteile ich die Sache anders!)* Ja, auch wir. Auch wir beurteilen es anders. Dann möge man diese Dinge nicht in einer derartigen Form hier zum Ausdruck bringen! Dann mögen die Sprecher der Österreichischen Volkspartei überlegen, was sie sagen! *(Abg. Dr. Bauer: Aber eure noch mehr!)* Ich komme gleich zum nächsten!

Herr Dr. Schleinzer spricht vom Oktober 1950. Verzeihen Sie mir die Frage: Wo waren Sie im Oktober 1950? *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Wo waren Sie denn? Waren Sie irgendwo beteiligt? Sind Sie in der Abwehr irgendwo gestanden? Sind Sie in der Verteidigung dieser Republik irgendwo gestanden? Im Oktober 1950! *(Rufe bei der SPÖ: Nein!)* Wir schon! Wir sind Tag und Nacht draußen gestanden: In den Betrieben sind unsere Leute gesessen, auf den Bahnen sind wir gesessen und wußten nicht, ob wir nach Hause kommen, denn die russischen MP waren viel lokaler, als Sie vielleicht geahnt haben! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Weil Sie gar so großsprechen, frage ich Sie ganz konkret: Ist da irgendeine Verletzung des österreichischen Staates? *(Zwischenruf.)* Lieber Kollege Hahn, dir haben sie die Federn

Ulbrich

schon genug gerupft! (*Heiterkeit bei der SPO.*) Du brauchst in diesem Haus nicht mehr krähen, du kannst dir das ersparen.

Wenn jemand diesen Staat schon in Gefahr gebracht hat und wenn jemand diesen Staat gefährdet hat, dann haben wir nicht Verhandlungen mit jenen geführt, die wir ablehnen. Das haben andere getan. (*Abg. Pay: Im 47er Jahr mit dem Fischer!*)

Sie sprechen über das gute Gewissen, der Herr Kanzler spricht von der Trennung von Weltanschauungen. Und Sie meinen immer, wenn Sie mit so einer Polemik und Kritik im Haus sind, dann finden Sie wieder eine Brücke zu uns, und irgendwo wird sich schon wieder ein Weg zur Diskussion finden.

Kennen Sie die Fraktion christlicher Gewerkschafter im OGB? — Da sitzen einige der Herren der christlichen Gewerkschaftsfraktion und des OAB unter uns. Ich darf Ihnen etwas vorlesen:

„SPO = Inflationspartei ... Ob Inflation, ob ein wirtschaftlicher Trümmerhaufen oder nicht, das ist den Sozialisten letztlich gleichgültig. Für sie gibt es nur ein Ziel, und das ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, deren Grundlage der Kommunismus ist und in der die Freiheit der Menschen ihr Ende gefunden hat.“ Soll ich Ihnen vielleicht die Jahreszahlen aus der Ersten Republik in Erinnerung rufen, wo das Leben der Menschen ein Ende gefunden hat, weil sie Sozialisten waren?

„Gegen brutale Macht. Wenn heute die brutale Macht des Sozialismus in Österreich noch nicht spürbar ist, dann nicht, weil die Sozialisten darauf verzichten, sondern weil eine starke ÖVP und andere Gegenkräfte es bisher verhindert haben. Wer daher mit seiner Stimme die Sozialisten stärkt, legt seinen Kopf unter das Fallbeil eines sozialistischen Gewaltregimes.“

Seit dem Jahr 1970 regiert in Österreich eine sozialistische Regierung. Leider ist das von Ihnen. Leider. Sie dürfen sicher sein, daß daraus Konsequenzen gezogen werden. Wer uns zu Gewaltverbrechern stempelt, dem möge klar sein, daß auch wir das Gespräch mit Ihnen meiden können. Mit christlichen Gewerkschaftern, die diesen Standpunkt vertreten, werden wir uns in der Gewerkschaft der Eisenbahner nicht mehr zusammensetzen. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich kann Ihnen vielleicht sagen, was Sozialismus bedeutet, und zwar durch einen Mann, der wesentlich mehr Erfahrung hat als Sie, der heute leider schwer krank ist, der

86 Jahre alt ist, aber es könnte mancher von ihm schreiben lernen, so sauber ist er heute noch beisammen. Er hat anlässlich einer Bundeskonferenz einen Brief an die Gewerkschaft der Eisenbahner geschrieben. Er schreibt:

„Von eurer Einladung zur 13. Bundeskonferenz ... war ich tief gerührt. Leider kann ich zu meinem größtem Leidwesen infolge Ischias nicht teilnehmen. Es wäre mein Herzenswunsch gewesen zu hören, welche Erfolge die Gewerkschaft ... erzielt hat. Ein Mensch, dessen Herz 86 Jahre geschlagen hat und der kampfdurchwühlte Zeiten hinter sich hat, mißt mit einem anderen, bescheidenen Maßstab ...

Durch eure Einladung — wofür ich herzlich danke — steigen in mir Erinnerungen an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg auf, als mühsam die Grundfesten unserer Gewerkschaft und der Exekutive wiedererrichtet wurden ...

Was waren doch damals die Bahnerhalter für treue Seelen — die „armen Lazarusse“ wurden sie genannt —, wer aber von ihnen die Grundgedanken des gewerkschaftlichen Kampfes erfaßte, wurde zum Sturmbock und blieb es bis zum Erlahmen seiner Kraft. Die Übermacht unserer Gegner war groß und wurde von Tag zu Tag größer.

Lassen wir die längst überholten Geschichten, die zwar eherner Bestandteil unserer Bewegung wurden, für die sich heute leider nur mehr Geschichtsforscher erwärmen! Unser jahrzehntelanger Kampf um die Anerkennung unserer Menschenwürde hat den Weg freigemacht für eine höhere Potenz unseres Ringens, das heißt, das gesellschaftliche Eigentum Eisenbahn, das in unsere Hände gelegt wurde, so zu gestalten, daß es den Wettbewerb mit den übrigen Verkehrsträgern siegreich besteht. Dazu ist gleichfalls ein Kräfteressen mit dem Ungeist in uns selbst zu führen, der noch aus einer Zeit stammt, wo wir noch rechtlos waren. Heute, im Vollbesitz unserer Rechte, stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, den Beweis zu erbringen, daß wir als Sozialisten sehr wohl imstande sind, unserem Betrieb den Stempel eines sozialen Gutes aufzuprägen.“

Sehen Sie: das ist Sozialismus — und das ist Verleumdung. Das ist der Unterschied zwischen dem einen und dem anderen. Wenn man hier von Zivilcourage spricht, dann, glaube ich, kann man dem Bundeskanzler Kreisky diese bestimmt nicht absprechen. Es wäre vielleicht von Vorteil, wenn mancher von Ihnen die gleiche hätte.

Man spricht von der Unbeugsamkeit des Rechtes. Das ist nur ein zeitliches Empfinden. Denn das Recht ist schon so oft gebogen wor-

Ulbrich

den, Herr Dr. Schleinzner, durch die Macht und nicht durch die Anerkennung des Rechtes. Das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, das wissen Sie genauso gut wie ich.

Wenn man meint, man könne Grundsätze nicht freigeben, dann verstehe ich nicht, daß nach der Erklärung des Bundeskanzlers, die er am selben Tag vor den sowjetischen Parlamentariern abgegeben hatte, in denen er klar und deutlich ausspricht, daß die Grundsätze der Humanität gewahrt bleiben, daß die Durchreise der Juden, wenn sie mit den entsprechenden Ausweisen und Dokumenten belegt sind, nicht gefährdet ist, noch immer in der Frage auf einem solchen Standpunkt stehen. Ich habe von Ihnen schon eine andere Sprache gehört. Ich erinnere mich an ein kurzes Ereignis; es ist noch nicht lange her. Es gab ein furchtbares Blutvergießen, als man in Chile die demokratische Verfassung stürzte und die Männer der demokratischen Vertretung zusammenschloß. Da war die einzige Erklärung dafür: Na ja, jetzt ist es zu Ende, alles zu Ende; schade, die Demokratie leidet darunter. — Ein Empfinden für diese Menschen dort habe ich in keiner Ihrer Äußerungen gehört.

Wissen Sie, daß uns das auch zu denken gibt, wenn man auf Ihrer Seite für diese Dinge überhaupt kein Gefühl merkt?

Wenn man fragt, ob man sich einen Regierungschef wie Kreisky leisten kann, dann gratuliere ich Ihnen zu der Leistung eines Bundesparteiobmannes, wie es der Herr Doktor Schleinzner ist.

Jetzt frage ich Sie noch einmal in aller Freundlichkeit, denn die Antwort haben Sie noch nicht gegeben: Vor die gleiche Situation gestellt, unter den gleichen Bedingungen eine Entscheidung herbeizuführen — meine Herren, wie hätten Sie entschieden? Wären Sie unter Umständen bereit gewesen, den Befehl zur Anwendung von Waffengewalt zu geben?

Dann erinnere ich an ein Wort eines großen Präsidenten dieser Republik, an ein Wort des Bundespräsidenten Körner, der im Jahre 1933 auf die Frage, warum die Arbeiterschaft nicht aufstehe und der faschistischen Bewegung wehre, folgendes gesagt hat: Auf meinen Befehl zu töten müßte ich zur Frau, zur Mutter oder zu den Kindern gehen und sagen: Über meine Order ist Ihr Mann, Ihr Sohn, euer Vater gefallen.

Das zu verhindern, war entscheidend wichtig. Und das hat diese Regierung mit ihrer Handlung eben getan. Denn auf Grund manch anderer Überlegung wäre es anders gekommen.

Ich bin der Meinung: Jede andere Lösung, die zu einem Opfer geführt hätte, die Tote gebracht hätte — es tut mir leid, Herr Doktor Schleinzner, daß Sie von „nur“ fünf Toten gesprochen haben; das „nur“ war betont —, wäre Mord an unschuldigen Menschen gewesen. Das müßten dann Sie mit Ihrem christlichen Gewissen, mit Ihrer moralischen Einstellung zum Leben und der Gemeinschaft selbst verantworten.

Wir können derartige Verantwortungen nicht übernehmen, und wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt: Leben ist wichtiger als politischer Erfolg und Erfüllung von Prinzipien. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister für Justiz, Sie haben mich persönlich beleidigt. Ich sehe Ihnen dies Ihrer Streßsituation wegen nach. Sie mußten gehört haben, daß ich die Geisellentlassung als eine Tat angesehen habe, die ich würdige. Die Schließung des Lagers betrachte ich aber als eine inhumane Entscheidung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte stand von Haus aus unter der Gefahr der gegenseitigen Provokation und des Anheizens der Stimmung in diesem Haus. Wir haben uns von vornherein bemüht, keiner Provokation nachzugeben. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich glaube, daß kaum jemals zuvor von der Regierungsbank so Gebrauch davon gemacht wurde, daß wir in den letzten Jahren Polemik von der Regierungsbank plötzlich als eine Selbstverständlichkeit hingenommen haben.

Herr Justizminister! Was Sie heute hier von der Regierungsbank herunter gesagt haben, geht weit über das hinaus, was jemals von einer Regierungsbank herunter gesagt worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben sich darauf berufen, Parlamentarier mit Leib und Seele zu sein; ich würde Sie sehr bitten, daraus auch die Konsequenz zu ziehen und wenigstens zuzugeben, daß Sie sich hier in der Erregung im Ton vergriffen haben, denn ich glaube, der Vorfall, der sich wenige Minuten vor Ihrer Äußerung abgespielt hat, ist vielleicht der Anlaß für Ihre Emotionen gewesen. Ihre Äußerung, Herr Bundesminister, hat sich in einer Sitzung des Nationalrates abgespielt, in der sich ein Mitglied des Kabinetts nach einer Äußerung in der Öffentlichkeit, die

7764

Nationalrat XIII. GP — 81. Sitzung — 23. Oktober 1973

Dr. Koren

niemand anders als eine antisemitische Äußerung qualifizieren konnte, hier zu Wort gemeldet, diese Äußerung wiederholt und jede Kritik an dieser Äußerung zurückgewiesen hat.

Herr Bundeskanzler! Ich frage mich, ob das auch eine Zurückweisung Ihrer Rüge war, die wir vor 14 Tagen mit einiger Befriedigung zur Kenntnis genommen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn diese Äußerung des Herrn von Lütgendorf hier von Ihnen unwidersprochen bleibt, Herr Bundeskanzler, dann werden Sie niemals mehr in diesem Haus Äußerungen von sich geben können, wie wir sie immer wieder von Ihnen erfahren haben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Hohes Haus! Herr Abgeordneter Professor Koren! Ich habe die Äußerung des Herrn Bundesministers Lütgendorf so verstanden — ich sage das aus vollster Überzeugung, und das deckt sich auch mit dem, was er mir auf meine seinerzeitigen Vorhalte selber gesagt hat —: Er habe diese Äußerung, wonach die Kritik in Zeitungen erhoben wurde, die sich in jüdischen Händen befinden, in einer Weise gemacht, die mißverstanden worden ist. Ich habe dann auch meine Meinung dazu in sehr deutlicher Weise gesagt.

Heute wollte er mit seiner Äußerung zum Ausdruck bringen, daß er als einer, der aus einer altösterreichischen Offiziersfamilie kommt, frei wäre von jeglicher antisemitischen Regung, wisse er doch, welch großer Blutzoll von den Staatsbürgern jüdischen Glaubens zu einer Zeit geleistet wurde, als man ihnen erlaubt hat, für ihr Vaterland zu kämpfen.

So habe ich diese Äußerung verstanden. So hat er mir sie erklärt, und so kann ich sie auch nur hier, Herr Bundesminister außer Dienst, als von mir verstanden wiedergeben. Das ist alles, was ich zu sagen habe.

Er hat auf etwas verwiesen, was von anderen nie geschehen ist, nämlich daß es zu einer Zeit, als es noch den großen Staat, die Donaumonarchie, gab, in der österreichisch-ungari-

schen Armee Hunderttausende Soldaten jüdischen Glaubens gegeben hat, die genauso ihren Blutzoll geleistet haben.

In meiner eigenen Familie war es bei einigen Geschwistern und Cousins meines Vaters auch der Fall, die auf den verschiedensten Schlachtfeldern dieses Krieges gefallen sind. *(Rufe bei der ÖVP: Das ist unbestritten!)* Ich habe das so verstanden — kann nur annehmen, daß das auch der richtige Ausdruck seiner Überzeugung ist —, daß das, was er damals nach einem Empfang gesagt hat, offenbar in hastiger Weise ausgesprochen und unbedacht war und jedenfalls nicht mit dem Akzent gesagt wurde, der ihm letztlich unterlegt werden konnte. Ich will aber nicht leugnen, daß diese Aussage in einer Form erfolgt ist, aus der ein derartiger Schluß durchaus möglich ist.

Ich habe das bedauert und habe den Herrn Minister Lütgendorf nicht nur zurechtgewiesen, sondern ihn auch darüber aufgeklärt, daß das sachlich gar nicht richtig ist. *(Abg. Mitterer: Er hat ja noch nie das Richtige gesagt! Das wundert uns nicht!)* Die großen Zeitungen in der Welt gehören Leuten — das darf ich hier gleich sagen —, von denen ich persönlich nicht weiß, welchen Glaubensbekenntnisses sie sind. Ich habe mich auch nie dafür interessiert, welcher religiösen Überzeugung oder welcher Gesinnung ein Mensch ist, der irgend etwas tut oder in einer Zeitung schreibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Karasek und Genossen betreffend Geisellaffäre.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit, daher abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung, die für Mittwoch, den 7. November 1973, um 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 22 Uhr 35 Minuten